G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Gunnar Matthiessen
Carter und die Wirklichkeit

Karl D. Bredthauer
Warum Hans Filbinger gehen mußte

Gerhard Kade
Der Bonner Gipfel und die Widersprüche Westeuropa – USA

Jo Rodejohann
Militärische Aspekte der Neutronenwaffen-Debatte

Richard Albrecht
Von der „Unabhängigkeit"
der Überwachung von Kernkraftwerken

Rainer Rilling
Formierte Information
Fallstudie über FAZ und sozialistische Länder

8'78

August 1978 Einzelheft 5,30 DM Im Abonnement 3,80 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,30 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

August 1978

CHRONIK DES MONATS JULI 1978 897

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zurück zur Konfrontation? Carter und die Wirklichkeit .. *Gunnar Matthiessen* 900

Warum Hans Filbinger gehen mußte ..... *Karl D. Bredthauer* 904

Kein „zweites Israel" im Libanon ..... *Horst J. Andel* 907

GLOSSE

Sterben und sterben lassen ..... *Gisela Elsner* 911

HAUPTAUFSÄTZE

Die Bonner Gipfelkonferenz der „Großen Sieben" und die Widersprüche zwischen Westeuropa und den USA ..... *Gerhard Kade* 912

Militärische Aspekte der Auseinandersetzung um die Neutronenwaffe (ERW). Eine Zwischenbilanz ..... *Jo Rodejohann* 926

Von der „Unabhängigkeit" der Überwachung von Kernkraftwerken. Personelle Einflußmöglichkeiten der Atomindustrie auf die Sicherheitskontrolle von Kernkraftwerken durch die Technischen Überwachungsvereine *Richard Albrecht* 938

Formierte Information. Eine Fallstudie am Beispiel der Berichterstattung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über die sozialistischen Länder *Rainer Rilling* 959

Die gegenwärtige politische Lage und das Kräfteverhältnis der Parteien in Griechenland ..... *Antonios Chryssos* 981

Hitler und das Kapital (II). 1925–1928 ..... *Kurt Gossweiler* 993

MEDIENKRITIK

Ansichten zur Gewalt (Mimis Krimi, 1. Teil) ..... *Günter Giesenfeld* 1010

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die Entwicklung des Steuersystems (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 1011

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Brief von NATO-Generalsekretär Luns vom 15. Februar 1978 über die Auflistung von N-Bombenkritikern (Wortlaut) 1014

Rücktrittserklärung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger vom 7. August 1978 (Wortlaut) 1016

„Kritisches Tagebuch" (WDR) vom 8. August 1978 zu Filbingers Rücktrittserklärung (Wortlaut) (Claudia Wolff) 1017

Offener Brief der VVN – Bund der Antifaschisten an den Bundeskanzler zum Majdanek-Prozeß vom 15. Juli 1978 (Wortlaut) 1020

Aufruf zu einem Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik Deutschland – Südafrika in Bonn am 11./12. November 1978 (Wortlaut) 1022

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Dreiundzwanzigster Jahrgang · Heft 8/1978

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KURT BAYERTZ
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Juli 1978

1. 7. – Naher Osten. Im Auftrage von Präsident Carter konferiert US-Vizepräsident Mondale in Tel Aviv mit dem israelischen Ministerpräsidenten Begin, Außenminister Dayan und der früheren Ministerpräsidentin Golda Meir. Nach einem Besuch bei Staatspräsident Navon (2. 7.) reist Mondale zu einem Treffen mit dem ägyptischen Präsidenten Sadat nach Alexandria. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz (3. 7.) geben Mondale und Sadat bekannt, man habe sich auf die Einberufung einer Konferenz der Außenminister Israels, Ägyptens und der USA geeinigt. – Am 5. 7. veröffentlicht die ägyptische Regierung einen neuen Sechs-Punkte-Plan für eine Friedensregelung im Nahen Osten. Punkt 4 lautet: „Israel soll sich aus dem seit Juni 1967 besetzten Westjordanien (einschließlich Jerusalem) und dem Gazastreifen zurückziehen. Der israelische Abzug bezieht sich auch auf in den besetzten Gebieten errichtete Siedlungen." Der Rückzug und die Wiederherstellung der arabischen Oberhoheit solle unter Aufsicht der Vereinten Nationen erfolgen. Für die Verwirklichung des Planes ist „eine auf fünf Jahre begrenzte Übergangszeit" vorgesehen. – Vom 18.–19. 7. findet auf Schloß Leeds in der Nähe von London die Konferenz der Außenminister Dayan (Israel), Kaamel (Ägypten) und Vance (USA) statt, die jedoch ohne Ergebnis bleibt. – Am 20. 7. gibt die Kairoer Zeitung „Al-Ahram" eine Äußerung von Außenminister Kamel wieder, wei-

tere israelisch-ägyptische Treffen seien von substantiellen Konzessionen Israels abhängig. – Am 26. 7. fordert die ägyptische Regierung die in Alexandria stationierte israelische Militärmission auf, das Land zu verlassen.

3. 7. – China/Vietnam. Die Regierung der VR China teilt in einer Note an die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam mit, sie werde die wirtschaftliche und technische Hilfe für Vietnam ab sofort einstellen und die in Vietnam tätigen Ingenieure und Techniker zur Rückkehr auffordern.

3.–5. 7. – Österreich/Ungarn. Der ungarische Außenminister Puja führt Gespräche mit seinem österreichischen Amtskollegen Pahr in Wien. Die Minister unterzeichnen bei dieser Gelegenheit ein „Abkommen über die Aufhebung des gegenseitigen Sichtvermerkzwanges", daß es Staatsbürgern der beiden Länder ermöglicht, sich ab Januar 1979 ohne Visum bis zu 30 Tagen im Nachbarland aufzuhalten.

6.–7. 7. – EG. Die Staats- oder Regierungschefs der neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften treten in Bremen zu ihrer 11. Konferenz zusammen. Auf der Tagesordnung stehen vor allem Fragen der Wirtschafts- und Währungspolitik. Die Teilnehmer einigen sich auf die Einzelheiten eines gemeinsamen Währungssystems („European Monetary System"). Die nächste EG-Gipfelkonferenz wird zum 4. und 5. Dezember 1978 nach Brüssel einberufen.

7. 7. – China/Albanien. Die Regierung der VR China unterrichtet die albanische Regierung in einer Note über ihre Entscheidung, die „wirtschaftliche und militärische Hilfe und ihre Hilfszahlungen an Albanien einzustellen und ihre dort tätigen Wirtschafts- und Militärexperten zurückzurufen". Gleichzeitig werden die in China studierenden Albaner ausgewiesen. Begründet wird der Beschluß mit dem „antichinesischen Kurs" der albanischen Führung. – Am 12. 7. heißt es in einer Stellungnahme der albanischen Nachrichtenagentur ATA, die VR China habe „einen Großmachtkurs eingeschlagen" und sich den „imperialistischen und reaktionären Kräften in der Welt" angenähert.

– Solomon-Inseln. In Honiara auf der Insel Guadalcanal wird die Unabhängigkeit der Solomon-Inseln (bisher britische Kolonie) als konstitutionelle Monarchie unter der britischen Krone proklamiert. Ministerpräsident wird Peter Kenilorea, der bisherige Chefminister.

8. 7. – Italien. Als gemeinsamer Kandidat der fünf Parteien, die die Regierung Andreotti unterstützen (vgl. „Blätter", 4/1978, S. 386), wird Sandro Pertini (Sozialist) zum 7. Präsidenten der Italienischen Republik gewählt. Die Entscheidung erfolgt im 16. Wahlgang mit 832 von 995 Stimmen. Pertini übernimmt das Amt von Giovanni Leone (Christdemokrat), der nach öffentlich erhobenen Korruptionsvorwürfen am 15. 6. zurückgetreten war.

10. 7. – Mauretanien. Ein „Komitee für den nationalen Wiederaufbau" unter Leitung von Oberst Ould Salek übernimmt die Regierungsgewalt. Der seit 17 Jahren amtierende Staatspräsident Moktar Ould Daddah wird abgesetzt und festgenommen. Das Parlament und die Einheitspartei PPM werden aufgelöst. Salek tritt am 11. 7. an die Spitze eines aus acht Militärs und acht Zivilisten bestehenden Kabinetts.

10.–12. 7. – Namibia. Vertreter der fünf westlichen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates (darunter die Bundesrepublik) und der Befreiungsbewegung SWAPO verhandeln in der angolanischen Hauptstadt Luanda über Einzelheiten der bevorstehenden Unabhängigkeit Namibias (Südwestafrika). Als Beobachter sind Vertreter der fünf „Frontstaaten" (Tansania, Sambia, Botswana, Angola und Moçambique) anwesend. In einem Kommuniqué heißt es, die SWAPO habe ein von den Ratsmitgliedern vorgelegtes Dokument „bedingt akzeptiert". – Am 27. 7. stimmt der UN-Sicherheitsrat dem von seinen westlichen Mitgliedern eingebrachten Text mit 13 Stimmen (bei Stimmenthaltung der Sowjetunion und der Tschechoslowakei) zu und fordert in einer zweiten Resolution einstimmig die „territoriale Integrität" für Namibia einschließlich der von Südafrika beanspruchten Walfischbucht.

11. 7. – Abrüstung. Die Konferenz des Abrüstungsausschusses (CCD) tritt in Genf in eine neue Verhandlungsrunde ein, der letzten in der bisherigen Zusammensetzung (vgl. „Blätter", 7/1978, S. 771). Die Konferenz hatte sich im Mai d. J. bis zum Abschluß der 10. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung vertagt (vgl. „Blätter", 6/1978, S. 642). – Am 19. 7. wird die 15. Runde der Verhandlungen über eine Verminderung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa in Wien beendet (vgl. „Blätter", 6/1978, S. 642, und 7/1978, S. 770).

12.–13. 7. – USA / UdSSR. Die Außenminister Vance (USA) und Gromyko (UdSSR) setzen in Genf ihren Meinungsaustausch über ein neues Abkommen zur Begrenzung der strategischen Rüstungen (SALT II) fort (vgl. „Blätter", 6/1978, S. 642). Einzelheiten werden nicht bekannt, es heißt lediglich, die Diskussionen hätten „die Grundlage zur Verkleinerung der noch bestehenden Differenzen" gelegt. – Vom 18.–28. 7. werden in Helsinki die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Begrenzung der Lieferung von konventionellen Waffen fortgesetzt (vgl. „Blätter", 6/1978, S. 642). Ein Sprecher des amerikanischen Außenministeriums bezeichnet die Verhandlungen als „substantiell und konkret".

13. 7. – GAZ. Der Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl gibt in Bonn die Gründung einer neuen Partei bekannt, die den Namen „Grüne Aktion Zukunft" (GAZ) tragen soll. Gruhl war am 11. 7. aus der CDU ausgetreten, hatte aber sein Bundestagsmandat nicht niedergelegt.

13.–15. 7. – BRD / USA. Der amerikanische Präsident Carter hält sich auf Einladung von Bundespräsident Scheel und Bundeskanzler Schmidt zu einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik auf. Zum Aufenthalt Carters in Westberlin (15. 7.) veröffentlicht die Botschaft der UdSSR in der DDR eine Erklärung, in der „die demonstrative Begleitung des Präsidenten der USA durch die westdeutschen Staatsmänner" kritisiert und auf „das Prinzip der Nichtzugehörigkeit zur BRD und der Nichtregierbarkeit der Stadt durch die BRD" hingewiesen wird.

16.–17. 7. – BRD. Die Staats- oder Regierungschefs aus sieben westlichen Staaten folgen einer Einladung von Bundeskanzler Schmidt zum 4. „Wirtschaftsgipfel" nach Bonn (zu den Teilnehmern vgl. „Blätter", 6/1977, S. 648). Zum Abschluß wird eine gemeinsame „Schlußerklärung" veröffentlicht.

17. 7. – San Marino. Kommunisten, Sozialisten und Einheitssozialisten bilden eine Koalition, die im Parlament (Consiglio Grande e Generale) über 31 der 60 Sitze verfügt und die seit 21 Jahren fast ausschließlich von den Christdemokraten gestellte Regierung ablöst. Nach den Wahlen vom 28. Mai d. J. stellen die Christdemokraten 26, die Kommunisten 16, die Sozialisten 8 und die Einheitssozialisten 7 Parlamentsabgeordnete.

19. 7. – Bolivien. Das Wahlgericht in La Paz annulliert das Ergebnis der Wahlen vom 9. 7. und setzt Neuwahlen innerhalb von 180 Tagen an. Die gerichtliche Entscheidung hatte General Juan Pereda Asbun, der mit 50,1 Prozent der Stimmen offiziell festgestellte Wahlsieger, beantragt und damit auf den Vorwurf des Wahlbetruges reagiert. – Am 21. 7. kommt es zu einem Militärputsch. Der amtierende Präsident Banzer tritt zurück und übergibt die Regierungsgeschäfte an eine Junta, die anschließend General Pereda zum neuen Präsidenten erklärt.

22. 7. – Ägypten. Präsident Sadat kündigt in einer Rede anläßlich des 26. Jahrestages der „Juli-Revolution" von 1952 die Auflösung der „Arabischen Sozialistischen Union" (ASU) und die Umwandlung ihres Zentralkomitees in einen „Konsultativrat" an. Der Artikel 5 der Verfassung von 1971, Grundlage für die Stellung der ASU als „Einheitspartei", solle geändert werden und damit ein Mehrparteiensystem ermöglichen.

24. 7. – Portugal. Das Ausscheiden der drei Minister des Demokratisch-Sozialen Zentrums (CDS) aus dem Koalitionskabinett (vgl. „Blätter", 2/1978, S. 131) löst eine Regierungskrise aus und führt am 27. 7. zur Entlassung des sozialistischen Ministerpräsidenten Soares durch Präsident Eanes. Aktueller Anlaß sind Auseinandersetzungen über die Landwirtschaftspolitik, vor allem die Forderung des CDS nach Rückgabe von Grund und Boden an frühere Besitzer und die Zahlung von Entschädigungen.

– Chile. General Gustavo Leigh Guzman, Mitglied der regierenden Junta und Chef der Luftwaffe, wird von Juntachef Pinochet seines Postens enthoben. Die Entlassung wird mit „wiederholten Verstößen gegen die Politik und die Prinzipien" der Regierung begründet. Leigh hatte sich wenige Tage zuvor für eine „Rückkehr zur Normalität" innerhalb der nächsten fünf Jahre ausgesprochen.

25.–30. 7. – Bündnisfreiheit. Nach einem Vorbereitungstreffen (22.–24. 7.) findet in Belgrad eine Ministerkonferenz der bündnisfreien Staaten statt. Als 87. Vollmitglied wird Dschibuti in die Konferenz aufgenommen, ein Antrag Boliviens auf Vollmitgliedschaft wird zurückgestellt. Die Delegierten verabschieden eine Deklaration und ein Aktionsprogramm und bestätigen den Beschluß, die 6. Konferenz der Staats- oder Regierungschefs bündnisfreier Staatem vom 3. bis 7. September 1979 in Havanna abzuhalten (zur 5. Konferenz vgl. „Blätter", 9/1976, S. 963).

Zurück zur Konfrontation?

Carter und die Wirklichkeit

Politik ist die Wissenschaft des Notwendigen und nicht, einem landläufigen Mißverständnis folgend, die Kunst des Möglichen oder gar des Unmöglichen, wie die gegenwärtige amerikanische Administration mit geradezu penetranter Uneinsichtigkeit anzunehmen scheint. Es läge im eigenen Interesse Carters, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß über reale Verhältnisse, über ökonomische, militärische, politische, ideologische, wissenschaftliche Tatsachen und Entwicklungsprozesse, wie sie gegenwärtig in der Welt stattfinden, nicht beliebig hinwegspekuliert werden kann und daß man aus geschichtlichen Erfahrungen nur dann Nutzen zieht, wenn man sie berücksichtigt. In den Zeiten seines Wahlkampfs hat Carter annonciert, er habe täglich 25mal unmittelbaren Kontakt zu Gott. Dies bleibe ihm unbenommen. Zu erwarten wäre allerdings auch, daß er den verbleibenden Teil des Tages zu Kontakten mit der Wirklichkeit nutzt. Schon die Lektüre der Schlußakte von Helsinki, vor nun drei Jahren unterzeichnet, könnte hier helfen. Denn sie widerspiegelt die allseits gesammelte Erfahrung, daß sich unter den heutigen Verhältnissen eine Politik der Konfrontation, des Drucks, der Einmischung und Gewalt, des Roll-back und der Aufrüstung immer mehr auch gegen ihre Urheber kehrt und also niemandem nutzen kann.

Keines der Probleme der Nachkriegszeit hat sich durch politisch-militärische Konfrontation lösen lassen. Für die Zukunft gilt das erst recht. Helsinki steht für die Erkenntnis, daß allseitige Zusammenarbeit ungeachtet fortbestehender Differenzen allen nützt, wenn alle sich an die „Spielregeln" der Koexistenz halten. Die Geschichte dieser Politik ist zwar noch jung, hat aber schon eindrucksvolle Beispiele für mögliche Erfolge gebracht – allerdings auch Beispiele dafür, wie Mißerfolge systematisch programmiert werden können: Durch Wiederbelebung politischer und ideologischer Rückstände des Kalten Krieges, durch Überbetonung und Verschärfung jener Probleme, bei denen bisher – gerade auch infolge jahrzehntelanger Konfrontationspolitik – noch keine gemeinsamen Lösungen gefunden werden können. Bei nüchterner Beurteilung ist nicht zu übersehen, daß letzteres keiner Seite nutzt, sondern allen schadet, vielleicht gerade jenen am meisten, die, wie die gegenwärtige Carter-Administration, auf eine Politik der Polarisierung oder, wie es Brzezinski harmlos ausdrückt, „Konkurrenz" setzen. Wenn Carter glaubt, die UdSSR vor die Wahl zwischen Konfrontation und Kooperation stellen zu können (Rede in Annapolis), dann ist eben das die Frage. Oberflächlich macht die gegenwärtige Politik Carters den Eindruck unbedachter Hektik. So jedenfalls sehen es auch viele Publizisten, gerade auch im Westen. Nichts Gutes habe sich für das Ost-West-Verhältnis ahnen lassen – schreibt Marion Gräfin Dönhoff („Die Zeit" v. 28.7. 1978) –, als Präsident Carter ankündigte, daß er die Menschenrechte ins Zentrum seiner Außenpolitik stellen wolle. „Wochenlang gab es gleich Anfang 1977 Attacken auf die Sowjetunion – und nur auf die Sowjetunion. Kein Wunder, daß die Sowjets den Punkt gekommen glaubten, in

dem eine Verschwörung der Feinde draußen mit den Oppositionellen drinnen vom Zaun gebrochen werde. Es ist eben absurd, Probleme der sowjetischen Innenpolitik zu Zielen amerikanischer Außenpolitik zu machen . . . Inzwischen hat eine Eskalation eingesetzt, die den Abbau der Entspannung noch beschleunigt: Brzezinskis Sticheleien, die er ausgerechnet in Peking gegen die Sowjetunion losließ; die demonstrative Absage einer repräsentativen Delegation von Wissenschaftlern, die die Sowjetunion besuchen sollte; und nun, nach dem Prozeß in Moskau, das Verbot der Auslieferung des großen Computers und die Beschränkung des Exports von Zubehör für die Ölförderung." Daß die Nachteile, die sich aus einer solchen Politik ergeben, vorwiegend das amerikanische Volk selbst treffen, liegt auf der Hand. Arbeitsplätze, die durch einen langfristigen Handel mit der Sowjetunion geschaffen werden könnten, werden blockiert. Der wissenschaftliche Erfahrungsaustausch und die Vereinbarung einer Zusammenarbeit im Bereich des Umweltschutzes, des Gesundheitswesens und anderer wichtiger Gesellschaftsfragen wäre gerade für die Vereinigten Staaten von Interesse, da sie aufgrund der Überbetonung von Rüstungsforschung und -entwicklung einen immensen wissenschaftlichen Nachholbedarf im sozialen Bereich haben. Für die Sowjetunion hingegen ist es ärgerlich, auch im Hinblick auf das erforderliche Vertrauen in die politische Zuverlässigkeit der USA, wenn gültige Verträge derart hemdsärmelig als politisches Druckmittel eingesetzt werden.

Materiell ist der US-Boykott für die Sowjetunion weniger tragisch, da sie jederzeit in der Lage ist, einen anderen westlichen Lieferanten zu finden oder eigene Entwicklungen zu forcieren. So meinen – lt. Lothar Löwe – auch zahlreiche politische Repräsentanten der Vereinigten Staaten, daß es keinen Sinn habe, „die Russen in eine Ecke zu manövrieren" („Deutsche Zeitung" v. 28. 7. 1978). In der Tat, die Geschichte, aus der man diese Lehre ziehen kann, ist mittlerweile lang genug, um auch unerfahrenen Gemütern im Weißen Haus und anderswo Anschauungsmaterial genug zu liefern. Die heutige Sowjetunion ist nicht mehr die von 1920 und mithin als Objekt mehr oder weniger rüder „Erziehungsversuche" immer weniger geeignet. Mit diplomatischen, wirtschaftlichen und politischen Blockaden, Interventionen usw. kennt die Sowjetunion sich nachgerade aus. Und es gab deren mehr als genug. Die Sowjetunion ist dabei nicht „gefügiger" geworden und die amerikanische Administration hat wenig Anlaß zu der Hoffnung, daß sich dies in Zukunft ändern wird.

Neu ist also all das, was gegenwärtig von der US-Administration betrieben wird, so prinzipiell nicht. Überraschend aber ist, daß es heute noch geschieht und mit wie wenig Einsicht. Denn in die Ecke manövrieren sich die USA damit letztendlich selbst.

Mit dem Grundsatzdokument, das UdSSR und USA 1972 unterzeichnet haben, wurde der einzig vernünftige Weg in die Zukunft gezeigt: im Zeitalter der atomaren Waffen gibt es keine Alternative zur Politik der friedlichen Koexistenz zwischen USA und UdSSR. Der von Brzezinski und in seinem Gefolge von Carter hingegen eingeleitete Versuch, im Gegensatz zu diesen Einsichten wieder die „Führungsrolle in der Welt" herzustellen und die Beziehungen zur Sowjetunion – in Abgrenzung auch zu Kissingers Auffassungen – auf eine Art Nebengleis der amerikanischen Außenpolitik zu schieben, ist unausweichlich mit ernsten Gefahren verbunden, nicht nur für den Entspannungsprozeß, sondern für die gesamte zukünftige Entwicklung auch auf anderen Gebieten. Frühzeitig hat der Frankfurter Politologe Czempiel auf die Folgen des Propagandafeldzuges der Carter-Administration hingewiesen. „In der gegenwärtigen innenpolitischen Situation der Vereinigten Staaten können die Menschenrechtsoffensiven nur die

Funktion haben, die Rüstungsverstärkungen zu legitimieren . . . indem er die Menschenrechte so betont, hat Carter in den USA diejenigen begünstigt, denen die Entspannung schon immer ein Dorn im Auge war". (Ernst Otto Czempiel, Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Entspannung, in: „Außenpolitik und Zeitgeschichte", Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 3777 v. 17.9. 1977, S. 15.)

Neutronenbombe und Menschenrechtskampagne sind mithin nur zwei Seiten ein und derselben Medaille, mit der, gerade auch in unserem Lande, besonders jene gern handeln möchten, die die Entspannung ablehnen oder sie im Zick-Zack-Kurs betreiben. Wie sehr Carter unter den Einfluß der reaktionärsten Kräfte Amerikas, des militärisch-industriellen Komplexes und seiner politischen Klientel, geraten ist, wird auch durch die Unterstützung deutlich, die er heute von seinem ehemaligen Konkurrenten Reagan erhält. Die erneute Stärkung der Rüstungslobby wird von vielen immer deutlicher als die eigentliche Gefahr für die Menschenrechte angesehen, die sich Präsident Carter – zumindest in der Sowjetunion – so sehr zu Herzen nimmt. „Der Frieden ist die Voraussetzung für die Verwirklichung von Menschenrechten – der Krieg ihr ärgster Feind. Wer ständig nur das lautstarke Bekenntnis für einige Einzelfälle fordert, kann also am Ende die praktische Arbeit nicht leisten." (Klaus v. Dohnanyi, in: „Die Zeit" v. 28.7. 1978.)

Die Rede von Menschenrecht und Demokratie kann immer weniger verbergen, um welche politischen Ziele es der amerikanischen Regierung de facto geht. Um die Überwindung der „geistigen Krise", Folge des „allgemeinen Gefühls des Unbehagens im Westen", geht es erklärtermaßen. (Brzezinski, Die Grundzüge der amerikanischen Politik und der weltweite Wandel, in: „Amerikadienst", Dokumentation, Nr. 29 v. 9.11. 1977, S. 3.) In ihrer spezifisch amerikanischen Dimension sei sie durch den Vietnamkrieg ausgelöst und durch die konstitutionelle und moralische Krise von Watergate verstärkt worden. „Einer Welt gegenüber, die den Glauben an Amerika zu verlieren begann – durch das sich weltweit ausbreitende Phänomen des Anti-Amerikanismus –, stellt die neue Administration ganz oben an auf die Liste ihrer Prioritäten die Notwendigkeit, sowohl das Vertrauen in Amerika wie auch die geistige Bedeutung des Westens für die hervortretenden globalen Probleme neu zu beleben." Die Regierung sei entschlossen, die „amerikanische Führung in der Weltpolitik zu bekräftigen".

Dies ließe sich aber allenfalls durch das Gegenteil der gegenwärtigen Politik, der Politik der Konfrontation und Einmischung, erreichen, die eben nicht Korrektur, sondern Verlängerung jener früheren Politik ist – zum Teil mit variierten, manchmal auch mit durchaus gleichen Methoden. Es ist kaum anzunehmen – und schwer zu erklären, wie Carter zu einer solchen Annahme kommt –, daß man die Öffentlichkeit Vietnam „vergessen" machen könnte, und zwar durch eine Politik, die gerade wieder an die in Vietnam gescheiterte „Arroganz der Macht" erinnert. Eher schon könnte ein konstruktiver Beitrag zur Entspannung, Zusammenarbeit und zur Abrüstung, wie ansatzweise Mitte der 70er Jahre entwickelt, und das Bemühen um internationalen Gewaltverzicht, wirtschaftliche Gleichberechtigung und die Anerkennung der Selbstbestimmung der Völker über ihren jeweiligen Entwicklungsweg Hoffnung auf eine vertrauenswürdigere Außenpolitik der USA wecken.

Wie glaubt die amerikanische Administration Watergate zu überwinden und den American way of life in ein freundlicheres Licht rücken zu können, wenn durch die Außenpolitik die bekanntermaßen demokratiefeindliche Rüstungsindustrie ermutigt wird und wenn zur gleichen Zeit der Vertreter der USA bei den Vereinten Nationen, Young, zugeben muß, daß es hunderte, ja tausende politischer Gefangener in den USA gibt. Oder

wenn Carter feststellt, daß er für die Menschenrechte in seinem Land nichts tun kann oder will: Die Regierung „kann nicht die Armut ausmerzen, sie kann nicht für eine wohltätige Wirtschaft sorgen, sie kann nicht die Inflation verringern, sie kann nicht unsere Städte sanieren, keine Energie besorgen oder Güte verordnen." (Bericht zur Lage der Nation 1978)

Carter will es also bei der menschenunwürdigen, in gegensätzliche Extreme verzerrten Widersprüchlichkeit amerikanischer Realität belassen: bei Gettys und Ghettos, Profit und Pauperismus, Cinderella und CIA, My-Lai, Mafia und Mickey Mouse, Heroin und Happy End, Aspirin und Antikommunismus, Rattenplagen und Raketen. Eine weniger „pluralistische" Gesellschaft könnte womöglich demokratischer sein.

All die, denen es wirklich ernst ist mit der Verwicklichung der Menschenrechte, müssen feststellen, daß ihrer Sache durch den psychologischen Feldzug der Carter-Administration immenser Schaden zugefügt ist. Denn in der Tat werden sich Frieden, Gleichberechtigung, Entspannung nicht losgelöst von der Verwirklichung der Menschenrechte betrachten lassen. Sicherung und Ausbau der politischen Entspannung sind die Grundlage der Menschenrechte und schaffen günstigere Bedingungen für ihre Verwirklichung wie andererseits die Realisierung der Menschenrechte wesentlicher Bestandteil der Entspannung sein muß. Eine Politik, die der Entspannung entgegenwirkt, wirkt also gleichermaßen gegen die Verwirklichung der Menschenrechte. Die Menschenrechte eignen sich nicht für die psychologische Kriegführung und ideologische Alleinvertretungsansprüche.

In der verzerrenden konfrontativen Einseitigkeit, in der diese Frage gegenwärtig durch die amerikanische Administration behandelt wird, kommt eine Diskussion jedenfalls überhaupt nicht zustande. Im Gegenteil, es werden Bedingungen geschaffen, die die Möglichkeiten des Dialogs immer stärker begrenzen, zu einer Verhärtung führen und die Lösung der drängendsten Menschenrechtsfragen der Gegenwart blockieren. Die Widersprüchlichkeit, die an der Politik Carters so häufig zutage tritt, resultiert wohl daraus, daß er das Spannungsfeld zwischen irrealer Hoffnung und den Erfordernissen realistischer Politik nicht aufzulösen weiß. Vielleicht wurden alle amerikanischen Präsidenten erst im Verlaufe ihrer Regierungstätigkeit weiser. Das gilt im übrigen auch für Politiker wie Kissinger. Bei Carter allerdings wird die Geduld der Welt auf eine harte Probe gestellt. Noch immer hat sich keine der gegensätzlichen Positionen, die auf ihn einwirken, durchgesetzt. Wenn Außenminister Vance anläßlich des jüngsten Debakels äußerte, daß einzig der Präsident und er den außenpolitischen Kurs der USA bestimmten, dann bleibt zu hoffen, daß auch die folgende Einsicht des Außenministers sich durchsetzt: „(Denn) schließlich sind es gerade unsere Beziehungen zur Sowjetunion, bei denen es am stärksten um Fragen und Entscheidungen von Krieg und Frieden geht . . . Die Alternative zu diesem aktiven Dialog mit den Sowjets würde eine Rückkehr zu den Spannungen und der Isolation des Kalten Krieges bedeuten. Viele von Ihnen und die führenden Vertreter dieser Administration erinnern sich noch daran, wie es damals aussah. Wir können guten Gewissens nicht empfehlen, daß wir das Land wieder in die Unruhe und in die Ängste jener Zeitspanne zurückführen." („Wireless Bulletin from Washington", Nr. 11 v. 16. 1. 1978, S. 7 f.)

Die Bundesregierung kann in der gegenwärtigen Situation durch eigene konstruktive Initiativen im Ost-West-Verhältnis durchaus dazu beitragen, daß sich die von Vance umrissene Position durchsetzt – auch im wohlverstandenen Eigeninteresse der Bundesrepublik. Wir müssen erkennen, „daß die Verschärfung des sowjetisch-amerikanischen Konfliktes auch in Europa Entspannung und Zu-

sammenarbeit belastet und gefährdet . . . Das Interesse der Bundesrepublik gebietet ein nachdrückliches Gegensteuern." (Gerd Ruge in: „Vorwärts" v. 27. 7. 1978) Dies um so mehr, als führende US-Politiker wie der Fraktionsführer der Demokraten, Byrd, nicht nur die Blockade von SALT fordern, sondern den westeuropäischen Staaten eine ebenso kurzsichtige wie kurzlebige Politik abverlangen.

Anläßlich des Besuches von Präsident Carter in der Bundesrepublik forderte Peter Bender (im WDR, „Thema der Woche" v. 8. 7. 1978) zum Widerstand auf, „wenn der Gewinn der letzten acht Jahre in Europa und in Deutschland auch durch Schuld der USA verloren zu gehen droht". Man könne Washington nicht folgen, wenn es die Konfrontation riskiere. „Kein Land des Westens ist soweit auf ein gedeihliches Ost-West-Verhältnis angewiesen wie die Bundesrepublik, kein westeuropäischer Staat ist wie wir national interessiert am gesamten Europa." Diese Position sollte die Bundesregierung der Carter-Administration verdeutlichen. Sie könnte sich verdient machen um die politische Entspannung, wie seinerzeit Anfang der 70er Jahre.

Gunnar Matthiessen

Warum Hans Filbinger gehen mußte

I

Filbinger ist zurückgetreten, vielmehr: sein Rücktritt hat begonnen. Weil die CDU/CSU sich unfähig zeigt, demokratisch reinen Tisch zu machen, muß die Auseinandersetzung mit dem Blutrichter, der immer noch als Parteivorsitzender amtieren darf, weitergeführt werden. Aber ebenso wichtig ist eine andere Auseinandersetzung geworden, die von der Rechten, aus der für sie in letzter Zeit innenpolitisch ungewohnten Defensive heraus, bereits geführt wird; es geht jetzt darum, welche politische und zeitgeschichtliche Interpretation des Vorgangs sich durchsetzt, mit entsprechender Ausstrahlung auf das geistige Klima dieser Republik. *Warum* ist Filbinger untragbar?

Filbinger selbst hat in seiner unglaublichen Rücktrittsrede*), einem Dokument aggressiver Unbelehrbarkeit, das Interpretationsmuster für die äußerste Reaktion vorzugeben versucht: „Es ist mir schweres Unrecht angetan worden!" Filbinger also – nach wie vor eine deutsche Lichtgestalt, umgeben von Bosheit und schwarzem Verrat, von Hochhuth und „Sympathisanten" . . . Warum *mußte* er eigentlich zurücktreten? Weil er – so die Erklärung des Betroffenen – zum Opfer einer „skrupellosen Rufmordkampagne" der Linken geworden war? Aber wäre es „Rufmord", warum hätte Filbingers eigene Partei sich schließlich gezwungen gesehen, ihn unter Aufbietung erheblicher Kräfte aus dem Amt zu drängen? Aufgeschlossenheit für Argumente oder „Kampagnen" der Linken war bisher kein herausragendes Kennzeichen der Unionsparteien. „Rufmordkampagnen" pflegen sie allenfalls selbst – die Treibjagd auf „Sympathisanten des Terrors" ist noch in frischer Erinnerung.

Warum sonst also dieser ruhmlose Sturz? Hatte Filbingers Gedächtnis sich als allzu geschwächt erwiesen – womöglich infolge jahrzehntelangen Kräfteverschleißes „im Dienst" –, als daß man ihm das aufreibende Amt des rechte Maßstäbe setzenden Landesvaters länger hätte zumuten wollen? Aber dann wäre der bevorstehende 65. Geburtstag des Aufrechten der denkbar würdigste Rahmen für eine Pensionierung in Ehren gewesen, zumal der Jubilar, wie man hört, außerordentliche Verdienste um die hiesige Demokratie haben soll. Filbinger hat den ihm nahegelegten Rücktritt aus Alters-

*) Wortlaut im Dokumententeil dieses Heftes.

gründen beharrlich zurückgewiesen, bis zuletzt. Dennoch mußte er gehen, Hals über Kopf schließlich. Warum?

Seit Wochen, seit sich abzeichnete, *daß* der Mann nicht zu halten sein würde, konnte man regelrecht dabei zusehen, wie – je nach Interessenlage – die jeweiligen Filbinger-Legenden ausgestreut, sorgsam gehegt und aufgezogen wurden.

– Filbingers Antwort also ist bekannt: Filbinger als das solidaritätsheischende Opfer einer haltlosen Kampagne, mit den von ihm selbst (als ob er was vorausgeahnt hätte) seit eh und je unerschrocken angeprangerten Drahtziehern im In- und Ausland – erfolgreich letzten Endes nur aufgrund der beklagenswerten Schwäche der staatstragenden Kräfte (von „Dolchstößen" aus den eigenen Reihen hier nicht zu reden . . .) und insofern erneuter Beweis, geradezu Fanal, für die Notwendigkeit, andere Saiten aufzuziehen, Law and Order zu schaffen. (Filbinger selbst hat hierzu ja unermüdlich Beiträge und Hinweise beigesteuert: der „wirksame Ehrenschutz", dessen mangelnder Gewährleistung er bei seinem Abgang die folgenreiche öffentliche Diskussion seiner NS-Taten zuschrieb, ist ja nur eine kleinere Perle auf einer ganzen Kette, in der Schieß-Erlaß, Persilschein für die NPD und die Forderung nach neuerlichem Verbot der Kommunisten am grellsten ins Auge stechen.)

– Die sozialliberale Seite, Eppler, Augstein und andere, erfreut über das Harakiri eines langjährigen Intimfeindes und zugleich in Sorge über ein mögliches „Ausufern" der öffentlichen Diskussion in eine Generalrevision des landläufigen Geschichtsbildes, die womöglich eigene Partner und Gönner verschrecken könnte – die sozialliberale Seite also wird nicht müde zu betonen (darin auf einer Wellenlänge mit den klügeren Köpfen der CDU/CSU), daß man Filbinger „weniger", ja eigentlich gar nicht seine Rolle im Dritten Reich zur Last lege . . . Sondern?! Sondern sein schlechtes Gedächtnis, sein unzureichendes politisches Fingerspitzengespür, mangelnde Geschicklichkeit oder Fortüne . . .

– Strauß und Dregger, als langjährige Bundesgenossen Filbingers auf der reaktionären „Südschiene" der Unionsparteien jetzt in eine prekäre Lage geraten, versuchen – beide mitten in Landtagswahlkämpfen steckend –, sich selbst so gut es geht aus dem Filbinger-Strudel herauszuhalten, also Distanz zwischen sich und ihre erwischten Spießgesellen zu legen, andererseits aber aus der Not eine Tugend zu machen und auf dem sozialliberalen wie auf dem autoritär-rechtsradikalen Klavier gleichzeitig zu spielen: einerseits liberale Wähler zu halten oder gar neu zu gewinnen, indem der Rücktritt Filbingers als der Beweis für Selbstreinigungs- und Erneuerungskraft ausgegeben wird, und zugleich auf der anderen Seite rechte Irritation über Filbingers Sturz mit erprobten antikommunistischen und antisozialistischen Reizworten in die Bahnen der Union zu kanalisieren, womöglich einen rechten „backlash" zu mobilisieren.

II

Filbingers Rücktritt also – letztenendes nichts anderes als, so oder so herum gedreht, eine Wahlkampfinszenierung auf Kosten eines mangels taktischer Beweglichkeit zwischen die Stühle geratenen, aus Altersgründen ohnehin zur Ablösung anstehenden politischen Unglücksraben?

Zweierlei fällt auf: *Erstens,* daß diese Version zwar in den Medien beliebt, aber nicht sonderlich stimmig ist, denn sie erklärt nicht, woher auf einmal die Sogwirkung kommt, die die CDU zwingt, mitten im Wahlkampf einen ihrer führenden Köpfe, nach wie vor stellvertretender Bundesvorsitzender, Landesvorsitzender und noch vor kurzem als möglicher Nachfolger Scheels genannt, zu desavouieren.

Zweitens – und vor allem – haben die demokratischen und antifaschistischen Kräfte sämtlich nicht das geringste Interesse daran, daß der Fall Filbinger seines exemplarischen Charakters und seiner

Relevanz für die Art und Weise, wie diese Republik mit der faschistischen Vergangenheit und ihren Erben und Kontinuitätswahrern fertig wird, entleert würde, während gerade spiegelverkehrt diese Erben und Kontinuitätswahrer allen Wert auf Schadensbegrenzung, Individualisierung und damit Isolierung des Falles Filbinger legen.

Gewiß, es hieße in eine – von manchem derer, die Filbinger schließlich über die Klinge springen ließen, womöglich nicht ungern gesehene – euphorische Selbsttäuschung verfallen, wollte man den Sturz Filbingers vor allem als Sieg einer explizit antifaschistischen Volksbewegung interpretieren. Und Filbinger ist auch nur einer unter vielen Exponenten eines Rechtstrends, der allein durch den Sturz des Stuttgarter Präsidenten nicht schon revidiert wird. Aber – man sollte nicht vor lauter Bäumen den Wald übersehen: Daß der „furchtbare Jurist" Filbinger gehen muß, ist ein Erfolg für alle Demokraten. Ob ein Mann wie er, der bis zuletzt mit keinem Wort von seinem blutigen „Dienst" (so wörtlich!) für die Terrorherrschaft der Nazis abrücken mochte – im Gegenteil – und der wie kaum ein anderer reaktionärste antiaufklärerische und antikommunistische Kontinuität vorlebte, weiter ungerührt als demokratisch autorisierter Verfassungsinterpret und Repräsentant dieser Republik auftreten konnte oder ob er (und mit seiner Person das von ihm verkörperte Programm) für seine eigene Partei eine Belastung wird, das ist wohl eine für das Geschichtsbild wie für die Entwicklungsrichtung der Bundesrepublik gleichermaßen wesentliche Frage.

Es seien aber nicht antifaschistische, sondern wahlkampftaktische Gründe für den Rücktritt Filbingers verantwortlich, sagen manche und folgen insoweit der offiziell betriebenen Entpolitisierung des „Falls". Wahlkampfgründe, gewiß – aber worauf es ankommt, ist ja wohl, daß wahlkampfträchtig am Ende nicht die von Filbinger kultivierte Durchhaltepose war, daß die von ihm einer „schweigenden Mehrheit" angebotene „Schicksalsgemeinschaft", die zynische Komplizenschaft („wir sind doch alle keine Engel" und eigentlich alle Nazis gewesen) gegen den gestern wie heute gleichen inneren und äußeren „Feind", nicht recht verfing. Filbinger wurde vielmehr aus dem Verkehr gezogen, als Meinungsfragen zeigten, daß er seine Partei Stimmen kosten würde. (79% der Befragten sprachen sich lt. „Süddeutscher Zeitung" v. 7. 8. zuguterletzt für Filbingers sofortigen Rücktritt aus; nur noch 11% für seinen Amtsverbleib!) An der Herausbildung einer solchen Stimmung haben, neben dem Überdruß an einem unerträglich gewordenen politischen Individuum, zweifellos auch unterschiedliche demokratische Einflüsse und z. T. verdrängte Erfahrungen mit faschistischer Menschenfeindlichkeit ihren Anteil. Ob das, was heute Stimmung ist, also auch umschlagen kann, sich in Richtung auf bewußten Antifaschismus hin konsolidieren läßt, hängt wesentlich davon ab, inwieweit und wann alle entschieden demokratischen Kräfte in der Bevölkerung bei der Entwicklung antifaschistischer, demokratischer Alternativen zusammenzuwirken lernen.

Bemerkenswert ist, daß Filbinger – einer der schärfsten Protagonisten der Berufsverbotepolitik – jetzt nicht zuletzt ein Opfer auch dieser Politik geworden ist, und zwar gleich in zweifacher Weise. Innenpolitisch stand seine radikale Unbeweglichkeit in Sachen Berufsverbote den Versuchen im Wege, durch zumindest kosmetische Korrekturen das angeschlagene demokratische Image der Bundesrepublik im Ausland zu reparieren. Zum zweiten aber hat gerade die Entrüstung über die Berufsverbote die Sensibilität der außenpolitischen Partner unseres Landes gegen antidemokratische Tendenzen in der Bundesrepublik derart geschärft, daß ein sich von Tag zu Tag eindeutiger als eine Art kleiner Freisler entpuppender Ministerpräsident allein schon der für ein Exportland wie die BRD ziemlich lebenswichtigen außenpolitischen Respek-

tabilität wegen zu einer Hypothek werden mußte, selbst für die CDU/CSU.

Die Kräfte der Demokratie in der Bundesrepublik haben im Fall Filbinger also potentiell Spielraum gewonnen. Strauß, der Filbingers Sturz auf eine „monatelang von den vereinigten Linkskräften dieses Landes geführte Kampagne" zurückführt, und seine Freunde haben im Ringen um das geistige Klima in diesem Lande, um sein Geschichtsbild und sein Verfassungsverständnis, eine Schlappe erlitten. Filbinger mußte fallengelassen werden. Fallen müssen aber auch die falschen Feindbilder, Berufsverbote und Bespitzelung, Diskriminierungs- und Illegalisierungsversuche gegen Gewerkschaften und andere demokratische Organisationen, der blindwütige Antikommunismus und Antisozialismus, für die die Namen von Filbinger und seinesgleichen geradezu Programm geworden sind.

Karl D. Bredthauer

Kein „zweites Israel" im Libanon

Israel ist, seit seiner Gründung vor dreißig Jahren, unaufhörlich auf der Suche nach regionalen Bundesgenossen gegen die Araberstaaten. Finden konnte es sie, nach Lage der Dinge, ausschließlich unter den ethnischen, nationalen oder religiösen Minderheiten der nahöstlichen Nachbarländer. So etwa mit der Absicht: „Schafft zwei, drei, viele Israel!"

Dieser Politik, die freilich niemals öffentlich artikuliert wurde, entsprach sowohl die Unterstützung der kurdischen Rebellen im Nordirak als auch die der schwarzen Aufständischen im Südsudan. In Kurdistan hatten die Intriganten wenig Glück. Kurdenführer Mustapha Mullah el-Barsani nahm zwar, via Persien, liebend gern israelische „Uzi"-Maschinenpistolen und sonstige Giftspritzen, verhandelte auch, in Europa, zuweilen mit Agenten des israelischen Geheimdienstes „Mossad", doch es blieb zuguterletzt bei dem für Jerusalem unbefriedigenden Geschäft Waffen gegen Informationen. Im Sudan kam es jedoch zu einer vielversprechenderen Zusammenarbeit. Zuerst erschienen auch hier die berühmt-berüchtigten „Uzis" auf dem Dschungelkriegsschauplatz. Später sichteten arabische Späher auch israelische Ausbilder in den Militärlagern der schwarzen „Anya-Nya". Doch auch hier hatte Israel keinen durchschlagenden Erfolg. Das Khartumer Militärregime unter General Dschaafar en-Numeiri beendete den Bürgerkrieg schließlich durch einen Kompromißfrieden, und Jerusalems Intrigenspiel wurde sogar zu einem der Gründe für den Bruch fast aller schwarzafrikanischen Staaten mit Israel. Der Judenstaat erreichte indessen mindestens zeitweilig und teilweise, was er gewollt hatte: Druck auf die mächtigen arabischen Widersacher Irak und Ägypten.

Im Zentrum des geschilderten israelischen Interesses standen von jeher die libanesischen Christen – als eine der größten und aktivsten nahöstlichen Minderheiten, angesiedelt zumal direkt vor der Haustür Israels.

Hauptaspekt der libanesischen Geschichte der letzten dreißig Jahre ist die bislang unauflöslich gebliebene Verstrickung der inneren religiösen und sozialen Gegensätze mit dem äußeren Konflikt im Vorderen Orient. Golda Meir antwortete auf die Frage „Welcher arabische Staat schließt wohl als erster Frieden mit Israel?" einmal mit der offenherzigen Feststellung: „Das weiß ich nicht, doch ich weiß genau, wer der zweite sein wird, Libanon!" Gäbe es nicht die Palästinenser, zwischen Libanon und Israel gäbe es längst einen auf den klaren Interessen der Christen dort und der Juden hier beruhenden Frieden. Dies ist die wahre Wur-

zel der tragischen Ereignisse der letzten drei Jahre in dem Levanteland. Der Libanon wie Israel sind, was allzu leicht und gern vergessen oder verdrängt wird, beide Überbleibsel der europäischen Kolonialherrschaft. Ohne Franzosen auf der einen und Engländer auf der anderen Seite existierte heute weder der eine noch der andere Staat.

Libanons Gründungsgeschichte begann 1840. Damals gehörte das Land, was wichtig ist, ebenso wie Palästina als Bestandteil des ehemaligen arabisch-großsyrischen Reiches zur Osmanischen Türkei. Die Franzosen wollten den Engländern in die koloniale Suppe spucken und machten sich zu „Schutzherren" der maronitischen Christen; die Briten setzten auf die muselmanischen Drusen. Alte Animositäten weniger als neue Kolonialrangeleien führten schließlich zu einem in ein blutiges Christenmassaker mündenden Bürgerkrieg (1860). Die Christen bezahlten zwar einen hohen Blutzoll, erreichten aber auch ihr Ziel. Frankreich erzwang von der Hohen Pforte die Autonomie für den sogenannten Sandschak Beirut unter einem christlichen Gouverneur und, selbstverständlich, dem „Schutz" der Grande Nation (1864). Die – bis auf die unterschiedlichen Drahtzieher – totale Parallele mit den tragischen Ereignissen von 1975 bis heute springt direkt ins Auge.

1918 endete die ohnehin nur noch nominelle Oberherrschaft des Padischahs. Die Briten kamen wieder zum Zug und besetzten vorübergehend den Libanon. Damals verstrickte man das ohnehin künstlich geschaffene Levanteländchen für immer in den sich wenig später erstmals explosionsartig entladenden Nahostkonflikt. Albion, das perfide, versprach im Ersten Weltkrieg den Arabern, in einer Note an den Hidschasprinzen Feisal, als Dank für die Waffenhilfe gegen die Türken die Wiederherstellung ihres Reiches. Den Zionisten versprachen die Engländer, in der berüchtigten „Balfour-Deklaration" an Lord Walter Rothschild, als Dank für eine rüstungswichtige Erfindung des Chemikers, Zionistenführers und späteren ersten israelischen Staatspräsidenten Chaim Weizmann „eine nationale Heimstätte in Palästina". Diese Versprechungen schlossen allein schon einander aus. Doch Großbritannien beabsichtigte ohnehin nicht, sie zu erfüllen. Im „Sykes-Picot-Abkommen" vereinbarten sie schon vorher die Aufteilung der arabischen Hinterlassenschaft des Osmanenreiches mit Frankreich. Die Franzosen bekamen, neben Syrien, endgültig auch den Libanon (1920). Sie vergrößerten willkürlich den ehemaligen türkischen Sandschak Beirut auf den heutigen territorialen Stand. Die Syrer akzeptierten, was gleichfalls wichtig ist, nie diese ziemlich willkürliche Teilung. Das rechtfertigt übrigens auch die gegenwärtig von ihnen wahrgenommene militärische und politische Ordnungsfunktion an der Levanteküste.

Franzosen und libanesische Christen wollten und bekamen einen zunächst autonomen und später selbständigen mehrheitlich christlichen Libanon. 1920 gab es in dem seitherigen Staatsgebiet – angeblich – eine christliche Mehrheit. Diese Behauptung beruhte allerdings mehr auf Schätzungen und Fälschungen als auf zuverlässigen Zählungen. Selbst wenn es anfänglich noch halbwegs gestimmt haben mochte, das Bevölkerungsverhältnis verkehrte sich jedenfalls bald in sein Gegenteil. Die Muselmanen waren wesentlich geburtenfreudiger und vermehrten sich zudem durch Zuwanderung, denn die fast ausschließlich auf dem Dienstleistungsgewerbe beruhende Wirtschaftsstruktur bedurfte laufend neuer Arbeitskräfte; die Muselmanen wurden stärker als die Christen. Seit 1940 vermied man jedenfalls, bezeichnenderweise, jegliche Volkszählung.

Die Franzosen trennten sich nur ungern von ihrem libanesischen Besitz. Doch 1944 erlosch das Völkerbundsmandat, und 1946 erhielt das Gebiet mit dem Abzug der französischen und britischen Truppen seine Unabhängigkeit. Sie beruhte seitdem auf einem ungeschriebe-

nen „Nationalpakt". Maroniten, Sunniten, Schiiten und Drusen teilen sich – nach dem religiösen Proporz – in die politischen Mandate. Das Funktionieren dieses Systemes blieb jedoch, so gerecht es sich auch auszunehmen schien, immer eng gebunden an die angeblichen ursprünglichen Mehrheitsverhältnisse. Seit 1940 spätestens stimmen sie jedoch nicht mehr, und folgerichtig funktionierte auch seitdem nichts mehr so recht – bis hin zu der Explosion von 1975.

Der Libanon beteiligte sich nur formell am ersten israelisch-arabischen Krieg (1948). Ein Kontingent Palästina-Flüchtlinge wurde zwar aufgenommen, kam auch gerade recht als lange unerschöpflich scheinendes Arbeitskräftereservoir für die stark expandierende Dienstleistungswirtschaft, erhielt aber nie, wie etwa im benachbarten Jordanien, die gleichen Bürgerrechte wie die Libanesen. Das Proporzsystem wäre ja dann endgültig gesprengt worden. Neutral blieb der Libanon auch im zweiten israelisch-arabischen Krieg (1956).

Libanesische Muslime und palästinensische Flüchtlinge erkannten lange nicht die Gemeinsamkeit ihrer Interessen. Sie zeigte sich zum erstenmal erst nach einem weiteren Jahrzehnt (1958). Im Gefolge der Entstehung der kurzlebigen „Vereinigten Arabischen Republik" (VAR) zwischen Ägypten und Syrien, und durch sie, erhielt der Panarabismus vorübergehend gewaltigen Auftrieb, probten auch die libanesischen Muslime endlich den Aufstand gegen die längst durch nichts mehr zu rechtfertigende christliche Dominanz. Christenpräsident Camille Chamoun, einer der bösen Geister auch wieder des seit drei Jahren durch nichts totzukriegenden Bürgerkrieges, rief prompt um westliche Hilfe. Die Amerikaner kamen, sahen nichts und siegten gegen niemanden. Immerhin retteten sie das längst ruinierte Proporzsystem noch einmal für über drei Jahrfünfte vor dem endgültigen Ruin und verhinderten die rettende Reform.

1967 bewahrte der Libanon abermals seine fragwürdige „Neutralität" im dritten israelisch-arabischen Konflikt. 1967 wurde nicht nur zum Jahr der bislang größten arabischen Niederlage, sondern auch zum Beginn einer neuen Phase des palästinensischen Widerstandes. Bis dahin führten die zahllosen palästinensischen Widerstandsgruppen als verlängerte Arme der untereinander heillos zerstrittenen Araberstaaten eher ein Schattendasein in der eigentlichen Auseinandersetzung mit Israel. Die Palästinenser erkannten nun endlich, daß die übrigen Araber ihre verlorene Heimat nicht zurückgewinnen wollten und konnten, lösten sich aus der Bevormundung durch die notorischen Verlierer und griffen zur Selbsthilfe. Der Südlibanon wurde, nach dem blutigen Massaker im jordanischen „Schwarzen September" von 1970 und ihrer gewaltsamen Vertreibung aus dem Transjordanland, zu ihrer letzten Operationsbasis. Die Guerrillataktik führte naturgemäß zu israelischen Vergeltungsschlägen. Sie wurden zum auslösenden Faktor der seit rund drei Jahren andauernden Bürgerkriegswirren.

Dieser Bürgerkrieg hatte allerdings weit tiefer sitzende Ursachen. Die Sozialstruktur des Levantelandes beruhte traditionell auf einem religiös verbrämten Zweiklassensystem. Die Christen bildeten im großen und ganzen die Ober- und die Muslime mehr oder weniger die Unterschicht. Der Graben zwischen beiden wurde vertieft durch den enormen Bildungsvorsprung der Christen und den Kinderreichtum der Moslems. Letzterer führte schließlich unaufhaltsam zur Umkehrung der ursprünglichen demographischen Mehrheitsverhältnisse. Seit 1940 gab es hier, wie gesagt, keine nach Religionszugehörigkeit aufgeschüsselte nationale Volkszählung. 1964 schätzte man offiziell 52,7% Christen und 45,3% Muslime. Das stimmte sehr wahrscheinlich damals schon nicht mehr. Folgerichtig wurde denn auch der Ruf nach politischen und vor allem sozialen Reformen immer lauter. Die Christen verschlossen

vor dem zunehmenden unterirdischen Donnergrollen Augen und Ohren. Sie saßen, wie sie glaubten, sicher an den Schalthebeln der Macht. Ihr Unwille, sich den neuen demographischen Gegebenheiten und modernen sozialreformerischen Erfordernissen anzupassen, hatte schließlich ein von ihnen nicht vorausgesehenes Resultat: Die Christen taten alles in ihrer Macht Stehende zur Austrocknung des sogenannten „Fatah-Landes" im Südlibanon und zur Niederringung des palästinensischen Machtpotentials in den Flüchtlingslagern; die Muslime solidarisierten sich endlich mit den Palästina-Guerilleros.

Die Christen gerieten daraufhin in die hoffnungslose Minderheit, die sie rein rechnerisch schon längst waren, und standen in dem von ihnen selbst verschuldeten Bürgerkrieg zeitweilig vor der Niederlage. Davor rettete sie nur Syrien. Das syrische Eingreifen in den libanesischen Bürgerkrieg richtete sich, was heute schon wieder allzugern vergessen wird, zunächst gegen die Machtansprüche von muslimischer Linker und Palästina-Guerilleros gegen die Christen. Damaskus bewies dadurch sein elementares Interesse am Fortbestand eines wie immer gearteten inneren Gleichgewichtes an der Levanteküste.

Ganz folgerichtig wendet sich Syrien jetzt auch gegen ähnliche Machtansprüche der Christen. Bei dem Dauerkrieg zwischen syrischen Einheiten der panarabischen Friedenstruppe der „Grünhelme" und den rechtsextremistischen christlichen Milizen handelt es sich mitnichten um das Vorspiel zu einem neuen „Christenmassaker". Die Christen, nicht die Muslime, haben den Libanon praktisch geteilt und verurteilen die legalen Behörden zur totalen Funktionsunfähigkeit. Die Christen, nicht die Muslime, kollaborieren im Süden des Landes offen mit Israel. Die Christen, nicht die Muslime, bewaffneten sich inzwischen wieder bis an die Zähne und unterhalten ein stehendes Heer von mehreren zehntausend Milizionären. Die Christen, nicht die Muslime, bezeichnen nach wie vor die Austreibung aller Palästinenser als Voraussetzung einer Befriedung des Libanons. Gemeint ist natürlich die Konservierung der alten Machtverhältnisse.

Syrien geht es weder um die Ausrottung der Christen noch um eine Annektion des Libanon. Was Damaskus mit Fug und Recht verhindern will, ist die Entstehung eines zweiten (christlichen) Israel im Herzen der arabischen Welt. Im Südlibanon sind Christen und Zionisten Waffenbrüder. Und als christliche Heckenschützen in den letzten Wochen so lange die syrischen „Grünhelme" provozierten, bis die zurückschossen, wehklagte Israels Chefterrorist Menachem Begin (verantwortlich für zahlreiche Terroranschläge der berüchtigten rechtsradikalen „Irgun") am beredtesten über den „Massenmord an den libanesischen Christen".

Horst J. Andel

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

125 *Ostrowsky/Geisler* **Südafrika. Befreiungskampf.** 240 S. DM 12,80
126 *Römer* **Kapitalistisches Privateigentum.** 320 S. DM 14,80
127 *Kirchhoff-Hund* **Rollenbegriff und Interaktionsanalyse.** 300 S. DM 14,80
130 *Ruben* **Dialektik und Arbeit der Philosophie.** 280 S. DM 14,80

Pahl-Rugenstein

GLOSSE

Sterben und sterben lassen

Von Gisela Elsner

Es erweckt tatsächlich den Eindruck, als legten gewisse Kreise größten Wert darauf, daß diesem Land der erste Platz, den es auf dem Gebiet der Massenvernichtung innehat, auch künftig nicht streitig gemacht wird. Durch den Erwerb der Neutronenbombe wäre gewiß eine günstige Voraussetzung geschaffen, um den nicht so mirnichtsdirnichts einholbaren Vorsprung auf diesem Gebiet obendrein zu vergrößern. Von einer beängstigenden Unverfrorenheit zeugt zumal das Verhalten jener Volksvertreter, die da mit Kränzen kriecherisch vor den Massengräbern von gestern in sich gehen und zugleich durch eine umwundene oder unumwundene Befürwortung der Produktion und Stationierung dieser Vernichtungswaffe in einem mit Nuklearwaffen ohnehin geradezu gespickten Land und Kontinent die ersten Schritte zur Schaffung der Massengräber von morgen in die Wege leiten.

Allerdings werden die entsetzlichen Todesqualen, die die schnellen Neutronen bewirken, von jenen Publikationsorganen, die sich ohne Unterlaß um die Verbreitung des Propagandamärchens von der militärischen Überlegenheit und Aggressivität der Sowjetunion verdient machen, mit der gleichen Diskretion übergangen, mit der man die dank dieser Bombe erstmalig gebotene Möglichkeit, die Erbschaft des unversehrten gegnerischen Nachlasses anzutreten, übergeht.

In einem ganzseitigen Artikel, den die „Frankfurter Allgemeine Zeitung"(FAZ) am 24. Februar veröffentlicht hat, scheut sich der Verfasser, Günther Gillessen, vielmehr beileibe nicht, zunächst einmal von Panzern, die gegebenenfalls „gelähmt" wären, zu sprechen, um daraufhin die Leserschaft, als handle es sich hierbei um ein neues Rasenmähermodell, mit dieser Vernichtungswaffe, die er vertreterhaft eine „handhabbare", „moderne, aber keine umwälzend neue" Waffe nennt, im wahrsten Sinn des Worts vertraut zu machen.

Doch nicht allein an die Fortschrittlichkeit des Lesers, dem gegenüber Herr Gillessen mit gekonnter Lässigkeit die zur Debatte stehenden moralisch-ethischen und sicherheitspolitischen Fragen als „lauter alte Bekannte" hinstellt, ehe er dieses Thema den Langweilern überläßt, appelliert die FAZ. Im Rahmen einer regelrechten Kampagne für diese Vernichtungswaffe appelliert die gleiche Zeitung auch an den Sportgeist des Verteidigungsministers, dem sie gleich ein „doppeltes Ja" zum fliegenden Frühwarnsystem AWACS nämlich und zur Neutronenwaffe abverlangt. „Dazu gehört Mut, den eigenen Parteifreunden gegenüber", heißt es am 22. März in einem Kommentar auf der ersten Seite. „Aber Mut hat er ja, der Verteidigungsminister."

Den Rüstungskonzernen wäre mit einem solchen doppelten Ja ohne Zweifel auch nur vorübergehend gedient. Dem Vernehmen nach soll die Neutronenbombe lediglich die erste Waffe einer derzeit bereits in der Entwicklung begriffenen Gattung ausgepichter, die Vernichtung übersichtlicher gestaltender Waffen sein, mit deren Erwerb man die Bevölkerung, wenn sie sich nicht beizeiten zur Wehr setzt, wiederum dazu zwingen wird, sich bei jenen Herren, denen es auf einen Krieg mehr oder weniger nicht ankommt, auf Treu und Glauben einen Frieden zu erkaufen, der einen Wucherpreis kostet und dennoch keinen Heller wert ist: einen Frieden nämlich ohne die geringste Garantie.

Die Bonner Gipfelkonferenz der „Großen Sieben" und die Widersprüche zwischen Westeuropa und den USA

Von Gerhard Kade

Ausblick vom Gipfel: Vorwiegend trübe

Auch der jüngste Wirtschaftsgipfel der führenden Industrienationen des Westens hatte keine Lösungen für die komplizierte wirtschaftliche Lage anzubieten. Die Ergebnisse sind bekannt, und sie werden in wesentlichen Punkten unterschiedlich beurteilt. Unverkennbar war auch das Bemühen einiger Staatsmänner, voran des deutschen Bundeskanzlers, Höhepunkte in der Diskussion und in der Zielstellung des Gipfeltreffens zu setzen. Dennoch sind sich alle, die die Situation vor und nach dem Wirtschaftsgipfel ernsthaft, jenseits parteipolitischem oder regierungsoffiziellem Zweckoptimismus zu beurteilen haben, in einem einig: Stabile, zukunftsorientierte Lösungen wurden nicht gefunden, das mühevolle Suchen geht weiter.

Bei realistischer Beurteilung der Situation ist jetzt zu fragen, *warum* keine besseren Resultate zustandegekommen sind, warum sie auch gar nicht zu erwarten waren.

Wünsche, die irreal bleiben

Man ist offenbar nicht in der Lage, realisierbare Lösungen für die anstehenden ökonomischen Probleme zu finden. Die Wünsche der Regierungen und der Wirtschaft in den verschiedenen Ländern sind unvereinbar mit der tatsächlichen wirtschaftlichen Situation, wie sie sich seit Mitte der 70er Jahre darstellt. Die erhofften oder auch formulierten Ziele können nicht in erfolgversprechende Aktionen umgesetzt werden. Die wirtschaftliche Lage, die darauf aufbauenden Interessen sind so differenziert, daß es zu keinem gemeinsamen Programm kam. Ein grundlegender Kurswechsel in der Politik der führenden westlichen Industrieländer wird nicht kommen. So war das Bonner Gipfeltreffen ein weiteres Glied in einer langen Kette von Versuchen, irreparable wirtschaftliche Probleme durch Verhandlungen zwischen den Staatsmännern der führenden Länder zu heilen. Bereits die Erfahrungen früherer ähnlicher Treffen und verschiedener Konsultationen zeigen dem sachkundigen Beobachter, daß die weltumspannenden Wünsche die Barrieren der jeweiligen nationalen Interessen nicht zu überwinden vermochten. In der Tat, als Giscard d'Estaing seinerzeit, die Ergebnisse der Kopenhagener Tagung des Europäischen Rates zusammenfassend, über die geplanten „konkreten Maßnahmen" und „abgestimmte Aktionen" sprach, wurde man sogleich an ähnlich allgemeine Aussagen früherer Zeiten erinnert. Vor fast vier Jahren wurde beispielsweise im Kommuniqué des Pariser Gipfeltreffens der EG be-

hauptet, daß „der Kampf gegen die Inflation, die Aufrechterhaltung des Beschäftigungsgrades und der wirtschaftliche Aufschwung unter den Bedingungen der Stabilität weiterhin Ziel der Wirtschaftspolitik bleiben". Es heißt dann weiter: „Der Protektionismus darf nicht zugelassen werden. Die Mitgliedstaaten, die eine aktive Zahlungsbilanz haben, sollen Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft einleiten . . . Es ist notwendig, beim Treffen mit dem US-Präsidenten im Namen der Gemeinschaft die Bedeutung zu unterstreichen, die der Annäherung der Wirtschaftspolitik aller entwickelten Industrienationen in diesen Richtungen zukommt."

Tatsächlich sind das echte Probleme, die auch 1978 nach wie vor auf der Tagesordnung stehen und die den Bonner Wirtschaftsgipfel beunruhigten, z. B.

- der Teufelskreis der Inflation;
- der hohe Energieverbrauch in einigen Ländern, besonders aber in den USA;
- die nicht nachlassende Erwerbslosigkeit;
- der forcierte Protektionismus;
- die Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums;
- das Chaos auf den internationalen Devisenmärkten.

Alle diese ökonomischen Probleme standen und stehen vor Europa, den USA, aber auch anderen Industrienationen – so wie schon zur Zeit des Pariser EG-Gipfeltreffens im Dezember 1974 so auch vor dem Treffen in Kopenhagen und nun unlängst in Bonn.

Die „Großen", die „Macher" der westlichen Welt, erkannten es schon wiederholt als notwendig an, verschiedene Programme zur Bekämpfung der Inflation zu koordinieren, dirigistische, den Welthandel hemmende Maßnahmen zu vermeiden und eine wachstumsfördernde Politik anzustreben. Während alle diese – wie es damals hieß – „konkreten Beschlüsse" seinerzeit unter der Federführung von Giscard d'Estaing, dem Initiator des Pariser Gipfeltreffens, beschlossen wurden, so wollte man nun dazu den Segen des US-Präsidenten erhalten. Dieser aber ist nach Meinung der führenden Wirtschaftskreise in den USA nicht einmal in der Lage, die wirtschaftlichen Probleme der USA selbst anzupacken und erhält im eigenen Land die schlechtesten Noten, die jemals einem Präsidenten von der sachverständigen Öffentlichkeit zugedacht waren. Die Beschlüsse des Bonner Gipfeltreffens dürften kaum ausreichen, um jedes der sieben Teilnehmerländer dazu zu bewegen, sein pragmatisches Herangehen an die eigenen Probleme aufzugeben. Wie „The Financial Times" schon am 27. April 1978 zu Recht feststellte, können die versprochenen Wunder nicht die reale Wirklichkeit ersetzen; das dürfte sich nun nach der Bonner Runde erneut sehr schnell zeigen.

Die Mitglieder des britischen Kabinetts hatten das bereits einkalkuliert. Sie waren von vornherein nicht der Meinung, daß die Beratung der „Großen Sieben" unbedingt zur Verbesserung der Konjunktur führen wird; der von der Labour-Regierung vorbereitete neue Haushalt ist deshalb darauf ausgerichtet, daß es weder zu einem „Auf- noch zu einem Abschwung" kommt.

Woran liegt es nun, daß man weltweit nicht unter einen Hut kommen kann?

US-Strategie kontra westeuropäische Interessen

Die Hauptursache ist offenbar darin zu finden, daß die ökonomische Strategie der USA nicht der Interessenlage Europas entspricht. Die Geschichte der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Gemeinschaft zeigt, daß sich deren Rivalität aus dem Bereich der mit Vehemenz geführten „Hähnchen-Kriege" vergangener Jahre in das fundamentalere Kampfgefilde verlagert hat. Heute geht es um prinzipielle Auseinandersetzungen, wie z. B. die Positionen auf den Gebieten von Finanzen und Währung, den Kapitaleinfluß in den verschiedenen Bereichen der Weltwirtschaft vor allem über die transnationalen Gesellschaften, die moderne Technologie, die Kontrolle über die Roh- und Brennstoffquellen und des Verbrauchs besonders an Energie, die Schaffung von abgeschirmten Handelszonen in der dritten Welt.

Als der Gemeinsame Markt zur „Neuner"-Gemeinschaft erweitert wurde, schrieb die französische Wirtschaftszeitung „Les Echos", daß die USA das Streben der EG nach einer Vormachtstellung auf dem Gebiet der Währung und des Handels nicht zulassen würden. Jedermann sieht jedoch heute, daß die Valutareserven der EG die Gold- und Devisenvorräte der Vereinigten Staaten um ein vielfaches übertreffen. Der US-Export wurde im Jahre 1977 auf 120 Mrd. Dollar geschätzt, während die Ausfuhr nur *eines* Mitglieds der „Neuner"-Gemeinschaft, wie der Bundesrepublik, allein 118 Mrd. Dollar betrug. Dabei erreichte das Handelsdefizit der USA 27 Mrd. Dollar, während die Bundesrepublik einen Überschuß von 18 Mrd. Dollar aufzuweisen hatte. Es ist verständlich, daß die USA diese Situation nun zu ihren Gunsten ändern wollen. Doch jeder Versuch Washingtons, sein einstiges Gewicht im Welthandel zurückzuerlangen, beschwört ernste Probleme für Europa herauf, dessen ökonomische Prosperität direkt von der Entwicklung seines Exports abhängt. Für die Wirtschaft der USA spielt andererseits der Export – angesichts der gewaltigen Aufnahmefähigkeit ihres Binnenmarktes – keine so große Rolle. Dabei ist jedoch in Rechnung zu stellen, daß die Versuche Washingtons, die US-Wirtschaft durch Steigerung der Exporte und Einführung verschiedener Importbeschränkungen „anzukurbeln", offene Besorgnis der Europäer hervorrufen.

Es wird nach wie vor darüber gestritten, ob der Kursverfall des Dollars ein wohldurchdachter Schritt in der außenwirtschaftlichen Strategie der USA war, obwohl viele Experten auch heute noch diese Meinung vertreten. Auf jeden Fall war der von Europa geleistete Widerstand härter, als es die Amerikaner erwartet hatten. Die Hoffnungen Washingtons darauf, daß der Kursverfall des Dollars günstige Möglichkeiten für die US-Exporte eröffnen würde, haben sich bislang nicht bestätigt. Stieg der Import in den beiden ersten Monaten dieses Jahres um 12%, so nahm der Export lediglich um 2% zu. Das Handelsdefizit erreichte in der gleichen Zeit den astronomisch anmutenden Betrag von 7 Mrd. Dollar. Es geht somit um die überaus aktuelle Frage, ob es den Ver-

einigten Staaten gelingen wird, Westeuropa zu einer solchen Steigerung seines wirtschaftlichen Wachstums zu bewegen, daß die Erweiterung seiner US-Importe als eine Art Katalysator zur Verringerung des Handelsdefizits der USA wirken könnte. In Kreisen der US-Regierung wurde deutlich festgestellt, daß Washington gerade dieses Ziel verfolgt, als sie erklären ließ, der einzige Weg zur Steigerung des US-Exports bestehe darin, die Bundesrepublik und Japan zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstumstempos zu zwingen. Dies müßte zur Erweiterung ihrer Käufe in den USA führen. Die Vereinigten Staaten waren also unverkennbar daran interessiert, im Laufe des Bonner Gipfeltreffens bessere Konkurrenzbedingungen für ihre Waren sowohl auf dem Binnenmarkt der USA als auch auf den Märkten der Neuner-Gemeinschaft und Japans durchzusetzen. Hier gibt es aber reelle Zugeständnisse weder seitens der Japaner noch der Europäer; sie werden eine Handelsoffensive der USA nicht fördern. Niemand wollte der Ansicht Präsident Carters folgen, derzufolge er einerseits eine „Überhitzung" der amerikanischen Wirtschaft vermeiden wolle, andererseits aber erreichen möchte, daß andere Länder Anstrengungen in der genau entgegengesetzten Richtung unternehmen.

Westeuropa ist nicht bereit, sich den USA gegenüber zum Wirtschaftswachstum zu verpflichten

Die Bonner Zusammenkunft hat deutlich gemacht, daß die beteiligten Länder es nicht wagen können, exakte Verpflichtungen zur Stimulierung ihres ökonomischen Wachstums zu übernehmen. Aber auch das ist nicht neu. So hat sich zum Beispiel die Bundesrepublik über den Beschluß des vorherigen Gipfeltreffens der „Großen Sieben" hinsichtlich der für sie festgelegten Zuwachsrate hinweggesetzt. Weit mehr, sie hat von restriktiven Hebeln in ihrer Wirtschaft Gebrauch gemacht, in der Hoffnung, daß die Rolle der „Lokomotive", die die Weltwirtschaft aus der Misere hinausziehen sollte, den USA zufallen würde. Ausgehend von diesen Erfahrungen, haben es die Teilnehmer des neuen Treffens als zweckmäßig angesehen, die Festlegungen über das wirtschaftliche Wachstums der Regierung des jeweiligen Landes zu überlassen, was in praxi das äußerlich harmonisch wirkende Aktionsprogramm, auf das man sich mit Not und Mühe einigen konnte, zerstören wird. Die Formel, die Bonn zu akzeptieren bereit war (ohne jedoch verbindliche Zusagen hinsichtlich vereinbarter Zuwachsraten zu übernehmen!), birgt die gleichen Gefahren in sich wie ein „Mannschaftsrennen", bei dem einer aus dem Team so weit vorprescht, daß es der gesamten Mannschaft am Ende schadet. Zwar wird die Bundesregierung, für die vor allem der Bundeskanzler nach einer konstruktiven Lösung suchte, mit einem neuen Konjunkturprogramm Impulse für das Wirtschaftswachstum geben; Steuererleichterungen, Sozialmaßnahmen und Investitionsförderung können der Bundesrepublik punktuelle Verbesserungen bringen, aber nicht die Weltwirtschaft heilen.

Die Verantwortung der USA für die Folgen der Dollarmanipulationen

Die jüngste Entwicklung in den Wirtschaften Westeuropas und in Japan zeigt weiter, daß die USA die Verantwortung für die Folgen der Dollarmanipulationen, die Europa großen Schaden zufügten, allein tragen.

Die Maßnahmen, die von amerikanischer Seite zur Manipulierung des Dollarkurses im Interesse der Vereinigten Staaten eingeleitet wurden, haben sich als uneffektiv erwiesen. Offenbar verlor Washington sogar die Kontrolle über die Bewegung des Dollarkurses, was den westlichen Ländern erneut die Gefahr vor Augen führte, die durch einseitige, das Weltwährungssystem untergrabende Schritte heraufbeschworen wird.

Heute steht bereits für jedermann fest, daß die von den USA eingeleiteten Maßnahmen die einstige Stabilität des Dollars nicht mehr wiederherstellen können. Dazu reichen Amerikas finanzielle Möglichkeiten einfach nicht aus. So hat die Bundesrepublik erst kürzlich – in Ergänzung der früher bereitgestellten Summe – den USA weitere zwei Mrd. Dollar in D-Mark zur Verfügung gestellt. Ferner haben die USA die Möglichkeit, Sonderziehungsrechte des IWF im Gesamtwert von 750 Mio. Dollar einzulösen, erhalten. Außerdem hat die Finanzbehörde der USA beschlossen, nach und nach zwei Mio. Unzen Gold zu verkaufen, was weitere 320 Mio. Dollar einbringen kann.

Alle diese Mittel, ja selbst weitaus größere Beträge, werden jedoch an der unkontrollierten weltweiten Wanderschaft der Dollarströme kein Jota ändern. Schließlich existieren fast 400 Mrd. „Eurodollar", insgesamt werden die internationalen Devisenmärkte sogar von einer halben Bio. Dollar überschwemmt. Selbst die gesamten Goldvorräte in Fort Knox (50 Mrd. Dollar nach dem Goldmarktpreis) reichen nicht aus, um den Dollar zu stützen! Die Goldvorräte der USA reichen allenfalls aus, um ein zweijähriges Außenhandelsdefizit zu decken. Robert Rusa, Salomons Vorgänger im Amt des stellvertretenden Finanzministers, erklärte, daß die Vereinigten Staaten überhaupt kein Gold verkaufen dürfen, da es für den Fall gebraucht wird, wenn das Währungssystem des Westens endgültig zusammenbrechen sollte.

Einflußreiche Wirtschaftskreise in Europa bezeichnen die Aktivitäten der USA zur Stützung des Dollars folgerichtig als Manöver. Sie sprechen von einer Absicht der US-Administration, die Europäer in dieser oder jener Form, wenn auch nicht den vollen, so doch zumindest einen erheblichen Anteil am Preis für das zweifelhafte „Privileg" zahlen zu lassen, den Dollar als Weltreservewährung zu bewahren.

Europa zeigt sich (ebenso wie Japan) insbesondere darüber verärgert, daß vielfältige, den Kursverfall des Dollars verursachende Devisenspekulationen allen Industrieländern – selbstredend außer den USA – eine schwere finanzielle Last aufbürden, da sie praktisch dadurch zur Hilfsaktion für den Dollar gezwungen werden. Wie die Londoner „Financial Times" im April in einer Analyse der Ursachen des Kursverfalls des Dollars schrieb, schließen viele Experten die Möglichkeit nicht aus, daß Washington den Dollar als „Druckmittel gegenüber solchen ökonomisch starken Ländern wie Japan und Westdeutschland" benutzt, die „nach seiner Meinung zu wenig zur Sanierung der Weltwirtschaft beitragen".

Sowohl Japan als auch die Bundesrepublik sind gezwungen, dem Dollar unter die Arme zu greifen, da sie einerseits über erhebliche Dollarvorräte verfügen

und andererseits eine weitere Entwertung der US-Währung aus verschiedenen Überlegungen heraus nicht wünschen. Außerdem versetzen die Talfahrt des Dollars und die entsprechende Aufwertung des Yen und der D-Mark gerade diese beiden Länder sowohl als Hauptexporteure in die USA als auch als Käufer amerikanischer Waren in eine äußerst ungünstige außenwirtschaftliche Lage. Schließlich ist es für die Bundesrepublik wichtig, den „Eurodollar"-Markt vor zu starken Valutaschwankungen zu bewahren, da dessen Schwächung die wirtschaftliche Stabilität in Europa noch stärker untergraben könnte. Die Politik der USA hat natürlich selbst für die Geduldigsten in Europa ihre Grenzen.

Nachdem allein die bundesdeutsche Zentralbank vom November 1977 bis zum März 1978 ein Äquivalent von 13 Mrd. Dollar zur Stützung der US-Währung bereitgestellt hatte, beschloß man in der Bundesrepublik (ebenso wie in Japan, das als anderer Teilnehmer an der Rettungsaktion 6 Mrd. Dollar beisteuerte), das Ausmaß der Intervention einzuschränken. Unmittelbarer Anlaß dafür war die Gleichgültigkeit der Carter-Administration gegenüber dem Dollar-Schicksal, zumal für die von den Zentralbanken der Bundesrepublik und Japans aufgekauften Dollar Wertpapiere der US-Finanzbehörde erworben wurden, was wiederum einzig und allein zum Vorteil der USA gereichte. Die Bundesbank machte darauf aufmerksam, daß mit den Stützungskäufen von etwa 26 Mrd. Dollar im Jahre 1977 die westlichen Zentralbanken nicht nur das über 20 Mrd. Dollar betragende Zahlungsdefizit der USA bei laufenden Transaktionen, sondern auch eine beträchtliche Kapitalflucht aus den USA finanziert hätten. Die Finanzierung dieses Defizits führe zu einem nie dagewesenen Anwachsen der Dollarreserven dieser Länder, und zwar bis auf 317 Mrd. Dollar.

Die mögliche Alternative: Westeuropäische Reservewährung

Es darf noch einmal unterstrichen werden: Die Vereinigten Staaten können nicht mehr die Währungsstabilität in der westlichen Welt gewährleisten. Immer deutlicher zeigt sich als Alternativlösung die Schaffung einer eigenen Reservewährung der Europäischen Gemeinschaft.

Auf der dem Bonner Gipfel vorausgegangenen Beratung der Staats- und Regierungschefs der EG-Länder in Kopenhagen wurde bereits ein schüchterner Versuch unternommen, der Schaffung einer einheitlichen EG-Währung näherzukommen, die man als Reservewährung anstelle des Dollars benutzen könnte. Dieser Versuch hatte jedoch bislang keinen Erfolg.

Während die Bundesrepublik bereit war, den Plan der EG-Kommission zur Umfunktionierung der Europäischen Verrechnungseinheit in eine Art „europäische Währung", die durch ein System der Wechselkurse der Nationalwährungen – umfassender als die „Währungsschlange" – gestützt werden sollte, zu akzeptieren, wandte sich Großbritannien noch dagegen. London hat es bisher vorgezogen, die Vormachtstellung des Dollars im Weltwährungssystem zu sichern. Ein solches Herangehen ist – wie Experten in London meinen – auf die Befürchtung Englands zurückzuführen, daß einmal eine ge-

schwächte Position des Dollars eine weitere Schrumpfung des Welthandels zur Folge haben und zum anderen die englische und die bundesdeutsche Währung der Aufgabe, schwächere westeuropäische Währungen zu stützen, nicht gewachsen sein könnten. Damit erklärt sich vor allem auch die kühle Reaktion der Londoner Regierung auf die Vorschläge von Bundeskanzler Schmidt, die Tätigkeit des 1973 gegründeten Europäischen Währungsfonds (FEKOM) zu aktivieren und die Vorstellungen über die Entwicklung der Währungsunion erneut in Angriff zu nehmen.

Die eigentlichen Unterschiede in den Konzeptionen scheinen aber in folgendem zu liegen: Während der englische Premier Callaghan der Meinung ist, daß über die Wiederherstellung der Währungsstabilität nur im Rahmen des IWF und unter unbedingter Teilnahme der USA entschieden werden sollte, verfolgt Helmut Schmidt einen „europäischen Kurs". Daraus ergibt sich dann auch der Wunsch Bonns, einen solchen „gemeinsamen Topf" europäischer Währungen zu schaffen, der trotz schwankender Kurse einzelner nationaler Währungen eine stabile europäische Einheitsfront gegenüber dem Dollar ermöglichen würde. Die Bundesrepublik ist an einer solchen Lösung stark interessiert, und zwar so sehr, daß sie bereit ist, den Löwenanteil der dafür erforderlichen Devisenvorräte zum FEKOM beizusteuern. Sollten sich die Bonner Pläne verwirklichen lassen, müßte sich der Druck des Dollars auf die D-Mark und die anderen europäischen Währungen vermindern. Großbritannien will jedoch seine Interessenlage nicht zum eigenen Nachteil einschränken lassen. So hat zum Beispiel die Aufwertung der D-Mark den Engländern gestattet, ihre Ausfuhr in die Bundesrepublik zu steigern. Sie erhöhte sich beispielsweise im Januar dieses Jahres um 26,5% (oder sogar um 31% unter Berücksichtigung der Rohöllieferungen), ein Trend, der sich fortsetzte. Bei einer Fortsetzung des Währungskrieges Dollar – D-Mark erhofft sich London weitere Exportverbesserungen gegenüber dem bundesdeutschen Markt.

Unzweifelhaft ist auch etwas anderes: Eine echte Währungsunion der „Neuner"-Gemeinschaft wird solange unmöglich sein, wie einige der Mitglieder ihre nun fast schon angeborene Scheu nicht überwunden haben, unter dem „Schirm" der Vereinigten Staaten hervorzutreten, ohne sich an den Dollar zu klammern.

In den Wortgefechten der europäischen Partner um die Frage, wer von ihnen sich nun an die Spitze des „Geleitzuges" setzen soll, sowie im Streit darüber, auf welches Problem man sich am stärksten konzentrieren soll – z. B. ob die Binnenwirtschaft, der Außenhandel oder die Währungspolitik Priorität haben –, wird nicht selten das Wesentliche in den Hintergrund gedrängt.

Der bislang unlösbare Widerspruch besteht darin, daß eine schnelle Überwindung der weltwirtschaftlichen Misere seitens der Industrienationen kaum zu erwarten ist, solange kein neues effektives Weltwährungssystem geschaffen wurde. Solange es aber nicht gelingt, Inflation, Arbeitslosigkeit und Protektionismus im Handel einzudämmen und außerdem das wirtschaftliche Wachstumstempo zu steigern, ist nicht zu erwarten, daß ein für alle führenden westlichen Industrieländer annehmbares Währungssystem vereinbart wer-

den könnte. Je nachdem, welche Bedeutung diesem oder jenem Aspekt des Problems beigemessen wird, räumen die einzelnen Länder die Priorität entweder der Stabilisierung des Valutamarktes (z. B. die Bundesrepublik und Japan) oder dem wirtschaftlichen Wachstum und der Entwicklung des internationalen Handels (z. B. USA und England) ein. Doch selbst zwischen den einzelnen Ländern, die die Prioritäten scheinbar übereinstimmend setzen, gibt es Differenzen.

Die realistischste Position in diesem wirtschaftlichen Hick-Hack hat zweifelsohne, nicht zuletzt dank der Souveränität des Bundeskanzlers, die Bundesrepublik. Niemand kann der Bundesrepublik verübeln, daß sie kein Risiko eingehen will, das mit einer erzwungenen Ankurbelung der Wirtschaft zusammenhängen würde, wenn die Währungssituation völlig undurchsichtig bleibt und das Schicksal des Dollars ungewiß ist. Es ist eine durchaus berechtigte Befürchtung, daß die sich fortsetzende Dollarabwertung zur Erhöhung der Erdölpreise durch die OPEC-Staaten führen kann. Es ist auch völlig ungewiß, ob die USA in der Lage sein werden, ihre Ausfuhr so zu steigern, daß sie die Ausgaben für importiertes Erdöl decken. Infolge der Führungsschwäche Carters ist leider das jeweils Negativste für die Weltwirtschaft zu erwarten. Man darf zu Recht annehmen, daß die Vereinigten Staaten noch mindestens zehn Jahre lang ein erhebliches Außenhandelsdefizit haben werden. Daraus leitet die Bundesrepublik die logische Forderung an die USA ab, zunächst, wie Helmut Schmidt folgerte, „Ordnung im eigenen Haus zu schaffen", bevor man das gleiche von den Partnern verlangt. Da jedoch Carter zur Zeit den Kampf gegen die Inflation zum Hauptziel seiner Wirtschaftspolitik erklärte, kann Washington nicht auf durchgreifende Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur zurückgreifen. Wie die Zeitschrift „Time" schrieb, sei für die USA selbst eine Inflationsrate von 6% „unerträglich schmerzhaft"; dabei droht die für das Jahresende errechnete Inflationsrate sogar 7% zu übertreffen. Deshalb wird jedes zusätzliche Prozent der mit der „Anheizung" der Wirtschaft wachsenden Inflation, der Steigerung der Importe und des anschließenden Preisanstiegs infolge der Schwäche des Dollars das Fiasko der Wirtschaftspolitik der US-Regierung fördern und Carters Unfähigkeit, wirtschaftliche Zeichen zu setzen, immer offenkundiger werden. Schon vor dem Bonner Gipfel wurde ihm bescheinigt, daß er mit leeren Händen darstehen würde, was sich inzwischen erwiesen hat. Zur Zeit ist jedoch ein Antiinflations-Kurs harte Notwendigkeit für Washington, denn das derzeitige Ausmaß der Inflation ist nach den Worten des ehemaligen Finanzministers der USA, W. Simon, derartig groß und die getroffenen Gegenmaßnahmen sind derartig unwirksam, daß das wirtschaftliche und urbane Schicksal des bankrotten New York die ganzen Vereinigten Staaten ereilen kann.

Amerikas Ölverschwendung verschärft das Problem

Die von Westeuropa an die USA erhobene Forderung, sie sollten ihren Erdölimport einschränken und endlich ein Energiesparprogramm in Angriff nehmen, entspringt der durchaus realen Befürchtung, daß sich Westeuropa in naher Zukunft auf die Suche nach Erdöl für seine Wirtschaft begeben muß. Das

hat eine Verschärfung weltwirtschaftlicher Probleme und eine weitere Vertiefung der Kluft USA–Westeuropa im Gefolge.

Es geht darum, daß die USA die Interessen der europäischen Länder ignorieren, indem sie importiertes Erdöl in beängstigend großen Mengen im eigenen Land verbrauchen, was zum schnellen Rückgang der Weltvorräte führt. Es besteht daher für Europa die permanente Gefahr, daß die Vereinigten Staaten ihre engen Beziehungen zu den erdölexportierenden Ländern noch deutlicher nutzen, um nur den eigenen Bedarf zu decken und die anderen Industrienationen, z. B. Europa und Japan, von den Erdölquellen verdrängen.

Aufgrund von Überlegungen, die nicht zuletzt militärstrategisch determiniert sind, ist es für die USA zur Zeit sicher von Vorteil, den Verbrauch eigenen Erdöls zu drosseln und gleichzeitig die Einfuhr zu steigern. Im Falle einer beliebigen Krisensituation können die USA über ausreichende und leicht zugängliche Vorräte verfügen. Man darf daher nicht erwarten, daß die USA dem „Ratschlag" ihrer westeuropäischen Verbündeten, für den Erdölimport eine bestimmte Höchstgrenze festzulegen, folgen werden. Die Resultate des Bonner Wirtschaftsgipfels geben dem recht. Mehr noch wird die Zukunft zeigen. Der Bedarf der USA an importiertem Erdöl wird sich in den nächsten 10 bis 15 Jahren den Prognosen des Energieministeriums zufolge mindestens verdoppeln. Die Internationale Energieagentur sagte ihrerseits voraus, daß der Erdölverbrauch der westlichen Länder im Jahre 1985 die Produktion dieses Rohstoffes in den OPEC-Ländern um 12 Mio. Barrel täglich übersteigen wird. Es erhebt sich eine durchaus natürliche Frage: Wer wird dadurch am meisten betroffen sein? Sicher zuerst Europa und Japan. Weit weniger der Großverbraucher in Übersee. Die Bonner Erklärung von Carter, den Ölimport einzuschränken, ist offenbar auf die Irreführung der europäischen Öffentlichkeit gerichtet. Kaum einer in Europa glaubt, daß seine Versprechungen von den Körperschaften in den USA ernst genommen werden. Das Energieprogramm des Präsidenten ist in den USA keinen Schritt vorangekommen. Die innenpolitischen Absicherungen seiner Versprechungen sind völlig offen.

Die Bundesrepublik formuliert das große Unbehagen

Die Versuche der Vereinigten Staaten, wirtschaftliche Probleme auf Kosten anderer Länder zu lösen, stoßen auf wachsenden Widerstand vor allem in der Bundesrepublik. Unter allen EG-Ländern hat die Bundesrepublik auf der Bonner Beratung eine besonders ausgeprägte „europäische" Position bezogen, z. B. im Unterschied zur stärker ausgeprägten „atlantischen" Haltung Großbritanniens, das den Standpunkt vertrat, daß die ökonomischen Probleme des Westens nur unter der Ägide der USA gelöst werden könnten. Deshalb wird Bonn in Zukunft noch deutlicher davon ausgehen müssen, daß die Interessenlage der USA und der Bundesrepublik auf den Gebieten des Außenhandels, der Währung usw. zunehmend weiter auseinanderklaffen werden. Das renommierte Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung sagte unlängst voraus, daß das wirtschaftliche Wachstumstempo der Bundesrepublik im Jahre 1978 lediglich 2,5% betragen wird. Die Ursache dafür wird im drasti-

schen Rückgang der Exporte in die USA gesehen, der durch die Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar sowie durch die Flaute im Welthandel und die Verringerung der Binnennachfrage in der Bundesrepublik hervorgerufen wird.

Würde Bonn in dieser Situation der Ansicht von Präsident Carter und Premier Callaghan nach Stimulierung des wirtschaftlichen Wachstums folgen, hätte das in erster Linie die Erweiterung der Bezüge der Bundesrepublik aus den USA und Großbritannien und damit letztlich eine steigende Inflation im Lande, die man gerade in den Griff zu bekommen scheint, zur Folge. Deshalb ist die Bundesregierung zu Recht der Meinung, daß der Import fremder ökonomischer Probleme ein zu hoher Preis sei, den die bundesdeutsche Wirtschaft für die Passivität der US-Regierung im wirtschaftlichen und währungspolitischen Bereich zu zahlen hätte.

Durchaus berechtigt ist auch der in Bonn gehegte Verdacht, die Vereinigten Staaten seien sowohl neidisch als auch alarmiert, daß die deutsche Wirtschaft ihren amerikanischen Konkurrenten im Exportumfang praktisch bereits überholt hat. Man fürchtet neue währungspolitische Pressionen, die über De-facto-Aufwertungen der D-Mark die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik infrage stellen sollen. Gerade diesem Prozeß einer De-facto-Aufwertung der D-Mark leistet die Bundesregierung seit März 1973 anhaltenden Widerstand, eine Politik, die sich punktuell ausgezahlt hat, die aber ohne Schaden auch nicht aufgegeben werden kann.

Bundeskanzler Schmidt ist demzufolge der Ansicht, daß die USA die ökonomische Führungsposition in der westlichen Welt nicht beanspruchen können, solange sie nicht die Stabilität des Dollars wiederhergestellt haben, was wiederum mit dem Problem der Drosselung der Erdölimporte zusammenhängt. Dementsprechend konnte die Bundesrepublik auch keine Pläne zur Belebung des ökonomischen Wachstums akzeptieren, die diese Probleme außer acht lassen. Man konnte und wollte sich die ganze Bürde der Schrittmacherrolle bei der Förderung des wirtschaftlichen Wachstums der westlichen Industrienationen nicht aufladen lassen.

Carters mißglückte Wirtschaftspolitik schafft keine Lösungen

Die übereilten und widersprüchlichen Handlungen der Carter-Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet gewährleisten keine richtigen Lösungen für die großen Industrienationen des Westens. Nie zuvor hat sich das Weiße Haus auf Ratschläge so vieler Wirtschaftsexperten und einflußreicher Gruppen, die jeweils von unterschiedlichen Interessenlagen ausgehen, gestützt wie zur Zeit der Carter-Regierung. Doch jeder von ihnen schlägt – egoistischen Konzeptionen folgend – sein eigenes Allheilmittel für die Heilung oder Milderung der wirtschaftlichen Gebrechen der USA vor. Die Befolgung dieser verschiedenen, sich nicht selten ausschließenden Rezepte verschlimmert lediglich den Zustand des „Patienten". Die im Weißen Haus tätigen Berater halten es zum Beispiel für möglich, obwohl die Tatsachen etwas anderes sagen, daß die Administration sich in ihrer Wirtschaftspolitik zwei unter marktwirtschaftli-

chen Bedingungen einander ausschließende Ziele setzt: Gewährleistung der Vollbeschäftigung bei gleichzeitiger Eindämmung der Inflation. Mehr noch, man versucht, dieses Rezept auch Westeuropa einzureden, wo man diesen Weg für aussichtslos hält.

Neben die nicht zu bewältigenden Sachzwänge treten für die US-Wirtschaftspolitik in immer stärkerem Maße auch subjektive Querelen im Apparat der Administration, die die Lage verschlimmern. Typisch dafür scheint der Fall Eisenstatt zu werden. Der 35jährige Anwalt Stewart Eisenstatt, Leiter der Gruppe für Innenpolitik im Beamtenapparat des Weißen Hauses, erhält z. B. zunehmend Einfluß auf wirtschaftliche Entscheidungen des Präsidenten, obwohl er dem Nachrichtenmagazin „Business Week" zufolge als Geschäftsmann oder Manager keine Erfahrungen hat und ihm eine dilettantische Beurteilung der weltwirtschaftlichen Prozesse nachgesagt wird. Die sogenannten „antiinflationären Maßnahmen", die von Carter im April vor den Mitgliedern der amerikanischen Gesellschaft der Zeitungsredakteure mit großem Pomp angekündigt wurden, lassen deutlich die Handschrift Eisenstatts erkennen. Er glaubt, mit „moralischen" Methoden auf die Geschäftswelt einwirken zu können. Administrativen oder legislativen Schritten mißt er geringe Bedeutung zu, obwohl heute jeder, der sich mit den Zwängen des internationalen Wirtschaftsgeschehens zu befassen hat, weiß, daß Regulierungen überhaupt die einzigen Möglichkeiten bieten, das Übel wenigstens zu steuern. In das Bild, das von der Administration in Washington existiert, paßt die Vorstellung hinein, man könne mittels „freiwilliger Kontrolle" über die Preise und anderer frommer Wünsche die Inflation besiegen und die Konjunktur in den USA beleben. Die Tatsachen beweisen jedoch – wie schon gesagt – das Gegenteil. Angesichts dieses Umstands werden die Vorschläge der Administration zur Lösung der vor den USA stehenden Probleme sowohl von den Unternehmern als auch von den Gewerkschaften rundweg abgelehnt.

Die meisten Unternehmer und auch viele einfache Amerikaner glauben nicht mehr an die Fähigkeit der heutigen Regierung und ihres Präsidenten, die ökonomischen Probleme zu lösen. 63% aller US-Amerikaner äußern nach Umfragen der renommiertesten Meinungsforschungsinstitute die Meinung, daß die Inflation weiterhin das Hauptproblem bleiben und sich sogar verschärfen wird. Lediglich 32% der Befragten vertreten die Ansicht, daß die Administration den richtigen Weg beschritten habe. Kaum einer in den USA glaubt, daß Carter jemals die Dinge in den Griff bekommen könnte.

Amerikas Farmer sollen sich auf Kosten Westeuropas gesundstoßen

Unter den verschiedenen Pressure-Groups in den USA spielen die amerikanischen Farmer eine besondere Rolle; vor allem ist die Zahl ihrer Stimmen bei einer künftigen Präsidentenwahl von großer Bedeutung. Darum möchte Präsident Carter mit ihnen in Harmonie leben. Das ist einer der Gründe, warum die USA auf eine Reformierung des EG-Agrarmarkts drängen. Eine Veränderung der japanischen Regelungen für die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen wird ebenfalls angestrebt.

Die US-Regierung vertritt z. B. den Standpunkt, daß das System der Zollpräferenzen der „Neuner-Gemeinschaft" und insbesondere der exklusive Charakter des Agrarmarkts der EG den wirtschaftlichen Interessen der USA Schaden zufügen. Sie möchte den Export der landwirtschaftlichen Überschüsse nach Westeuropa forcieren, um die den Staatshaushalt belastenden Ausgaben zur Finanzierung der Drosselung der landwirtschaftlichen Produktion zu verringern. Die Erweiterung des Exports der landwirtschaftlichen Produkte wäre für die USA – so meint man in der Administration – ein relativ leicht zu handhabendes Mittel zur Verringerung ihres Außenhandelsdefizits. Deshalb ist die Forderung nach der Liberalisierung dieses Handels ein beständiges Element der wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen den USA und der EG und den USA und Japan. Nun ist der europäische Agrarmarkt tatsächlich keine ideale Lösung, weder für die EG-Länder noch für Drittländer. Doch kann seine fällige Reorganisation nicht einseitig zugunsten der USA betrieben werden. Die USA denken anders.

Bereits der sogenannte Flaningan-Bericht, der 1973 vom Landwirtschaftsministerium der USA vorbereitet wurde, verwies auf drei Hauptgründe, denen zufolge eine Liberalisierung des Welthandels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen für die USA vorteilhaft wäre: Verbesserung der Zahlungsbilanz der USA, Verringerung der Staatsausgaben für die Agrarprogramme und Steigerung der Reingewinne der US-Farmer. Den angeführten Angaben zufolge würde der US-Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Jahre 1980 18,4 Mrd. Dollar betragen bzw. sich nahezu verdoppeln, falls die EG und Japan dem Druck der USA nachgeben würden. Die einschlägigen Importe würden aber dem Bericht zufolge lediglich um 1 Mrd. Dollar anwachsen. Im Endergebnis würde das also für den US-Außenhandel mit fast 8 Mrd. Dollar zu Buche schlagen.

Der Übergang zum Freihandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, so hieß es ferner im Bericht, würde zur Senkung der Preise und der Gewinne der landwirtschaftlichen Produzenten in Westeuropa (insgesamt um 4,5 Mrd. Dollar) und in Japan (insgesamt um 4 Mrd. Dollar) führen. Gleichzeitig würden die Gewinne amerikanischer Farmer um 4 Mrd. Dollar zunehmen.

Die Realisierung der auch heute noch von den USA befürworteten Pläne zur Liberalisierung des Agrarhandels würde es somit der Carter-Regierung möglich machen, ein Ventil zur Entschärfung der aufgestauten Unzufriedenheit der amerikanischen Farmer mit der Agrarpolitik des Präsidenten zu öffnen, einer Agrarpolitik, die die Farmer daran hindert, ihre Gewinne proportional der wachsenden Inflation zu steigern.

Angesichts der schwindenden Popularität des Präsidenten sieht das Weiße Haus seine Aufgabe zur Zeit darin, seine Freihandelspläne gegen den Widerstand Europas und Japans durchzusetzen. Es ist klar, daß vor allem Frankreich durch den Mund von Giscard d'Estaing sich dem Drängen der Amerikaner auf einen besseren Zugang zum europäischen Agrarmarkt und einer Einschränkung der Brüsseler Subventionen für landwirtschaftliche Produkte widersetzte.

Washington zeigt Neid auf die Osthandelserfolge der EG-Staaten

Alle Appelle der Carter-Administration an die Unternehmer in den USA, auf den Außenmärkten aktiver aufzutreten, um das gewaltige Außenhandelsdefizit auf irgendeine Weise wettzumachen, verfehlten bislang ihr Ziel. Die US-Exporteure stoßen nämlich ausgerechnet dort auf schier unüberwindliche Schwierigkeiten, wo sie sie am allerwenigsten erwartet haben – in der Carter-Administration selbst; dieser Nachteil ist auch nicht mit Hilfe der Währungspolitik aus der Welt zu schaffen. Jedermann weiß heute, daß die Kredite zu den normalen Usancen des Weltmarktes gehören. Eine Exportsteigerung ist unvorstellbar ohne Gewährung staatlicher Kredite, und gerade darin besteht das größte Handicap vieler US-Firmen, die einen ungleichen Kampf mit der Auslandskonkurrenz um Großgeschäfte führen müssen. Bekanntlich kann zum Beispiel die Export-Import-Bank der USA ohne Sondergenehmigung des Kongresses keine Kredite über 60 Mio. Dollar gewähren. Außerdem verbietet – was nun den Ost-West-Handel anbelangt – der Jackson-Vanic-Zusatzantrag zum Handelsgesetz aus dem Jahre 1974 der amerikanischen Exim-Bank, konkurrenzfähige Exportkredite an eine Reihe sozialistischer Länder, vor allem an die wirtschaftlich potenteren RGW-Staaten, wie UdSSR, DDR, CSSR, zu gewähren. Die amerikanischen Unternehmer können deshalb lediglich mit Besorgnis beobachten, wie sie vom Ausbau des Handels des Westens mit Osteuropa und insbesondere mit der Sowjetunion ausgeschlossen werden und Absatzchancen verloren gehen.

Den Augen der US-Industriellen bietet sich stattdessen ein verlockendes Bild von Erfolgen Europas auf den Märkten der RGW-Länder. Der Handel mit diesen Ländern wird durch erhebliche Kredite finanziert, die von europäischen Banken oder anderen zum Teil staatlichen Finanzinstitutionen gewährt werden. Wenn der Ost-West-Handel auch für Westeuropa, insbesondere für die EG-Staaten, mit einer Anzahl von Problemen belastet ist, so zeigt sich darin dennoch ein Ventil, das etwa 1,5 Millionen Arbeitern und Angestellten die Arbeitsplätze garantiert, Kapazitäten auslastet sowie Rohstoff-, Erdgas- und Erdölzufuhren sichern hilft. Es ist nur zu unterstreichen, daß die europäischen Länder von diesem Handel nicht lassen werden. Es paßt in die Widersprüche der Carter-Politik, daß einerseits nach einem verstärkten Absatz auf den Außenmärkten gesucht wird – ohne ihn jedoch mit geeigneten Mitteln zu fördern – andererseits aber jene Handelsbeziehungen, die Westeuropa zum Osten oder zur Dritten Welt unterhält, diffamiert odes desorganisiert werden. Also ist auch in diesem Bereich davon auszugehen, daß die Differenzen USA–Europa nicht zu überbrücken sind.

Die „wirtschaftliche Atlantisierung" schafft keinen Ausweg

Die von den Vereinigten Staaten angestrebte „Atlantisierung" der Gemeinschaft, die mit der Notwendigkeit der „wirtschaftlichen Harmonisierung" mit den USA begründet wird, schafft keinen Ausweg. Sie untergräbt eher die Einheit und Selbständigkeit Westeuropas.

Die Vereinigten Staaten haben lange genug versucht, sich mit Hilfe protektionistischer Maßnahmen und ihrer Währungspolitik – im Vergleich mit ihren europäischen und japanischen Konkurrenten – eine vorteilhaftere Lage auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Handels zu sichern. Solche Schritte der Amerikaner mußten eine ausgeprägt ablehnende Reaktion in Westeuropa hervorrufen, und sie riefen auch diese Reaktion hervor. Wenn also England und in einem geringeren Maße Frankreich über die amerikanische Politik der „Verbilligung" des Dollars bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht sonderlich beunruhigt waren, da sich diese Politik gegen die Interessen ihrer schärfsten Konkurrenten, der Bundesrepublik und Japan, richtete, so berühren heute die Labilität des Dollars und die sich daraus ergebenden Währungskrisen gleichermaßen die Interessen *aller* neun Länder der Gemeinschaft. Nach dem Bonner Treffen werden Resultate für Europa weitgehend davon abhängen, wie es den europäischen Partnern gelingt, ihre Positionen in den grundlegenden Wirtschafts-, Handels- und insbesondere Währungsproblemen abzustimmen. Sollten die europäischen Staaten ihre eigenen nationalen Interessen einer europäischen Politik vorziehen, werden die USA bessere Voraussetzungen dafür haben, ihre Lösungen den Europäern aufzuzwingen.

Die Vereinigten Staaten haben im Zusammenhang mit der Schaffung der EWG aus der Erweiterung des europäischen Marktes einen bestimmten Nutzen gezogen. Nun möchten sie den nächsten, nach ihrer Meinung logischen Schritt tun, der in der Schaffung einer „atlantischen Freihandelszone" bestehen sollte. Das würde ihnen die Realisierung ihrer Vorteile auf dem Gebiet der Technologie, der Finanzen und des Handels gegenüber ihren europäischen Konkurrenten erleichtern. In diesem Zusammenhang unterstützen sie solche „atlantischen" Tendenzen in der Gemeinschaft, die im wesentlichen von Großbritannien und in einem geringeren Maße von Frankreich vertreten werden. Letztere hoffen, auf diese Weise den ökonomischen Machtzuwachs, den die Bundesrepublik über die Jahre hinweg erreichen konnte, auszugleichen.

Den regelmäßigen Appellen der USA zur Festigung der „atlantischen Einheit" liegen also nicht nur militärisch-politische Faktoren zugrunde, wie dies mitunter angenommen wird. Eine weitere „Atlantisierung" Europas setzt nicht so sehr seine militärische Integration, die sich im Grunde genommen bereits im Rahmen der NATO vollzieht, sondern vielmehr Konzessionen seitens der „Neuner-Gemeinschaft" voraus, die die ökonomische Selbständigkeit der EG tangieren. Man darf an die Worte des NATO-Generalsekretärs Luns erinnern, denen zufolge in Westeuropa viele die lebenswichtige Bedeutung des Zusammenhangs zwischen der „Verteidigung, Wirtschaft und der Währung, die einen festen Bestandteil der atlantischen Beziehungen bilden", nicht voll erkannt hätten.

Carter fühlt sich nach dem Bonner Gipfel möglicherweise – zumindest in Teilbereichen – als ein Sieger. Die Hoffnungen, die er auf den Abbau des Protektionismus in Europa setzt und die bis Dezember gelöst werden sollen, werden sich aber nicht erfüllen, wenn Europa sein Gesicht nicht verlieren will.

Eine wie auch immer Gestalt annehmende „Atlantisierung" der Europäischen Gemeinschaft bedeutet im Grunde genommen eine unter dem dominierenden Einfluß der USA zustande gekommene, aber wirtschaftlich keineswegs begründete Rückkehr zu jener Zeit, als Westeuropa ständig auf die USA Rücksicht nehmen mußte, von dem Partner aus Übersee einseitig abhängig war. Die Erfüllung der USA-Forderungen nach einem „Atlantismus" auf relevanten Gebieten der Weltwirtschaft an der Schwelle der 70er Jahre zu den 80er Jahren unseres Jahrhunderts, wie es sich die Vereinigten Staaten vorstellen, würde den Handlungsspielraum der „Neuner-Gemeinschaft" auf lange Zeit einengen und folglich die Existenzgrundlage der Gemeinschaft selbst, ihre ökonomische Selbständigkeit, untergraben. Die Vision einer Europäischen Gemeinschaft, die mit *einer* Stimme spricht und sich in der Welt von morgen behaupten kann, würde definitiv zur Illusion.

Militärische Aspekte der Auseinandersetzung um die Neutronenwaffen (ERW)

Eine Zwischenbilanz

Von Jo Rodejohann

Neben prinzipiellen politischen und moralischen Erwägungen, die in dieser Zeitschrift und andernorts seit den international stark beachteten Stellungnahmen in Heft 8/1977 der „Blätter" vielfältigen Niederschlag gefunden haben, spielen in der anhaltenden, noch keineswegs entschiedenen Auseinandersetzung um die Neutronenwaffe auch „immanente" Argumente, militärwissenschaftliche Einwände strategischer und taktischer Natur, eine wichtige Rolle. Nachstehend ein Überblick zu diesem Aspekt. Ein weiterer Artikel, der die physikalischen, chemischen, biologischen und medizinischen Argumente gegen die Neutronenwaffe sichtet, ist in Vorbereitung. D. Red.

Vor gut einem Jahr wurde der bis dahin wenig politisierte Vorgang der schrittweisen Modernisierung taktisch einsetzbarer Nuklearaffen (TNW) der USA in der NATO empfindlich gestört. Eine breite öffentliche Diskussion über Vor- und Nachteile der Neutronenwaffen (enhanced radiation weapons/ERW) gefährdete plötzlich den normalen bürokratischen Gang des seit Anfang der 70er Jahre laufenden Vorhabens. Ausgelöst hatte die Diskussion eher überraschend, wenn auch für die Handelnden in den Staatsapparaten und deren Um-

feld nicht ganz unerwartet[1]), ein Bericht in der „Washington Post". Der Journalist Walter Pincus, seit seiner Arbeit in einem Ausschuß des US-Kongresses an Problemen der TNW interessiert[2]), hatte bei der Durchsicht der für den Haushalt 1978 bereitzustellenden Gelder der US-Energiebehörde ERDA entdeckt, daß die seit Jahren kontrovers erörterten ERW nun für die Lance-Raketen produziert werden sollten[3]). Die erregte öffentliche Reaktion auf die Veröffentlichung mußte gleichwohl überraschen, weil das Vorhaben bis dahin weder geheimgehalten worden war[4]), noch die Modernisierungspolitik für die TNW besondere Aufmerksamkeit gefunden hatte. So erzeugten Pläne zur Verkleinerung der TNW (Stichwort: Mininucs) und für den Abzug eines Teils der TNW aus Europa nur ein kurzes Echo in den Medien, und Berichte über die ERW selbst blieben in der breiteren Öffentlichkeit unbeachtet[5]).

Doch die ersten Beschreibungen der neuen Waffen als „Killer", als „Menschen tötend, Materie jedoch erhaltend", lösten zusammen mit der Erinnerung an mit dem Begriff Bombe verbundene Schrecken weltweit moralische Empörung aus[6]). Sie wurde noch erhöht durch die morbide Phantasie einiger Journalisten, die angesichts der „Vision vom leeren Land" von der „Entmannung des Krieges" zu berichten wußten[7]), und die eigenartige Erklärung des SPD-Bundesgeschäftsführers Bahr, speziell diese Waffe sei Sinnbild einer neuartigen „Perversion des Denkens" in der Entwicklung von Rüstungen[8]). Im Zuge einer tiefgreifenden Politisierung des Beschaffungsvorgangs erregten die ERW jetzt die notwendige öffentliche Aufmerksamkeit, die eine der Sache angemessenere Information trotz der gefährlichen militärischen, politischen und biologischen Wirkungen der ERW kaum hätte erzeugen können. Noch Anfang 1977 konnte Uwe Nerlich, seit vielen Jahren für die Stiftung Wissenschaft und Politik der Bundesregierung mit der Modernisierungspolitik für die TNW befaßt[10]), recht zuversichtlich schreiben: „So besteht in der Tat einige Hoffnung, daß eine Modernisierungspolitik in Westeuropa *heute sachlicher hingenommen würde,* als das noch vor einigen Jahren der Fall gewesen wäre. Abgesehen von einigen erratischen Ausbrüchen ist die Öffentlichkeit sowieso etwas gleichgültiger gegenüber diesen Dingen, was sich allerdings ändern könnte, wenn man die *nötige Umsicht* außer acht ließe"[11]).

---

1) Vgl. W. Beecher, Over the treshold. „Clean" tactical nuclear weapons for Europe, in „Army", 7/1972, S. 17–20 (20).
2) Vgl. „New York Times" v. 23. 11. 1970, S. 5.
3) Vgl. „Washington Post" v. 6. 6. 1977, S. A-1, A-9.
4) Vgl. M. Leitenberg, Background materials on tactical nuclear weapons (primarily in the European context), in: Tactical nuclear weapons: European perspectives, Stockholm, SIPRI 1978, S. 3–136 (52–64); J. E. Medalia, Enhanced radiation warheads: A chronology, Washington D.C., Library of Congress 1977.
5) Vgl. Beecher a.a.O.; „New York Times" v. 20. 5. 1967; „Times" v. 7. 5. 1973, S. 1; „Guardian" v. 9. 11. 1976; „Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) v. 14. 11. 1976, S. 5.
6) Vgl. z. B. „Blätter", 8/1977, S. 912–938.
7) „Die Welt" v. 14. 7. 1977.
8) In „Vorwärts" v. 21. 7. 1977, S. 4; die Position ist eigenartig, weil sie S tut, als wäre die Entwicklung von speziell für den Einsatz gegen Menschen optimierten Waffen etwas Neues. Hier reicht aus, auf die Entwicklung von gegen Menschen gerichteten Streuwaffen bei MBB in München zu verweisen.
9) Entfällt.
10) Vgl. Leitenberg a.a.O., S. 54.
11) U. Nerlich, Die Modernisierung der „theater nuclear forces" der NATO, in „Europäische Wehrkunde", 2/1977, S. 60–67 (62–63); Hervorhebung v. Verf. – Vgl. auch „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 18. 6. 1976, S. 2.

Nachdem dann aber die Beschaffung der ERW zu einem „Fiasko der Öffentlichkeitsarbeit"[12]) geworden war, setzte eine seitdem unvermindert andauernde und zunehmend auf den Kern der Probleme zielende öffentliche Erörterung der Vor- und Nachteile der ERW ein. Sie bereitete Politikern, Militärs und Bürokraten in den Staatsapparaten der NATO-Länder und in der NATO selbst erhebliche Probleme der Rechtfertigung und Begründung von Produktion und Beschaffung der ERW. Bis heute ist noch immer ungewiß, ob die ERW produziert werden oder nicht. US-Präsident Carter hat seine gesetzlich geforderte Entscheidung über den Produktionsbeginn von Nuklearwaffen für die ERW wiederholt ausgesetzt – so zuletzt Anfang April 1978. Verschiedene Entwicklungen der letzten Monate deuten aber darauf hin, daß die ERW allen öffentlich gemachten Bedenken zum Trotz bald produziert und Anfang der 80er Jahre in Europa stationiert werden sollen[13]). Dies erfordert zusammen mit neuen Informationen über die ERW aus dem letzten Jahr eine erneute[14]) Bewertung einiger Eigenarten und Gefahren dieser Waffen.

Eine ERW ist ein kleiner Nuklearsprengkörper, der wie eine Wasserstoffbombe mittels einer durch Kernspaltung gezündeten Kernverschmelzung die bei der Explosion freiwerdende Energie erzeugt. Im Gegensatz zu einer herkömmlichen Wasserstoffbombe ist der Anteil der Initialstrahlung[15]) und dabei vor allem der energiereichen Neutronen an der insgesamt produzierten Energie durch bestimmte technische Vorkehrungen erhöht worden – deshalb der Name „verstärkte Strahlenwaffe" oder „Neutronenwaffe". In der militärwissenschaftlichen Terminologie sind die jetzt umstrittenen Neutronenwaffen zu unterscheiden von „Mininucs" (s. u.) und von früheren Plänen für eine „Neutronenbombe".

Bei einer Neutronenbombe dagegen, wie sie den ursprünglichen Überlegungen für eine dritte Generation Nuklearwaffen nach Atom- und Wasserstoffbombe entspricht, würde die gesamte bei der Detonation freiwerdende Energie aus der Kernverschmelzung stammen. Neben etwa 20% als Hitzestrahlung und Druckwelle abgegebener Energie würde rund 80% vor allem in der Form von Neutronen entstehen. Radioaktivität würde bei einer solchen Explosion (im Unterschied zur Kernspaltung) unmittelbar nicht erzeugt, weswegen eine solche Waffe auch als „saubere" Waffe gilt[16]). Die für eine Kernverschmelzung notwendigen hohen Temperaturen konnten bisher jedoch nur durch eine Kernspaltung erzeugt werden. Der Bau einer solchen Neutronenbombe gilt deshalb als undurchführbar. Selbst wenn es aber irgendwann gelänge, mittels nicht-nuklearer Techniken die zur Erzeugung einer Kernver-

12) Ein NATO-Offizieller nach „Newsweek" v. 20. 3. 1978, S. 13.
13) Darauf hat jüngst die Studiengruppe Militärpolitik (in der AFK) während eines Pressehintergrundgesprächs in Hamburg am 2. 6. 1978 unter dem Stichwort „Neutronenwaffe wieder aktuell" verwiesen. – Der Beitrag entstand im Zusammenhang mit Arbeiten für die Studiengruppe und mit finanzieller Unterstützung der Berghof-Stiftung.
14) Vgl. meinen Beitrag in „Blätter", 8/1977, S. 939–948.
15) Aufgrund wissenschaftlicher Übereinkunft gilt die innerhalb einer Minute nach der Detonation freigesetzte Strahlung einer Nuklearwaffe als Initialstrahlung. Der Rest wird als Residualstrahlung bezeichnet. – Vgl. grundlegend S. Glasstone/P. J. Dolan, The effects of nuclear weapons, Washington D.C. 1977, S. 324–460.
16) Selbst eine reine Kernverschmelzungsexplosion ist in der Atmosphäre nur relativ sauber. Die Beschreibung „sauber" bezieht sich nur auf den Anteil der erzeugten Radioaktivität und nicht auf die biologischen und anderen Wirkungen der Waffe. – Vgl. a.a.O., S. 408–409.

schmelzungsexplosion notwendigen Temperaturen zu produzieren, wäre noch immer nicht das Problem gelöst, diese Technologie so weit zu verkleinern, daß sie mit herkömmlichen Trägermitteln als Waffe eingesetzt werden könnte[17]).

Die unter dem Stichwort „mininucs" diskutierten Nuklearwaffen sind *sehr* kleine Kernspaltungswaffen (wie die herkömmlichen Atomwaffen), deren Sprengkraft im Bereich zwischen 50 und einigen hundert Tonnen TNT liegen soll[18]). Sie wurden 1973/74 einmal intensiver in der Öffentlichkeit als Modernisierungsmöglichkeit für die TNW der NATO in Europa diskutiert. Doch politische, ökonomische und militärische Erwägungen sprachen dagegen, daß sie ernsthaft in die Planungen in der NATO einbezogen wurden[19]).

Dies gilt jedoch nicht für Kernspaltungswaffen mit einer Sprengkraft von rund 1 kt TNT und darüber, die offensichtlich bereits in größerer Anzahl in den Waffenarsenalen der NATO vorhanden sind. Die für den Gefechtsfeldeinsatz vorgesehenen TNW der USA in Europa haben nach offiziellen Angaben eine durchschnittliche Sprengkraft von weniger als 4 kt TNT liegen[20]). Für diese Nuklearwaffen ist wie bei den „mininucs" die militärisch am weitesten wirksame (und das heißt Kampfunfähigkeit oder Tod der gegnerischen Soldaten) verursachende Eigenschaft die Neutronen- und Gammastrahlung. Sie ist gegen Soldaten in Panzern auf größere Entfernung wirksam als die Druckwelle und Hitzestrahlung gegen die Panzer selbst. Der Grenzwert, an dem die Wirkung der Neutronen- und Gammastrahlung von den Wirkungen der Druckwelle und Hitzestrahlung gegen Panzer vollständig überlagert und die Kampfunfähigkeit so indirekt durch Zerstörung des Panzers erreicht wird, liegt bei mehr als 100 kt TNT. Doch ist dieser Wert militärisch wenig interessant, weil nur bis zu einer Sprengkraft von wenigen (etwa 7 bis 8) kt TNT der Unterschied zwischen der militärisch effektiven Reichweite der Neutronen- und Gammastrahlung und derjenigen der Druckwelle und Hitzestrahlung so groß ist, daß diese beiden Vernichtungswirkungen für militärische Zwecke sinnvoll unterschieden werden können. Gegen Soldaten im Freien und ohne andere Schutzmöglichkeiten ist ein noch niedrigerer Wert anzusetzen; hier dominieren Hitzestrahlung und Druckwelle schon ab höchstens 2 kt TNT über die Wirkungen der Neutronen- und Gammastrahlen[21]). Insofern sind Kernspaltungswaffen geringer Stärke und beim Einsatz gegen geschützte Soldaten (z. B. in Panzern) vom Gesichtspunkt der militärischen Effektivität und im

17) Ebd. und früher D. R. Inglis, Excessive fear of test ban evasion, in „Bulletin of the Atomic Scientists", 5/1960, S. 168–1972, sowie E. Teller, in „Der Spiegel" v. 13. 9. 1961, S. 93–94. – Die Angaben über das Wirkungsspektrum der Neutronenbombe nach F. M. Kaplan, Enhanced-radiation weapons, in „Scientific American", 5/1978, S. 44–51 (46).

18) Vgl. u. a. „Times", a.a.O., und NZZ, a.a.O.; die Sprengkraft einer Nuklearwaffe wird in Tonnen (t) und Kilotonnen (kt = 1000 Tonnen) TNT, einem herkömmlichen Sprengstoff, gemessen.

19) Vgl. C. I. Hudson/P. H. Haas, New technologies: The prospects, in: Beyond nuclear deterrence. New aims. New arms, New York 1977, S. 107–148 (141–142); H. Feigl, Anmerkungen zur Entwicklung der Neutronenwaffe, Ebenhausen 1977, S. 7–8, 10 (auch in „Europäische Wehrkunde", 9/1977, S. 433–436); Rodejohann, in „Blätter", 8/1977, S. 947; S. T. Cohen/W. R. van Cleave, Western European collateral damage from tactical nuclear weapons, in „RUSI-Journal", 2/1976, S. 32–38 (35–36).

20) Vgl. Cohen/van Cleave, a.a.O., S. 35; Hudson/Haas, a.a.O., S. 142.

21) Vgl. Feigl, a.a.O., S. 6–7; J. K. Miettinen, Die Neutronenbombe – Die neuen Atomwaffensysteme, in „Technologie und Politik", 9/1977, S. 215–248 (219).

Hinblick auf den am weitesten reichenden Vernichtungsfaktor ebenfalls Strahlenwaffen[22]).

Die Verbesserung dieser gezielten Wirkung von Nuklearwaffen gegen ungeschützte und relativ (z. B. in Panzern) geschützte Soldaten ist der militärische Hintergrund der Überlegungen, die von der Diskussion über „mininucs" und kleinkalibrige Kernspaltungswaffen zur Entwicklung und geplanten Einführung der ERW-Technologie geführt haben. Der politische Hintergrund ist hauptsächlich von der Absicht bestimmt, den auch beim Einsatz von klein- und kleinstkalibrigen Kernspaltungswaffen noch immer großen „collateral damage"[23]) zu verringern, um so den Einsatz von Nuklearwaffen politisch akzeptabler und damit die Nuklearwaffen für das Führen von Kriegen brauchbarer zu machen. Dabei hängen beide Vorgänge, die später noch näher erörtert werden, eng zusammen. Denn eine zur Minderung des „collateral damage" erwünschte Verkleinerung der Sprengkraft der Nuklearwaffen für den Einsatz auf dem Gefechtsfeld verringert gleichzeitig deren militärische Brauchbarkeit. So kann eine Nuklearwaffe mit der Sprengkraft von 10 Tonnen TNT wahrscheinlich nur noch eine Panzerbesatzung kampfunfähig machen; Mittel und Wirkung stünden nicht länger in einem politisch und militärisch vertretbaren Verhältnis[24]). Bei den ERW handelt es sich nun um die für den Einsatz gegen Militärpersonal optimierte Variante einer Reihe von „maßgeschneiderten" Nuklearwaffen, die alle nach dem Prinzip einer durch Kernspaltung gezündeten Kernverschmelzung gebaut sind[25]). Die dabei angewandte unterschiedliche Technologie, die hier im einzelnen nicht beschrieben werden kann[26]), führt bei den ERW zu bestimmten Eigenarten, die für deren militärische Anwendung von Bedeutung sind.

Wie die Kernspaltungswaffen haben auch die ERW einen Grenzwert für die Sprengkraft, bei dessen Überschreitung die militärisch interessante Wirkung der Neutronenstrahlung von der Wirkung der Druckwelle und Hitzestrahlung überlagert wird. Dieser Wert liegt bei etwa 10 kt TNT[27]). ERW sind daher notwendig Nuklearwaffen mit relativ geringer Sprengkraft und Vernichtungswirkung. Die Vorstellung, daß eine „Neutronenbombe mittlerer Stärke (. . .), über Europa zur Explosion gebracht, mehrere Staaten treffen" würde[28]), ist schon allein von den technischen Möglichkeiten her (bei gegebenem militärischen Interesse an der von anderen Faktoren getrennten Vernichtungswirkung der Neutronenstrahlen) falsch[29]). Dieses militärische Interesse hat darüber hinaus die Konsequenz, daß ERW wahrscheinlich nur bei Sprengkraftwer-

22) Vgl. z. B. Feigl, a.a.O., S. 6.
23) Nach der Definition der US-Army werden unter „collateral damage" ein „unerwünschter materieller Schaden und personelle Opfer" verstanden, die durch „eigene nukleare Waffen erzeugt werden". – Vgl. Cohen/van Cleave, a.a.O., S. 33.
24) Vgl. Hudson/Haas, a.a.O.; Feigl, a.a.O., S. 6–7.
25) Vgl. Beecher, a.a.O., S. 18.
26) Vgl. die in den Anmerkungen zitierte Literatur für weitere Hinweise.
27) Vgl. E. W. S. Hull, The neutron weapon enigma, in „National Defense", May-June 1978, S. 538–543, 580–584 (543).
28) So der TASS-Kommentar: Die Lüge vom „taktischen Charakter" der Neutronenwaffe, in „Neues Deutschland", 10. 2. 1978, S. 6.
29) Vgl. auch W. Logatschew, Neutronenwaffe – Besonderheiten des Aufbaus und der Vernichtungswirkung, in „Militärtechnik", 4/1978, S. 218–220 (Übersetzung aus „Wojenny westnik", 1/1978, S. 115–118).

ten zwischen weniger als einer kt TNT und sehr wenigen kt TNT[30]) sinnvoll eingesetzt werden können; sinnvoll heißt dabei, daß die militärisch effektive Reichweite der Neutronenstrahlung diejenige der Druckwelle und Hitzestrahlung deutlich übertrifft. Insofern spricht einiges dafür, daß die Diskussion der Wirkungen von ERW anhand des in der Literatur allgemein angenommenen Sprengkraftwertes von 1 kt TNT relativ wirklichkeitsgetreu ist, auch wenn die tatsächliche Sprengkraft der bisher zur Produktion anstehenden ERW um diesen Wert streut[31]).

Bei einer Sprengkraft von 1 kt TNT haben die ERW ungefähr[32]) die Vernichtungswirkungen, wie sie in der folgenden Tabelle dargestellt sind[33]):

Vergleich der militärisch effektiven Reichweite der Neutronen- und Gammastrahlung und der Druckwelle von Kernspaltungswaffen und ERW in Metern

Wirkung gegen	*Kernspaltungswaffen* 10 kt	1 kt	*ERW*
Panzerbesatzung durch Strahlung	350	700	700
Panzer durch Druck	150	350	120
Gebäude in Städten durch Druck	500	1200	400
Ungeschützte Personen	800	1200	1000

Beim Vergleich der Angaben für ERW (1 kt TNT) und für Kernspaltungswaffen (1 kt TNT und 10 kt TNT) fällt zunächst auf, daß die Wirkungen der Neutronen- und Gammastrahlung einer 10-kt-TNT-Kernspaltungswaffe gegen Panzerbesatzungen denen einer 1-kt-TNT-ERW entsprechen. Der besondere Vorteil der ERW liegt also hier offensichtlich ausschließlich in der Minderung der Wirkungen der Druckwelle, die erheblich ist. Verglichen aber mit einer 1-kt-TNT-Kernspaltungswaffe zeigt sich, daß dieser Vorteil kaum noch von besonderem militärischen Wert sein dürfte; er hat sich auf wenige Meter verringert. Stattdessen ist die Neutronenstrahlung der ERW gegen Panzerbesatzungen nun erheblich größer als bei der gleichkalibrigen Kernspaltungswaffe; die Reichweite hat sich verdoppelt, die abgedeckte Fläche hat sich vervierfacht. Trifft aber zu, daß der Durchschnittswert der für das Gefechtsfeld vorgesehenen TNW ohnehin unter 4 kg liegt, dann dürfte bei einer Einführung von ERW der Gewinn geringer sein, als in diesem fiktiven Beispiel angenommen. Unterm Strich bleibt also bei den ERW – militärisch gesehen – wahrscheinlich ein Gewinn von 250–300 Metern zusätzlicher Reichweite der Neutronenstrahlung gegen Panzerbesatzungen im Vergleich mit den bereits vorhandenen Kernspaltungs-TNW für den Gefechtsfeldeinsatz – ein Gewinn, der allerdings nur eintritt, wenn die ERW andere TNW ersetzen, die bereits eine

30) Vgl. den Hinweis bei Hudson/Haas, a.a.O., S. 140.
31) Nach Kaplan, a.a.O., S. 47, variieren die Werte zwischen weniger als 1 kt TNT und 2 kt TNT.
32) Alle Zahlenangaben über die Wirkungen und die Sprengkraft von Nuklearwaffen sind nur als grobe Durchschnittswerte zu nehmen, weil die genauen Werte von einer großen Zahl von Faktoren abhängen; vgl. durchgehend zum Problem Gasstone/Dolan, a.a.O.
33) Nach: E. F. Black/S. T. Cohen, The neutron bomb and the defense of NATO, in „Military Review", 5/1978, S. 53–61 (59).

sehr geringe Sprengkraft haben (erheblich weniger als 10 kt TNT). Hinzu kommt eine besonders im Verhältnis zu größeren Kernspaltungs-TNW (mehr als einige kt TNT) erhebliche Verminderung der Vernichtungswirkung durch die Druckwelle. Der springende Punkt ist nun, daß bei einer deutlichen Verminderung der Druckwelle kein zusätzlicher Gewinn an militärischer Effektivität gegen Panzerbesatzungen eintritt (Ersatz von 10-kt-TNT-Kernspaltungswaffen durch 1-kt-TNT-ERW) und daß bei einer deutlichen Erhöhung der militärischen Effektivität gegen Panzer die Verminderung der Druckwelle sehr gering ist (Ersatz von 1-kt-TNT-Kernspaltungswaffen durch 1-kt-TNT-ERW). Nimmt man die bisher bekannten Werte für die Sprengkraft der ERW[31]), dann wird deutlich, daß die ERW hauptsächlich die Wirkungen von Nuklearwaffen gegen Militärpersonal optimieren, und daß zusätzlich noch eine nicht sehr große Minderung der Vernichtungswirkung der Druckwelle und damit des hierdurch verursachten „collateral damage" eintritt[34]).

Während auch die geringere Vernichtungswirkung der Druckwelle militärisch durchaus von Vorteil sein kann[35]), war und ist das militärische Hauptargument für die Einführung von ERW deren angeblich *deutlich* erhöhte Tauglichkeit zur Panzerbekämpfung[36]). Dieses Argument ist jedoch wenig überzeugend. Es scheint vielmehr ein Tribut an die aktuellen Erfordernisse des politischen Prozesses vor allem in den USA, aber auch in der NATO zu sein, in dem in den letzten Jahren verstärkt die vorgeblichen und tatsächlichen Defizite der Kriegsführungsfähigkeit der NATO vor allem in Mitteleuropa und dabei besonders in der Panzerabwehr zur Begründung von Rüstungsbeschaffungen zitiert werden. Denn unter dem Gesichtspunkt von Nutzen und Kosten ist die militärische und politische Brauchbarkeit ausgerechnet der ERW zur Panzerbekämpfung äußerst fragwürdig. Da sind zunächst die beschriebenen, relativ geringen Gewinne in der flächendeckenden Vernichtungswirkung gegen Panzerbesatzungen. Ihr Wert erscheint zusätzlich begrenzt, wenn man bedenkt, daß angreifende Panzer unter den Bedingungen des nuklearen Kampfes ohnehin relativ auseinandergezogen operieren und hier sicher noch Verbesserungsmöglichkeiten in der Gefechtstaktik möglich sind[37]). Schon heute gelten für die erste Angriffsspitze sowjetischer Panzer, die notwendig die Vergleichsgröße bilden, Abstände zwischen 75 und 100 Metern[38]). Die zielsichere Bekämpfung beweglicher Ziele, wie sie Panzereinheiten darstellen, wird weiter durch die mangelnde Treffgenauigkeit (circle of equal probability/CEP) der vorgesehenen Einsatzmittel erschwert. Offiziell wird für die Lance-Rakete, die mit ERW-Gefechtsköpfen ausgerüstet werden soll, ein CEP von 400 bis 450 Metern angegeben; nur die Hälfte aller Gefechtsköpfe würde mithin nach aller Wahrscheinlichkeit in einem Kreis von entsprechendem Durchmesser explodieren[39]). Die hohen Preise für die ERW (ein Artilleriege-

34) Vgl. auch die Charakterisierung der ERW bei Hudson/Haas, a.a.O., 136.
35) Vgl. D. G. Brennan, The neutron-bomb controversy, Croton-on-Hudson 1978 (HI-2733/2-P), S. 5.
36) Vgl. für viele Feigl, a.a.O.
37) Vgl. Hull, a.a.O., S. 584; K. Langhans, Zu einigen militärtechnischen Aspekten der Neutronenwaffe, in „Militärtechnik", 2/1978, S. 91–94 (93–94).
38) Nach Kaplan, a.a.O., S. 44.
39) Vgl. Rodejohann, a.a.O., S. 942 f.

schoß soll rund 900 000 US-Dollar kosten) machen schließlich die Beschaffung dieser Waffe für die Panzerabwehr kaum zu einem kosteneffektiven Unternehmen. Wenn es wirklich um die Bekämpfung von Panzern ginge, argumentiert deshalb einer der Kritiker der ERW, „sollten besser konventionelle Panzerabwehrwaffen beschafft werden"[40]).

Daß es wirklich darum geht, scheint aufgrund dieser Überlegungen wenig wahrscheinlich. Zwei Meldungen aus diesem Jahr mögen das weiter illustrieren: So wird die NATO Ende 1978 in ihrem Waffenarsenalen 193 000 moderne, größere Panzerabwehrwaffen haben, wobei die kleineren Waffen nicht berücksichtigt sind. Für jeden Panzer der Warschauer Vertragsorganisation in Mitteleuropa wären das rund 10 Panzerabwehrwaffen[41]). Die militärische Notwendigkeit zur Beschaffung der ERW – jedenfalls bei der gegebenen Begründung – scheint schon allein deshalb wenig einleuchtend. Die andere Meldung deutet dagegen eine mögliche Variante für den militärischen Gebrauch der ERW an, die ebenfalls gegen die reine Panzerabwehrwaffe spricht: Ende April erklärte US-Verteidigungsminister Brown während einer Pressekonferenz in London, daß die ERW vielleicht in Großbritannien stationiert werden könnten. Denn um die ERW „gefechtsmäßig und effektiv einzusetzen, müßten die Truppen des Warschauer Paktes zuvor die Kanalküste erreicht haben"[42]).

Hier wird eine militärische Begründung für die Beschaffung der ERW deutlich, für die sicher gilt, was US-Präsidentenberater Brzezinski im Zusammenhang mit dem umstrittenen „Presidental Review Memorandum-10" vom letzten Sommer, in dem die Schwierigkeiten der Vorneverteidigung des NATO-Gebiets diskutiert wurde, erklärte: „Es ist so, daß zwischen unserer erklärten Strategie und unseren aktuellen Fähigkeiten ein Unterschied besteht. Wir können aus politischen Gründen unsere Strategie nicht öffentlich erklären"[43]). Im Zusammenhang mit den ERW und der Londoner Bemerkung Browns würde diese tatsächliche Strategie der USA innerhalb der NATO im Gegensatz zur öffentlich erklärten[44]) darauf hinauslaufen, daß bei einem Angriff auf die Staaten der NATO in Europa NATO-Streitkräfte zunächst konventionell verteidigen, sich dann hinhaltend kämpfend zurückziehen und später versuchen, verlorengegangenes Territorium zurückzuerobern. Ein Nuklearwaffeneinsatz auf dem Gefechtsfeld würde bei dieser Strategie wahrscheinlich erst relativ spät, und zwar zur Unterstützung des Gegenangriffs erfolgen; etwa bei dem Versuch, den Angreifer aus der Basis Großbritannien

40) M. Leitenberg, Some major points regarding enhanced radiation warheads – The „neutron bomb" – and related issues. Hamburg 1978, S. 3 (*vervielfältigtes* Manuskript).
41) Vgl. „Armed Forces Journal International", January 1978, S. 14.
42) Vgl. „Flight International" v. 29. 4. 1978, S. 1243.
43) Vgl. „International Herald Tribune" v. 3. 8. 1977, S. 4.
44) „Die amerikanische Nuklearpolitik besteht aus vier verschiedenen Teilen: Einsatzplanung, Beschaffungspolitik, Erklärte Politik und Stationierungspolitik. Die Einsatzplanung beschreibt die Ziele und wie die USA die aktuell vorhandenen Nuklearwaffen zu gebrauchen gedenkt. Die Beschaffungspolitik setzt die Kriterien für die Entwicklung und Beschaffung von Nuklearwaffen in der Zukunft. *Die Erklärte Politik (declaratory policy) gibt US-Offiziellen die Richtlinien für das, was sie öffentlich* über die ersten beiden Teile *sagen.* Die Stationierungspolitik bestimmt, wo die Nuklearwaffen gelagert werden", so L. E. Davis, Limited nuclear options. Deterrence and the New American Doctrine, in „Adelphi Papers", Nr. 121, S. 1; Hervorhebung v. Verf.

heraus von der Kanalküste in dessen Ausgangspositionen zurückzutreiben. Ein solches Konzept ist nicht notwendig widersprüchlich zur offen formulierten Strategie der Vorneverteidigung, weil es Absichten und Möglichkeiten der NATO-Strategie im Einklang zu bringen versucht. So könnte vorgesehen sein, und einiges spricht dafür, daß ein Angreifer zunächst an der Weser-Lech-Linie zum Stehen gebracht werden soll. Falls das mit konventionellen Mitteln nicht gelingt, scheint für die Strategen im US-Staatsapparat noch nicht der Zeitpunkt für den Einsatz von Nuklearwaffen gekommen zu sein. Vielmehr soll weiter konventionell gekämpft werden. Erst wenn die Kanalküste erreicht und mit über den Atlantik herangeführten Verstärkungen ein Gegenangriff vorbereitet ist, würden auch Nuklearwaffen eingesetzt werden. Unabhängig von der notwendigen Frage, wie wirklichkeitsangemessen diese Vorstellung von den der NATO drohenden Gefahren ist und was die Warschauer Vertragsorganisation zu einem solchen Angriff treiben könnte, bleibt festzuhalten, daß eine solche militärische Begründung für die Beschaffung von ERW im Gesamtbild der NATO-Politik, -Strategie und -Rüstung weitaus plausibler erscheint[45]), als der vorgebliche Zweck der Bekämpfung von Panzern.

Der besondere Wert der ERW in einem auf weiträumige Landoperationen ausgerichteten nuklearen Kriegsführungskonzept läge in der Minderung des mit jedem Waffeneinsatz verbundenen „collateral damage" auf ein politisch für die westeuropäischen Regierungen vertretbares Maß. Der mit dem Einsatz der gegenwärtig vorhandenen TNW verbundene „collateral damage" verhinderte nämlich bisher, daß sich die Regierungen der NATO-Staaten auf eine allgemein akzeptierte nukleare Kriegsführungsstrategie einigten. Denn nach wie vor gilt: „Der Einsatz nuklearer Waffen in der Absicht der Verteidigung der Bundesrepublik würde zur nuklearen Selbstvernichtung führen"[46]) – und das nicht nur hierzulande. Mit den ERW und dem ihnen zugeschriebenem verminderten „collateral damage" sollen die Planungen der US-Administration für die NATO, die von einem militärischen Konflikt auf NATO-Gebiet ausgehen, auch in ihren nuklearen Dimensionen den Regierungen in Bonn, Den Haag, Brüssel und Kopenhagen (um nur die unmittelbar betroffenen zu nennen) politisch schmackhafter gemacht werden. Eine öffentliche Diskussion über diese Planungen für den Fall, daß die Kriegsverhinderungsstrategie der Abschreckung versagt und zum Krieg übergegangen wird, ist damit nicht notwendig beabsichtigt. Denn sie droht grundsätzlichere Fragen aufzuwerfen, als nur diejenige der nuklearen Kriegsführungsfähigkeit. Die politische Auseinandersetzung um die Kriegsführungsstrategie der NATO verläuft deshalb hauptsächlich hinter den verschlossenen Türen der Staatsapparate und in der NATO selbst. Dort einigt man sich auch über die öffentlich zu erklärende Politik. Und die lautet weiterhin: Abschreckung und Verteidigung. Was aber Verteidigung heißt, wird öffentlich weit weniger ausgiebig diskutiert.

45) Vgl. die Entwicklungstendenzen in der Frage der Kontrolle des Nuklearwaffeneinsatzes, der Dauer des konventionellen Krieges in den Streitkräftezielen, die Betonung der Nachschubwege über den Atlantik u. a.
46) H. Afheldt u. a., Durch Kriegverhütung zum Krieg? München 1972, S. 18.

Doch das Argument vom geringeren „collateral damage", öffentlich vor allem im Hinblick auf die Zivilbevölkerung und als Beitrag zur Erhöhung der Abschreckung diskutiert, ist für die ERW nicht schon deshalb überzeugend, weil es im politisch-administrativen Entscheidungsprozeß der NATO eine gewichtigere Rolle spielt, als das der Panzerabwehr. Erinnert sei noch einmal an die Tabelle der Vernichtungswirkungen von ERW. Dabei war deutlich geworden, daß die Verminderung der Vernichtungswirkung der Druckwelle zwar für größere Kernspaltungs-TNW (10 kt TNT) im Vergleich zu 1-kt-TNT-ERW recht bedeutend ist, daß dieser Vorteil aber immer geringer wird, je kleiner die Kernspaltungs-TNW sind, die durch ERW ersetzt werden. Bei einer durchschnittlichen Sprengkraft der für den Gefechtsfeldeinsatz seitens der NATO vorgesehenen Kernspaltungs-TNW von weniger als 4 kt TNT[47]) ist anzunehmen, daß die Verminderung des durch die Druckwelle erzeugten „collateral damage" nicht ganz so groß ist, wie in dem Beispiel der Tabelle angenommen. Aufgrund der ERW-Technologie dürfte darüber hinaus auch der Anteil der Radioaktivität und der Umfang der Residualstrahlung beim Einsatz von ERW geringer sein, als bei den vorhandenen Kernspaltungs-TNW. Trifft aber zu, daß der Anteil der Initialstrahlung der ERW an der gesamten Energieproduktion etwa 15% beträgt, wie in einer offiziellen Publikation angegeben[48]), dann sind die von diesen Faktoren verursachten Vernichtungswirkungen der ERW noch immer erheblich. Dies gilt auch für die Frage der durch Neutronen induzierten Radioaktivität. Zwar lassen sich diese Wirkungen durch geeignete Wahl der Explosionshöhe beeinflussen, doch gibt es auch hier einen Grenzwert, bei dessen Überschreitung die Vernichtungswirkung der Neutronenstrahlen nicht mehr ausreicht, den beabsichtigten militärischen Zweck zu erfüllen. Insgesamt scheint daher angebracht, die vorgebliche Minderung des „collateral damage" sowohl, was die Druckwelle als auch, was die Radioaktivität angeht, recht skeptisch zu betrachten. Ein Indiz in diese Richtung ist auch die Angabe in der Tabelle, daß die militärisch effektive Reichweite einer 1-kt-TNT-ERW gegen ungeschützte Personen größer ist, als diejenige einer 1-kt-TNT-Kernspaltungswaffe.

Alle diese Angaben und Überlegungen beziehen sich nur auf eine einzelne ERW. Um zu einer realistischen Bewertung des „collateral damage" von ERW zu kommen, muß die wahrscheinliche Form ihres Einsatzes im Rahmen einer nuklearen Kriegsführungsstrategie der NATO bedacht werden. Bekanntgewordene Einsatzplanungen lassen vermuten, daß die ERW kaum einzeln eingesetzt werden würden. Vielmehr ist davon auszugehen, daß einzelne nukleare Angriffe jeweils aus einer größeren Zahl von Nuklearwaffen bestehen: So wurden in einem Kriegsspiel 141 TNW verplant[49]), in einer anderen offiziellen Veröffentlichung wurde ein typisches Beispiel für den TNW-Einsatz auf Korps-Ebene in der Größenordnung von 136 TNW beschrieben[50]). Zwar verlangen die Dienstvorschriften der US-Streitkräfte für den Einsatz von TNW

47) Vgl. Anmerkung 20.
48) Vgl. U.S. Army Command and General Staff College, Conventional-nuclear operations. RB 100-30. Vol. 1. Fort Leavenworth Ks. 1976, S. 82.
49) Vgl. a.a.O., S. 97–103.
50) Vgl. R. L. Beller, A primer on nuclear weapons capabilities, Fort Belvoir Va. 1977, S. (9–10).

die Minderung des „collateral damage"[51]). Doch angesichts der beschriebenen Eigenarten der ERW (relativ große Vernichtungswirkung durch die Druckwelle) und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der wahrscheinliche Kriegsschauplatz dicht besiedelt und stark industrialisiert ist[52]), dürfte trotz dieser Absichten der beim Einsatz von ERW erzeugte „collateral damage" noch immer erheblich sein.

Selbst wenn man bereit ist, diese marginale Verminderung des durch die Druckwelle der ERW erzeugten „collateral damage" politisch und militärisch für nützlich zu halten, bleibt das Problem der biologischen Wirkungen des Einsatzes von ERW. Denn zu deren Erzeugung ist die Waffe ja entwickelt und optimiert worden. Diese biologischen Wirkungen unterscheiden sich aber nicht von denen der Radioaktivität, sie übertreffen sie teilweise noch[53]). Die damit verbundenen mittel- und langfristigen Wirkungen, unter denen auch alles Leben zu leiden hätte, das zwar keine tödliche, aber dafür eine für Krankheiten und genetische Veränderungen hinreichende Strahlendosis erhalten hat, lassen vermuten, daß der relative Gewinn durch Verminderung des von der Druckwelle erzeugten „collateral damage" durch einen größeren biologischen „collateral damage" wettgemacht würde. Der Vorteil der ERW läge ausschließlich darin, daß das Erscheinungsbild des Schadens verändert würde: Statt zerstörter Städte dahinsiechende Menschen und kranke Natur.

Nach allen bisher verfügbaren Informationen scheinen die ERW das nicht zu leisten, was angeblich ihr Vorteil sein soll. Ihre militärische Tauglichkeit und Nützlichkeit ist fragwürdig, und die Minderung des „collateral damage" liegt vor allem darin, daß die unmittelbaren Folgen des Krieges gemindert werden. Mittel- und langfristig dürften die Folgen eines Einsatzes von ERW im Vergleich zu Kernspaltungswaffen eher grausamer sein. Und sei es nur, weil beim Einsatz von Kernspaltungswaffen viele Menschen gleich sterben, während zwar mehr Menschen einen Einsatz von ERW überleben, aber gleichwohl keine Zukunft haben. „Sollte es jemals zu einem großen taktischen Nuklearwaffenkrieg kommen", schrieb vor Jahren der Erfinder der ERW, „dann könnte die Einmaligkeit der strahlenbiologischen Aspekte in der Nachkriegszeit zu einem ‚Zukunftsschock' führen"[54]).

Trotz allem scheint heute wahrscheinlicher als noch vor einem halben Jahr, daß die ERW tatsächlich gebaut werden. Die Entscheidung US-Präsident Carters Anfang April, den Produktionsbeginn für die ERW weiter auszusetzen, war mit der Anweisung verbunden, mit der TNW-Modernisierung fortzufahren und dabei auch die Möglichkeit der Einführung von ERW zu berücksichtigen[55]). Zur Umsetzung der Anweisung wurde mittlerweile entschieden, beim Bau der Lance-Gefechtsköpfe Behälter vorzusehen, in die später ein Tritium-Kern gefüllt werden kann, der aus Kernspaltungswaffen ERW macht.

---

51) Vgl. F. W. Thornhill, Collateral damage, Fort Belvoir Va. 1978.
52) Vgl. u. a. P. Bracken, Urban sprawl and NATO defence, in „Survival", 6/1976, S. 254–260.
53) Vgl. für Nachweise u. a. auch Rodejohann, a.a.O., S. 941–942.
54) S. T. Cohen, On the stringency of dosage criteria for battlefield nuclear operations. Santa Monica Cal. 1975, S. 19.
55) Vgl. „Tagesspiegel" v. 8. 4. 1978, S. 1.

Die dazu notwendigen Gelder hat der US-Kongreß bewilligt. Auch soll es bereits Pläne geben, einer erneuten ERW-Diskussion in Europa dadurch auszuweichen, daß die ERW an Bord von amerikanischen Flugzeugträgern vor den europäischen Küsten gelagert und erst bei Bedarf aufs europäische Festland gebracht werden[56]). Immer mehr werden dadurch Fakten geschaffen, wovon nur einige erwähnt wurden, die die Entscheidung über die Beschaffung der ERW zu dem machen, was man eine „entscheidungslose Entscheidung"[57]) nennen könnte.

Doch selbst wenn es zu einer negativen Entscheidung über den Bau der ERW für die Lance-Raketen[58]) kommen sollte, ist das von ihnen aufgeworfene politische Problem noch nicht gelöst. Denn die ERW stehen symbolisch für eine TNW-Modernisierungspolitik, die darauf ausgerichtet ist, kontinuierlich die nukleare Kriegsführungsfähigkeit der NATO zu verbessern[59]). Die politischen Kräfte in der NATO, die diese Politik stützen, sind mächtiger als die Befürworter der ERW. Die ERW sind nur ein Element, auf das überdies auch verzichtet werden kann[60]), in einer besonders problematischen Entwicklung der Nuklearpolitik der NATO seit dem Amtsantritt der Nixon-Administration: Es ist die TNW-Modernisierungspolitik insgesamt, die mit ihrer Ausrichtung auf größere nukleare Kriegsführungsfähigkeit Kriege in Europa wieder wahrscheinlicher macht, weil sie den Einsatz von TNW militärisch nützlicher und politisch akzeptabler gestalten will. Hier liegt das politische Problem der ERW, auch wenn diese selbst noch nicht sonderlich überzeugende Beispiele für die Absichten der nuklearen Planer und Strategen sind. Für das gesamte Modernisierungsprogramm der TNW gilt noch immer, was der britische Konservative Lord Chalfont 1973 zu den ERW schrieb: „Die europäischen Regierungen sollten sich zusammentun, um den tödlichen Versuchsballon des Pentagon abzuschießen, bevor er uns einmal mehr in den gefährlichen Dschungel geraten läßt, in dem technische Experimente bei der Suche nach kluger Politik über die Vernunft obsiegen"[61]).

---

56) Vgl. FAZ v. 26. 6. 1978, S. 1–2.
57) Zum Konzept vgl. P. Bachrach/M. S. Baratz, Power & poverty. London u. a. 1970, S. 42–43.
58) Nach Hull, a.a.O., S. 539, 542, wird die Anwendung der ERW-Technologie in den USA zur Zeit neben Artilleriegeschützen und Lance-Rakete auch für die Pershing-Rakete, für taktische Bomben, für Luft-Boden-Raketen, für Marschflugkörper und für Polaris/Poseidon-Raketen diskutiert.
59) Vgl. dazu auch J. Rodejohann, Zu neueren Entwicklungen im Bereich nuklearer Kriegsführungsplanungen der NATO, in „antimilitarismus information", 10/1977, S. III-149 – III-154.
60) Vgl. die Bemerkung US-Verteidigungsminister Browns, daß die militärischen Aufgaben der ERW auch anders gelöst werden könnten, und damit zusammenhängend die Planungen für neue Panzerabwehrwaffen in „Washington Post" v. 25. 4. 1978, S. 13.
61) Vgl. „Times" v. 14. 5. 1973, S 12.

Von der „Unabhängigkeit" der Überwachung von Kernkraftwerken

Personelle Einflußmöglichkeiten der Atomindustrie auf die Sicherheitskontrolle von Kernkraftwerken durch die Technischen Überwachungsvereine

Von Richard Albrecht

Die von Regierung und Atomindustrie immer wieder vorgetragenen Beteuerungen über die Sicherheit von Kernkraftwerken sind in den letzten Wochen durch eine ganze Serie von Reaktorstörungen erneut ins Zwielicht geraten. Derartige Zwischenfälle lassen Zweifel an der Wirksamkeit der Sicherheitsvorkehrungen und Sicherheitsprüfungen aufkommen, die von „unabhängigen" Experten – wie es heißt – sachkundig durchgeführt werden. Die nachstehende Analyse der personellen Verflechtungen zwischen den Technischen Überwachungsvereinen und der Atomindustrie legt die Vermutung nahe, daß es mit der „Unabhängigkeit" der Sicherheitskontrolle bei Kernkraftwerken nicht allzu weit her ist, und stellt damit zugleich die Frage nach der notwendigen öffentlichen Kontrolle der Kontrolleure. D. Red.

Vorbemerkung

Auf der scheinbar instrumentellen Ebene der – technischen – Überwachung von Anlagen im allgemeinen und Atomanlagen und Kernkraftwerken (KKW) im besonderen gibt es ein gerüttelt Maß an Politizität. Die in jüngster Zeit publik gewordenen „Störfälle" scheinen nur die Spitze eines Eisbergs zu sein: die Stör- und anderen Fälle „im dunkeln", die von niemandem öffentlich gemachten, die bewußt abgeschotteten „Fälle" kennen nur die wenigen – die schweigen oder zum Schweigen gezwungen werden. So auch z. B. im Fall KKW Brunsbüttel im Juni 1978.

Diese *Abschottung* und das von ihr bewirkte *Dunkelfeld* kann KKW-Betreibern, -Bauherren, -Lieferern, -Überwachern und schließlich dem Staatsapparat, ohne dessen materielle und ideologische Unterstützung es hierzulande keinen einzigen Atommeiler gäbe, nur recht sein. Was jenen recht ist, kann allerdings der Bevölkerung nicht billig sein.

Die *Geschichte* der Inbetriebnahme von KKW in diesem Land zeigt: von 1965–1969 werden offiziell – bei sechs gefahrenen Anlagen bis 1969 – insgesamt 40 Störfälle zugegeben. 1970–1976 waren es bei einer Gesamtzahl von zwölf nuklear genutzten KKW Ende 1976 insgesamt 100 Störfälle (vgl. BMFT, Hrsg., Zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, Bonn 1977, S. 333–356). Häufigste Ursache: „Fehler im Auslegungskonzept, daneben Mängel in Konstruktion und Überwachung". (Ebd., S. 356.) Also, entschlüsselt: zu rasche

Anwendung der Technik als Folge des Zwangs zur Ver-Wertung des vorgeschossenen Kapitals und Überwachungs-Mängel. Zu Beginn des zweiten Juli-Drittels liegen – nach Angaben der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS), Köln – sieben von zehn KKW-Reaktoren still: Biblis A und B, KKW Lingen, Grundremmingen, Brunsbüttel, Obrigheim, Ohu (vgl. „Kölner Stadt-Anzeiger" v. 20. 7. 1978).

Eine konkret-empirische Untersuchung der Tatbestände um die technische Überwachung erscheint daher dringlich. Zu dieser umfassenden Untersuchung kommt hier nur *ein Teil*aspekt zur Sprache: er wird am Beispiel der Technischen Überwachungsvereine abgehandelt und dingfest gemacht. Es geht um den *Verflechtungszusammenhang* zwischen Atomindustrie und TÜV und damit die groß- und atomindustriellen Einflußnahmemöglichkeiten auf die TÜV.

Der Verflechtungszusammenhang darf, bei allem modischen Hang zu sinndeutenden Utopien, nicht vernachlässigt werden. „Atomfilz" und „Atommafia" können, angesichts der Gefahren, die von ihnen ausgehen, nicht oft genug und nicht sorgfältig genug wissenschaftlich untersucht werden*) – und die Ergebnisse können nicht rasch und umfassend genug ins Alltagsbewußtsein und organisierte politische Alltagshandeln eingehen. Ein realer allmächtiger atomindustrieller „Trust D.E." – Ilja Ehrenburgs beängstigende literarische Fiktion in seinem „Roman von der Zerstörung Europas" – ist das Letzte, was wir brauchen.

I

„Die Neutralität der TÜV und ihrer Sachverständigen" – so die Vereinigung der Technischen Überwachungsvereine (VdTÜV) zutreffend in ihrem letzten Geschäftsbericht[1]) – „wird seit geraumer Zeit durch kritische Bemerkungen in der Öffentlichkeit vermehrt in Zweifel gezogen." In der Tat: in den letzten Jahren ist im Rahmen der öffentlich geführten Diskussionen und Aktionen um den Einsatz von Kernenergie und ihre spezifischen Risiken auch der Prozeß der Begutachtung im Genehmigungsverfahren von Kraftwerken im allgemei-

*) Zu den mit den Stichworten „Atomfilz" und „Atommafia" angesprochenen Sachverhalten – ganz abgesehen von einer Kritik der politischen Ökonomie des Atoms – liegen schließlich nur wenig qualifizierte Arbeiten vor. Einige Hinweise: Trotz des Titels „Der Atomfilz" (hrsg. v. Mez/Wilke, Berlin/West 1977) geht es dort nicht um Verflechtungen, sondern um gewerkschaftskritische Polemik. Gelegentliche Hinweise auf die „Atommafia" finden sich dagegen bei: W. Biermann, Plutonium und Polizeistaat. Berlin/West 1977, S. 57–78; Ökologiegruppe Frankfurt, Kleines Handbuch für Atomkraftwerksgegner, München 1978², S. 81 ff.; KKW-Nein, Köln u. a., Kohle – Strom – Atom. Frankfurt/M. 1978; T. Geist/W. Wolf; Wir spielen nicht mit im Atomverein!, Frankfurt/M. 1977, S. 23–44; Die Spaltung des Kerns im Dienste des Kapitals, Haarlem 1977², S. 12–51; Widerstand gegen Atomkraftwerke, Wuppertal 1978, S. 161–183.
Wichtig erscheint mir eine Broschüre des Arbeitskreises Atom des Bundes für Umweltschutz Tübingen e.V. (PF 1141, 7400 Tübingen), Verflechtungen von Wirtschaft, Staat und Wissenschaft im Bereich der Kernenergie, Tübingen 1976² (29 S.). Schließlich muß man noch immer – und in kritischer Absicht – auf offizielle und offiziöse Veröffentlichungen zurückgreifen: etwa auf das Handbuch der Atomwirtschaft, hrsg. v. W. Ternäben, Hagen 1956 ff., bisher 7 Bände, laufende Ergänzungen; oder auf das 1978 im 9. Jahrgang erscheinende Jahrbuch der Atomwirtschaft, hrsg. v. Müller/Hossner; ebenso auf die Zeitschrift „Atomwirtschaft" (atw), die z. B. 1973/74 einen vierteiligen Beitrag von W. Solfrian, Wer gehört zu wem in der deutschen Atomindustrie? veröffentlichte (vgl. atw, Dezember 1973, S. 57–73; Februar 1974, S. 72–76; April 1974, S. 174–76; Juni 1974, 309–15).
Zur Darstellung der mir zunächst schwer zugänglichen Rechtsproblematik hat mir Eckart Reidegeld (Köln - Berlin/West) wichtige Hinweise gegeben.

1) Vereinigung der Technischen Überwachungsvereine e.V., Geschäftsbericht 1977. Essen o. J. (1978), S. 8.

nen und von Kernkraftwerken im besonderen ins Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Im Rahmen dieses Begutachtungsprozesses spielen die Technischen Überwachungsvereine eine wesentliche Rolle[2]). Das wurde z. B. in den letzten Jahren deutlich, als die BASF Ludwigshafen auf ihrem Werksgelände ein eigenes Kraftwerk errichten wollte. Dazu heißt es im Geschäftsbericht des Technischen Überwachungsvereins Rheinland e. V. (1974): „Die Beurteilung des vom Hersteller vorgelegten Konzeptes der Berstsicherung wird vom TÜV Rheinland als Gutachter im Auftrag der atomrechtlichen Genehmigungsbehörde unter dem Gesichtspunkt vorgenommen, ob und gegebenenfalls unter welchen Bedingungen dieses Konzept einen gangbaren Weg darstellt, die (. . .) sicherheitstechnischen Anforderungen zu erfüllen und wie die möglichen Nachteile gemildert oder gar ausgeschlossen werden können."[3])

Die Rolle der TÜV im Begutachtungsprozeß von KKW ist der Regierung wohlbekannt. So heißt es in einer Broschüre des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT): „Bei der Prüfung eines Antrages (auf Genehmigung von KKW; d. Verf.) läßt sich die Behörde von unabhängigen Sachverständigen und Gutachtern beraten. Dies sind in der Regel die Technischen Überwachungsvereine (TÜV) und das von ihnen gegründete Institut für Reaktorsicherheit (IRS)"[4]). Die insgesamt elf Technischen Überwachungsvereine in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)[5]) sind – mit Ausnahme der in den Bundesländern Hamburg und Hessen bestehenden staatlichen Technischen Überwachungs*ämter* – als eingetragene Vereine privatrechtliche Körperschaften. Ihnen sind entsprechend Artikel 33, Absatz 4 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland „hoheitliche Befugnisse" übertragen; das bedeutet vor allem eine weite Palette von Aufgaben im Bereich „Umweltschutz" und „technische Sicherheit". Sie stehen unter der Dienstaufsicht der jeweiligen Landesbehörden, in deren Gebiet sie arbeiten[6]). Diese

2) Vgl. K.-H. Lindackers, Einflüsse des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens in der BRD auf die technische Auslegung und den Betrieb von Kernkraftwerken. Aachen 1970 (Diss.); der Verfasser ist zur Zeit stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung des TÜV Rheinland e.V.

3) Vgl. TÜV Rheinland e.V., Geschäftsbericht 1974. Köln 1975, S. 59.

4) BMFT (Hrsg.): Kernenergie. Eine Bürgerinformation. Bonn 1976², S. 109. Die GRS GmbH, die in dieser Form seit Mai 1976 besteht, nimmt wichtige Beraterfunktionen im Kernenergiegeschäft wahr. Sie wies 1977 einen Jahresertrag von 35,7 Mio. DM aus und beschäftigte am 31. Dezember 1977 390 Personen, davon 265 wissenschaftlich-technische Fachkräfte. Hauptaufgabenbereiche: „Beratung und Gutachtertätigkeit für Behörden des Bundes und der Länder zu kerntechnischen Einzelfragen und Genehmigungsverfahren, Unterstützung und Beherbergung von Geschäftsstellen von KTA (= Kerntechnischer Ausschuß beim BMJ), RSK (= Reaktorsicherheitskommission beim BMI), und SSK (= Strahlenschutzkommission beim BMI), Betreuung der Forschungsvorhaben des Bundes auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit, Erstellung von Regeln und Richtlinien sowie Öffentlichkeitsarbeit in kerntechnischen Fragen für den Bundesminister des Innern." (Jahresbericht 1977, S. 9.) Die GRS betreiben: als Gesellschafter: BRD (mit 46,1%), Bayern (3,85%), NRW (3,85%), Germanischer Lloyd (3,85%) sowie die elf TÜV mit je 3,85% (ebd., S. 108). Aufsichtsratsvorsitzender der GRS ist R. Meister, Vorstandsmitglied des KKW-Betreibers Hamburgische Elektrizitäts-Werke AG (HEW), Geschäftsführer sind: O. Kellermann, Mitglied des Dt. Atomforum e.V., der RSK und des KTA beim BMI, und A. Birkhofer, Mitglied der Kerntechnischen Gesellschaft im Dt. Atomforum e.V., des KTA beim BMI und stellvertretender Vorsitzender der RSK beim BMI. Von O. Kellermann fand ich folgende Äußerung: „Das Restrisiko bei KKW ist so gering, daß es von allen ohne Gefahr akzeptiert werden kann (. . .). KKW als Schreckgespenster radioaktiver Verseuchung gibt es nur noch in den Köpfen oft fanatisierter, kaum Sachargumenten zugänglicher und falsch programmierter Umweltschützer." (Frankfurter Rundschau, 26. 2. 1976; zit. nach: Verflechtungen von Wirtschaft, Staat und Wissenschaft im Bereich der Kernenergie, Tübingen 1976², S. 7).

5) Zur Geschichte der Technischen Überwachung vgl. G. Wiesenack, Wesen und Geschichte der Technischen Überwachungsvereine. Köln 1971.

6) Vgl. E. Forsthoff, Die Technische Überwachung im Spannungsfeld zwischen Staat und Wirtschaft. In: „Technische Überwachung", 2/1960, S. 61–65 (62).

elf TÜV sind, zusammen mit fünf industriellen Großunternehmen[7]), die als „Eigenüberwacher" figurieren, im Dachverband Vereinigung der Technischen Überwachungsvereine (VdTÜV), Sitz: Essen, zusammengeschlossen.

II

Niemand Geringerer als Ernst Forsthoff, ehemaliger „Gehilfe des Führers" und in der BRD sodann prominenter Verwaltungs- und Verfassungsrechtler[10]), stellte in seiner Festrede „Hundert Jahre Technische Überwachung" im Rittersaal des Mannheimer Schlosses zur faktischen Stellung der Technischen Überwachungsvereine fest: „So darf die deutsche Wirtschaft mit Genugtuung auf die Geschichte der technischen Überwachung und ihre heutige Gestalt blicken."[11]) Siegfried Balke, ehemaliger Atomminister der Bundesregierung und langjähriger Vorsitzender der Vereinigung der Technischen Überwachungsvereine (VdTÜV), siedelte die TÜV „voll im Spannungsfeld zwischen Staat und Technik" an[12]). In der Tat kommt gerade den Technischen Überwachungsvereinen als Organisationen, die sich – zumindestens ihren angeblichen Zwecken nach – speziell um die technische *Sicherheit* von technischen Anlagen und damit auch um die Sicherheit der Menschen zu sorgen haben[13]), im staatlichen und administrativen Gefüge der Bundesrepublik Deutschland eine besondere und bedeutende Rolle zu. Eine hier nicht zu leistende Ideologiekritik des Technik- und Objektivitätsfetischs hätte den TÜV durchaus einzubeziehen. Gleichzeitig ginge es um einen spezifischen Bereich der Destruktion angeblicher „Sach-Zwänge".

Wenn es zutrifft, daß der Staat sich „auch Fachwissen außerhalb seiner Organisation dienstbar machen (kann)" und zur Bewältigung der ihm gestellten Sicherheits-Aufgaben aufgrund der Technik-Entwicklung auch typischerweise machen *muß,* dann wird durch diese Indienstnahme des „Fachwissens ‚von außen'" auch und nicht nur durch Sachverständigen-Gutachten insofern eine neue Situation geschaffen, als die staatliche Verwaltung ihre Beurteilungsmaßstäbe und Handlungsmaximen in diesem speziellen Feld staatlichen Eingriffshandelns „nicht mehr aus eigenem Wissen produziert, sondern von dritter Seite übernimmt"[14]). Dadurch werden einerseits diese Beur-

---

7) Es sind dies: BASF AG Ludwigshafen; Bayer AG Leverkusen; Hoechst AG Ffm.-Hoechst; Chemische Werke Hüls AG Marl; Saarbergwerke AG Saarbrücken; zu Umsatz und Profit dieser Konzerne vgl. P. Flieshardt u. a., Gewinnentwicklung und Gewinnverschleierung in der westdeutschen Großindustrie. Eine Untersuchung der 50 umsatzgrößten Kapitalgesellschaften der BRD von 1967 bis 1975. 2 Bände. Köln 1977, Bd. 2, Tabellen 6.3, 6.2, 6.5, 6.1, 6.36.

8) und 9) Entfallen.

10) Vgl. E. Forsthoff, Der Staat der Industriegesellschaft. Dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. München 1971[2]; kritisch zu Forsthoff vgl.: H. Anders, Prof. Dr. Ernst Forsthoff – die Daseinssicherung des Monopolkapitals und der Gehilfe des Führers. In: „Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig", Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, 5/1962, S. 1035 ff.; H. D. Bamberg, Zu Ernst Forsthoffs Staat der Industriegesellschaft. In: „Demokratie und Recht", 1/1973, S. 65 ff.

11) E. Forsthoff: Hundert Jahre Technische Überwachung. Gemeinsame Aufgabe von Staat und Wirtschaft. In: „Technische Überwachung", 8/1966, S. 257–262 (262).

12) S. Balke, Die Technische Überwachung im Rahmen unseres Wirtschaftssystems. In: „Technische Überwachung", 12/1969, S. 405/406; Balke ist Ehrenvorsitzender des Vorstands des TÜV Bayern.

13) Vgl. F. X. Kaufmann, Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Stuttgart 1970 (1973[2]), S. 60–70.

14) E. Forsthoff, Lehrbuch des Verwaltungsrechts. Band I. Allgemeiner Teil. München 1973[10], S. 75 f.

teilungsrichtlinien – wie E. Forsthoff am Beispiel der Zweiten Durchführungsverordnung zum Energiewirtschaftsgesetz vom 31. August 1937 (!) und den Normen des Verbands Deutscher Elektrotechniker (VDE) betont – „automatisch in verbindliches staatliches Recht transformiert"[15]); andererseits erhalten die Einrichtungen, die dem Staat technisches Wissen und Beurteilungsmaßstäbe liefern, gleichsam die Bedeutung von rechtssetzenden und rechtssteuernden Instanzen. Bezogen speziell auf die Technischen Überwachungsvereine schreibt E. Forsthoff: „So bedient sich der Staat des Fachwissens der Technischen Überwachungsvereine, die in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts als Dampfkesselvereine gegründet wurden, deren Aufgaben jedoch über die Dampfkessel hinaus auf zahlreiche technische Einrichtungen erstreckt wurden."[16])

Inzwischen ist im Rahmen der staatlichen Indienstnahme fremden Wissens der „Arbeitsbereich ganz neuer Art" (S. Balke) – Einsatz und Begutachtung von Kernenergietechnik – für die TÜV umfangreicher geworden: beim größten TÜV, dem TÜV Rheinland, machten die Arbeitsbereiche „Kernenergie" und „Strahlenschutz" 1976 mit 9,2 Mio. DM und 1977 mit 10,6 Mio. DM Umsatzerlösen etwa 5% vom Gesamtumsatz aus[17]). Diese Entwicklung und damit der zunehmende Stellenwert der KKW-Problematik und ihrer Begutachtung spiegelt sich auch in den Veröffentlichungen führender TÜV-Repräsentanten wider. Wurde vor der in den 70er Jahren öffentlich akzentuierten kritischen Diskussion der Probleme um KKW zunächst die Kernkraftproblematik bzw. Kernreaktorsicherheit vorwiegend als ein *technisches* Problem dargestellt[18]), so findet sich in Veröffentlichungen der 70er Jahre auch bei führenden Vertretern der TÜV, z. B. dem TÜV Rheinland e. V., durchaus die Erkenntnis der Politizität von Atomkraft und Kernkraftwerken – freilich nicht thematisiert in Form grundlegender Diskussionen, sondern, jenseits eines ausgewiesenen Gesamtzusammenhangs, reduziert auf Einzelprobleme wie Standortfragen, Risikostruktur für das KKW-Personal u. a.[19]); im Verlauf der Veröffentlichungen führender TÜV-Autoren sind dabei gerade in den letzten Jahren umfangreiche, am US-amerikanischen Konzept der Ökonomisierung von Technik und ihrer sozialen Folgeproblematik ausgerichtete Publikationen zur Ermittlung und Bewertung von Risikostrukturen in sozio-technischen Systemen einerseits und andererseits zur Rechtfertigung gewisser Stör- und

15) Ebd., S. 76.
16) Ebd., S. 75.
17) Vgl. TÜV Rheinland, Geschäftsbericht 1976. Köln 1977, S 20; TÜV Rheinland, Geschäftsbericht 1977. Köln 1978, S. 28; Umsatzerlöse des TÜV Rheinland 1976 178,5 und 1977 205,1 Mio. DM.
18) Vgl. A. Kuhlmann, Kessel-Wartung in Großkraftwerken. Verden/Aller 1962; A. Kuhlmann, Einführung in die Probleme der Kernreaktorsicherheit, Düsseldorf 1967. Der Verfasser ist z. Z. Vorsitzender der Geschäftsführung des TÜV Rheinland e. V.
19) Vgl. – für viele –: K.-H. Lindackers u. a., Kernenergie – Nutzen und Risiko. Stuttgart 1970; O. Kellermann, Unfallanalyse in der Kerntechnik. In: „Technische Überwachung", 11/1972, S. 330–335; der Verfasser ist zur Zeit Direktor und Geschäftsführer der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS), Köln; K.-H. Lindackers, Die Bedeutung technischer Risiken. In: „Atomwirtschaft", Juni 1974, S. 284–288; A. Kuhlmann, Kernkraftwerksstandorte. In: „Technische Überwachung", 2/1975, S. 31–37; A. Kuhlmann, Kernkraftwerke ja – aber wohin? In: „VDI-Nachrichten", 24/1975, S. 24/25; K.-H. Lindackers, Die unbekannte Gefahr – Wie groß ist das Risiko, durch Atomkraftwerke geschädigt zu werden? In: „Die Zeit", Nr. 50/1977.

Risikopotentiale in diesen Systemen im allgemeinen und in Kernkraftwerken im besonderen vorgelegt worden[20]).

III

Bekannt ist, daß gerade in den letzten Jahren – teilweise in publizistisch spektakulärer Form – Kritik an der quasimonopolistischen Stellung der TÜV sowie am KKW-Begutachtungsprozeß und der Rolle der Gutachter vorgebracht wurde. Erinnert sei an den Artikel im Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel"[21]). Aber auch in ausgewieseneren politisch-wissenschaftlichen Diskussionszusammenhängen wurde im Rahmen der Kernenergiedebatte das Problem der Begutachtung angesprochen: z. B. in einem Bericht der „Blätter" über die Publizitätsscheu von Überwachungsbehörden von Kernenergie[22]), z. B. in der von Vertretern des Bundes demokratischer Wissenschaftler geführten Diskussion um Kernenergieeinsatz, Wissenschaftspolitik und die besondere Verantwortung des Wissenschaftlers[23]), z. B. in der von der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit" veranstalteten Diskussionsrunde um Kernenergieeinsatz[24]).

Während z. B. die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, freilich nicht ohne den *Druck von unten* durch die unmittelbar Betroffenen, nunmehr „glaubt, auf schärferen Maßstäben als Voraussetzung der Errichtungsgenehmigung für neue Kernkraftwerke bestehen zu sollen"[25]), hält die Bundesregierung hinsichtlich des Begutachtungsverfahrens an der Behauptung der Unabhängigkeit der Prüfprozesse im Genehmigungsverfahren von Kernkraftwerken fest: „Jedes Kernenergieprojekt muß einen langwierigen und gründlichen Prüfungs- und Genehmigungsprozeß durchlaufen. Leistungsfähigkeit und fachliche Unabhängigkeit der Genehmigungsstellen sind für mich (H. Matthöfer, damals zuständiger Minister, BMFT; d. Verf.) Eckpfeiler des Vertrauens in die Kernenergie."[26]) Ähnlich äußerte sich K.-H. Lindackers, im TÜV Rheinland e. V. für den Kernenergiebereich zuständiges Mitglied der Geschäftsführung: „Die TÜV-Sachverständigen prüfen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie sind in ihrer Arbeit völlig unbeeinflußt von Herstellern und Betreibern (der KKW; d. Verf.) auf der einen Seite, aber auch von Behörden auf der anderen Seite. Bedenken Sie, daß die Technischen Überwachungsvereine

20) Vgl. z. B. A. Kuhlmann u. a., Prognose der Gefahr. Köln o. J.; A. Kuhlmann u. a., Fortschritt der Technik mit Umsicht bedacht, Köln 1973 (bes. S. 9–29; S. 31–47); A. Kuhlmann, Alptraum Technik? Zur Bewertung der Technik unter humanitären und ökonomischen Gesichtspunkten, Köln 1977, bes. S. 50 ff.; dort wird ein Risiko für eine technische Anlage von 10^{-5} Toten pro Jahr und Person gleichsam als legitim bilanziert. Zur diesen zynischen Berechnungen unterliegenden gesellschaftlichen Leitkonzeption vgl. M. Dierkes, Planung des technischen Fortschritts. In: „Umschau", 75/1975/24, 751–756.

21) Vgl.: TÜV: Ein lupenreines Monopol. Ein vor 100 Jahren gegründeter Verein wurde zu einer mächtigen behördenähnlichen Prüfinstanz. „Der Spiegel", 26/1977, S. 42–47; die TÜV reagierten darauf mit der Publikation von Umfrageergebnissen: vgl. „Gute Noten für den TÜV", VdTÜV-Geschäftsbericht 1977, S. 51 f.

22) Vgl. D. Teufel, Die Kernkraftwerke und ihre Überwachungsbehörden. In: „Blätter", 2/1977, S. 135–140 (136).

23) Vgl. „BdWi-Brief", Nr. 24 (1976), mit Beiträgen von B. Moldenhauer, S. de Witt, H. Zierold/J. v. Reuß, R. Wienberg, W. Herrich, D. Teufel, H. Mausbach.

24) Vgl. „Die Zeit", Nr. 3/1977, S. 4 und 5, mit Beiträgen von K. H. Beckurts, A. Carnesale, R. Dahrendorf, B. Flowers, H. Gruhl, H. Matthöfer, D. Schmidt, B. Svensson.

25) Vgl. Landtagsdrucksache der 47. Sitzung, 8. Wahlperiode, Plenarprotokoll 8/47 vom 12. 5. 1977, S. 2598.

26) H. Matthöfer, Interviews und Gespräche zur Kernenergie. Karlsruhe 1977, S. 14.

private Vereine sind (. . .)."[27]) Dem steht die vom „Spiegel" dezidiert vorgetragene gegensätzliche Einschätzung entgegen: „TÜV-Experten mischen in allen wichtigen Gremien zur Förderung und Entwicklung des Atomstroms mit. Und etliche der prominentesten und einflußreichsten Vereinsmitglieder zeichnen sich als eindeutige Atom-Interessenten aus (. . .) In nahezu jedem Technischen Überwachungsvereinsvorstand hat zumindestens ein Manager aus den atomengagierten Branchen Sitz und Stimme, selbst beim Dachverband VdTÜV."[28])

Die gegensätzlichen Beurteilungen von Unabhängigkeit versus Abhängigkeit der prüfenden TÜV von Industrie im allgemeinen und Atomindustrie bzw. KKW-Produzenten und -Betreibern im besonderen soll im folgenden anhand der tatsächlichen Besetzung der Leitungsorgane von zehn TÜV untersucht werden. Dabei bleiben drei im Kontext der Bedeutung der TÜV nicht unwichtige Problemdimensionen außer Betracht: einmal die ausländischen Geschäfte mancher TÜV[29]), zum anderen die innerorganisatorischen Momente der Durchsetzung von gleichsam a priori vorgegebenen Führungsentscheidungen mittels der dafür offen-funktionalen Hierarchie[30]) und drittens schließlich die Politizität der Prüfnormen im KKW-Begutachtungsprozeß[31]).

---

27) K.-H. Lindackers, Interview. In: „Bild der Wissenschaft", Sonderheft Kernkraftwerke, Stuttgart o. J., S. 24–29 (25). K.-H. Lindackers ist als Direktor und stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung des TÜV Rheinland verantwortlich für den Bereich Kerntechnik im TÜV Rheinland. Dieser Geschäftsbereich wird im letzten Geschäftsbericht (1977, 11) wie folgt gekennzeichnet: „Kerntechnik (in der TÜV-Arbeitsgemeinschaft Kerntechnik West): Ausarbeitung von Gutachten als Entscheidungshilfe für die Erteilung atomrechtlicher Genehmigungen auf der Basis ausführlicher Analysen möglicher Störfälle und ihrer Auswirkungen. Prüfungen von Unterlagen, die aufgrund von Auflagen der atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden zu prüfen sind. Durchführung der in den Genehmigungsbescheiden vorgeschriebenen begleitenden Kontrollen und regelmäßig wiederkehrenden Prüfungen." Mit anderen Worten: von der Wiege bis zur Bahre der Kernkraftwerke ist der TÜV dabei.

28) „Der Spiegel", Nr. 26/1977, S. 46.

29) Z. B. des TÜV Rheinland in Südafrika und Brasilien. In diesem Zusammenhang nicht uninteressant, daß K.-H. Lindackers im März 1977 in Johannesburg über „Nuclear Power and the Environmentalists – Some Observations" sprach. Für das Engagement der TÜV, insbesondere des größten TÜV (Rheinland), das den Interessen der Atomindustrie nachgeschaltet ist (zur atomaren „Zusammenarbeit" BRD – Südafrika vgl.: J. Ostrowsky/W. Geisler, Südafrika. Köln 1978, S. 89–96) in Brasilien und Südafrika, sollen einige Überschriften aus „kontakt", der von der Geschäftsführung des TÜV Rheinland getragenen Werkszeitschrift, seit Anfang 1976 stehen: „Großauftrag in Südafrika" (1/1976); „Korrosionsuntersuchung in Brasilien" (1/1977), „Zur rechten Zeit ein Großauftrag. Über zwei Jahre beim TÜV in Südafrika" (2/1978); „Brasilien errichtet Kernkraftwerk in Angra dos Reis. TÜV-Sachverständige helfen Erfahrungslücken schließen" (2/1978). – Kritik an der westdeutschen „Atom-Hilfe" in Südafrika kam kürzlich von zehn SPD-Bundestagsabgeordneten. Vertreter der Südafrikanischen Befreiungsorganisation kritisierten in diesem Zusammenhang auch den TÜV Rheinland, der als Überwachungsorganisation bei der Überwachung einer Urananreicherungsanlage in Südafrika tätig sei (vgl. „Kölner Stadt-Anzeiger" v. 7.7. 1978).

30) Damit zusammenhängend die fehlende betriebliche Mitbestimmung bei den TÜV als Großunternehmen. Dazu mußte die NRW-Landesregierung als Dienstaufsichtsbehörde, bezogen auf den Rheinisch-Westfälischen TÜV und den TÜV Rheinland, anläßlich der Kleinen Anfrage einiger SPD-Landtagsabgeordneter feststellen: „Die Landesregierung hat bei der derzeitigen Rechtslage keine Möglichkeit, eine Beteiligung von Arbeitnehmern im Vorstands- bzw. Verwaltungsrat der TÜV überhaupt bzw. in einem dem Mitbestimmungsgesetz entsprechenden Umfang zu erreichen; weder das Betriebsverfassungsgesetz noch das Mitbestimmungsgesetz gelten für privatrechtliche Vereine bürgerlichen Rechts, wie sie die TÜV darstellen." (Landtagsdrucksache 8/2518 vom 31. 10. 1977, 3).

31) Diese stellen sich für die einzelnen Prüfungen durch untergeordnete, ausführende TÜV-Sachverständige (etwa Dipl.-Physiker oder Ingenieure), z. B. hinsichtlich Berst- oder Strahlenschutzsicherung in KKW, der TÜV als quasi-objektiv dar und sind vorgegeben. Insofern ist eine Untersuchung des Normsetzungsprozesses, z. B. NKE im DIN, sowie die Arbeit und personelle Besetzung dieser Institutionen – dazu diverser Fachkommissionen (z. B. der Strahlenschutzkommission, der Reaktorsicherheitskommission, des KTA, des Sachverständigenkreises Reaktorsicherheitsforschung beim BMI, z. B. des Deutschen Atomforums e.V. und seiner Kerntechnischen Gesellschaft, z. B. der VDI-Gesellschaft „Energietechnik" u. a. m.) – vonnöten. Diese wichtige Untersuchung kann hier nicht geleistet werden, sondern muß der geplanten größeren Veröffentlichung vorbehalten bleiben. Es wäre Aufgabe einer entsprechenden Untersuchung, die Einflußnahme der Vertreter von technischen Großanlagen auf die Normen und der sich daran anschließenden „neutralen" Begutachtung darzustellen.

Dabei können die nachstehend dokumentierten Sachverhalte und Tatbestände keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit der wechselseitigen Verflechtungen von großer Industrie im allgemeinen, Energie- und Atomindustrie im besonderen einerseits und Leitungsorganen der Technischen Überwachungsvereine andererseits beanspruchen[32]).

In den nachstehenden Abschnitten wird der Einfluß industrieller Großunternehmen anhand der Repräsentanz ihrer Vertreter in den zehn TÜV-Vorständen in Form einer Dokumentation untersucht. Dabei wird vom Allgemeinen zum Besonderen vorangeschritten und wie folgt verfahren:

– *im ersten Dokumentationsschritt* wird dargestellt, wieviel und welche Vorstandsmitglieder aus industriellen Großunternehmen einerseits und als Vertreter der 50 umsatzstärksten industriellen Großunternehmen andererseits Sitz und Stimmen in den untersuchten zehn TÜV-Vorständen haben (Tabellen 1–3);

– im *zweiten Dokumentationsschritt* werden die Einflußmöglichkeiten von Vertretern der zwölf größten Energie- und Atomindustrieunternehmen in der BRD auf die zehn größten TÜV und ihre Vorstände anhand der personalen Repräsentanz von Vertretern dieser Großunternehmen offengelegt (Tabellen 4 und 5);

– im *dritten Dokumentationsschritt* wird untersucht, welche Repräsentanten welcher Großunternehmen des Energie- und Kernkraftsektors, die direkt und/oder indirekt am Betrieb von Kernkraftwerken beteiligt sind, in welchen TÜV-Vorständen einerseits und in den TÜV-Vorständen in welchen Funktionen andererseits vertreten sind. In diesem Abschnitt werden auch die Vielfachvertretungen von Interessenvertretern der Kernkraftwerk-Unternehmen in einigen TÜV-Vorständen exemplarisch vorgestellt (Tabelle 6);

– im *vierten Dokumentationsschritt* schließlich werden die vielfältigen unmittelbaren und/oder mittelbaren Einflußmöglichkeiten von Interessenvertretern von Kernkraftwerk-Bauherrn und -Betreibern auf die Politik der TÜV anhand ihrer Vertretung in den TÜV-Vorständen offengelegt (Tabellen 7–10).

Die Präsentationsform der Untersuchungsergebnisse enthält in jedem Abschnitt einen *Doppelaspekt:*

– die Einflußmöglichkeiten von industriellen Großunternehmen auf die TÜV im allgemeinen werden sowohl von der Seite der TÜV her als auch von der Seite der Industrie her vorgetragen (Tabellen 1–3);

– die Einflußmöglichkeiten von Großunternehmen der Energie- und Atomwirtschaft werden sowohl von energie- und atomindustrieller Seite als auch von der Seite der TÜV her dargestellt (Tabelle 4 und 5);

---

32) Natürlich gibt es *unterhalb* der hier untersuchten Ebene vielfältige Formen der „Zusammenarbeit" von TÜV und Atomindustrie, z. B. in Form von „Erfahrungsaustausch": etwa zwischen dem TÜV Rheinland und Babcock & Wilcox, also von Gutachter und Bauherr des geplanten KKW Mülheim-Kärlich. Hier konkret: Symposien am 18. 11. 1976 in Washington und – geplant – am 28. 9. 1978 in Köln. Als „Initiator" gilt der derzeitige Vorsitzende der Geschäftsführung des TÜV Rheinland, Prof. Dr. Albert Kuhlmann (vgl. „kontakt", 1/1977; „kontakt" 2/1978)).

– die Einflußmöglichkeiten von Unternehmen der Kernkraftwirtschaft auf die TÜV werden ebenfalls zunächst vom Strang der TÜV her, sodann – einschließlich der vielen Verflechtungen gerade in diesem Sektor – nach Kernkraftunternehmen gruppiert (Tabelle 6);

– die Einflußmöglichkeiten von Kernkraftwerk-Bauherrn und -Betreibern schließlich interessieren sowohl hinsichtlich ihrer Interessenvertreter in den einzelnen TÜV-Vorständen als auch der beiden in diesen Wirtschaftsbereich dominierenden Kapitalgruppen BBC und Siemens als KKW-Hersteller (Tabellen 7–10).

Aufgrund der Vielfältigkeit der wechselseitigen Verflechtungen des Vorstandspersonals von industriellen Großunternehmen und Technischen Überwachungsvereinen mußte aus Gründen der Lesbarkeit auf schaubildhafte Darstellungsformen verzichtet werden. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf der Offenlegung von TÜV-Vorstandspersonal, das die Interessen der Großindustrie im allgemeinen und von Unternehmen, die im Bereich der Energie-, Atom- und Kernkraftwirtschaft angesiedelt sind, im besonderen vertritt. Daher ist, hier exemplarisch darzustellen am Beispiel der Rolle des Vorstands beim größten aller TÜV, dem TÜV Rheinland, zu skizzieren, welche Funktion dem Vorstand im Rahmen der Geschäftspolitik der TÜV zukommt. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß der TÜV Rheinland seit 1977 eine neue Satzung hat, derzufolge wesentliche Aufgaben des Vorstands (entsprechend der alten Satzung von 1971) dem neugebildeten Verwaltungsrat übertragen sind. Dieser Verwaltungsrat (ab 1977) jedoch ist personell im wesentlichen mit dem Vorstand (bis 1976), der in dem folgenden Abschnitt aus Vergleichsgründen mit den anderen TÜV hinsichtlich der Repräsentanz von Vertretern industrieller Großunternehmen untersucht wird, identisch. Schließlich enthält die neue Satzung – möglicherweise als Resultat der öffentlichen Kritik an der Rolle der TÜV im Prüfgeschäft – den Satz: „Der Verwaltungsrat nimmt keinen Einfluß auf die Prüf- und Gutachtertätigkeit des Vereins, um dessen Unabhängigkeit zu wahren" (§ 7, 3). Diese Form der Einflußnahme erscheint auch wenig sinnvoll. Wichtiger ist die Einflußnahme auf Normen und Richtlinien, nach denen geprüft wird. Wie es freilich um diese „Unabhängigkeit" dieses und anderer Technischer Überwachungsvereine tatsächlich steht, soll in den folgenden Abschnitten gezeigt werden.

Die alte Satzung (§ 2) bestimmte den TÜV Rheinland als technische Sicherheitsorganisation mit dem Ziel: „Menschen und Sachwerte vor nachteiligen Auswirkungen technischer Einrichtungen zu bewahren und deren zweckmäßige und wirtschaftliche Errichtung und Verwendung zu erreichen". Dieser Vereinszweck ist in § 2 der neuen Satzung nunmehr so definiert: Zum „Schutz von Menschen, Umwelt und Sachgütern vor nachteiligen Auswirkungen technischer Anlagen oder Einrichtungen aller Art beizutragen und in diesem Rahmen die wirtschaftliche Errichtung oder Herstellung und Verwendung von technischen Einrichtungen, Betriebs- oder Arbeitsmitteln zu fördern". Weiter heißt es: „Zu diesem Zweck stellt er (der TÜV Rheinland, d. Verf.) eine *unabhängige Organisation* zur Beratung, Begutachtung, Prüfung und Über-

wachung auf den Gebieten der Sicherheitstechnik, der Energietechnik und des Umweltschutzes bereit." (Meine Hervorhebung, d. Verf.)

Stellt sich schon der naive Vermittlungsversuch zwischen Sicherheit und Profit für den Kritiker gleichsam als Versuch der Lösung der Quadratur des Kreises dar, so enthüllt sich die proklamierte Unabhängigkeit schon bei der Beschreibung des Mitgliedschaftskreises in der Satzung selbst. Vereinsmitglieder des TÜV Rheinland e. V. können entsprechend Satzung u. a. Betreiber von überwachungspflichtigen Anlagen werden, aber auch andere interessierte Einrichtungen, die die Dienste des TÜV Rheinland beruflich ständig (gegen Gebühren) beanspruchen. Darüber hinaus muß sich – so die neue Satzung – seit 1977 „der TÜV Rheinland . . . zum überwiegenden Teil" aus Mitgliedern mit überwachungspflichtigen Anlagen zusammensetzen (§ 3). Die Einflußnahme der Mitgliedsunternehmen ist nach Beitragshöhe (und damit indirekt nach ihrer Marktmacht) gestaffelt, so daß damit bei entsprechender Ausschöpfung faktisch auf den jährlich vorgeschriebenen Mitgliederversammlungen auch formell den großen Industrieunternehmen dominierender Einfluß auf den TÜV Rheinland und seine Geschäftspolitik zukommen muß.

Der Vorstand bestellt weiterhin den Geschäftsführenden Direktor – alte Satzung –, bzw. der Verwaltungsrat bestellt den Vorsitzenden der Geschäftsführung – neue Satzung –. Der neugebildete Vorstand (ab 1977) besteht aus dem Vorsitzenden und dem Stellvertreter des Verwaltungsrats sowie dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter der Geschäftsführung (z. Z. A. Kuhlmann und K.-H. Lindackers). Letztgenannte Funktionen müssen von amtlich anerkannten Sachverständigen wahrgenommen werden. Der Vorstand bzw. der Verwaltungsrat bestimmt schließlich die Richtlinien für die gesamte Arbeitsweise des Vereins, entwickelt kurz- und mittelfristige Haushalts-, Finanz- und Investitionspläne, beschließt über Gründung, Kauf und Verkauf von Tochterunternehmen, kurz: nimmt in der Tat Leitungsaufgaben analog kapitalistischen Unternehmen wahr.

IV

Das *Resultat* unserer Untersuchung, das im einzelnen aus den nachstehenden Tabellenwerken entschlüsselt werden kann, läßt sich verallgemeinert wie folgt zusammenfassen. Die elf Technischen Überwachungsvereine in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) hatten 1977 zusammen Gesamtumsätze von etwa 800 Millionen DM. Sie nehmen aufgrund besonderer verfassungsrechtlicher und administrativer Konstruktionen und Vollzüge als privatrechtliche Körperschaften im Bereich der technischen Sicherheitsüberwachung im allgemeinen und der Sicherheitsbegutachtung von Kernkraftwerken im besonderen faktisch öffentlich-rechtliche Aufgaben wahr. Bezogen auf die personale Repräsentanz in den entscheidenden Leitungsorganen der zehn größten TÜV ergeben sich als wesentliche Ergebnisse:

Erstens: Je stärker die Interessen der großen Energie- und Atomunternehmen, desto stärker ihre personelle Vertretung in den Vorständen der TÜV.

Zweitens: Von den 50 umsatzstärksten industriellen Großunternehmen sind 31 durch 38 Repräsentanten, teilweise sogar als Vorsitzende, in den untersuchten zehn TÜV-Vorständen vertreten.

Drittens: Von den 12 marktbeherrschenden Energieunternehmen sind zehn direkt, die beiden weiteren indirekt in den zehn TÜV-Vorständen vertreten.

Viertens: Von Betreibern, Bauherrn und Reaktorbauunternehmen von Kernkraftwerken gibt es kein Unternehmen, das nicht – zumindest indirekt – in mindestens einem TÜV-Vorstand durch einen Repräsentanten vertreten ist.

Diese Untersuchung des Vorstandspersonals der zehn größten TÜV zeigt, daß von einer Unabhängigkeit der TÜV-Leitungsorgane von der Großindustrie im allgemeinen und der Energie- und Atomindustrie im besonderen keine Rede sein kann.

Damit ist zugleich erstmalig anhand der Untersuchung personaler Repräsentanz von Vertretern der Groß- und Atomindustrie in den TÜV-Vorständen ein spezifischer Bereich wechselseitigen Zusammenhangs von quasi-staatlichen Einrichtungen und industriellen Monopolen empirisch ventiliert. Zugleich kann mit Hilfe der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus versucht werden, den in dieser Untersuchung aufgewiesenen spezifischen Zusammenhang verallgemeinernd hinsichtlich der weiter voranschreitenden Zentralisierung von wirtschaftlicher und politischer Macht durch Monopole in seiner gesellschaftlich-allgemeinen Bedeutung zu bestimmen. Die dokumentierten wechselseitigen Verflechtungen von großer Industrie im allgemeinen und Atomindustrie im besonderen mit den angesonnenen Kontrolleuren, den TÜV, zeigen auf der hier untersuchten spezifischen Ebene, daß nicht die Kernenergie als zweifellos entwickelte technologische Stufe der Produktivkraftentwicklung schon von Übel ist, sondern daß es vielmehr auch wesentlich darauf ankommt, *in wessen Interesse* sie, wenn überhaupt, angewandt wird und *wer ihre Anwendung kontrolliert* und überwacht. Hier zeigt sich, daß technologische Entwicklungen und ihre Anwendung nicht vom gesellschaftlichen Milieu, in dem sie sich vollziehen, losgelöst werden können – von einem gesellschaftlichen Milieu, das in unserem Lande noch von den in den Tabellenwerken namentlich genannten Industrieunternehmen beherrscht wird. Dieser Tatbestand verweist darauf, daß die gewerkschaftlichen Forderungen nach Verstaatlichung sowohl der großen Unternehmen als auch der TÜV einerseits und die Forderungen von Umweltbürgerinitiativen nach öffentlicher Kontrolle andererseits berechtigt sind. Eine Vergesellschaftung insbesondere in Form der Überführung in öffentliches Eigentum bei gleichzeitiger öffentlicher Kontrolle von unten und oben, innen und außen stellt mithin eine notwendige Voraussetzung zur Entfaltung der gesellschaftlichen Unabhängigkeit dar. Diese gesellschaftlich und politisch langfristig durchsetzbaren Forderungen sind zugleich Momente des politischen und gesellschaftlichen Kampfes für die Zurückdrängung und schließliche Überwindung des beherrschenden Einflusses von großer Industrie und großem Kapital in unserer Gesellschaft.

Tabelle 1: Umsätze, Beschäftigtenzahlen und Industrieeinfluß bei den 10 größten TÜV

TÜV*)	Umsatzgesamtleistung 1976 in Mio. DM	Beschäftigte 1977***) insgesamt	Beschäftigte 1977***) technisches Personal	Zahl der Vorstandsmitglieder aus der Industrie	davon Vertreter der 50 größten Industrieunternehmen**)
Baden (Mannheim)	ca. 48	740	496	13	3
Bayern (München)	ca. 155	2294	1421	20	5
Berlin (Berlin/West)	ca. 17	235	164	9	3
Hannover (Hannover)	ca. 80	1201	777	13	4
Norddeutschland (Hamburg)	ca. 70	1056	688	15	2
Pfalz (Kaiserslautern)	ca. 12	191	120	9	2
Rheinisch-Westfläischer (Essen)	ca. 122	1883	1187	22	9
Rheinland (Köln)	ca. 179	2806	1838	30	5
Saarland (Sulzbach)	ca. 10	179	116	8	3
Stuttgart (Stuttgart)	ca. 54	849	583	12	2

*) Ohne TÜV Hessen (Eschborn/Ts.).
**) 50 umsatzstärkste industrielle Kapitalgesellschaften nach: Arbeitsgruppe Großunternehmen (P. Flieshardt/U. Haupt/J. Huffschmid/R. Sablotny/A. Sörgel), Gewinnentwicklung und Gewinnverschleierung in der westdeutschen Großindustrie. 2 Bände. Köln 1977, Band 2, 255 f.
***) Nach: VdTÜV (Hrsg.), Geschäftsbericht 1977, S. 56 (Stichtag: 31. 12. 1977).

Tabelle 2: In den zehn TÜV-Leitungen befinden sich als Vorstandsmitglieder Vertreter folgender industrieller Großunternehmen:

TÜV Baden:
1. Brown, Boveri & Cie AG (BBC): E. O. Müller (stellvertretender Vorstandsvorsitzender)
2. Daimler Banz AG: C.-H. Jahr
3. Esso AG: A. Wille

TÜV Bayern:
1. Bayrische Motorenwerke AG (BMW): K. Radermacher
2. Deutsche BP AG (BP): F. Epting
3. Enka Glanzstoff AG: G. Schmidt
4. Hoechst AG: R. Schirmer
5. Siemens AG: W. Mohr

TÜV Berlin:
1. Schering AG: M. Döring (Vorstandsvorsitzender)
2. AEG Telefunken AG: H.-E. von Knobloch
3. Siemens AG: W. Mohr

TÜV Hannover:
1. Gutehoffnungshütte AG: K. Geißler
2. Preussag AG: U. Kropp
3. Stahlwerke Peine-Salzgitter AG: K. Stähler
4. Volkswagen AG (VW): P. Krohn

TÜV Norddeutschland:
1. Deutsche Texaco AG: A. Schram (stellvertretender Vorstandsvorsitzender)
2. Klöckner Werke AG: H.-E. Habbig

(Fortsetzung Tabelle 2)

TÜV Pfalz:
1. *Badische Anilin- und Soda-Fabriken AG (BASF):*
   B. Frank, Vorstandsvorsitzender
2. *Mobil Oil AG: M. Siebert*

Rheinisch-Westfälischer TÜV (RWTÜV):
1. *Ruhrkohle AG: S. Batzel, Vorsitzender*
2. *Chemische Werke Hüls AG: G. Noetzlin*
3. *Gutehoffnungshütte AG: F. Sieverding*
4. *Mannesmann Röhrenwerke AG: W. Liesenfeld*
5. *Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke AG (RWE): H. Mandel*
6. *Ruhrkohle AG: R. von der Gathen*
7. *Ruhrkohle AG: F. C. Erasmus*
8. *VEBA-Chemie AG: G. Kammholz*
9. *VEW AG: K. Knizia*

TÜV Rheinland:
1. *Bayer AG: H. Böker*
2. *Ford Werke AG: W. Ebers*
3. *Mannesmann AG: H. Findel*
4. *Mannesmann AG: K. Neuhoff*
5. *Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG (RWE): F.-J. Spalthoff*

TÜV Saarland:
1. *Stahlwerke Röchling-Burbach GmbH:*
   J. Heilig, stellvertretender Vorstandsvorsitzender
2. *Ford Werke AG: P. Swoboda*
3. *Saarbergwerke AG: A. Uebbing*

TÜV Stuttgart:
1. *Daimler Benz AG: W. Jacobi*
2. *Robert Bosch GmbH.: M. Rick*

Quellen: Geschäftsberichte der genannten zehn TÜV, 1976.

Tabelle 3: Vertretung der 50 größten Industrieunternehmen der BRD und Berlins in den Leitungsorganen der zehn größten TÜV (1976):)*

Industrieunternehmen	*Sitz**)*	*Vertreten*
AEG		*TÜV Berlin*
BASF	*Ludwigshafen*	*TÜV Pfalz (Vorstandsvorsitzender)*
Bayer	*Leverkusen*	*TÜV Rheinland*
*BBC***)*	*Mannheim*	*TÜV Baden (stellv. Vorstandsvorsitzender)*
BMW	*München*	*TÜV Bayern*
Chem. Werke Hüls	*Marl*	*RWTÜV*
Daimler Benz	*Stuttgart*	*TÜV Baden* *TÜV Stuttgart*
*BP****)*	*Hamburg*	*TÜV Bayern*
*Texaco****)*	*Hamburg*	*TÜV Norddeutschland (stellv. Vorstandsvorsitzender)*

(Fortsetzung Tabelle 3)

Industrieunternehmen	Sitz**)	Vertreten
Enka Glanzstoff	Wuppertal	TÜV Bayern
Esso****)	Hamburg	TÜV Baden
Ford	Köln	TÜV Rheinland
		TÜV Saarland
Gutehoffnungshütte	Oberhausen	TÜV Hannover
		RWTÜV
Hoechst	Frankfurt/M.	TÜV Bayern
Klöckner	Duisburg	TÜV Norddeutschland
Mannesmann Hüttenwerke	Düsseldorf	TÜV Rheinland (zwei Vertreter)
Mannesmann Röhrenwerke	Düsseldorf	RWTÜV
Mobil Oil****)	Hamburg	TÜV Pfalz
Preussag	Berlin/Hannover	TÜV Hannover
Robert Bosch	Stuttgart	TÜV Stuttgart
Ruhrkohle****)	Essen	RWTÜV (Vorstandsvorsitz)
RWE***) ****)	Essen	RWTÜV
		TÜV Rheinland
Saarbergwerke****)	Saarbrücken	TÜV Saarland
Schering	Berlin/	TÜV Berlin
	Bergkamen	(Vorstandsvorsitzender)
Siemens***)	Berlin/München	TÜV Bayern
		TÜV Berlin
Stahlwerke Peine-Salzgitter	Peine	TÜV Hannover
Stahlwerke Röchling-Burbach	Völklingen	TÜV Saarland
		(stellv. Vorstandsvorsitzender)
VEBA Chemie****)	Bonn-Berlin	RWTÜV
	(Düsseldorf)	
Vereinigte Elektrizitätswerke		
Westfalen (VEW)****)	Dortmund	RWTÜV
VW	Wolfsburg	TÜV Hannover

*) Damit sind von den 50 größten Industrieunternehmen 31 durch insgesamt 38 Repräsentaten in den zehn TÜV vertreten. Folgende der 20 Industrieunternehmen, die ebenfalls zu den 50 umsatzgrößten gehören, sind *nicht* in den Vorständen *direkt* vertreten: Opel AG, Thyssen-Hütte AG, BAT GmbH, Degussa AG, Babcock & Wilcox AG, Deutsche Shell AG, Fr. Krupp GmbH, Fr. Krupp Hüttenwerke AG, Gelsenberg AG, Hochtief AG, IBM Deutschland GmbH, KHD AG, Martin Brinkmann AG, Metallgesellschaft AG, Norddeutsche Affinerie AG, Philip Holzmann AG, Rütgerswerke AG, SEL AG, Thyssen-Rheinstahl AG, Vereinigte Deutsche Metallwerke AG.

**) Sitz der Kapitalgesellschaft nach: Commerzbank AG (Hrsg.), Wer gehört zu wem? Mutter- und Tochtergesellschaften von A–Z. O. O. 1977[12]; dieser (Verwaltungs-)Sitz muß nicht unbedingt mit dem Produktionsschwerpunkt identisch sein.

***) Diese Unternehmen sind zugleich im Atomenergiegeschäft über verschiedene Beteiligungen engagiert: z. B. BBC über Babcock-BBS GmbH (BBR) – 26% Beteiligung –, RWE über Schnellbrüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH. (SBR) – etwa 69% Beteiligung – und Siemens über Kraftwerk Union AG (KWU) – 100% Beteiligung –.

****) Diese industriellen Großunternehmen sind Energiekonzerne und gehören zu den zwölf marktbeherrschenden Unternehmen des Energiewirtschaftsbereichs (vgl. W. Pfaffenberger: Monopolisierung in der Energiewirtschaft der BRD. In: „Das Argument", 104 (1977), S. 492–503 (498)).

Hinsichtlich des „hochmonopolisierten Wirtschaftszweigs" (W. Pfaffenberger) der Energiewirtschaft im allgemeinen läßt sich darüber hinaus feststellen, daß lediglich zwei der zwölf marktbeherrschenden Energiekonzerne *nicht direkt* in den Vorständen der zehn TÜV repräsentiert sind.

Tabelle 4: Repräsentanz von Vertretern der Energiekonzerne in den zehn TÜV-Vorständen

Rang	*Energieunternehmen*	*TÜV*
1.	*Gelsenberg (BP)*	*(TÜV Bayern)*
2.	*Ruhrkohle AG*	*RWTÜV (sowie zwei weitere Vorstandsmitglieder)*
3.	*Esso*	*TÜV Baden*
5.	*RWE*	*TÜV Rheinland*
		RWTÜV
6.	*BP*	*TÜV Bayern*
7.	*Texaco*	*TÜV Norddeutschland*
		(stellvertr. Vorstandsvorsitzender)
8.	*Mobil Oil*	*TÜV Pfalz*
9.	*Saarbergwerke*	*TÜV Saarland*
11.	*VEW*	*RWTÜV*
12.	*Ruhrgas AG, Essen*	*RWTÜV*

Damit ist von den 50 umsatzstärksten Industrieunternehmen der BRD auch die Gelsenberg AG, Essen (Grundkapital: 485 Mio. DM, Umsatz 1976 2,6 Mrd. DM) indirekt, nämlich über BP, die im Juni von der Veba 96% der Aktien der Gelsenberg AG kaufte, vertreten. Indirekt vertreten ist ferner die Wintershall AG, Celle/Kassel (10. Rang). Ebenfalls indirekt vertreten ist die Deutsche Shell AG, Hamburg, 4. Rang (Grundkapital: 1 Mrd. DM, Umsatz 1976 11,43 Mrd. DM, eine 100prozentige Tochter der britisch-niederländischen Royal Dutch/Shell-Gruppe) über die Ruhrgas AG, deren 325 Mio. DM Grundkapital gehalten wird von: VEBA (direkt) mit ca. 4%, BP (indirekt über Gelsenberg) mit knapp 25%, Shell/Esso mit ca. 26,5% (indirekt) und einer Kommanditgesellschaft, bestehend aus VEBA, Texaco, Ruhrkohle, Hoesch, Mannesmann, BP (indirekt über Gelsenberg) und Veba, die indirekt mehr als 25% auf sich vereinigt (nach: Wer gehört zu wem?, a.a.O.; Wegweiser durch deutsche Aktiengesellschaften '77, a.a.O.; „Kölner Stadt-Anzeiger" v. 17./18. 6. 1978: „Veba hilft BP auf den ersten Platz").

Studien zur Dialektik

Herausgegeben von Hans Heinz Holz · Hans Jörg Sandkühler · Friedrich Tomberg

Peter Plath/Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.), **Theorie und Labor**
Dialektik als Programm der Naturwissenschaft
Kleine Bibliothek Bd. 106, 341 Seiten, DM 14,80

Peter Ruben, **Dialektik und Arbeit der Philosophie**
Kleine Bibliothek Bd. 130, 266 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Tabelle 5: Vertreter von Energie- und Kernkraftunternehmen in den TÜV-Vorständen

Technischer Überwachungsverein	Vertreter der Energie- und Kernkraft-wirtschaft [1])	davon in besonderen Vorstandsfunktionen der TÜV
TÜV Baden	4	Vorstandsvorsitzender
TÜV Bayern	3	
TÜV Berlin	3*)	stellv. Vorstandsvorsitzender
TÜV Hannover	1**)	
TÜV Norddeutschland	3**)	
TÜV Pfalz	–	
Rheinisch-Westfälischer TÜV	3	
TÜV Rheinland	3	
TÜV Saarland	–	
TÜV Stuttgart	3	Mitglied des Vorstandsrats

*) Im TÜV Berlin zwei Vertreter der BEWAG AG, davon einer Vorstandsvorsitzender.
**) Derselbe Vertreter, E. Keltsch, im TÜV Hannover für Preussag, Hannover, im TÜV Norddeutschland für Nordwestdeutsche Kraftwerke AG, Hamburg (ca. zu 68% Tochter der Preussag).
1) Ohne die bereits oben genannten Vertreter der 50 größten industriellen Unternehmen der BRD, die teilweise, wie z. B. die VEW, sowohl zu den 50 größten Industrieunternehmen als auch zu den marktbeherrschenden Energiekonzernen gehören.

Tabelle 6: Vertreter der Energie- und Kernkraftwirtschaft in den Vorständen der zehn größten TÜV (1976)[1])[2])

TÜV Baden:

1. Großkraftwerk Mannheim AG, Mannheim: W. Schoch (GK[3]): 110; U[4]): 486 Mio. DM), Hauptaktionäre: Energie- und Wasserwerke Rhein-Neckar AG, Mannheim – 30%; Pfalzwerke AG, Ludwigshafen, 44%; Badenwerke AG, Karlsruhe – 26%)
2. Gesellschaft für Kernforschung GmbH, Karlsruhe: R. Greifeld (KG: 1)
3. Badenwerke AG, Karlsruhe: R. Guck (GK: 300; U: 1200)
   Beteiligung insgesamt 17, davon u. a. an:
   a) Kernkraftwerk-Betriebsgesellschaft mbH., Karlsruhe zu 100%
   b) Kernkraftwerk Philippsburg GmbH., Philippsburg zu 50%
   c) Kernkraftwerk Süd GmbH., Ettingen zu 50%
   d) Kernkraftwerk Obrigheim GmbH., Obrigheim zu 28%
   e) Großkraftwerk Mannheim AG, Mannheim zu 26%
   f) Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen GmbH., Hannover zu 7%
4. Energie- und Wasserwerke Rhein-Neckar AG, Mannheim: H. P. Winkens (GK: 80)

TÜV Bayern:

1. Kraftwerk-Union AG (KWU), Mülheim/Ruhr: W. Keller (GK: 311 Mio. DM, 100%ige Tochter der Siemens AG)
   a) Interatom GmbH, Bensberg, zu 100% KWU-Tochter
2. Bayernwerk AG, Bayrische Landeselektrizitätsversorgung, München: K. Künzel (GK: 600; U: 1100 AG, 1500 Konzern). Beteiligungen insgesamt 13, davon u. a. an:
   a) Energieversorgung Ostbayern AG, Regensburg zu mehr als 50%
   b) Großkraftwerk Franken AG, Nürnberg zu ca. 83%
   c) Donaukraftwerk Jochenstein AG, Passau zu 10%

(Fortsetzung Tabelle 6)

d) Versuchsatomkraftwerk Kahl GmbH. Großwelzheim zu 20%
e) Kernkraftwerk RWE/Bayernwerk GmbH, Grundremmingen zu 25%
f) Kernkraftwerk Isar GmbH, Ohu zu 50%
g) Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung zu 10%

3. *Großkraftwerk Franken AG, Nürnberg: H. Novak (GK: 95; U: 1. 1. – 30. 9. 1976: 261 Aktien zu 83% im Besitz Bayernwerk AG, München)*

TÜV Berlin:
1. *Berliner Kraft und Licht (BEWAG) AG, Berlin: B. v. Gersdorff, R. Wissell (GK: 448; U: 1100) zu 8,6% im Besitz der Preussischen Elektrizitäts AG, Hannover*

2. *Kraftwerk-Union AG: K. Grüning*
(siehe oben, TÜV Bayern)

TÜV Hannover:
1. *Preussische Elektrizitäts-AG, Hannover: E. Keltsch (GK: 680; U: AG 1600, Konzern 4000; Hauptaktionär VEBA AG, Bonn/Berlin mit 86,5% der Aktien); Beteiligungen insgesamt 20, davon u. a. an:*
a) Nordwestdeutsche Kraftwerke AG, Hamburg, zu 68%
b) Preussenelektra-Wasserkraftanlagen GmbH, Hannover, zu 100%
c) Kraftwerk Kassel GmbH, zu 60%
d) Kernkraftwerk Unterweser GmbH, Hamburg, zu 50%
e) Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH (DKW), Hannover zu 11%
f) BEWAG, Berlin, zu 8,6%
g) RWE AG, Essen, zu 2,1%
h) Kraftwerk Mehrum GmbH, Hannover, zu 50%
i) Gemeinschaftskraftwerk Grohnde Betriebsführungsgesellschaft mbH, Emmertal zu 50%
k) Hochtemperatur-Helium-Versuchsanlage Betriebsgesellschaft mbH, Jülich zu 30%
l) Kernkraftwerk Würgassen (100%)

TÜV Norddeutschland:
1. *Nordwestdeutsche Kraftwerke AG, Hamburg: E. Keltsch (GK: 420; U: 1300) Hauptaktionär zu 68% Preussische Elektrizitäts-AG, Hannover; Beteiligungen insgesamt 12, davon u. a. an:*
a) Kernkraftwerk Stade GmbH, Hamburg, zu 67%
b) Kernkraftwerk Brunsbüttel GmbH, Hamburg, zu 33%
c) Kernkraftwerk Unterweser GmbH, Hamburg, zu 50%
d) Kernkraftwerk Krümmel, GmbH, Hamburg, zu 50%
e) Kernkraftwerk Brokdorf GmbH, Hamburg, zu 50%
f) Gemeinschaftskraftwerk GmbH Kiel, Kiel, zu 67%
g) Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH, Essen, zu 11%
h) Hochtemperatur Helium-Versuchsanlage Betriebsgesellschaft mbH, Jülich, zu 30%

2. *Stadtwerke Bremen AG, Bremen: K.-H. Lüscher (GK: 160)*

3. *Hamburgische Electrizitätswerke AG, Hamburg: R. Meister (GK: 451; U: AG 1390, Konzern 1400). Beteiligungen insgesamt 19, davon u. a. an:*
a) Kernkraftwerk Brunsbüttel GmbH, Hamburg, zu 67%
b) Kernkraftwerk Krümmel GmbH, Hamburg, zu 50%
c) Kernkraftwerk Brokdorf GmbH, Hamburg, zu 50%
d) Kernkraftwerk Stade GmbH, Hamburg, zu 33%
e) Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung . . ., zu 8%

(Fortsetzung Tabelle 6)

Rheinisch-Westfälischer TÜV:

1. *Kommunale Elektrizitätswerke Marl: G. Hecker*
   a) *Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung (1%)*
2. *Ruhrgas AG, Essen: C. Brecht (GK: 325); Beteiligungen an Ruhrgas AG: VEBA 28%, Bergemann KG 31% (davon Ruhrkohle AG 43%, Rest Stahlindustrie), Gewerkschaft Brigitta 25% (davon Esso 50%, Shell 50%), Schubert KG 15% (davon Mobil Oil 43%, Preussag 11% u. a.)*
3. *Veba Kraftwerke Ruhr AG, Gelsenkirchen: J. Koch (GK: 125, Aktien zu 100% im Besitz der VEBA AG, Bonn/Berlin)*

TÜV Rheinland:

1. *Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, Mainz: W. Gräf (GK: 24)*
2. *Stadtwerke Düsseldorf AG, Düsseldorf: C. Marnet (GK: 160)*
3. *Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-AG, Koblenz: H. Scheffel (GK: 24, Hauptaktionär mit ca. 57% RWE AG, Essen).*

TÜV Stuttgart:

1. *Technische Werke der Stadt Stuttgart: H. Brüderlin (GK: 375, Hauptaktionär zu 90% Stuttgarter Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Stuttgart)*
   a) *Kernkraftwerk Obrigheim (14%)*
   b) *Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung (2%)*
2. *Energie-Versorgung Schwaben AG, Stuttgart: R. Kallenbach (GK: 300; U: AG 1260, Konzern 1330), Beteiligungen insgesamt 9, davon u. a. an:*
   a) *Neckarwerke Elektrizitätsversorgung AG, Esslingen, zu 32%*
   b) *Kernkraftwerk Obrigheim GmbH, Obrigheim, zu 35%*
   c) *Obere Donau Kraftwerk AG, München, zu 28%*
   d) *Kernkraftwerk Philippsburg GmbH, Philippsburg, zu 50%*
   e) *Kernkraftwerk SÜD GmbH, Ettingen, zu 50%*
3. *Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-AG, Esslingen: H. Löhle (GK: 125; U: AG 613, Konzern 651), Hauptaktionäre: Neckar-Elektrizitätsverband, Esslingen, mit 56%, Energie-Versorgung Schwaben AG, Stuttgart, mit 32% der Aktien. Beteiligungen insgesamt 7, davon u. a. an:*
   a) *Kernkraftwerk Obrigheim GmbH, Obrigheim zu 10%*
   b) *Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar GmbH, Neckarwestheim, mit etwa 45%*
   c) *Neckarwerke Kernkraft GmbH, Neckarwestheim, mit mehr als 90%*

---

1) Ohne Anspruch auf Vollständigkeit aufgrund der Quellenlage
2) Ohne ausländische Beteiligungen, d. h. Beschränkung auf die BRD und Berlin (West)
3) GK = Grundkapital im letzten Berichtszeitraum (1976) in Mio. DM.
4) U = Umsatz im letzten Berichtszeitraum (Geschäftsberichte 1976 bzw. 1975/76) in Mio. DM.

Quellen: Geschäftsberichte der genannten zehn TÜV (1976); Commerzbank (Hrsg.): Wer gehört zu wem?, a.a.O.; Bayrische Hypotheken- und Wechselbank (Hrsg.): Wegweiser durch deutsche Aktiengesellschaften '77, a.a.O.; Jahrbuch der Atomwirtschaft, 9. Jg. 1978, A 88–A 98; W. Pfaffenberger: Monopolisierung in der Energiewirtschaft der BRD, in: „Das Argument", a.a.O.

Tabelle 7: Von den im „Jahrbuch der Atomwirtschaft" (1978, A 88–A 92) aufgeführten Unternehmen als „Betreiber und Bauherren von Kernkraftwerken" haben ihre Vertreter in den Vorständen der zehn TÜV:[1])

Unternehmen	Vertreten über	Im TÜV	Form der Vertretung
Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor GmbH, Düsseldorf (GK: 6,1)[2])	Stadtwerke Düsseldorf (ca. 21% d. GK)	Rheinland	indirekt
Badenwerk AG, Karlsruhe (GK: 300)	Badenwerk AG	Baden	direkt
Bayernwerk AG, München (GK: 500)	Bayernwerk AG	Bayern	direkt
Energie-Versorgung Schwaben AG, Stuttgart (EVS) (GK: 300)	EVS AG	Stuttgart	direkt
Europäische Gesellschaft zur Auswertung von Erfahrungen bei Planung, Bau und Betrieb von Hochtemperatur-Reaktoren GmbH, Hamm (GK: 0,14)	über VEW (14,3%)	RWTÜV	indirekt
	über RWE (? %)	RWTÜV	indirekt
		Rheinland	indirekt
Europäische Schnellbrüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH., Essen (GK: 5,0)	über Schnellbrüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH., Essen (51%),		
	daran RWE ca. 69%	RWTÜV	indirekt
		Rheinland	indirekt
Hamburgische Electrizitäts-Werke-AG (HEW), Hamburg (GK: 387)	über HEW AG	Norddeutschland	direkt
Isar Amperwerke AG, München (GK: 131,59)	über RWE (19%)	Rheinland	indirekt
		RWTÜV	indirekt
	über Bayernwerk AG (ca. 5%)	Bayern	indirekt
Kernkraft-Betriebsgesellschaft mbH., Karlsruhe (GK: 0,2)	über Badenwerk AG (100%)	Baden	indirekt
Pfalzwerke AG, Ludwigshafen (GK: 100)	Großkraftwerk Mannheim AG (44%)	Baden	indirekt
	RWE über indirekte Minderheitsbeteiligung an Pfalzwerke	Rheinland	indirekt
		RWTÜV	indirekt
Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK), Hamburg (GK: 420)	Preußische Elektrizitäts-AG (ca. 68% der NWK-Aktien)	Hannover	indirekt
	NWK	Norddeutschland	direkt
Preußische Elektrizitäts-AG, Hannover (Preußenelektra) (GK: 680)	Preußenelektra über	Hannover	direkt
	VEBA AG (86,5% an Preußenelektra)	RWTÜV	indirekt

(Fortsetzung Tabelle 7)

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, Essen (GK: 1500)	über RWE AG	RWTÜV	direkt
		Rheinland	direkt
Schnell-Brüter-Kernkraftgesellschaft mbH (SBK), Essen (GK: 127)	über RWE (ca. 69%) an SBK	Rheinland	indirekt
		RWTÜV	indirekt
Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund (GK: 600)	über VEW AG	RWTÜV	direkt

1) Ohne Kernkraftwerke selbst (vgl. Tab. 10).
2) Grundkapital in Mio. DM.

Tabelle 8: Vereinigung der Technischen Überwachungsvereine, Essen, VdTÜV e. V.:

1. Direktor Dr.-Ing. e. h. Dipl.-Ing. Wilhelm Schoch, Vorstandsvorsitzender TÜV Baden, Vorstandsmitglied der Großkraftwerk Mannheim AG, Mannheim, als Vorsitzender
2. Direktor Dr. rer. nat. Hermann Linde, Vorstandsvorsitzender TÜV Bayern, als stellvertretender Vorsitzender
3. Direktor Dipl.-Ing. Franz Sieverding, Vorstandsmitglied RWTÜV, Vorstandsmitglied der Gutehoffnungshütte Sterkrade AG, Oberhausen
4. Direktor Prof. Dr.-Ing. Bertold Frank, Vorstandsvorsitzender TÜV Pfalz, Vorstandsmitglied BASF AG, Ludwigshafen
5. Direktor Dr.-Ing. Friedrich Dümmler, Hauptamtliches Vorstandsmitglied RWTÜV
6. Direktor Prof. Dr.-Ing. Herbert Wolf, TÜV Berlin
7. Direktor Dipl.-Ing. Werner E. Hoffmann, VdTÜV-Geschäftsführer

Tabelle 9: Zur Veranschaulichung der Problematik von Interessensverflechtung zwischen Großunternehmen und Leitungsorganen der für Anlagensicherheit zuständigen Technischen Überwachungsvereine erscheinen auch einige exemplarisch ausgewählte personale Bezüge von Interesse:

1. Prof. Dr.-Ing. K. Knizia ist Vorstandsvorsitzender der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG, Dortmund, zugleich Geschäftsführer des Kernkraftwerks Hamm. An diesem Kernkraftwerk sind die VEW zu 74% beteiligt. Knizia ist ebenfalls technischer Geschäftsführer des Hochtemperatur-Kernkraftwerks Hamm-Uentrop. An diesem Kernkraftwerk sind die VEW zu 26% beteiligt. Gleichzeitig ist Knizia Vorstandsmitglied des Rheinisch-Westfälischen Technischen Überwachungsvereins (RWTÜV). Schließlich ist K. Knizia Vorstandsvorsitzender der VGB Technische Vereinigung der Großkraftwerkbetreiber e. V.
2. Dipl.-Ing Reinhard Kallenbach ist Vorstandsmitglied der Energie-Versorgung-Schwaben AG, Stuttgart. Zugleich ist Kallenbach technischer Geschäftsführer des Kernkraftwerks Süd in Ettingen, an dessen Kapital die Energie-Versorgung-Schwaben mit den Badenwerken, Karlsruhe, zu je 50% beteiligt sind. R. Kallenbach ist Vorstandsmitglied des TÜV Stuttgart. R. Kallenbach gehört ferner folgenden Einrichtungen an: dem Verwaltungsrat des Deutschen Atomforums e. V., seinen Arbeitskreisen „Technik und Industrie" sowie „Wirtschaft und Industrie", der Kerntechnischen Gesellschaft (KTG) im Dt. Atomforum. Schließlich ist R. Kallenbach Präsidiumsmitglied des Kerntechnischen Ausschusses (KTA) beim Bundesinnenministerium (BMI).

3. *Dr.-Ing. R. Guck ist Vorstandsmitglied der Badenwerke AG, Karlsruhe. Guck ist jeweils technischer Geschäftsführer der Kernkraftwerke Süd, Ettingen und Philippsburg. An beiden Kernkraftwerken sind die Badenwerke und die Energie-Versorgung-Schwaben jeweils zu 50% beteiligt. R. Guck ist Vorstandsmitglied des TÜV Baden. R. Gück gehört ferner der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) sowie dem Verwaltungsrat des Dt. Atomforums e. V. an.*

4. *Dr. rer. nat. Chrysanth Marnet ist Vorstandsmitglied der Stadtwerke Düsseldorf AG, Düsseldorf. Marnet ist zugleich technischer Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor GmbH, die das AVR-Versuchsatomkraftwerk Jülich betreibt. Die Düsseldorfer Stadtwerke sind daran mit 20,49% beteiligt und halten damit am Kapital von 6,1 Mill. DM den höchsten Gesellschafteranteil. Zugleich ist C. Marnet Vorstandsmitglied des TÜV Rheinland. Sowie Mitglied im Deutschen Atomforum e. V.*

5. *Dipl.-Ing. Erhard Keltsch ist Direktor der Preußischen Elektrizitäts-AG, Hannover. In dieser Funktion ist Keltsch Vorstandsmitglied des TÜV Hannover. Zugleich ist Keltsch Vorstandsmitglied der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG, Hamburg, an der die Preußenelektra mit 67,8% Hauptaktionär ist. Keltsch ist ebenfalls Vorstandsmitglied der Nordwestdeutschen Kraftwerke. In dieser Funktion ist er dazu Vorstandsmitglied des TÜV Norddeutschland. E. Keltsch ist Verwaltungsratsmitglied des Dt. Atomforums e. V. und des KTA beim BMI.*

6. *Dr.-Ing. K.-H. Lindackers, stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung des TÜV Rheinland e.V., ist Vorsitzender der TÜV-Arbeitsgemeinschaft Kerntechnik West (TÜV Rheinland, RWTÜV), Obmann des VdTÜV-Fachausschusses TÜVIS (= TÜV Informationssystem), Mitglied des Beirats des Normenausschusses Kerntechnik (NkE-Beirat), Mitglied im Arbeitskreis „Technik und Industrie" des Dt. Atomforums, Bonn; Mitglied der Kerntechnischen Gesellschaft im Dt. Atomforum e.V.; stellvertretendes Präsidiumsmitglied des KTA beim BMI, Mitglied des KTA-Programmausschusses und des KTA-Unterausschusses „Hebe- und Förderzeuge" in kerntechnischen Anlagen; 1. stellvertretender Vorsitzender der Strahlenschutzkommission (SSK) beim BMI, Mitglied des SSK-Unterausschusses „Notfallschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen" und Vorsitzender des SSK-Projektbereichs „Untergrundbauweise kerntechnischer Anlagen".*

Tabelle 10: Vertreter von Reaktorbauunternehmen in den Vorständen der 10 größten TÜV (1976):

Nach der im „Jahrbuch der Atomwirtschaft", 1978, S. A 94, enthaltenen Übersicht sind vor allem zwei Elektrokonzerne, die bereits als zur Gruppe der 50 umsatzstärksten Industrieunternehmen durch Repräsentanten in den TÜV-Vorständen von Baden, Bayern und Berlin vertreten sind, durch ihre Tochtergesellschaften im Bau von Reaktoren für Atom- bzw. Kernkraftwerke engagiert. Es sind dies Siemens AG, Berlin/München (GK: 1594,1 Mio. DM) und Brown, Boveri & Cie (BBC) AG, Mannheim (GK: 132 Mio. DM).

Die BBC-Gruppe ist zu 55% an der Hochtemperatur-Reaktorbau GmbH, Mannheim (GK: 2,0 Mio. DM) beteiligt, ebenso zu 26% an der Babcock-Brown-Boveri-Reaktor GmbH, Mannheim (GK: 5,0 Mio. DM). Sie hat als ihren Vertreter E. O. Müller im Vorstand des TÜV Baden (stellvertretender Vorsitzender).

Die Siemens-Gruppe beherrscht zu 100% die Aktien der Kraftwerk-Union AG, Mülheim/Ruhr (GK: 311 Mio. DM). Die KWU ist zu 100% an der Internationalen Atomreaktorbau GmbH, Bergisch-Gladbach (GK: 30 Mio. DM) beteiligt. Interatom wiederum ist an der Gesellschaft für Hochtemperaturreaktor-Technik mbH, Bergisch-Gladbach, zu 100% beteiligt, zu 70% an der Internationalen Natrium-Brutreaktor-Bau-Gesellschaft mbH. Bergisch Gladbach, ferner an der Kenntnisverwertungsgesellschaft Schnelle Brutreaktoren GmbH, Bergisch Gladbach. Die Siemens-Gruppe hat jeweils einen Vertreter der Siemens-Werke im Vorstand des TÜV Bayern (W. Mohr) und TÜV Berlin (H. Lüttgert) sowie der KWU ebenda (TÜV Bayern: W. Keller, TÜV Berlin: K. Grüning).

Formierte Information

Eine Fallstudie am Beispiel der Berichterstattung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über die sozialistischen Länder*)

Von Rainer Rilling

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) wird zu Recht als die wichtigste überregionale Tages- und Wirtschaftszeitung der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet. Mit 1,02 Millionen Leserschaft erreichte sie 1977 als einzige derartige Publikation über eine Million Leser täglich, was immerhin 2,3% der Gesamtbevölkerung der BRD ausmacht. Verglichen mit anderen überregionalen Tageszeitungen wie der „Frankfurter Rundschau" oder der „Süddeutschen Zeitung" ist ihre relative regionale Konzentration gering. Ihr Verbreitungsgrad bei „gesellschaftlichen Entscheidungsträgern" in der BRD ist außerordentlich und übertrifft den anderer Tageszeitungen bei weitem.

Die FAZ gehört zu jenem halben Dutzend Zeitungen in der BRD, die Politik nicht nur widerspiegeln, sondern an der Formulierung, Inszenierung und Durchsetzung von Politikkonzeptionen selbst unmittelbar beteiligt sind. Dabei bemüht sie sich, die differenzierte Gesamtheit bürgerlicher Interessen zu reflektieren. Diese größere Unmittelbarkeit in der parteilichen Reproduktion bürgerlicher Interessen ruft aufgrund des Bezugs auf die Gesamtheit dieser Interessen und des weitgehenden Verzichts auf massenmobilisatorische Integrationspolitiken gegenüber den genannten anderen Tageszeitungen den Schein der Unparteilichkeit, Objektivität und Neutralität hervor, der durch die formal hohe Qualität der Verarbeitung und Darbietung der Informationen in den Spalten der FAZ zusätzlich unterstrichen wird. Die FAZ spielt hier in der bundesdeutschen Presselandschaft eine hervorragende Rolle; man kann erwarten, daß das Grundprofil einer Berichterstattung bürgerlichen Typs sich bei einer Inhaltsanalyse der FAZ deutlicher erschließt als bei anderen Organen.

I

Wir haben über sieben Monate hinweg – vom 15. Januar 1977 bis zum 15. August 1977 – die Berichterstattung der FAZ über die sozialistischen Länder verfolgt (176 Ausgaben). Die Länge des Beobachtungszeitraums, aber auch – wie sich zeigen wird – die Eindeutigkeit und Dauerhaftigkeit der Resultate der Inhaltsanalyse lassen mit hoher Wahrscheinlichkeit den Schluß zu, daß die aufgefundenen Ergebnisse für die Berichterstattung der FAZ insgesamt repräsentativ sind[1]).

---

*) Eine erweiterte Fassung der nachstehenden Untersuchung wird demnächst in den „Beiträgen zur Sozialismusanalyse", hrsg. v. Peter Brokmeier, Olaf Cless, Rainer Rilling u.a., im Pahl-Rugenstein Verlag erscheinen. D. Red.

1) Dabei wurden nicht sämtliche Informationen erfaßt. Die – z. T. nur im wöchentlichen Turnus vorkommenden – Sparten „Auto", „Sport", „Wissenschaft und Technik", „Reisen" wurden ebensowenig einbezogen wie die

Will man die Quantität der Informationen und ihre qualitative Struktur erfassen, muß vorweg die Frage geklärt werden, was als einzelne – quantifizier- und klassifizierbare – Informationseinheit zu gelten hat. Die Festlegung dieser Basiseinheit ist subjektiv zu entscheiden. Als Basiseinheit „eine Information" wurden bei dieser Untersuchung Sätze festgelegt, die durch eine graphisch hervorgehobene Überschrift als gesonderte (Sinn-)Einheit ausgewiesen wurden.

Auf dieser Grundlage ergibt sich für den Gesamtzeitraum zunächst folgendes Bild:

Tabelle 1

	Erschienene Ausgaben	*Erfaßte Informationseinheiten Im Tages-durchschnitt*	*Insgesamt (100%)*	*Davon DDR Absol.*	*In %*	*Davon SL ohne DDR Absol.*	*Im Tages-durchschnitt*
Januar	*14*	*11,0*	*122*	*51*	*41,8*	*71*	*5,1*
Februar	*24*	*11,1*	*243*	*86*	*35,3*	*157*	*6,0*
März	*27*	*12,9*	*438*	*141*	*32,0*	*297*	*11,0*
April	*24*	*11,5*	*332*	*135*	*40,6*	*197*	*8,2*
Mai	*24*	*13,8*	*276*	*101*	*36,6*	*175*	*7,3*
Juni	*24*	*16,2*	*311*	*86*	*27,6*	*225*	*9,4*
Juli	*26*	*10,1*	*290*	*65*	*22,4*	*225*	*8,6*
August	*13*	*8,7*	*144*	*60*	*41,6*	*84*	*6,5*
	176	*12,2*	*2156*	*725*	*33,6*	*1431*	*7,7*

Bei 176 Ausgaben im Untersuchungszeitraum fielen 2156 Informationseinheiten an, was einem Tagesdurchschnitt von 12,2 Informationen entspricht. Ungefähr ein Fünftel dieser Informationen entspricht Kurzmeldungen mit einem Umfang von 3–15 Zeilen; in etwa denselben Anteil haben herausragende Informationseinheiten wie „Aufmacher", Leitartikel, Glossen, Reiseberichte usw.

Die regionale Aufschlüsselung zeigt die überragende Rolle der DDR-Berichterstattung. Knapp zwei Drittel der restlichen Informationen entfallen auf die UdSSR; die VR Polen, die SR Rumänien und die CSSR spielen in der Berichterstattung ebenfalls eine größere Rolle, während Länder wie die VR Ungarn, die VR Bulgarien – erst recht die SRV, die KVDR und die MVR – praktisch nicht erwähnt werden.

Der nächste Schritt gilt der qualitativen Strukturierung des Materials. Es soll also herausgefunden werden, über welche Themen (Gegenstände) überhaupt

Leserbriefspalte und die Presseschau, da sie für die politische Profilierung der FAZ-Berichterstattung von zweitrangiger Bedeutung sind und – sieht man von der Sportberichterstattung ab – sich in diesen Sparten praktisch keine Berichte über die sozialistischen Länder finden. Der Schwerpunkt liegt also auf dem politischen Teil, der Feuilleton- und Literaturseiten sowie dem Wirtschaftsteil. Eine zweite Beschränkung ist inhaltlicher Art: Informationen, die sich mit den Beziehungen der sozialistischen Länder (SL) mit den Ländern der Dritten Welt befaßten, wurden ebensowenig aufgenommen wie die Meldungen zu militärischen und militärpolitischen Sachverhalten. Beide aus arbeitsökonomischen Gründen vorgenommenen Einschränkungen mindern zweifellos die Repräsentativität der Resultate, ohne sie freilich substantiell zu beeinträchtigen. (Es handelt sich um 51 Berichte zum Themenbereich „Militär" und um 114 Meldungen zur 3.-Welt-Problematik, die unmittelbar mit den sozialistischen Ländern zusammenhingen.) Schließlich stand im Mittelpunkt die Berichterstattung zu den Ländern des Warschauer Pakts und des RGW ohne die VR China und Albanien, die in der Informationspolitik der FAZ eine gesonderte Rolle spielen und deshalb nicht berücksichtigt wurden.

Informationen gegeben werden. Aus der Verteilung der Informationen lassen sich zugleich die thematischen Schwerpunkte der Berichterstattung ablesen.

Dazu wurden die vorhandenen Informationen nach einem Raster strukturiert, der 66 Sparten (Themen/Gegenstände) enthielt, die in 20 Rubriken zusammengefaßt wurden. Es ergab sich folgende Schwerpunktsetzung:

Tabelle 2

Themen/Gegenstände	*Gesamtheit SL*		*DDR*	*SL ohne DDR*	
	Absol.	*In % von 2156 (100%)*	*Absol.*	*In % von 725 (100%)*	*In % von 1431 (100%)*
Theoretische Bestimmungen	23	1,06	2	0,27	1,46
Politisches System	63	2,92	22	3,03	2,86
„Klassische" politische Rechte	319	14,80	148	20,4	11,95
Sozialökonomische Rechte	16	0,74	11	1,52	0,34
„Dissidenten"	363	16,79	42	5,8	22,4
Außenpolitik	596	27,65	188	25,9	28,4
Friedliche Koexistenz	20	0,93	7	0,96	0,91
Spionage	35	1,62	21	2,89	0,98
„Eurokommunismus"	108	5,01	3	0,4	7,34
Wirtschaft	62	2,87	33	4,55	2,02
Außenwirtschaft	143	6,63	36	4,96	7,47
Sozialstruktur	4	0,18	3	0,41	0,07
Arbeiterklasse	2	0,09	–	–	0,14
Bauernschaft	–	–	–	–	–
Soziale Sondergruppen	12	0,55	11	1,5	0,07
Kirchen	43	1,99	26	3,58	1,88
Arbeits- u. Lebensbedingungen	21	0,97	10	1,38	–
Wohnungsprobleme	13	0,60	9	1,24	0,28
Kultur und Wissenschaft	240	11,13	138	19,0	7,12
Sonstiges	72	3,34	15	2,06	3,98
	2156	100,00	725	100,00	100,00

Bevor die Nachrichtenpolitik der FAZ anhand der einzelnen Themen detailliert behandelt wird, sollen die markantesten Ergebnisse zusammengefaßt werden, die sich aus Tabelle 2 ergeben:

1. Daß die Berichterstattung über Fragen der Wirtschaft (9,5%) und der Sozialstruktur/Ideologie (18,85%) gegenüber dem politischen Bereich eine untergeordnete Rolle spielt, entspricht den gängigen Maximen der Informationspolitik bürgerlicher Tageszeitungen.

2. Theoretische Bestimmungen – sei's durch entsprechende explizite Thematisierung, sei's durch die Verwendung allgemein-soziologischer oder ökonomischer Begriffe – spielen kaum eine Rolle (1,2%). Dies hängt offensichtlich damit zusammen, daß es einer grundsätzlichen Erörterung und Begründung bürgerlicher Basistheorien und -ideologien nur in Ausnahmesituationen bedarf. Die ideologiepolitische Funktion der Berichterstattung und Meinungsbildung ist vielmehr, die Orientierungsfunktion dieser Basisideologien durch eine tagtägliche Fülle beweiskräftiger Informationen zu politischen und ge-

sellschaftlichen Ereignissen, konkret umzusetzen, welche diese Basiskonzeptionen nicht thematisieren, sondern affirmieren.

3. Fast ein Drittel der gesamten Berichterstattung (27,65%) entfällt auf die Sparte „Außenpolitik". Da hier vor allem die Beziehungen zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern erfaßt werden, kann diese Größenordnung nicht überraschen. Neben der Schilderung dieser und jener „Haupt- und Staatsaktionen" steht dabei der Dissens zwischen den beteiligten Staaten im Mittelpunkt, der Nachweis der Aggressivität der sozialistischen Länder – oder vielmehr: deren bloße Behauptung[2]) – und die Schilderung des Scheiterns von Kooperation. Konkrete Informationen über die Praxis friedlicher Koexistenz und Kooperation gehen in der Fülle detaillierter Berichte über Dissens und Konfrontation vollständig unter. Die FAZ berichtet über Spionage und Agententätigkeit doppelt – im Fall der DDR sogar dreimal – so oft wie über derartige konkrete Alltagspraktiken friedlicher Koexistenz.

4. Übertroffen wird dieser thematische Schwerpunkt jedoch in der Häufigkeit und Intensität der Informationsgebung von zwei anderen, eng miteinander verknüpften Thematiken: der Berichterstattung zum Thema „Dissidenten" (16,79%) und zu „klassischen" politischen Rechten und Freiheiten (14,80%). Dabei zeigen sich signifikante Unterschiede in der DDR-Berichterstattung gegenüber den anderen sozialistischen Ländern (SL): der Anteil der Informationen über „Dissidenten" liegt bei der DDR bei 5,8%, bei den übrigen sozialistischen Ländern bei 22,4%. Hier liegt also eindeutig der Schwerpunkt bei der Berichterstattung über „Dissidenten" in den anderen sozialistischen Ländern. In der Sparte „Klassische politische Rechte und Freiheiten" verkehrt sich diese Verteilung: während 20,4% der Informationen zur DDR diesem Bereich zugerechnet werden können, sind es bei den übrigen Ländern nur 11,95%. Diese Differenz erklärt sich vollständig daraus, daß von den 8,02% der insgesamt anfallenden Informationen zur Thematik „Recht auf Freizügigkeit" der weitaus größte Teil mit der DDR zusammenhängt. Die herausragende Bedeutung dieser zwei Themen innerhalb der Berichterstattung der FAZ zeigt auch ein Blick auf den Anteil der Informationen zu diesen zwei Themen an der Gesamtheit der Informationen über die SL im Zeitablauf (in %):

Januar	*Februar*	*März*	*April*	*Mai*	*Juni*	*Juli*	*August*
50,3	*47,6*	*31,5*	*25,5*	*28,8*	*24,7*	*26,4*	*33,0*

Im Januar 1977 entfiel in der zweiten Monatshälfte über die Hälfte aller Meldungen und Berichte zu den sozialistischen Ländern auf diese zwei Themen! Ähnlich im Februar 1977. Der Mechanismus, der dieser Berichterstattung zugrundeliegt, ist klar: behauptet wird eine dauerhafte und systematische Einschränkung oder Außerkraftsetzung „klassischer" (bürgerlicher) politischer

2) Dabei spielen die Informationen zum Themenbereich „Militär" eine wichtige Rolle. In der folgenden Detaildarstellung wird dieser Bereich der außenpolitischen Beziehungen ausgeklammert, da er sich weitgehend auf eine ereignisgeschichtliche Darstellung beschränkt. In knapp zwei Dutzend Berichten zu den RGW-internen zwischennationalen Beziehungen versucht die FAZ, die bekannte These von der systematischen Unterdrückung der einzelnen SL durch die UdSSR glaubhaft zu variieren.

Rechte und Freiheiten, insbesondere der Rechte auf Meinungsfreiheit und Freizügigkeit. Die „Dissidenten" fungieren als permanente, personifizierte Beispiele für die Richtigkeit dieser Behauptungen. Die dauerhafte Häufung von Einzelbeispielen soll dabei die Beweiskraft des Allgemeinen bewerkstelligen.

5. Mit dieser Betrachtungsweise, die sich auf die „klassischen politischen Rechte und Freiheiten" und den politischen Dissens konzentriert, korreliert die geradezu frappierende Vernachlässigung der „sozialökonomischen Rechte und Freiheiten". Nur 16 von insgesamt 2156 Informationen – 0,76% – beschäftigen sich mit dieser Thematik. Diese faktische Ausblendung des Bereichs der „sozialökonomischen Rechte und Freiheiten" hängt einerseits mit der politikzentrierten Betrachtungsweise zusammen, welche auf eine Darstellung der Sozialstruktur und des wirtschaftlichen Lebens weitgehend verzichtet; sie reflektiert andererseits eine Anschauungsweise, die fester Bestandteil der Struktur bürgerlicher Ideologie ist: die politisch-ideologischen und die sozialökonomischen Dimensionen von Gesellschaft gegeneinander zu verselbständigen und den Bereich der sozialen und ökonomischen Grundlagen politischer Beziehungen in der Folge weitgehend auszuklammern. Die Hypostasierung der „klassischen politischen Rechte und Freiheiten" – auch ihr Verständnis als in sich selbst begründeter Zweck – ist dann möglich und notwendig. Damit aber verfehlt sie von vornherein die spezifische Qualität der anderen – sozialistischen – Gesellschaftsordnung.

6. Besondere Erwähnung verdient das geradezu phänomenale Ausmaß, in dem die FAZ Arbeiter- und Bauernschaft – den weitaus größten Teil der Bevölkerung der sozialistischen Länder – aus ihrer Berichterstattung ausklammert. Die Arbeiterklasse kommt in der Nachrichten- und Meinungsgebung der FAZ aus den sozialistischen Ländern zweimal vor (0,09%). In der DDR-Berichterstattung existiert diese Bevölkerungsgruppe nicht[3]); keine der 725 erfaßten Informationseinheiten befaßt sich mit dieser Klasse, die ca. 75–80% der Bevölkerung ausmacht[4]). Sieht man von dem halben Dutzend Reiseberichten im Feuilleton und Berichten zur Landwirtschaft im Wirtschaftsteil ab, gilt dies auch für die Bauernschaft, die – hält man sich an die FAZ – in der DDR nicht existiert.

Zusammenfassend zeigt sich bei einer qualitativen Strukturierung des Informationsaufkommens nach Themen (Gegenständen) ein typisches Prioritätenprofil einer atheoretischen, auf den außenpolitischen Dissens bezogenen, politikzentrierten Berichterstattung, welche sich im Untersuchungszeitraum weitgehend auf den Bereich der („bürgerlichen") politischen Rechte und Freiheiten im Zusammenhang mit der Dissidentenberichterstattung konzentriert und dabei systematisch grundlegende Sozialzusammenhänge („sozialökonomische Rechte und Freiheiten") und erst recht die Arbeits- und Lebens-

3) Ich sehe davon ab, daß in den 3 Reiseberichten im Feuilleton der FAZ Arbeiter und Arbeitergruppen indirekt genannt werden.
4) Vgl. Georg Aßmann/Rudhard Stollberg (Hrsg.), Grundlagen der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin (DDR) 1977, S. 145.

situation des größten Teils der Bevölkerung der sozialistischen Länder ausblendet – ein Tatbestand übrigens, der auch in den Spalten der FAZ durchaus „bedauernd" vermerkt wurde[5]).

II

Der nächste Schritt der Untersuchung der Berichterstattung der FAZ gilt der Frage, was berichtet wird und welche Informationen nicht gegeben werden. Entsprechende Nachrichtendefizite können ermittelt werden durch parallele Analyse vergleichbarer Presseorgane, aber auch durch einen Vergleich mit der Selbstdarstellung des Gegenstands der Berichterstattung selbst. Es soll daher im folgenden auch exemplarisch untersucht werden, was ein Leser der DDR-Publizistik an Selbstdarstellung und Information über die sozialistischen Länder erfahren kann, was ihm als Leser der FAZ unbekannt bleibt[6]).

Die weltanschaulichen, politik- und gesellschaftstheoretischen Grundlagen der Berichterstattung der FAZ sind erstaunlich homogen und – entgegen dem ersten Anschein – kohärent mit einer einzigen Konzeption verknüpft: der Totalitarismustheorie. Dies gilt für die Behandlung der Theorie selbst, für die Verwendung ihrer zentralen Begriffe und für die Praktizierung ihrer wichtigsten methodischen Vorgehensweisen. Die FAZ bedauert, daß der Totalitarismus-Begriff „in den letzten Jahren viel zu sehr kritisiert (wurde)" (19. 7.); sie spricht folgerichtig vom „totalitären Staat" (10. 3.) und von „totalitärer Tyrannei" (11. 6.) des Sozialismus. Der Begriff des Totalitarismus fungiert dabei als Synonym für den Begriff Sozialismus: zeigt ein Artikel über den chilenischen Militärfaschismus, daß die FAZ den Faschismus für vergleichsweise harmlos hält („Fidel Castro, dessen totalitäre Regierungspraxis selbst von den hartgesottenen Diktatoren Südamerikas bislang nicht erreicht wurde" (9. 4.)), projiziert sie andernorts die faschistische Herrschaftspraxis zu einem Element der sozialistischen Staaten, wenn sie davon spricht, daß in „faschistische(r) Weise" auf Schriftsteller „eine Massenjagd organisiert wird" (17. 3.). Zugleich findet sich eine Vielzahl der Dichotomien, auf denen die Totalitarismustheorie aufbaut und die deren Massenwirksamkeit ausmacht: die unbeschwerte und rabiate Gegenüberstellung von „Freiheit" und „Unfreiheit" – in den Worten von Helmut Kohl: „die Kräfte der Freiheit oder der Unfreiheit" (18. 6.) – ebenso wie Konfrontation von „Demokratie" und „Diktatur", „Demokratie gegen Antidemokratie" (19. 7.). Die Rede ist durchweg von „der kommunistischen Diktatur" (30. 3.), „der Parteidiktatur" (30. 3.), der „zweite(n) deut-

5) Vgl. den Bericht von Hermann Rudolph, „Zwischen Biermann-Ausweisung und Plau am See. Von den Schwierigkeiten der Berichterstattung aus der DDR", FAZ v. 6. 6. 1977.

6) Die in der BRD herrschende bürgerliche Ideologie des Antisozialismus charakterisiert die Publizistik der Arbeiterbewegung durchweg als einseitig, subjektiv und parteilich; bei der Kennzeichnung der kommunistischen Presse spitzt sie diese Merkmale zu: die Einseitigkeit zur Lüge, die Subjektivität zur Erfindung und zum Wunschdenken, die Parteilichkeit zur Hörigkeit. Von vornherein steht fest, daß zwischen publizistischer Selbstdarstellung und Realität der sozialistischen Länder keinerlei – höchstenfalls: kaum – Zusammenhänge bestehen; sie als Informationsquelle heranzuziehen, ist desavouierend – auch wenn es, wie hier, auf den Wahrheitsgehalt zunächst nicht ankommt, sondern auf die Spannweite der Selbstdarstellung. Genausowenig kommt es hier auf den Wahrheitsgehalt der Informationen in der FAZ an, der in dieser Untersuchung nicht zur Debatte steht. Als Informationsquelle wird das „Neue Deutschland" (ND) herangezogen, das natürlich von jedem Journalisten der BRD, der in der DDR tätig ist, detailliert gelesen wird. Von Interesse ist einzig, welche – von der hiesigen bürgerlichen Öffentlichkeit nicht falsifizierten! – Informationen in dieser Zeitung gegeben werden, die der Darstellung der sozialistischen Länder bzw. der DDR in den Spalten der FAZ widersprechen.

sche(n) Diktatur" (19. 7.), der „Erkenntnis, daß der Kommunismus die bislang mit Abstand blutigste Diktatur installiert hat, die die Menschheitsgeschichte kannte" (28. 5.). Daß die FAZ hier abwechselnd Karl Dietrich Bracher, Wladimir Bukowski und einen Richter zu Wort kommen läßt, verleiht diesen Charakterisierungen zusätzlichen Nachdruck. Diese Dichotomien werden dabei häufig umschrieben und bildhaft ergänzt. Da ist die Rede vom „Sowjet-Despotismus" (19. 7.), vom „Geist der Unterwerfung" (17. 3.), vom „Völkergefängnis" (30. 3.), vom „autoritären und imperialistischen Sozialismus, also dem Kommunismus" (25. 6.), davon, „daß das Rußland von heute Kommunismus plus Imperialismus bedeutet" (29. 4.). In dieser „großmachtimperialistische(n), prosowjetische(n) Koalition" (2. 8.) „arbeiten Millionen von Sklaven hinter Stacheldraht um ein Stück Brot in ständiger Angst um ihr Leben" (30. 3.).

Einen eigenständigen Wert im Rahmen der Totalitarismuskonzeption hat das Stalinismus-Theorem: die Charakterisierung der UdSSR und vor allem auch der CSSR als stalinistisch: „Stalin kann nicht sterben" (20. 6.), weil, so kann man vermuten, Marx' Ideen noch nicht tot sind, entspringen doch „Stalin und das sowjetische Unterdrückungssystem unmittelbar der wissenschaftlichen Methode von Marx" (18. 7.). Gegenüber dieser extremen Variante der Totalitarismustheorie treten andere Charakterisierungen – die These vom bürokratischen Sozialismus (26. 5.), von der „Oligarchie miteinander konkurrierender Eliten" (4. 5.), der „von der Ideologie des Marxismus-Leninismus beherrschte(n) Oligarchie" (29. 4.) – deutlich zurück. Die Industriegesellschaftstheorie spielt nur in einer Darstellung (26. 3.) eine Rolle.

III

Dementsprechend sind auch die detaillierten, konkreten Informationen über das politische System der sozialistischen Länder, welche die FAZ gibt, nach den Anforderungen der Totalitarismustheorie selektiert, gewichtet und dargeboten.

a) Als *Subjekte* politischen Handelns existieren in dieser Nachrichtengebung ausschließlich die *kommunistischen Parteien* und der *Staat*. Über andere Elemente der politischen Organisation sozialistischer Länder wird praktisch nicht berichtet.

b) Als eigentliche *Träger* politischer Zusammenhänge erscheinen ausschließlich Spitzenpolitiker aus dem Partei- und Staatsapparat, deren Verhalten, Absichten, Äußerungen und politische Zugehörigkeit geschildert werden.

c) Politisches Handeln in den sozialistischen Ländern ist fast ausschließlich *repressives* Handeln. Die politische Organisation des Sozialismus – vor allem die kommunistische Partei und der sozialistische Staat – sind *undemokratisch* strukturiert.

Diese Darstellung vom politischen System des Sozialismus läßt sich an der DDR-Berichterstattung unschwer exemplifizieren. Sieht man von der umfang-

reichen Berichterstattung über außenpolitische bzw. diplomatische Aktivitäten ab, so erfahren wir über das Staatswesen der DDR im gesamten Untersuchungszeitraum nur, daß Staatsfunktionäre verstorben (3. 8.) oder 75 Jahre alt geworden (5. 2.) sind, daß die Justizorgane der DDR Freiheitsstrafen aussprechen (z. B. 25. 1.), mehrere Diplomaten umgesetzt wurden (25. 5.), es in Berlin einen Magistrat gibt, der sich von dem in Westberlin unterscheidet (20. 5., 29. 6.) und daß die Beschwerdeausschüsse bei den örtlichen Volksvertretungen der DDR abgeschafft worden seien (Leserbrief am 6. 5.). Ähnlich die Berichterstattung zur SED. Sie beschäftigt sich mit Erich Honecker und möglichen Unsauberkeiten in seiner politischen Karriere (10. 8., 23. 7.), dem Tod eines SED-Funktionärs (26. 4.), einer Konferenz des ZK zur politisch-ideologischen Massenarbeit (27. 5., 23. 5.), dem Auftreten des Politbüros in Leipzig (25. 3.) anläßtlich der Messe und dem Problem, wie „die Partei die Schriftsteller straft" (31. 1.). Welche Rolle die Partei spielt, verdeutlicht das FAZ-Feuilleton in einem Kommentar zu einer Rede des stellvertretenden Kulturministers der DDR: „Die Partei läßt sich, so heißt das im Klartext, nichts sagen. So spricht also ein sozialistischer Idealist: als Unterdrücker" (27. 1.). Die Partei – über die ansonsten nicht weiter berichtet wird, sieht man von einigen Auszügen aus Berichten zu ZK-Tagungen und Honecker-Reden ab, die sozusagen als spontane Beigabe zur Wiedergabe deutschlandpolitisch relevanter Passagen fungierten, – die Partei also muß unterdrücken, denn ihr Handeln richtet sich gegen die Bevölkerung. „Die Kluft zwischen Partei und Volk ist in dieser Gesellschaft ein Essential" (21. 6.). Zwischen Partei und Volk existiert Unterdrükkung, zwischen Volk und Partei allerhöchstens „befohlene Wärme" (3. 2.). Wenn zwischen Volk und Partei eine Kluft herrscht, handelt das Volk nur dann im eigenen Interesse, wenn es gegen die Partei handelt, und wenn es gegen die Partei handelt, handelt es immer im eigenen Interesse. Daß das Handeln der Partei jedoch gegen das Interesse des Volkes gerichtet ist, bleibt Behauptung und wird an keiner einzigen Stelle belegt. Weder wird das Interesse des Volkes definiert, noch wird begründet, warum eigentlich die als politische Akteure genannten Spitzenpolitiker oder „die" SED ein eigenes, vom Volk unterschiedenes Interesse haben. Nähere Hinweise darauf ergeben die Meldungen aus anderen SL, vor allem aus der UdSSR. Auch hier konzentriert sich die Darstellung fast ausschließlich auf personelle Veränderungen im Staats- und Parteiapparat.

Die FAZ vermittelt dabei folgende recht einfache Struktur der Partei- und Staatsspitze (am Beispiel der UdSSR): als „die beherrschende Gestalt" (25. 5.) Breschnew, der beschäftigt ist mit „Versuchen um die Erringung der Alleinherrschaft" (18. 6.). Die er nicht vollständig besitzt. Denn neben der einzelnen Person Breschnew gibt es weitere Personen. Mehrere Personen ergeben eine Gruppe. Mal ist es die „Troika Breschnew-Kossygin-Podgorny (Parteichef, Regierungschef, Staatsoberhaupt)" (18. 6.), mal zählt „der Kern des Moskauer Führungskollektivs . . . vier Personen: Breschnew, Kossygin, Podgorny und Suslow" (26. 5.). Hielt die Troika die Amtsinhaberschaft zusammen, so die Quadriga die gemeinsame Konspiration: „Sie waren die treibenden Kräfte bei der Verschwörung gegen Chruschtschow" (26. 5.). Daneben gibt es weitere

Gruppen, die durch andere Gemeinsamkeiten zusammengehalten werden: „die Gruppe der Harten" (26. 5.), „die Ideologen" (26. 5.), „mehrere ältere Männer im Politbüro" (25. 5.), „Dogmatiker" (3. 3.), „drei Machtgruppen . . . Die Dnjepropetrowsk-Gruppe . . . Die Leningrader Gruppe . . . Die weißrussische Gruppe" (7. 7.) usw.

Die Auswahl des Faktors, der diese Gruppen konstituiert, ist vollständig beliebig: mal ist es die Ideologie, mal eine besondere – dogmatische – Art von Ideologie, mal das Alter, die geographische Herkunft, die gemeinsame Biographie usw. In der Regel bleibt die Charakterisierung jedoch bei einer bloß politischen Identifizierung dieser Gruppen durch Deskription irgendwelcher gemeinsamer Merkmale stehen. Kaum wird versucht, diese Gruppen als Bestandteil eines größeren Ganzen zu verstehen. Geschieht dies doch, so werden in den entsprechenden elite- und gruppentheoretischen Konzeptionen in der Tradition der Max Weberschen politischen Soziologie die Machtbeziehungen in den Vordergrund gerückt. Das bedeutet: von vornherein wird ausgeschlossen, daß jene, die unmittelbar politisch handeln, auch Interessen von Bevölkerungsgruppen verwirklichen, die nicht mit ihren eigenen gesellschaftlichen Sonderinteressen unmittelbar identisch sind. Die gruppentheoretisch reduzierte Berichterstattung kann nicht erfassen, ob diese politische Führungsgruppe im Interesse von Klassen – etwa der Arbeiterklasse – handelt. Eine solche Selbstbeschränkung hat ihren Sinn. Denn das Agieren von politischen Gruppen auf Klasseninteressen zurückzuführen (und damit einen konsequenten Reduktionismus zu praktizieren, der die Möglichkeit einer in den objektiven sozialökonomischen Verhältnissen einer Gesellschaftsordnung fundierten „Herrschaft der Arbeiterklasse" in Betracht zieht, verbietet sich für eine Konzeption, die davon ausgeht, daß zwischen Gruppe und Klasse, Partei und Volk eine „Kluft" besteht. Diese Kluft wird als Essential vorausgesetzt. Tatbestände, welche Existenz und Wirksamkeit einer solchen Kluft in Zweifel ziehen könnten, werden von vornherein ignoriert. Ein derartiger, fundamentaler Tatbestand ist der Mechanismus, über den diese vorgebliche Kluft im politischen Bereich außer Kraft gesetzt wird und über den sich die Interessen und Handlungen gesellschaftlicher Klassen in das politische Agieren relativ selbständiger Sozialgruppen im politischen System umsetzen – das System der politischen Willensbildung, die „sozialistische Demokratie". Keine der über 80 erfaßten Berichtseinheiten zum politischen System betreffen diesen Bereich politischer Partizipation – obwohl wichtige Ereignisse zu vermelden waren, wie das Beispiel DDR zeigt!

1)Die Parteiwahlen in den Grundorganisationen der SED zwischen dem 1. März und 30. April blieben unerwähnt[7]).

7) Das ND teilte dazu folgende Daten mit: die Wahlen fanden statt in 85 600 Parteigruppen, 20 792 Abteilungsparteiorganisationen und 51 559 Grundorganisationen. An den Berichtswahlversammlungen nahmen 1,841 Mio. Mitglieder und Kandidaten der SED teil (90,3%). An der Diskussion beteiligten sich über 33,1% der Mitglieder und es seien über 165 000 Vorschläge, Hinweise, Kritiken usw. zur Parteiarbeit gemacht worden. In die neuen Leitungen wurden gewählt 366 633 Personen, darunter 51,6% Arbeiter (ND 11. 5.)

2) Ebenfalls unerwähnt bleiben die Wahlen und die Zusammensetzung der Bezirksgerichte der DDR[8]).

3) Keine Notiz nahm die FAZ von den Gewerkschaftswahlen und FDGB-Kreis- bzw. Bezirksdelegiertenkonferenzen und den zentralen Delegiertenkonferenzen der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften in Vorbereitung des IX. FDGB-Kongresses, der im Mai 1977 stattfand[9]).

4) Ebensowenig wird berichtet über die Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen in der UdSSR mit 2,3 Mio. Kandidaten (68,3% Arbeiter und Bauern, 43,2% KPdSU-Mitglieder) (vgl. ND 16. 6.). Über die Absicht, in Vietnam Gemeindewahlen abzuhalten, findet sich immerhin eine Kurznachricht.

5) Vollständig unberücksichtigt bleiben folgerichtig die Aktivitäten der staatlichen Organe politischer Willensbildung[10]).

6) Zwei weitere Formen der Masseninitiative finden ebenfalls kaum oder gar keine Berücksichtigung: die Plandiskussion in den Betrieben der DDR zwischen dem 11.7. und dem 5. 9. (ND 11. 7.) und die Diskussion wichtiger Gesetzesentwürfe[11]).

7) Dem von der Totalitarismustheorie favorisierten Modell des „diktatorischen Einparteienstaates" entspricht es, wenn über die politischen Organisationen neben der kommunistischen Partei, die an der politischen Willensbildung teilnehmen, nicht berichtet wird.

Die FAZ unterschlug: den 11. Parteitag der NDPD im April 1977, den 10. Parteitag der DBD im Mai 1977 und den 12. Parteitag der LDPD im März 1977 und

---

8) Wonach „73,4% der Arbeiterklasse entstammen und 36,2% Frauen sind. Von den gewählten Schöffen sind 51,6% Arbeiter und 47,2% Frauen." (ND 22. 2.). Keine Meldung findet sich über die Wahlen zu den gesellschaftlichen Gerichten – den 24 600 Konfliktkommissionen –, deren über 217 000 Mitglieder zwischen dem 1. 3. und 10. 4. neu gewählt wurden. In der ablaufenden Wahlperiode waren über 56% der Kommissionsmitglieder Arbeiter, Meister und Brigadiere (vgl. ND 10. 3., 1. 3.).

9) An den Wahlen in den gewerkschaftlichen Grundorganisationen nahmen in über 350 000 betrieblichen Wahlversammlungen über 7 Millionen Gewerkschaftsmitglieder teil. 2 058 375 Gewerkschaftsmitglieder, darunter 1 006 271 Frauen wurden gewählt; 58% von ihnen wurden wiedergewählt, gegenüber den Gewerkschaftswahlen 1974/75 erhöhte sich die Zahl der ehrenamtlichen Funktionäre in den Betrieben um 180 000. An der Urabstimmung für die Wahl zu den Abteilungs- und Betriebsgewerkschaftsleitungen beteiligten sich 85% der Gewerkschaftsmitglieder; 42 764 der zur Kandidatur vorgeschlagenen 42 853 Vorsitzenden der Betriebs- und Schulgewerkschaftsleitungen wurden gewählt, 89 Kandidaten erhielten die erforderliche Stimmenzahl nicht. Bei den Wahlen zu den Kreisvorständen der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften betrug die Wahlbeteiligung 92% (vgl. ND 27. 1. sowie – zu den Konferenzen – 21. 3., 11. 2., 22. 3., 28. 3., 4. 4., 18. 4., 20. 4., 25. 4., 21. 2., 9. 5.).

10) Im Untersuchungszeitraum finden sich im ND über zwei Dutzend detaillierte Berichte über die laufende Tätigkeit der 25 Ausschüsse der Volkskammer der DDR, deren Aufgabe die Beratung von Gesetzentwürfen und die ständige Kontrolle der Durchführung der Gesetze ist und deren Arbeitsgruppen in den Wahlkreisen, Wohngebieten und Betrieben entsprechende ständige Beratungen durchführen, über die regelmäßig berichtet wird (ND 2.–3. 4., 5.–6. 3., 10. 3., 3. 5.,29. 4., 6. 4., 25. 3., 3. 3., 26.–27. 3., 3. 6., 24. 5., 16. 6., 30. 6., 8. 7., 26. 4., 5. 4., 31. 3., 19.–20. 3., 15. 3., 10. 2., 27. 1.). Einzelbeispiele für die Wahrnehmung der Kontrollfunktion von Volksvertretungen werden gegeben (vgl. die Abgeordnetenkritik am betrieblichen Neuererwesen, ND 14. 7., 19. 7.) und für Techniken der Zusammenarbeit von Vertretungsorganen und Wählern (Durchführung von Sprechstunden und öffentlichungen Sitzungen in Großbetrieben, kommunalpolitische Rathausgespräche usw., (vgl. ND 17. 2., 30. 6. usw.).

11) Zwar berichtet die FAZ zur Diskussion des Entwurfs eines Arbeitsgesetzbuches gleich zweimal (18. 6., 17. 5.) und teilt mit, daß sich an einer „sogenannten" (18. 6.) Volksaussprache 5,8 Millionen Werktätige „beteiligt haben sollen" (18. 6.) und 147 806 Vorschläge mit 39 533 Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen gemacht worden seien, die zu 90 inhaltlichen und 144 redaktionellen Änderungen im ABG geführt hätten. Die Angaben der FAZ sind dabei widersprüchlich: am 17. 5. gibt sie 187 806 an, am 18. 6. 147 806. Immerhin erwähnt werden in der FAZ die Diskussion um die neuen Musterstatuten in der Landwirtschaft der LPG Pflanzen- und Tierproduktion, an der auf ca. 18 000 Versammlungen 515 000 Werktätige teilgenommen hatten (vgl. ND 10. 8.).

detaillierte Informationen über zahlreiche gesellschaftliche Organisationen (vgl. dazu ND 28. 6., 29. 6., 12.–13. 2., 8. 2.). Die einzige Ausnahme macht die Berichterstattung über den IX. FDGB-Kongreß und den FDGB. Sie liefert anläßlich des Kongresses ein Porträt des FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch (17. 3.), berichtet über den 80. Geburtstag des „Altkommunisten" Jendretzky, der seit 1965 Vorsitzender der FDGB-Fraktion in der Volkskammer war (21. 7.), und über die Ernennung des stellvertretenden FDGB-Vorsitzenden Bayreuther zum Staatssekretär (30. 4.). Daneben finden sich 3 Berichte über den FDGB-Kongreß (17. 5., 24. 5.) und drei Meldungen über den 1. Mai (27. 4., 29. 4., 2. 5.). Auf 6 Zeilen wurden „die sozialpolitischen Verbesserungen der letzten Monate" erwähnt, vor allem „die Verkürzung der Arbeitszeit, etwa für die Schichtarbeiter" (2. 5.). Die Berichte zum FDGB-Kongreß geben Auszüge aus dem Kongreßbeschluß und diverse Impressionen wieder; dabei wird immerhin vermerkt, daß „der FDGB, neben der SED oder nach der SED, durchaus auch Macht verkörpert" und daß „das sozialpolitische Stufenprogramm 5,6 Millionen Werktätigen und Veteranen der Arbeit nicht unerhebliche Verbesserungen gebracht habe" (17. 5.). Diese Angaben zu den Ergebnissen politischen Handelns (policy-output) sind freilich derart randständig, daß sie kaum die Frage nach den soziopolitischen Determinanten dieses outputs provozieren können. Im Berichtszeitraum finden sich im übrigen Dutzende von Meldungen über die Rolle und Funktion der Gewerkschaften in den Spalten des ND: Beteiligung an der Gesetzgebung (ND 7.–8. 5., 16. 5.), Solidaritätsaktionen (3. 5., 11. 4., 26.–27. 3., 16. 5., 12. 8.), Zusammenarbeit zwischen FDGB und Akademie der Wissenschaften der DDR (15. 3.), internationale Gewerkschaftskontakte (26. 5., 4.–5. 6., 7. 3., 21. 1., 16. 5.), die Entwicklung der vom FDGB geleiteten Sozialversicherung (16. 5.), das Urlaubs- und Ferienprogramm des FDGB (14. 2., 16. 5., 30.–31. 7.), die gewerkschaftliche Bildungsarbeit (16. 5., 14.–15. 5.), die kulturelle Tätigkeit der Gewerkschaften (16. 5.), statistische und sozialstatistische Daten zur inner- und überbetrieblichen Partizipationsstruktur (16. 5.), die Aufgliederung der finanziellen Mittel des FDGB 1974–76 (16. 5.), (von alledem kein Wort in der FAZ) – vom 17.–23. Mai – täglich auf mehreren Seiten der IX. FDGB-Kongreß mit einer Fülle von Informationen über die Entwicklung von Gewerkschaften und Gewerkschaftspolitik zwischen 1972 und 1977. Aus der Entschließung des Kongresses – die am 23. 5. 1977 im ND auf $2^1/_2$ Seiten abgedruckt wurde – zitiert die FAZ knapp 40 Zeilen – deren Auswahl offenbar völlig willkürlich erfolgte.

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß die FAZ über Wahlen, Tätigkeiten der Volksvertretungen, Formen der Masseninitiative wie Plan- oder Gesetzesdiskussionen, die Tätigkeit anderer politischer Organisationen neben der kommunistischen Partei und die Rolle der Gewerkschaften als bedeutendster gesellschaftlicher Massenorganisation kaum berichtet. Diese Selektion ist funktional: nur so können einzelne Personen und Kleingruppen als ausschließliche Subjekte politischen Handelns dargestellt werden. Anders kann das Bild vom diktatorischen politischen System, das von der Kluft zwischen Volk und Partei, Partei und Führungsgruppen geprägt ist, nicht aufrechterhalten werden, ebensowenig wie der massive Eindruck, daß politisches Handeln in

den sozialistischen Ländern fast ausschließlich repressives Handeln gegen die Interessen der Bevölkerung sei – ein Eindruck, der durch die Informationspolitik der FAZ zu dem Themenkomplex „sozialökonomische und politische Rechte" systematisch hervorgerufen wird.

IV

Die Nachrichtenpolitik der FAZ zur politischen Praxis in den SL ist fast ausschließlich darauf konzentriert, dreierlei Eigenschaften der Praxis der Ausübung politischer Herrschaft nachzuweisen:

a) eine völlige *Willkür staatlichen Handelns,* die vor allem in einer extensiven justitiellen Unterdrückungspraxis zum Ausdruck kommt;

b) eine systematische und weitgehende Einschränkung des Rechts auf *Meinungsfreiheit* und die Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens;

c) eine weitgehende Beseitigung des Rechts auf *Freizügigkeit.*

Zu a) Staatswillkür

Die These von der nicht bloß unverhältnismäßigen, sondern – sei's aktuell, sei's latent – unbegrenzten Reichweite unkontrollierten, tendenziell terroristischen, durch keinerlei rechtsstaatliche Schranken begrenzten staatlichen Zugriffshandelns gehört zu den Kernaussagen der Totalitarismustheorie. „In der Sowjetunion regieren Personen und nicht Gesetze" (7. 6.). In der Berichterstattung der FAZ tritt der sozialistische Staat vor allem als *strafender* Staat auf: Berichte über die Verurteilung von Bürgern des eigenen Landes (15. 8., 6. 8., 5. 8., 4. 8., 19. 7., 27. 7., 23. 5., 6. 5., 4. 5., 1. 6., 1. 4., 21. 3., 4. 3.) oder von Bürgern aus kapitalistischen Ländern (12. 8., 2. 7., 29. 6.), Berichte über politische Gefangene und politische Amnestien (23. 7., 14. 7., 26. 5., 18. 5., 9. 5., 3. 5., 14. 6., 19. 4., 28. 3.) dominieren vollständig. Auch die drei Berichte zur neuen sowjetischen Verfassung (6. 6., 13. 6.) zielen darauf ab, den Eindruck völliger Recht- und Schutzlosigkeit zu erwecken („Der Anschein von Freiheit . . . Garantien als Farce . . . Am Grundtatbestand der absoluten Herrschaft der Partei hat sich nichts geändert", 13. 6.). Das Leitbild der Totalitarismustheorie – hier der rechtlose Einzelne, dort „jene riesenhafte Herrschaftsmaschinerie . . ., die sich auf fast die halbe Menschheit niedergesenkt hat" (28. 2.) – wird in der Informationspolitik der FAZ ungebrochen reproduziert.

Zu b) Einschränkung der Meinungsfreiheit

Die Darstellung politischer Rechte und Freiheiten in der FAZ konzentriert sich auf zwei Rechte: Meinungsfreiheit und Recht auf Freizügigkeit. Sie vermittelt das Bild einer ständigen Abdrosselung eines jeden Ansatzes freier Meinung im Inneren der sozialistischen Länder, einer permanenten geistigen Gängelung und Zensur. Die Struktur dieses geistigen „Ostblocklagerkommunismus" (10. 3.) verdeutlicht die FAZ vom 28. 2.: „Zuerst verlautbart . . . das Moskauer Parteiorgan einen grundsätzlichen Aufruf; den übernehmen die Zentralorgane der nachgeordneten Regime, und diesen Text müssen

fortan alle übrigen Zeitungen, Redner und Spruchbandschreiber zu allen Gelegenheiten paraphrasieren, bis das Wettpreisen vorbei ist." Die Einschränkung der Pressefreiheit nehme ständig zu (5. 3.), Informationen werden „verspätet" gegeben (19. 7.), es herrscht ein ausgebautes und gestaffeltes Zensursystem (21. 6.). Grundsätzliche Beweiskraft kommt nach Ansicht der FAZ jedoch offenbar vor allem jenen Meldungen zu, die den Kampf der SL gegen die „freie Information" und ihren ständigen Fluß vom „freien" Westen in den „unfreien" Osten belegen: Druck auf Radiostationen z. B. in der BRD, Ablehnung von Akkreditierungen, Mißhandlung, Behinderung, Festnahme, Ausweisung westlicher Journalisten, Verhinderung grenzüberschreitender Fernsehsendungen usw. (12. 8., 27. 7., 16. 7., 15. 7., 4. 7., 17. 5., 30. 6., 29. 6., 23. 6., 16. 6., 15. 6., 13. 6., 26. 4., 5. 4., 16. 3., 1. 3., 19. 2., 15. 2., 5. 2.). Zwei Meldungen vom 19. 4. und 2. 4. („Westliche Zeitungen in Sofia", „Zwölf westliche Zeitungen von Prag zum Verkauf freigegeben?") konterkarieren dieses Informationsprofil nur recht schwächlich. Ähnliches gilt für die DDR-Berichterstattung.

Zu c) Einschränkung der Freizügigkeit

Ganz besonders in der DDR-Berichterstattung spielt die Frage der Freizügigkeit eine hervorragende Rolle. Der FAZ scheint sie hervorragend geeignet, die Systemfrage zu stellen, da sie bereits auf der Ebene des Augenscheins positiv zugunsten der eigenen Ordnung entschieden scheint: „Die einen lassen sie nicht raus, erschießen sie lieber, andere lassen sie nicht rein, und das Ganze nennen sie Sozialismus" (4. 8.) Zum Problem der Freizügigkeit finden sich in der SL-Berichterstattung (ohne DDR) 53 Meldungen; 92 Meldungen innerhalb der DDR-Berichterstattung (12.7%) entfallen auf diese Thematik! Dabei geht es um Darstellungen der

1) Verhinderung der Ausreise der eigenen Bürger und entsprechender Fluchtversuche (im Falle der DDR 20 Meldungen);
2) Verhinderung der Einreise von Bürgern aus kapitalistischen Ländern (24 Meldungen);
3) Auseinandersetzungen um den Grenzverlauf (12 Meldungen);
4) politische, touristische und wirtschaftliche Probleme der Grenzen (30 Meldungen);
5) emotionale Szenarios in der Grenzfrage („Mauer und Stacheldraht", „Todesautomaten", „Schießbefehl" usw. mit insgesamt 18 Meldungen).

Aus dem Profil der Berichterstattung heraus fällt ein einziger Artikel: ein Vierspalter über „Polnische Kritik an den Einreisebestimmungen westlicher Länder" vom 5. 7., der Einreisebehinderungen in westliche Länder nennt. Ebenso wie dieser Artikel nennt ein kleiner Bericht vom 15. 6. statistische Angaben über den Grenzverkehr. Die FAZ gibt den Tätigkeitsbericht des Bundesgrenzschutzes wieder, ohne die Einreiseverweigerungen und Festnahmen an der Grenze der BRD mitzuteilen (24. 2.)[12]). Ebenfalls nicht wiedergegeben wird die Meldung (ND 10. 6.), daß 1976 über 17,3 Mio. Ausländer (davon 9,4

12) Die dann natürlich am 22. 3. im ND gemeldet wurden, wonach 201 620 Personen an den Grenzen der BRD zurückgewiesen, 160 547 die Ausreise versagt, 10 564 verhaftet und 93 575 aufgegriffen worden seien.

Mio. aus sozialistischen Ländern) in der DDR waren und über 11,7 Mio. Ausreisen aus der DDR von DDR-Bürgern ausgewiesen wurden, darunter 8,9 Mio. in sozialistische Staaten. Ebensowenig werden die Angaben der DDR über die „Anschläge auf die Staatsgrenze der DDR" (ND 17. 3.) wiedergegeben. Die Technik der Nachrichtenpolitik ist massenwirksam, weil sie auf dem sinnlichen Augenschein aufbaut: die Existenz von „Mauer und Stacheldraht" sieht jeder BRD-Bürger wenn nicht beim Besuch in der DDR, so doch zumindest jede Woche irgendwann im westdeutschen Fernsehen. Argumentiert wird mit bloßer Evidenz. Sozialökonomische Rechte – wie das Recht auf Arbeit, das Recht auf Wohnung oder das Recht auf Bildung – sind Rechte, deren Verwirklichung nicht auf diese Weise evident gemacht werden kann. Dasselbe Argumentieren mit der Evidenz erfolgt in der Frage der Meinungsfreiheit.

In der *Dissidentenberichterstattung,* deren herausragende quantitative Bedeutung bereits gezeigt wurde, können permanente Exempel für den „totalitären" Charakter der sozialistischen Länder inszeniert werden: das Ideologie- und Nachrichtenmonopol (Meinungsfreiheit), das politische Monopol der kommunistischen Führungsgruppen und die kaum gezähmte Herrschaftsmethode des willkürlichen, etatistischen Terrors (Verfolgung von Dissidentengruppen, Verhinderung politischer Alternativen, Beschränkung ihrer Freizügigkeit). Die Informationspolitik konstruiert dabei in der Evidenz den ständigen Zirkel der Basisargumentation: Totalitarismus ist die Ursache für den Widerstand (Dissens) breiter Bevölkerungsgruppen, der Widerstand ist die Ursache für den Totalitarismus. Die Dissidentenberichterstattung versucht, dem Leser die Existenz eines solchen breiten Widerstands ständig einzureden, sie ihm vorzumachen; dabei wissen die Schreiber selbst, daß dieser Dissens fingiert ist. „Das schon deshalb . . ., weil die Dissidenten nicht ihre Nationen in einem greifbaren politischen Sinn repräsentieren. Sie nehmen vieles auf, was das Volk denkt oder doch empfindet. Aber sie gehen mit ihren Forderungen weit darüber hinaus, was die Bevölkerungsmehrheit und auch noch die Mehrheit der Intelligenz zu denken wagt . . . Die Dissidenten ragen aus dieser gespenstischen politischen Landschaft wie einsame Felsen hervor" (8. 3.). „Der ‚Charta'-Gruppe und den Bürgerrechtlern in den anderen Ländern ist es bisher nicht gelungen, die Barrieren zwischen den Bevölkerungsschichten der angeblich klassenlosen Gesellschaft zu überwinden. Solidarisiert haben sich spontan Unterprivilegierte des Husak-Regimes. Die Arbeiter aber, als Produktivkräfte auch kommunistischen Regierungen Respekt abnötigend, blieben abseits" (11. 2.). Die Ratschläge der FAZ zu Carters China-Politik verdeutlichen, welchen Sinn sie darin sieht, von Dissidenten und Menschenrechten zu sprechen: Carter „wird (um die Sowjetunion besser traktieren zu können) mit China engere Beziehungen herstellen, was er sagt, obwohl dort die Menschenrechte auch nicht gelten, was er dann besser nicht sagt" (24. 5.). Die FAZ berichtet in Hunderten von Artikeln zu den Dissidenten, weil sie mit den SL eben keine „engeren Beziehungen" möchte. Ist diese Grundentscheidung getroffen, so ist nur noch die Technik der Informationsgebung von Interesse: wie man anhand der Dissidentenbewegung den totalitären Charakter der SL dem eigenen Publikum optimal verdeutlichen kann und wie man „Druck"

und „Einmischung" (1. 3., 27. 4.) gegenüber den SL am besten praktizieren kann – im funktional sinnvollen Rahmen, d. h. ohne die Dissidenten zu Aktionen zu veranlassen, die den SL Anlaß geben könnten, das Kalkül zu durchkreuzen: „Dissidenten können für kommunistische Regimes daheim gefährlich sein; draußen sind sie allenfalls lästig, und selbst das verliert sich mit der Zeit" (19. 1.)[13]).

Geht es um den Bereich „politische Rechte", erweckt die FAZ den Anschein höchster Detailtreue und umfassender Informiertheit. Sie berichtet über die Wahl Coburgs als Wohnsitz Reiner Kunzes ebenso (26. 5.) und das Dementi des Fischer-Verlags (27. 5.) wie über die Flucht des 35 Jahre alten Walter Dode, Chefsteward, von dem Rostocker 9427-Tonnen-Schiff „Freundschaft" in Singapur bei einem Landgang während der Reparaturarbeiten (30. 6.). Wie informiert sie über den Komplex der „sozialökonomischen Rechte und Freiheiten"?

V

Auf diesen Themenbereich im weitesten Sinne – aufgeschlüsselt in „Recht auf Arbeit / Recht auf den Schutz der Gesundheit und der Arbeitskraft / Recht auf Bildung / Recht auf Wohnung usw." – entfallen in der Gesamtberichterstattung 29 Informationen (1,34%), in der DDR-Berichterstattung 20 (2,76%). Der Anteil der Meldungen zu den „politischen Rechten" ist rund zehnmal so groß! Die neun Meldungen zu diesem Themenkomplex, die aus den SL (ohne DDR) kommen, gliedern sich folgendermaßen auf: zum Thema Wohnen finden sich 3 Meldungen über „Feuer im größten Hotel der Welt" (28. 2., 3. 3., 5. 3.) in Moskau und eine Meldung über „Das erste ‚Hilton' im Ostblock" (12. 4.). Sieht man von zwei sehr ausführlichen Berichten über „Soziale Mängel im Sozialismus" ab, die eine Erklärung der „Prager Bürgerrechtskämpfer, die sich um die Charta 77 gruppieren" ab (16. 3., 4. 4.) und die innerhalb der FAZ-Berichterstattung in den Themenbereich „Dissidenten" einzuordnen sind, erfahren wir zum Themenbereich „Bildung" – nichts. Fünf Meldungen befassen sich mit dem Gegenstand „Gesundheit", und wir erfahren: „15 000 rauschgiftsüchtige Jugendliche in Serbien" (27. 4.), „Beulenpest in Hanoi" (24. 5.), „Gerüchte um Breschnews Gesundheitszustand" (5. 7.), „Der sowjetische Außenminister Gromyko ist offenbar erkrankt" (26. 2.). Mit dem Recht auf Schutz

13) Diese Technik soll hier nicht im einzelnen untersucht werden. Bemerkenswert immerhin: die Dissidentenberichterstattung konzentriert sich zur Hälfte auf die vier Länder UdSSR, CSSR, Polen und DDR; aus Rumänien, erst recht aus Ungarn und Bulgarien gab es wenig zu vermelden. Das Bestreben um Kontinuität ist unverkennbar: geschieht nichts, so gibt es Stimmungsberichte, Rückblicke, Einschätzungen, Gedenkartikel, Vorausschauen. Ersatzweise – etwa im Falle der DDR deutlich – wird die Kontinuität durch Berichte über äquivalente Gruppen hergestellt: die Christen oder nationale Volksgruppen. Über die Unterdrückung nationaler Minderheiten im RGW-Bereich (vor allem in der UdSSR) erscheinen im Berichtszeitraum 27 Artikel, die sich mit Inhaftierungen (z. B. 14. 7., 20. 5., 16. 6., 14. 6., 4. 6., 26. 3., 9. 3., 9. 2., 20. 1., 18. 1.), Verurteilungen (z. B. 29. 5.) und allgemeiner Repressivität befassen, die allesamt auf eine rigide Assimilierung der Völker unter das großrussische Imperium hinauslaufen (vgl. vor allem den großen Artikel über die Rußlanddeutschen v. 16. 6. 1977). Über die Nationalitätenpolitik in den SL wird kein einziger positiver Satz vermeldet. Nach Beendigung des Manuskripts mußte ich feststellen, daß mir eine weitere Meldung vom 25. 3. entgangen war: sie berichtet, daß 860 000 Ungarn an Grippe erkrankt seien . . . Daß die UdSSR im Innern eine antinationale, repressive Assimilierungspolitik betreibe, korreliert mit der Charakterisierung der Außenpolitik der UdSSR gegenüber den anderen sozialistischen Staaten als Politik der repressiven Suprematiedurchsetzung. Bei der Darstellung der Außenpolitik der SL werden in aller Regel die Dimensionen des Antifaschismus und des Antirassismus ausgeblendet, ebenso die Abrüstungspolitik.

der Gesundheit kann es offenbar nicht soweit her sein, wenn man dauernd davon hört, daß Breschnew – der einzige Mensch, über dessen Gesundheitszustand der FAZ-Leser recht ausführlich informiert wird – ununterbrochen kränkelt . . .

Von den 6 Meldungen zum Thema „Bildung" in der DDR befaßt sich eine unter der Überschrift „Wie die Bildungsplanung auch nicht funktioniert" (16. 3.) mit dem System der Bildungsplanung in der DDR, das „Fehllenkung als Folge" habe; weiter wird berichtet, daß von den 16,8 Mio. DDR-Bürgern „Sieben Millionen Ostdeutsche" Russisch-Kenntnisse hätten (15. 4.), die Studentenzahl abnimmt (6. 7.), es keine gleichen Bildungschancen gebe, da Arbeiter- und Bauernkinder bevorzugt würden (9. 5., 30. 7.) und an den Schulen „Personalprobleme" existierten (23. 7.), da zahlreiche Lehrerinnen Kinder erwarteten und beabsichtigten, die bezahlte Freistellung von der Arbeit für ein Jahr in Anspruch zu nehmen. Die Kargheit dieser Informationen zum Thema „Recht auf Bildung" in der DDR wird deutlich, wenn man die Berichterstattung des ND zu diesem Thema heranzieht[14]).

Wie diese Angaben im einzelnen auch einzuschätzen sind, so verdeutlichen sie doch zumindest mit Gewißheit eines: die beträchtlichen Anstrengungen der DDR zur Erhöhung des Bildungsniveaus und der bemerkenswerte Anstieg der Qualifikation des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens. Beide Sachverhalte werden in der FAZ-Berichterstattung dadurch in ihr Gegenteil verkehrt, daß man „Personalprobleme" vermeldet und auf die „Abnahme der Studentenzahlen" verweist, implizit also nahelegt, daß keine ausreichenden Mittel bereitgestellt werden und die Qualifikationsstruktur – angesichts sinkender Studentenzahlen – sich verschlechtert.

Die Meldungen der FAZ zu den Themenbereichen „Gesundheit" und „Wohnen" in der DDR sind vergleichbar und sollen hier nicht mehr so ausführlich dargestellt werden[15]).

---

14) Es finden sich Berichte über Hochschulen und Studentenschaft – insbesondere die Beteiligung der Studenten an der Forschung – (ND 5. 7., 2.–3. 4., 23.–24. 7.), über die Ausbildung von gegenwärtig knapp 5000 Vietnamesen in der DDR (21. 4., 22. 7.) und die Ausbildungsleistungen der UdSSR für DDR-Bürger (29. 7.); weitere Berichte (19. 1., 10. 3., 11.–12. 6.) informieren über die finanziellen Anstrengungen und Entwicklungstendenzen im Schulwesen: 2,6 Mio. Schüler werden von 178700 Pädagogen an 6000 allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen ausgebildet; zwischen 1971 und 1975 wurden 20000 Unterrichtsräume gebaut, 54000 Lehrer nahmen ihren Beruf auf, die Ausgaben für das Bildungswesen steigen überdurchschnittlich und betrugen 1976 6,2 Mrd. Mark, 92% der Schüler gehen nach Abschluß der 8. Klasse in die 9. bzw. 10. Klasse der polytechnischen Oberschule über. Im Schuljahr 1976/77 erhielten über eine Million Schüler der 7. bis 10. Klassen in 5108 Betrieben ihre polytechnische Ausbildung; in ca. 3500 polytechnischen Zentren, Schülerwerkstätten, Schülerproduktionsabteilungen und Kabinetten unterrichteten gemeinsam mit rund 7500 Fachlehrern für Polytechnik 6000 hauptamtliche und 25000 nebenamtliche Kräfte. Seit 1971 erwarben 440000 Personen den Facharbeiterabschluß, darunter 60% Frauen; während 1971 nur 26% der Produktionsarbeiterinnen einen Facharbeiterabschluß hatten, waren es 1976 bereits rund 45%; verdoppelte sich die Anzahl der Berufstätigen mit Hochschulbildung in der Industrie und im Bauwesen im letzten Jahrfünft; der Anteil der Facharbeiter an den Produktionsarbeitern innerhalb der Industrie nahm auf mehr als die Hälfte, im Bauwesen auf mehr als zwei Drittel zu. Schließlich finden sich noch Informationen über die Bildungsmaßnahmen für spezielle Gruppen: FDJ-Studienjahr, Frauenakademien, Gewerkschaftsausbildung in den „Schulen der sozialistischen Arbeit", Ausbildung von Funktionären der Landwirtschaft und von Pädagogen.

15) Allerdings ist hervorzuheben, daß die FAZ neben Berichten über „Viele Tablettensüchtige auch in der DDR" (11. 6.), Leber- und Nierenverpflanzungen (24. 6., 12. 8.) und den Rückgang der ärztlichen Privatpraxen (13. 4.) am 11. 8. auch einen Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) aus Westberlin zum Gesundheitswesen der DDR wiedergibt, in dem zwar die „erheblichen Mängel im Alltag" des Gesundheitswesens der DDR hervorgehoben werden, aber auch das Niveau des Gesundheitswesens der DDR als hochstehend und mit dem der BRD durchaus vergleichbar eingeschätzt wird. Auf dem Gebiet der Prophylaxe und der Früh-

Zum Komplex „Wohnen" finden sich 5 Meldungen über Restaurationen bzw. Rekonstruktionen in der FAZ (22. 3., 1. 4., 15. 4., 27. 4., 11. 8.), eine Meldung über die Eröffnung eines weiteren „Interhotel" in Berlin (20. 4.), schließlich drei Berichte, die über leerstehende Wohnungen in der DDR informieren (19. 2.), ein – unterstelltes – völliges Fiasko der Wohnraumplanung und -lenkung ironisieren (9. 8.) und anläßlich des 5. Plenums des ZK der SED, das sich ausführlich mit der Wohnungsfrage beschäftigte, über die Wohnsituation in der DDR berichten (22. 3.). Quintessenz dieses Berichts: „die Planung klappt vorn und hinten nicht", fast „unmöglich" scheine „unter den gegebenen ideologischen – das heißt privateigentumsfeindlichen – Bedingungen die Erhaltung der großen Bausubstanz zu sein", zumal die wirtschaftspolitisch vernünftige Erhöhung „der extrem niedrigen Mietpreise" politisch nicht zu verkraften wäre; immerhin habe sich das Tempo des Wohnungsbaus beschleunigt, 1976 seien erstmals mehr als 100 000 Neubauten fertiggestellt worden. Insgesamt werden in dieser Nachrichtenpolitik weder die außerordentlichen Größenordnungen des Wohnungsbauprogramms[16]), sein gesellschaftlicher Charakter[17]) noch die Tatsache deutlich, daß die geplanten Kennziffern des Wohnungsbauprogramms seit Jahren erfüllt und überboten werden. Ebensowenig werden die tatsächlichen Schwierigkeiten deutlich[18]).

Dem minimalen Umfang und der hohen Selektivität der Informationsgebung auf dem Gebiet der „sozialökonomischen Rechte und Freiheiten" entspricht es, wenn die FAZ zur Thematik „Recht auf Arbeit", zur Entwicklung der Sozialpolitik in den RGW-Staaten, insbesondere der UdSSR und der DDR[19]), und zur Entwicklung der Arbeitsbedingungen der Bevölkerung kaum ein Wort verliert. Bedenkt man etwa den hohen Konkretionsgrad der Meldungen über politische Vorgänge (Dissidenten usw.), muten die bereits zitierten 6 Zeilen zur Sozialpolitik der DDR (2. 5. „Verkürzung der Arbeitszeit, vor allem für Schichtarbeiter") wie eine Verspottung des Leitbilds umfassender, gegenstandsgerechter Information an. So wurden in der DDR Anfang des Jahres für Schichtarbeiter 3 zusätzliche Urlaubstage eingeführt, vollbeschäftigte allein-

---

erkennung sei es dem der BRD sogar überlegen (11.8.). Wesentliche Informationen freilich werden nicht gegeben:. Die geplante Verdoppelung der Investitionen im Gesundheitswesen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre (ND 11.7.), Daten zum beträchtlichen Ausbau des Netzes der Gesundheitseinrichtungen vor allem auch auf dem Land (ND 12.4., 11.2.), die außerordentliche Entwicklung des Betriebsgesundheitswesens (4.7., 27.5., 11.4., 27.4.), die Entwicklung der Sozialversicherung (3.2., 9.–10.7., 1.2., 5.–6.3., 8.7.), die gesundheitliche Versorgung sozialer Sondergruppen (18.3., 11.2., 22.6.) – nicht zufällig genau jene Bereiche und Sachverhalte, welche die spezifische gesellschaftliche Qualität des Gesundheitswesens der DDR deutlich machen.

16) Vgl. ND 2./3. 4.: die Wohnungsfrage als soziales Problem bis 1990 zu lösen heißt, 2,8–3 Millionen Wohnungen durch Neubau und Modernisierung zu schaffen, darunter im Zeitraum 1967–1980 750000, darunter 550000 Neubauwohnungen, wofür bis 1980 55 Milliarden Mark aufgewandt werden und die Wohnverhältnisse von etwa 2,3 Millionen Bürgern sich verbessern.

17) Der Zuwachs von Wohnraum soll vor allem der Arbeiterklasse zugute kommen; umfassendes sozialstatistisches Material hierzu liegt jedoch nicht vor.

18) Sie liegen weniger – wie die FAZ annimmt – im Bereich der Eigentumsverhältnisse. Wesentlicher sind Probleme der Struktur und Entwicklung der Produktivkräfte. Vgl. zum Thema insgesamt ND 2.–3.4., 6.4., 9.–10.4., 3.5., 21.3., 19.–20.3., 4.2., 11.2., 24.1., 12.–13.2., 12.–13.3., 5.4., 20.4., 21.4., 13.7., 25.7., 30.–31.7.

19) Vgl. vor allem ND 30. 4. – 1. 5. sowie 12. 8. Von den im Berichtszeitraum zahlreich anfallenden Informationen zur Umweltpolitik in der DDR – vgl. z. B. ND 28.–29.5., 13.7., 8.8., 9.8. – findet sich in der FAZ nichts. Statt dessen berichtet sie im Wirtschaftsteil über die Gefährlichkeit der DDR-KKW und die subversive Finanzierung von Anti-KKW-Gruppen in Brokdorf. Dieses Muster der „5. Kolonne" findet sich in der Darstellung der Außenpolitik der DDR nebenbei öfters, vor allem bei der Darstellung oppositioneller Bewegungen und Gruppen in der BRD, in erster Linie natürlich bei der Erwähnung der DKP.

stehende Frauen ab 40. Lebensjahr erhielten einen monatlichen Hausarbeitstag, auch wenn sie keine Kinder haben, die Bedingungen der freiwilligen Zusatzrentenversicherung wurden verbessert. Am 1. Mai wurde für über 900 000 Beschäftigte die 40-Stunden-Woche eingeführt, für rund 600 000 Beschäftigte, die im Zweischichtsystem arbeiten, wurde die wöchentliche Arbeitszeit von $43^3/_4$ auf 42 Stunden verkürzt usw. (ND 30. 4.–1. 5.). Die sozialpolitischen Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen werden in der FAZ nur in Bruchstücken und an kaum auffindbaren Stellen erwähnt (am 18. 7. in einem Wirtschaftsbericht mit der Schlagzeile „Die Wachstumsrate in der DDR hat sich weiter abgeschwächt"). Der Bereich der Arbeit ist für die FAZ ohne Interesse. Auch hierin zeigt sich der soziale – eben bürgerliche – Charakter dieser Zeitung und ihrer Berichterstattung.

VI

Dieser soziale Charakter der Berichterstattung der FAZ über die sozialistischen Länder zeigt sich noch deutlicher, wenn man der Frage nachgeht, welches Gesellschaftsbild diese Berichte vermitteln. Von den 61 (40) Meldungen zur Sozialstruktur der Gesellschaften im RGW-Bereich (bzw. der DDR) entfallen zwei Drittel auf die Darstellung religiös gebundener Gruppen. Insgesamt betreffen die Themenbereiche „Sozialstruktur-Arbeiterklasse-Bauernschaft-Soziale Sondergruppen-Kirchen" 2,81% der SL- und 5,49% der DDR-Berichterstattung.

Arbeiter kommen unter den 2156 Meldungen der FAZ nur zweimal vor: am 12. 8. und am 15. 8., als die FAZ einen „Streik rumänischer Bergleute?" mußmaßte und über den Besuch Ceausescus in den Bergarbeitergebieten berichtete.

Während die Bauernschaft als soziales Subjekt nur zweimal vorkommt[20]), werden einige soziale Sondergruppen genannt: Frauen (10. 2., 8. 3., 9. 3., 4. 5.), Männer (10. 2., 13. 4., 9. 5.), Kinder und Jugendliche (27. 6.), Selbständige (7. 7.); außerdem wird über die Entwicklung der Geburtenziffern informiert[21]) und eine Zunahme der Zahl der Ehescheidungen konstatiert (7. 7.).

Berücksichtigt man die Gesamtheit der Informationen der FAZ über die SL, so besteht für einen Leser, der seine Informationen nur aus dieser Zeitung be-

20) Umfassende Angaben hierzu in ND v. 18.–19. 6.; im Berichtszeitraum erscheinen zur sozialen Struktur der Bauernklasse, dem Charakter der Arbeit auf dem Land, der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen und der angestrebten sozialen Annäherung von Stadt und Land, Genossenschaftsbauern und Arbeiterklasse Dutzende von Berichten im ND.

21) FAZ v. 14. 3., 21. 5. Den Inhalt dieser Meldungen mögen einige Überschriften andeuten: „Lehrgang für werdende Väter sehr gefragt", „Meine Frau, die fährt zur See", „Öfter Sorgerecht für geschiedene Väter in der DDR", „Sorgen in der DDR über jugendliche Rowdys", „Frauenschicksale", „Was Männer in der DDR wünschen und fürchten". Eine bemerkenswerte Ausnahme macht die FAZ v. 9. 3. 1977, welche (mit Quellenangabe) statistische Angaben aus dem ND vom 8. 3. zitiert über den Beschäftigungs-, Qualifikationsgrad der Frauen in der DDR, ihren Anteil an den Hoch- und Fachschülern und ihren Anteil an Leitungsfunktionen. Detaillierte und statistische Angaben über andere Bevölkerungsgruppen werden nicht wiedergegeben wie über Jugendliche/Kinder (ND 2. 6., 13. 8., 23. 5., 9.–10. 4., 21. 3., 28. 4.), alte Menschen (30. 3., 14. 2., 25. 4., 26. 4.), nationale Minderheiten in der DDR (26.–27. 3.) oder die Familienpolitik (29. 7., 12.–13. 3., 5.–6. 3.).

zieht, die Gesellschaftsordnung der sozialistischen Länder aus sechs Personengruppen, die sich entsprechend ihrer Gewichtigkeit gruppieren in:

1. Spitzenpolitiker
2. Dissidenten
3. Intellektuelle
4. Gläubige
5. Agenten
6. Sonderlinge[22]).

Damit zeigt die FAZ, wie über den Mechanismus der „Ent-Nennung" (Roland Barthes) und – mehr noch – der radikalen Ausgrenzung aus dem Informationshorizont am einfachsten und reibungslosesten der *Klassencharakter* der sozialistischen Gesellschaften verschleiert werden kann. Der Mechanismus der Ausgrenzung verläuft auf zwei Ebenen: Gesellschaft ist einerseits eine abstrakte, statistisch erfaßbare Personengesamtheit („Bevölkerung"), die in eine Vielzahl unterschiedlicher Gruppen aufgegliedert werden kann; andererseits wird in der FAZ die Arbeiterklasse nicht einmal zu einer sozialen Gruppe unter anderen reduziert – sie kommt einfach nicht vor: weder als Klasse, noch als Gruppe, noch als Individuum gibt es das Subjekt „Arbeiter".

Angesichts der so inszenierten eigentümlichen Strukturlosigkeit der Gesellschaft, die als Personensummierung oder bestenfalls als beliebige Ansammlung von Gruppen erscheint, wird das Modell der politischen Struktur der sozialistischen Gesellschaft erst möglich: das totalitarismustheoretische Modell einer bipolaren, diktatorialen Struktur „Partei- und Staatsspitze versus politisch einflußloser Bevölkerung".

VII

Über zwei Drittel der erfaßten Informationseinheiten zum Themenbereich „Wirtschaft" und „Außenwirtschaft" (insgesamt 9,50%) entfallen auf die DDR (31,0%) und die UdSSR (35,6%); der Rest entfällt auf einzelne Länder des RGW (20,8%) oder auf die Gesamtheit der RGW-Länder (12,5%). Das hinter der Präsentation einer Vielzahl einzelner, meist sehr kurzer Informationen verborgene Muster der Nachrichtenpolitik und -strukturierung folgt im wesentlichen *drei Haupttendenzen:*

a) Erscheinungsformen der kapitalistischen Krise werden auf die sozialistischen Länder projiziert

Dieser Mechanismus läßt sich an vier Sachverhalten deutlich demonstrieren. Erstens wird ein Schwerpunkt auf die Berichterstattung über eine *Abschwächung des Wirtschaftswachstums* in den sozialistischen Ländern gelegt: „Auch Moskau spürt die Rezession" (24. 1.) ist dabei das Motto. Zweitens finden *Preiserhöhungen* in den sozialistischen Ländern besondere Beachtung

22) Das sind solche Leute wie der Drehorgelbauer Bacigalupo, der als einst führender Drehorgelbauer im Juli 1977 seine Werkstatt in der DDR für immer schloß (4.7.); oder ein Leipziger, der 15735 Rasierklingen aus 77 Ländern gesammelt hat (25.7.).

(z. B. 26. 5., 23. 7., 25. 7., 20. 7., 2. 4.), zweifellos in der Absicht, eine „weltweite" inflationäre Tendenz zu suggerieren oder zu belegen. Drittens spielt der *ökonomische Expansionismus* eine hervorragende Rolle: das betrifft in erster Linie die sehr ausführliche Berichterstattung über die Fragen der Fischerei (36 Meldungen), die – legt man die bloße Quantität als Maßstab an – tatsächlich das Bild der Wirtschaft der sozialistischen Länder, wie es durch die FAZ vermittelt wird, weitgehend bestimmt: knapp ein Fünftel der gesamten Wirtschaftsberichterstattung entfällt auf diesen Bereich! Schließlich rezipiert die Nachrichtenpolitik viertens diejenigen Sachverhalte, die als Nachweis für die hohen *sozialen Kosten* der Wirtschaftsentwicklung der SL dienen können: Rohstoff- und vor allem Energiekrise (10. 8., 18. 4.), bedenkenloser Ausbau der Kernenergie (14. 7.), fehlender Umweltschutz (5. 2., 26. 7.).

b) Die Wirtschaft der SL befindet sich in einer – sei's strukturellen, sei's aktuellen – Krise und ist der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unterlegen

Auch dieses Interpretationsmuster wird in unterschiedlicher Weise zum Ausdruck gebracht. Eine überraschend große Rolle spielt weiterhin die Betonung der *Konsumsphäre* und der grundlegenden oder aktuellen Unfähigkeit der produktions- und akkumulationsorientierten Planwirtschaften, die Bedürfnisse der Bevölkerung zufriedenstellend und ausreichend zu befriedigen. Hervorzuheben sind hier die Berichterstattung über die Ökonomie der VR Polen (1. 2., 4. 7., 8. 7., 20. 7., 11. 8.) oder die ausführlichen Informationen über den Import von EG-„Sozialbutter" nach einzelnen RGW-Ländern bzw. Jugoslawien (14. 3., 1. 4., 3. 3., 2. 3., 28. 2., 25. 2.). Um die Krisenhaftigkeit der Ökonomie der sozialistischen Länder belegen zu können, wird in unterschiedlicher Weise die *Unvereinbarkeit der Erfordernisse moderner industriegesellschaftlicher Entwicklung mit sozialistischen Zielvorstellungen und Praktiken* behauptet. In Berichten über die DDR-Landwirtschaft (25. 1., 12. 3.) ist etwa die Rede von den „Fehlern des Systems", die ihren Ursprung in einer Agrarpolitik hätten, „die ausschließlich aus der kommunistischen Ideologie her abgeleitet werden kann, ganz gewiß nicht aus betriebswirtschaftlichen oder agrarpolitischen Notwendigkeiten . . . Die mit teutonischer Grundsatztreue betriebene Trennung von Pflanzenproduktion und Tierproduktion, wie sie in solch radikaler Form in Zentraleuropa nur in der DDR durchgesetzt wird, hat in unserem Verständnis etwas Mechanisches, Verkrampftes, rein ‚Ideologisches'; in der Praxis geht solche Arbeitsteilung bis zum Widersinn, und sie schafft Probleme, die es ohne die sozialistische Agrarpolitik gar nicht gäbe" (12. 3.)[23]). Die grundsätzliche Diagnose, daß sich die sozialistische Planwirtschaft „nicht in einem zugespitzt krisenhaften Zustand", aber in einer Lage befinde, die als „labil" zu charakterisieren sei (14. 3.), entspricht einer solchen Kennzeichnung. Sie sucht weiter Belege für Labilität und „normale", „nicht zugespitzte" Krisenhaftigkeit in *Außenhandelsdefiziten* und *Verschuldung* (15. 4., 14. 4., 9. 4., 9. 7., 2. 4., 12. 3., 13. 6., 3. 6., 8. 2., 17. 2., 18. 3., 5. 2., 14. 4.,

23) Den Beleg für diese „Verkrampftheit" bleibt dieser Bericht freilich schuldig, denn er vermerkt zu dem wenige Zeilen später angeführten Beispiel: „In Casekow scheint, soweit man dies von außen beurteilen kann, die Zusammenarbeit mit der LPG Tierproduktion ganz gut zu funktionieren."

21. 1., 5. 3., 20. 6., 16. 6., 19. 3., 14. 3., 10. 3., 3. 3., 10. 2.), der *Unfähigkeit zur Produktivkraftentwicklung* (Zwang zum Technologieimport, geringe Arbeitsproduktivität, Materialverschwendung (vgl. etwa 14. 3., 10. 6., 15. 4., 5. 2., 24. 1., 5. 2., 18. 3.), betont schließlich die relative *Ineffektivität der RGW-internen Kooperation und Spezialisierung* im Zeichen der „Imperialmacht" (25. 6.) UdSSR (vgl. z. B. 25. 6., 2. 4., 14. 3.). In der Krise ist schließlich das Planungssystem selbst: die Planung ist „fehlerhaft" (11. 8.), die Pläne müssen „revidiert" (11. 8.) werden, Planziele sind „gefährdet" (13. 8.), die Planung ist „nicht konsistent" (11. 8.), man steht vor „erheblichen, zusätzlichen Planungsschwierigkeiten" (11. 8.), die Planungsziele konnten „nicht voll erreicht werden" (14. 3.), kurz: „Die Planungsmaschinerie knirscht nach wie vor" (14. 3.).

c) Die Selektion systemspezifischer Merkmale der Wirtschaftsordnung und die Ausklammerung ihrer Erfolge

Die Grundmaxime der Wirtschaftsberichterstattung aus den sozialistischen Ländern ist es, die Überlegenheit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nachzuweisen, indem die Defizite und Krisen der sozialistischen Produktionsweise dargestellt werden und die positiven Eigenschaften der kapitalistischen Wirtschaftsordnung geschildert, Nachteile, Defizite und Krisen dagegen verschwiegen werden. Erfolge und Vorteile der sozialistischen Wirtschaftsordnung werden ausgeklammert. Sind solche Erfolge jedoch unübersehbar vorhanden und finden etwa wachsende Einkommen, verbesserte Sozialleistungen oder gestiegene Konsummöglichkeiten ihren Niederschlag in der Berichterstattung der FAZ (25. 1., 24. 1., 12. 3., 14. 3., 10. 6., 30. 7., 18. 7., 11. 8.) – dabei sind vor allem einige differenzierte Korrespondentenberichte von H. H. Götz hervorzuheben –, dann gibt es eine ganze Skala unscheinbarer, spontan oder bewußt in Aktion gesetzter Immunisierungstechniken, die verhindern, daß derartige Nachrichten unerwünschte Bewußtseinsprozesse beim Leser nach sich ziehen:

a) Entsprechende positive Einschätzungen gehen in der Überfülle der Nachrichten über Krisen, Dysfunktionen, Defizite völlig unter: sie machen keine 5% der Gesamtheit der Informationen aus.

b) Derartige Einschätzungen werden durch die Art ihrer Präsentation entwertet. Der Bericht über die DIW-Studie vom 10. 6., der gleich drei positive Informationen enthält (Steigerung des Lebensstandards, höheres Wachstum als in der BRD, Inkaufnahme von Effizienzverlusten zur Sicherung des Grundrechts auf Arbeit), ist überschrieben mit der Zeile: „Privatverbrauch in der DDR ein Drittel niedriger" und ungünstig placiert. Ein Reisebericht von E.-O. Maetzke vom 5. 2. dagegen, den man mit Fug und Recht ein wahres Horrorgemälde der DDR-Wirtschaft nennen kann[24]), breitet sich elegisch über eine ganze Seite

24) Einige Wörter aus dem Bericht: untergehende Wintersonne, Mühe, Ernüchterung, Rohbau, wenigsten vorzeigbare Bezirkshauptstadt, zurückgebliebenen und vernachlässigten Bezirk, ungünstigen Eindruck, Schlußlicht, Tempo . . . ist hier am langsamsten, riesiges altes Zuchthaus, Zwingburg, düstere, vegetationslose Bodenvertiefungen, Nachfristig, benachteiligt, gähnt das sozialistische Nichts, Verödung und Rückschritt, zerstört,

einer Samstagsausgabe der FAZ aus und hinterläßt natürlich einen unendlich nachhaltigeren Eindruck als einige Zeilen im Wirtschaftsteil.

c) Generell wird auf die Wiedergabe zahlreicher Sachverhalte verzichtet, die gängigen Annahmen über die Wirtschaftsordnung der SL widersprechen: etwa der Annahme über eine hohe „Ausbeutung" der Arbeiter[25]) oder den Behauptungen über die große Ineffektivität und den technischen Rückstand der DDR-Wirtschaft[26]).

d) Vor allem aber finden sich keinerlei Versuche, die Ursachen für die höchst sporadisch erwähnten ökonomischen oder sozialpolitischen Fortschritte auszumachen und darzustellen. Die Aufmerksamkeit gilt vielmehr ausschließlich den Ursachen der behaupteten Mißerfolge! Dabei werden immer wieder die verstaatlichten (vergesellschafteten) Eigentumsverhältnisse und das Planungs- und Leitungssystem als Ursachen für Mißerfolge hervorgehoben. Daß gesellschaftliches Eigentum und gesellschaftliche Planung und Leitung des Produktionsprozesses auch die Ursache für ökonomische und soziale Erfolge sein könnten – dieser Gedanke bleibt von vornherein ungedacht. Konsequenterweise läßt sich die Nachrichtenpolitik der FAZ auch nicht auf die grundlegende Dimension der politischen Ökonomie des Sozialismus ein; es bleibt offen, was die ökonomische Zielfunktion des Wirtschaftens in diesen Ländern ist: die Steigerung des Mehrwerts oder die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse. Die soziale Natur – der Klassencharakter – der Wirtschaftsordnung der sozialistischen Länder bleibt vollständig verborgen.

Eine abschließende Einschätzung der Berichterstattung der FAZ über die sozialistischen Länder soll unterbleiben. Die Haupttechniken und -merkmale der Nachrichtengebung sind deutlich geworden: die außerordentliche *Selektivität* der Informationsgebung, die *Verkehrung* von Sachverhalten in ihr Gegenteil, die *Pseudokonkretheit* der Berichterstattung[27]), die durchgängige, *emotionalisierte Negativierung*, die *Projektion* bürgerlicher Ideologie über die (erstrebenswerte) Struktur und Funktionsweise von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auf die SL, der grundlegende Mechanismus der *Entnennung*, der auf die Verschleierung der sozialen Natur der sozialistischen Gesellschaften abzielt (sei's bewußt, sei's unbewußt), die *taktische Einordnung* der Nachrichtengebung unter politische Kampagnen, die ständige *Verpflichtung* des Lesers auf das eigene System, dessen historische oder aktuelle Überlegenheit

verwüstet, niedriges Niveau, schlecht erhalten, teilweise restauriert, verkommene Park, totaler Verfall, einem der schlimmsten Nachkriegs-Konzentrationslager der sowjetischen Besatzungszone, gespenstischem Areal, verfallenden Dom, heruntergekommenen, ausgekohlten, düsteren, der tiefste Punkt des sozialistischen Deutschlands.

25) Das betrifft etwa Angaben über die Entwicklung der Arbeitsunfälle und des Arbeitsschutzes; vgl. neben dem ND die Meldungen in „Die Wirtschaft", 19/20/1977.

26) Vgl. ND v. 8. 2., wonach der Automatisierungsgrad der Ausrüstungen der Industrie 1970–1975 von 33% auf 42% zunahm, in der zentralgeleiteten Industrie 40% der Ausrüstungen wertmäßig nicht älter als 5 Jahre waren und 12,2% der in der Produktion tätigen Personen an automatisierten Anlagen beschäftigt waren. Die Arbeitsproduktivität stieg von 1971 bis 1975 auf 132%. Daneben ist auf die Berichte über die Neuererbewegung zu verweisen; vgl. ND v. 6.5., 2.–3.4., 12.–13.3.

27) Vgl. die „Richtigstellungen" in diversen Leserbriefen und Meldungen (5.3., 16.3., 1.4., 2.6.), die sich auf so entscheidende Dinge wie Amtsnachfolgen und Raketenstandorte in Afrika bezogen – so den Eindruck gesicherter Präzision der Nachrichtengebung hinterlassend.

durch die permanente Konstruktion eines negativen Gegensystems nachgewiesen werden soll. Darin liegt die Parteilichkeit der Berichterstattung der FAZ: kein „Journalismus als Eiertanz", wie Hans Magnus Enzensberger noch 1962 diagnostizierte, sondern Journalismus als Instrument bürgerlicher Ideologiepolitik.

Die gegenwärtige politische Lage und das Kräfteverhältnis der Parteien in Griechenland

Von Antonios Chryssos

Griechenland, Zypern, Türkei – Eckpunkte eines Krisendreiecks, in dem innere Spannungen und äußere Einflußnahme, vor allem von seiten der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik, zu einer unheilvollen Konzentration politischen und potentiell kriegerischen Sprengstoffs geführt haben. Im Juli erregte die Ausweisung eines früheren Botschaftsrats der Bonner Botschaft auf Zypern Aufsehen. „Die Schwarze Internationale des Franz Josef Strauß . . . steht hinter der in ihrem Umfang beschränkten Verschwörung, die in Zypern aufgedeckt wurde . . .", schrieb dazu die konservative Athener Zeitung „Kathimerini" (lt. „Frankfurter Rundschau" v. 17. 7. 1978). Strauß dementierte heftig. – Jetzt hat die Aufhebung des Waffenembargos der USA gegen die Türkei – trotz Fortbestehens des Embargo-Grundes, nämlich der türkischen Besetzung Zyperns – erneut den Blick auf Griechenland gelenkt: Wie wird dieses Land auf den Schritt der USA reagieren? Welche Richtung nimmt die Entwicklung in Griechenland jetzt? Der nachstehende Artikel behandelt diese Fragen aus griechischer Sicht. Ein Beitrag zur Türkei wird folgen. D. Red.

I. Das veränderte Kräfteverhältnis der Parteien nach den Parlamentswahlen vom 20. November 1977

Die Parlamentswahlen vom 20. November 1977 in Griechenland mögen für ausländische Betrachter überraschende Ergebnisse gezeitigt haben, unerwartet war ihr Ausgang dennoch nicht. Wie der Tabelle zu entnehmen ist, erfuhr das konservative Lager um Ministerpräsident Karamanlis eine empfindliche Niederlage: Die „Neue Demokratie" verlor ca. 12% der Stimmen und 20% der

Parlamentssitze. Dafür aber kam das juntafreundliche und royalistische, rechtsradikale Lager mit 6,8% unerwartet gestärkt aus den Wahlen hervor. Insofern fiel also die Schwächung der Rechten insgesamt nicht so spürbar aus, wie der erste Eindruck zu suggerieren vermag. Interessant ist dennoch – vor allem in Hinblick auf künftige Entwicklungen –, daß die politische Rechte nicht nur geschrumpft ist, sondern außerdem eine Spaltung erlitt, die die Position dieses Lagers mehr zu schwächen imstande ist, als die niedrigen Stimmenanteile vermuten lassen.

Vergleich der Wahlergebnisse zum griechischen Parlament von 1974 und 1977

Parteien	*1974*		*1977*	
	Stimmenanteil in %	*Sitze*	*Stimmenanteil in %*	*Sitze*
1. „Nea Demokratia" („Neue Demokratie"/ K. Karamanlis)	*54,37*	*216*	*41,85*	*173*
2. PASOK („Panhellenische Sozialistische Bewegung"/A. Papandreou)	*13,57*	*15*	*25,33*	*92*
3. EDIK (1974: E.K.-N.D.: „Zentrumsvereinigung – Neue Kräfte"/G. Mavros)	*20,42*	*61*	*11,95*	*15*
4. KKE (deutsch: KPG) Kommunistische Partei Griechenlands/Ch. Florakis)	–	–	*9,36*	*11*
5. „Etniki Parataxis" („Nationale Formation": rechtsradikale Partei der Juntaanhänger. 1974: EDE)	*1,08*	*0*	*6,82*	*5*
6. „Symmachia" (Bündnis der KPG/Inland, EDA und drei anderer, bürgerlich-liberaler Parteien)	–	–	*2,72*	*2*
7. „Enomeni Aristera" („Vereinigte Linke": Bündnis der zwei KPG-Fraktionen und der EDA)	*9,47*	*8*	–	–

Das entscheidende Ergebnis dieser Wahlen stellt jedoch die erhebliche Stärkung und Konsolidierung des linken Lagers dar: die PASOK, die KPG sowie das „Bündnis der Fünf" (KPG/Inland, EDA, sowie drei weitere radikaldemokratische Organisationen) vereinigen nun ca. 38% der Stimmen und gut 35% der Parlamentssitze auf sich. Nach den Wahlen von 1974 dagegen verfügten diese politischen Kräfte nur über 23% der Stimmen und knapp 8% der Parlamentssitze. Ein anderes bemerkenswertes Ereignis ist der starke Einbruch der Linken – vor allem der PASOK –[1]) in die ländlichen Bevölkerungsschichten (grundsätzlich eine Hochburg des konservativen Parteienlagers). Es ist bekannt, daß sowohl die „Neue Demokratie" als auch die EDIK in den Provinzstädten und in den Dörfern vieler Departements beachtliche Stimmenanteile an die PASOK verloren haben[2]). Diese unangenehme Wahlüberraschung erlebte die Rechte sogar vor allem in Gebieten mit einer relativ wohlhabenden und traditionell konservativen Bauernschaft[3]). Einen überragenden Wahlsieg

1) Vgl. „Anti" (14tägig in Athen erscheinende politische Revue) v. 3. 12. 1977, S. 5.
2) „Anti" v. 31. 12. 1977, S. 22f.
3) O. Androulakis, Die Parteien und die Klassenstrategien, in: „Komep" (Kommunistische Revue), 3/1978, S. 110.

erzielte die PASOK: sie konnte ihren Stimmenanteil fast verdoppeln und ihre Parlamentssitze versechsfachen. Aber auch der KPG gelang ein eindrucksvoller Erfolg, obwohl sie ihr 10%-Ziel knapp verfehlte. Dieses Ergebnis erweist sich als besonders bedeutungsvoll, wenn hier die Tatsache berücksichtigt wird, daß diese Partei sich – zum erstenmal seit 30 Jahren in der Legalität – gegenüber einer Konkurrenz sowohl von seiten der PASOK als auch – und vor allem – von seiten der abgespaltetenen KPG-Fraktion („Inlandsbüro"), sowie der EDA behaupten mußte. Dieser Erfolg der KPG, die mit 9,4% fast den Stimmenanteil der „Vereinigten Linken" aus den Wahlen von 1974 erreichte, läßt die Schlußfolgerung zu, daß das politische Programm und die politischen Aktivitäten dieser Partei in der abgelaufenen dreijährigen Legislaturperiode breite Massen über das traditionelle linke Wählerpotential hinaus zu überzeugen imstande waren.

Eine katastrophale Wahlschlappe erlebte die EDIK (Sammelbecken der Überbleibsel des traditionellen politischen Zentrums): ihr Stimmenanteil schrumpfte von 20,4% auf 11,95%, und sie verlor drei Viertel ihrer Parlamentssitze. Es wird geschätzt, daß die EDIK sowohl viele konservative als auch fortschrittlichere Wähler verloren hat. Man geht allerdings davon aus, daß von diesen Verlusten eher die „Neue Demokratie" als die PASOK profitierte[4]). Es drängt sich also der Schluß auf, daß bürgerliche Wählerschichten, die früher Zentrum gewählt haben, diesmal sich der Partei von Karamanlis zugewandt haben und wesentliche Teile der Bauernbevölkerung, die das letzte mal noch Karamanlis wählten, diesmal der PASOK den Vorzug gaben.

Die Gründe für die Zersetzung des bürgerlichen Zentrums können nur im Spiegel der während und nach der Diktatur stattgefundenen sozio-ökonomischen und politischen Entwicklungen erkannt werden. Die entscheidende Frage ist aber, inwiefern diese Kräfteverschiebungen und die daraus hervorgerufene Schwächung der Rechtskräfte die Regierung Karamanlis zu einem substantiellen Kurswechsel in wichtigen innen- und außenpolitischen Bereichen und somit zur rechtzeitigen Abwendung von gravierenden nationalen Gefahren werden zwingen können. Bei diesen nationalen Gefahren, die heute die territoriale Integrität und die Souveränität Griechenlands – auf eine in den letzten 30 Jahren nie dagewesene Art und Weise – bedrohen, handelt es sich um die Ägäis-Problematik, die in der akuten Bedrohung der Souveränität Griechenlands über die östliche Ägäis und seines Rechts auf Ausbeutung der in der nördlichen Ägäis befindlichen Öllager besteht, sowie um die Zypernfrage. Mehr oder weniger eng mit diesen beiden Problemen verwoben sind Fragen wie die „Wiederkehr" Griechenlands in die militärische Organisation der NATO, die US-Basen in Griechenland und die Aufnahme Griechenlands als Vollmitglied in die EWG.

Die Vorverschiebung der Parlamentswahlen um ein Jahr (statt 1978 fanden sie 1977 statt) wurde von Karamanlis im Hinblick auf die Tatsache vorgenommen, daß gerade im normalen Wahljahr 1978 endgültige Entscheidungen über die

4) „Anti" v. 3. 12. 1977, S. 5.
5) Entfällt.

oben angeschnittenen Themen fällig wären. Da diese Entscheidungen den nationalen Interessen Griechenlands eindeutig zu widersprechen drohen – auf jeden Fall dem griechischen Volk gegenüber nicht zu vertreten wären –, entschied sich also Karamanlis zu diesem Wahlmanöver, um mit einer, wenn auch geschrumpften, Mehrheit in die nächste Legislaturperiode zu gelangen. Um die „Zwangssituation", in der sich die Regierung Karamanlis angesichts des anbrechenden Wahljahres befand, zu verstehen, ist es notwendig, die wichtigsten Probleme, mit welchen sie konfrontiert ist, eingehender zu betrachten.

II. Die wesentlichen Zusammenhänge des Zypern- und Ägäiskonflikts

Die Konfliktlage zwischen Griechenland und der Türkei, deren aktuell ausgeprägtester Ausdruck die Zypern- und vor allem die Ägäiskrise ist, besteht zwischen zwei nicht völlig souverän über ihre Geschicke entscheidenden Länder. Es ist bekannt, daß diese beiden Länder im Epizentrum eines viel weiteren und verwickelteren internationalen Konfliktherdes liegen. Dieser umfaßt unmittelbar den gesamten Nahen und Mittleren Osten sowie die östliche Hälfte des Mittelmeers. Dieses Gebiet ist vor allem wegen der Präsenz des arabischen Öls sowie der Existenz des (wiedereröffneten) Suezkanals, der den direkten Zugang zu den Ölquellen und dem Becken des indischen Ozeans darstellt, zum Konfliktfeld geworden. Direkte Gegenspieler sind dabei die um ihren nationalen Bestand und ihre Unabhängigkeit kämpfenden unterentwickelten Länder dieser Weltregion und die auf deren Beherrschung beharrenden Machtzentren Westeuropas und der USA. Griechenland und die Türkei dienen dabei in ihrer Eigenschaft als NATO-Mitglieder als vorgeschobene Posten für die Durchsetzung und Verteidigung der internationalen Kapitalinteressen in dieser Region. Wobei die Ägäis heute viel deutlicher als früher die Verlängerung des Bosporus darstellt. Ihre Bedeutung als Kontrollsperre für die Bewegungen der sowjetischen Flotte ist evident.

Wie kommt es aber dazu, daß zwei dem gleichen Bündnissystem (NATO) angehörende Länder wie Griechenland und die Türkei auf Kriegsfuß miteinander stehen, und wie stehen die übrigen NATO-Bündnispartner diesem Konflikt gegenüber? Um diese Fragen zu beantworten, ist es notwendig, einerseits den jeweiligen Stellenwert Griechenlands und der Türkei im NATO-Bündnis aufzuzeigen, andererseits aber den Grad der Beherrschung dieser beiden Länder durch die USA und die NATO einzuschätzen. Dabei ist zum Gesamtverständnis die Berücksichtigung der innenpolitischen Lage dieser beiden Länder unerläßlich.

Angesichts des relativen Einflußverlustes der USA im Nahen und Mittleren Osten und der zunehmenden Konfliktverschärfung in diesem Gebiet gewinnen Griechenland und vor allem die Türkei als Vorposten zur Verteidigung und Durchsetzung der Interessen der USA und der NATO gegenüber den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nord- und Ostafrikas zunehmend an Bedeutung. In diesem Zusammenhang spielt vor allem Zypern – nicht zuletzt angesichts der starken sowjetischen Flottenpräsenz im Mittel-

meer – als „unversenkbarer Flugzeugträger" eine immer größere Rolle für die USA.

In Abwägung der Bedeutung, die Griechenland auf der einen und die Türkei auf der anderen Seite für die USA und das NATO-Bündnis besitzen, scheinen die USA die Türkei als den wichtigeren Vorposten zu betrachten. Schließlich grenzt die Türkei zusammen mit dem Iran direkt an die UdSSR und ist ein großes Land von 780 000 km² mit 45 Mio. Einwohnern. Außerdem kontrolliert die Türkei die Dardanellen und damit den Zugang der Sowjetunion zum Mittelmeer und verfügt über das zweitgrößte Armeekontingent im Rahmen der NATO nach den USA[6]). Die USA legen also großen Wert darauf, daß ihnen die Türkei nicht verlorengeht. Hinzu kommt, daß sich Griechenland seit Jahrzehnten im festen Griff der USA und der NATO befindet und die griechische Oligarchie in dieser Zeit bewiesen hat, daß sie bereit ist, den zunehmenden Verlust der Souveränität Griechenlands hinzunehmen, wenn dies dem Ziel der eigenen Machterhaltung und der Zurückdrängung des „Kommunismus" in Griechenland dient. Die türkische Oligarchie scheint sich hier größere Spielräume bewahrt zu haben. Sie hat den USA gezeigt, daß sie notfalls zu drastischen Mitteln greifen kann, wie z. B. der Schließung der US-Basen[7]), wenn sie ihre Interessen gegenüber den USA durchsetzen will. Dabei ist die Türkei selbst im Vergleich zu Griechenland ein wirtschaftlich sehr armes und sehr zurückgebliebenes Land. Ihre oligarchischen Kräfte sehen sich zunehmend dem Druck der arbeitenden Bevölkerung ausgesetzt, deren demokratisches Bewußtsein vor allem in den letzten 10–15 Jahren gewachsen ist (Auswanderung von Millionen türkischer Arbeiter mit anschließender Rückkehr). Außerdem erlebte die Türkei in den letzten Jahren eine Desintegration und schließlich einen Zusammenbruch ihrer Staatsfinanzen. Ein probates Mittel, um der Destabilisierung des Herrschaftssystems im eigenen Land zumindest kurzfristig Einhalt zu gebieten, ist die materielle und psychologische Ablenkung der Bevölkerung von den eigenen sozialen Problemen durch Vorbereitung und Durchführung von Aggressionshandlungen zwecks Gebietsannektion. Diesem Weg ist auch die herrschende türkische Klasse gefolgt: erst durch ihre Aggression gegen Zypern und dann durch ihre Ansprüche auf die Ölfunde in der Nordägäis und ihre anmaßende Forderung nach einer Einschränkung der Souveränität Griechenlands über die Inseln und die Territorialgewässer in der Ostägäis.

Das Zypern-Problem und die vorgeschlagenen Wege seiner Lösung sind hinreichend bekannt. Weniger bekannt sind die Aspekte der Ägäis-Krise. Nachdem bekannt wurde, daß in der Nordägäis recht ergiebige Öllager ausfindig gemacht wurden, begannen immer forcierter vorgetragene Ansprüche der Türkei auf die Mitausbeutung des Erdöls. Hierzu mußte die Türkei die Teilung der Souveränität über die Ägäis anstreben. Wir können im Rahmen dieses Artikels die Dimensionen des Ägäis-Konflikts nicht vertiefen. Tatsache ist, daß die Türkei griechischer Souveränität unterliegendes Gebiet beansprucht

6) „Anti" v. 14. 1. 1978, S. 9.
7) „Anti" v. 17. 12. 1977, S. 6, gibt Informationen der türkischen Zeitung „Hürriyet" wieder, wonach die Amerikaner 43 Militärbasen in der Türkei unterhalten. Andere Quellen reduzierten diese Zahl auf 20 oder 25.

und nicht davor zurückschreckt, mit Krieg zu drohen für den Fall, daß Griechenland in der Ostägäis seine Rechte wahrnimmt und mit der Ölsuche voranschreitet.

Wichtig ist hier nicht nur, daß griechische Hoheitsrechte infrage gestellt werden und mit Krieg gedroht wird, sondern auch die Haltung der USA und der übrigen maßgeblichen NATO-Länder gegenüber diesem Problem und der Zypernfrage. Hierzu kann nur festgestellt werden, daß nicht nur keine „vornehme Neutralität" praktiziert wird, sondern daß die Türkei in ihrer aggressiven Haltung direkt oder indirekt ermutigt bzw. unterstützt wird. Im Hinblick auf die Zypernfrage wurde und wird diese Haltung dadurch manifest, daß unter Umgehung der UNO-Beschlüsse die USA und andere NATO-Länder – vornehmlich die Bundesrepublik Deutschland – Griechenland dazu auffordern, im Rahmen des NATO-Bündnisses durch bilaterale Gespräche mit der Türkei einer Zweiteilung Zyperns zuzustimmen (als wäre Griechenland dafür zuständig und nicht der souveräne zyprische Staat). Aufhorchen ließ in dieser Frage die Äußerung von Willy Brandt, der in einem Interview mit der „Deutschen Welle" von der Notwendigkeit sprach, die Zypernfrage im Rahmen der NATO zu lösen[8]).

Was die Amerikaner betrifft, so ermunterten sie unverblümt den türkischen Chauvinismus. Der US-Konteradmiral Gerald E. Miller, ehemaliger Kommandeur der 6. Flotte, bekundete seine Verwunderung (im Rahmen einer Diskussion, veranstaltet vom Zentrum für europäische Studien der Harvard Universität über das Problem der Sicherheit im östlichen Mittelmeer!) über die Selbstbeschränkung, die sich die Türken auferlegten, indem sie nicht das gesamte Zypern besetzten![9]) Er meinte außerdem, daß er nicht verstehe, warum z. B. die Insel Rhodos sich so lange einem ausdrücklichen türkischen Einfluß entziehe und warum die Türken ihre logischen Ansprüche auf die östliche Ägäis nicht entschiedener verfolgen[10]).

Man könnte diese Äußerungen als unverantwortliches Gerede von Privatpersonen betrachten, wenn die offizielle Politik der USA nicht in die gleiche Richtung wiese. Die inzwischen erfolgte Aufhebung des Waffenembargos gegenüber der Türkei ist der aktuellste Ausdruck dafür, wie sehr sich die USA um die Entspannung zwischen Griechenland und der Türkei sorgen. Interessant ist nun festzustellen, welches die Haltung der Regierung Karamanlis vor sowie nach den letzten Wahlen gegenüber dem wachsenden Druck der USA und der NATO gewesen ist und wie sich diese Haltung auch in der griechischen Innenpolitik manifestiert.

III. Die Außenpolitik der Regierung Karamanlis und ihre innenpolitische Widerspiegelung

Die Außenpolitik der Regierung Karamanlis ist heute genau wie in der Vergangenheit charakterisiert durch eine mehr oder weniger unbedingte Ein-

8) „Kathimerini" (Athen) v. 21. 6. 1975.
9) „To Vima" (Athen) v. 9. 3. 1975.
10) Ebd.

und Unterordnung unter das jeweilige amerikanische Diktat. Beliebtestes Leitmotiv bei den außenpolitischen Präferenzen und Handlungen dieser Regierung ist das mittlerweile sattsam wiederholte Bekenntnis „Wir gehören dem Westen an". Konsequenz dieses Bekenntnisses ist nicht etwa nur das Festhalten am kapitalistischen Wirtschaftssystem, sondern es schließt auch Bindungen und Verpflichtungen der USA und der NATO gegenüber ein, die den nationalen Interessen Griechenlands auf gravierende Weise widersprechen. Zwei der eklatantesten Fälle von nationalen Katastrophen, die weitgehend diesen Bindungen zuzuschreiben sind, gehören der nicht allzu fernen Vergangenheit an: der Putsch der Obristenclique in Griechenland im Jahre 1976, der nach einem Einsatzplan der NATO durchgeführt und mit intensiver Mitwirkung der CIA vorbereitet wurde[11]); sowie der türkische Überfall auf Zypern, wobei die Amerikaner von Anfang an alle türkischen Bewegungen nicht nur über ihre auf Zypern stationierten Radaranlagen beobachten konnten, sondern bei dem der amerikanische Militärattaché auf Zypern sogar die türkischen Einsatzeinheiten per Funk leitete[12]). Gleichzeitig waren es die Amerikaner, die von ihren Basen auf Kreta und in der Hähe von Athen aus die Vorbereitungen Griechenlands für eine Reaktion auf die türkische Invasion verrieten[13]).

Nach dem Sturz der Junta und der Übernahme der Regierungsgewalt durch Karamanlis verkündete dieser den Rückzug Griechenlands aus der militärischen Integration der NATO. Es gibt Spekulationen, daß Karamanlis – abgesehen von einem allgemeinen Verlangen der griechischen Öffentlichkeit nach diesem Rückzug und der vehement antiamerikanischen Haltung der griechischen Bevölkerung – sich nach 11 Jahren selbstauferlegten Exils in Frankreich gewisse Vorstellungen der Gaullisten gegenüber der NATO zueigen machte und daher ebenfalls zum Rückzug aus dieser entschlossen war.

Tatsache ist, daß Karamanlis trotz eines anfänglichen formellen Rückzugs aus den Instanzen der militärischen Organisation der NATO und trotz der Proklamation einer Revision des Status der amerikanischen Basen in Griechenland schon ein Jahr später die Rückkehr in die NATO betrieb. Er proklamiert eine Neuregelung des Status der US-Basen in Griechenland, derzufolge sie weiter bestehen sollen, wenn auch unter griechischer Aufsicht. Ergebnis dieser Haltung der Regierung Karamanlis, die einen Schritt vorwärts und zwei zurück bedeutet, ist, daß zwar sogar in konservativeren Kreisen der griechischen Bevölkerung das Mißtrauen gegenüber dem NATO-Bündnis wuchs, daß aber die ultrarechten juntafreundlichen Kräfte in der Staatsmaschinerie und in der Wirtschaft so verunsichert wurden, daß sie sich in den letzten Wahlen massiv von Karamanlis abwandten, obwohl dieser längst auf die altbekannten Positionen zurückgekehrt war. Die antiamerikanische und NATO-feindliche Stimmung im griechischen Volk wuchs indessen und erreichte

11) Über die Wirkung der CIA beim Putsch in Griechenland und Zypern vgl.: K.H. Hansen (SPD-MdB und ehem. Mitglied des Verteidigungsausschusses); „Junta und NATO", in: G. Wallraff/E. Spoo, Unser Faschismus nebenan, Köln 1975, S. 125ff.
12) „Anti" v. 25. 3. 1978, S. 15.
13) K. Hadziarghiris, Für eine griechische Außenpolitik, Athen 1975, S. 130.

weitere Bevölkerungsschichten, deren Zorn sich immer mehr auch gegen Kramanlis richtete.

Die Stimmung gegen Karamanlis wuchs aber auch wegen seiner halbherzigen Verfolgung der Verbrechen der Junta. Bezüglich der Ahndung der Juntaverbrechen zeigten Justiz und Regierung vielmehr eine skandalöse Nachsicht, die zum Teil als direkte Unterstützung dieser faschistischen Kräfte anzusehen ist. Bombenanschläge rechter Terrorgruppen häuften sich, wobei die Existenz bzw. die Gefährlichkeit dieser Kräfte von Regierungsseite verniedlicht wurde. So erwiderte Verteidigungsminister Averoff auf Anschuldigungen bezüglich der ausgebliebenen Entfernung von faschistischen Offizieren aus der Armee, daß es sich hierbei um „Tröpfchen" handele, also um in ihrer Zahl und Macht nicht ernstzunehmende faschistische Überbleibsel. Innenminister Stamatis begegnete den Vorwürfen wegen seiner Untätigkeit bei der Fahndung nach faschistischen Terrorgruppen mit der Feststellung, daß es diese Gruppen gar nicht gebe, und wer von ihnen wisse, solle ihm die Telephonnummer ihrer Organisationsbüros angeben, damit er gegen sie vorgehen könne. Im Laufe der ersten Legislaturperiode (1974–77) verschärfte sich die innenpolitische Lage zunehmend, und der Regierungsstil wurde durchweg autoritär. Diese Haltung der Regierung Karamanlis ist Ausdruck und Ergebnis ihrer Außen- und Innenpolitik und des Widerspruchs, den beide im griechischen Volk ausgelöst haben.

Bezüglich der Außenpolitik ist also festzustellen, daß die griechische Regierung schon während ihrer ersten Amtszeit nach der Diktatur eine Kehrtwendung von ihrer ursprünglichen Politik der Entfernung von der NATO und der (zaghaften) Infragestellung der US-Basen in Griechenland vollzog. Diese Schritte waren begleitet von einer unentschiedenen Haltung gegenüber dem Zypernproblem und den türkischen Drohungen gegen die Ostägäis, die sich darin ausdrückte, daß sich Karamanlis immer mehr von einer energischen Verfolgung der Lösung dieser Probleme im Sinne der UNO-Beschlüsse abwandte. Stattdessen begann er unter massivem NATO- und EWG-Druck, ihre Lösung (im Gegensatz zur Haltung der Regierung Zyperns) im Rahmen der NATO und auf der Basis von bilateralen Gesprächen mit den Türken zu betreiben. Der Anfang dieses bilateralen „Lösungsversuchs" fand vor kurzer Zeit in Montreux statt. Es ist leicht, sich auszumalen, welches das Ergebnis dieser Gespräche sein wird, wenn man an die protürkische Haltung der NATO-Mächte denkt.

Hier muß jedoch zusätzlich auf einen Aspekt Bezug genommen werden, der bisher ausgeklammert wurde: der Wunsch der Regierung Karamanlis, in die EWG als Vollmitglied aufgenommen zu werden. Wir können im Rahmen dieses Aufsatzes auf die Auseinandersetzung pro und kontra EWG-Beitritt Griechenlands nicht eingehen. Was hier interessiert, ist nur die Tatsache, daß die EWG Griechenland klare Auflagen bezüglich der Verbindung von EWG und NATO-Mitgliedschaft gemacht hat. Ihre Quintessenz: EWG-Mitgliedschaft nur unter Beibehaltung des ursprünglichen NATO-Status Griechenlands mit allem, was dazu gehört (NATO-Basen etc.). Diese Erpressung in Verbindung

mit der Ausübung finanziellen Drucks auf Griechenland (der Westen würde nur dann Finanzhilfe an Griechenland leisten, wenn es sich dem NATO/EWG-Diktat fügt) und schließlich die Mobilisierung aller reaktionären Kräfte in der griechischen Staatsmaschinerie und Wirtschaft zugunsten der Forderungen der USA und der NATO hat alle zaghaften Ansätze einer Kursänderung der griechischen Regierung in Richtung auf eine gewisse Unabhängigkeit von der NATO zunichte gemacht.

Innenpolitisch war die Lage in Griechenland während der ersten Legislaturperiode des griechischen Parlaments außerdem gekennzeichnet durch wirtschaftliche und soziale Probleme, die sich im Zuge der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise und der griechischen Austeritätspolitik verschärften. Die Inflation zehrte an den Arbeitseinkommen; die Konsumgüterpreise stiegen im Dezember 1974 um 13,5%, im Dezember 1975 um 15,2% und 1976 um 17,3% gegenüber dem Vorjahresmonat[14]). Die Arbeitsbedingungen in den Betrieben sind so katastrophal, daß Griechenland eine der mit Abstand höchsten Unfallquoten der Welt aufweist. Die Umweltverschmutzung in Industrieballungsgebieten ist unmittelbar lebensgefährlich geworden. Die Arbeits- und Einkommenssituation der Werktätigen – gekoppelt mit einer haarsträubenden politischen Bespitzelungspraxis der Unternehmer, die zu diesem Zweck frühere Angehörige der Polizei und Mitglieder von staatlich sanktionierten paramilitärischen Banden engagierten – rief die größte Streikwelle und Demonstrationsbewegung im Nachkriegsgriechenland hervor. Auch die Schwenkung der Außenpolitik der Regierung im Sinne der Amerikaner und der EWG wurde mit Massendemonstrationen der Bevölkerung beantwortet. Die Studenten- und die Jugendbewegung im allgemeinen stellten sich zusammen mit großen Teilen der Arbeiterschaft an die Spitze einer breiten Bewegung zur Durchsetzung ihrer Rechte und zur Demokratisierung des Staates und des staatlichen Syndikalismus. Wichtiges Merkmal dieser Entwicklung war außerdem die immer stärker werdende Mobilisierung der Bauernschaft gegen die Agrarpolitik der Regierung.

Höhepunkte der Reaktion der Regierung auf diese umfassende Opposition der Bevölkerung (abgesehen von einer allgemeinen verbreiteten Praxis der Polizei, jeglichen Protest der Bevölkerung zu ersticken, und Terrorurteilen der Justiz gegen „linke Umtriebe" wie z. B. Plakatekleben) stellen unter anderem folgende Gesetzesmaßnahmen dar: das berüchtigte Gewerkschaftsgesetz 330/1976 und das Gesetz 410/1976 „über die Änderung des Strafgesetzbuches" oder „Idionymon". Bei dem Gesetz 330/1976 handelt es sich um den international (abgesehen von faschistischen Diktaturen) dreistesten Versuch eines Ausverkaufs der Rechte der Lohnabhängigen. Mangels Raumes zitieren wir hier nur die Äußerungen eines – „linker Umtriebe" unverdächtigen – Mannes vor dem griechischen Parlament, des bürgerlich-liberalen Vorsitzenden der EDIK Mavros[15]): „Wenn wir also von der Präambel her den politischen

14) OECD-Economic Surveys/Greece.
15) G. Daniilidis, Staat und Gewerkschaften in Griechenland unter Berücksichtigung der historischen Entwicklung (Diplomarbeit), Universität Bremen, 1978, S. 119.

Streik verurteilen, oder wenn wir sogar jeden Streik, der uns nicht gefällt, als politisch bezeichnen, dann gehen wir gegen diese Institution vor, gegen das Streikrecht." Ilias Iliou, Vorsitzender der EDA-Partei dazu: „Die Gesetzesvorlage sichert den Antistreik (Aussperrung, d. Verf.), legalisiert das Streikbrechertum im Namen des angeblichen Rechts auf Arbeit. Aber so wird das Streikrecht aberkannt, das die einzige Waffe in den Händen der Arbeitenden ist." Die Antwort des Arbeitsministers der Karamanlis-Regierung und Vorsitzenden des Gewerkschaftsverbands während der Diktatur, K. Laskaris: „Wir werden den Klassenkampf als Weltanschauung zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme nicht dulden."[16]) Herr Laskaris hätte richtigerweise sagen sollen: „Wir werden den Klassenkampf von unten nicht dulden". Die Verabschiedung dieses Gesetzes führte zu schweren Zusammenstößen und zur Ausrufung eines 48stündigen Generalstreiks, an dem über eine halbe Million Werktätige teilnahmen[17]). Die Opposition verließ während der Verabschiedung des Gesetzes das Parlament. Das Gesetz 410/1976 („Idionymon")[18]) wurde verabschiedet, „um die progressiven politischen Kräfte, insbesondere aber die Arbeiterklasse, politisch zu disziplinieren."[19]).

Schon anhand dieser zwei Gesetze läßt sich das Ausmaß des Autoritarismus und der Demokratiefeindlichkeit der Regierung Karamanlis ablesen. Die Quittung für ihre Politik erhielt diese Regierung in den Wahlen vom 20. November 1977. Warum aber geschah das gleiche (nur noch weit drastischer) auch mit der EDIK von Mavros? Warum fügte also das griechische Volk dem traditionellen bürgerlichen Zentrum eine solche Niederlage zu? Um dies zu verstehen, müßte man nicht bloß die politischen Ereignisse und die diesbezügliche Haltung dieser Partei, sondern auch die Entwicklung der Klassenstruktur in Griechenland seit Mitte der 60er Jahre untersuchen. Dies ist aber hier im Detail unmöglich, daher nur noch folgendes: Die EDIK scheint das Opfer einer Klärung der Fronten in der Klassenstruktur Griechenlands und einer entsprechenden Klärung der politischen Strategie dieser Klassen und Schichten zu sein. In dem Ausmaß, wie die Arbeiterklasse (zu Lasten der Bauern) in Griechenland zunahm und in dem Grade, wie kleinhandel- und handwerktreibende Mittelschichten, von den Monopolen erdrückt, dem herrschenden System den Rücken kehren, in dem Ausmaß verliert auch das politische Zentrum seine Existenzgrundlage. Hinzu kommt im spezifischen Fall Griechenlands die Tatsache, daß das Volk an die Wurzel reichende Änderungen verlangt: die Zurückdrängung des Konzerneinflusses und als Voraussetzung dafür die Befreiung von der jahrzehntelangen ausländischen Herrschaft sowohl in ihrer wirtschaftlichen als auch in ihrer politischen Ausdrucksform. Das politische Zentrum hat aber diese Herrschaft prinzipiell nie in Frage gestellt. Seine politischen Kämpfe hatten nur die Form, die Bedingungen dieser Herrschaft zum Gegenstand. Damit läßt sich aber heute als Zentrumspartei – angesichts der antiimperialistischen Stimmung breiter Bevölkerungskreise –

16) Ebd., S. 120.
17) Ebd., S. 82.
18) Daniilidis führt dazu aus: „Wir nennen in Griechenland ‚Idionymon' ein solches Vorgehen, das man in keine der Beschreibungen des Tatbestandes einordnen kann, die das Strafrecht vorsieht und verurteilt" (ebd., S. 121). Dieses Gesetz öffnet also der Willkür Tür und Tor.
19) Ebd., S. 121.

keine überzeugende Politik mehr machen, denn diese Politik betreibt mit „Erfolg" die Rechte[20]).

Was die Wahlschlappe des „Bündnisses der Fünf" betrifft, so war sie vor allem das Ergebnis einer prinzipienlosen Politik, deren Inhalte den angesprochenen Massen entweder unklar blieben oder auf Unverständnis stießen (so z. B. bezüglich der Unterstützung der EWG-Vollmitgliedschaft Griechenlands seitens des „Bündnisses").

IV. Die aktuelle Lage in Griechenland

Wichtige Merkmale der aktuellen politischen Lage in Griechenland sind die Beschleunigung der Rückkehr der Regierung Karamanlis zu den von der USA und der NATO verlangten Positionen sowie eine weitere deutliche Verhärtung der Regierung gegenüber ihren politischen Widersachern und den aufbegehrenden Volksmassen. Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, daß dieser Kurs trotz der Schwächung der Regierungspartei zugunsten des linken Oppositionslagers verfolgt wird. Dies läßt die Vermutung zu, daß Karamanlis unter dem massiven Druck des Auslands und der reaktionären Kräfte in Griechenland handelt. Sonst ist der Konfrontationskurs der Regierung mit dem Volk – der sich in einer Zuspitzung des autoritären Regierungsstils und in dem starken weiteren Abbau der Demokratie manifestiert – angesichts der erstarkten linken Opposition nicht verständlich.

Der Druck der faschistischen Kräfte auf Karamanlis ist ablesbar sowohl am politischen Erstarken der Rechtsradikalen („Nationale Formation") im Ergebnis der Wahlen, als auch in Desintegrationsprozessen, die sich innerhalb der „Neuen Demokratie" zunehmend abzeichnen; mittlerweile hat sich nämlich eine rechte Opposition zu Karamanlis auch innerhalb seiner eigenen Partei formiert, die es ihm unter anderem nicht erlaubt, sich wie geplant zum Staatspräsidenten wählen zu lassen. Er soll einem vertrauten Mitarbeiter gesagt haben: „Wenn ich gehe (also die Parteileitung mit dem Präsidentenposten vertausche; d. Verf.) wird sie (die Partei) in tausend Stücke auseinanderbrechen."[21])

Die ultrarechte Fraktion in der Karamanlispartei ist gegen jegliche Öffnung zum sozialistischen Block hin und ist eifriger Verfechter einer unmittelbaren vollen Rückkehr in die NATO. Sie ist außerdem für Maßnahmen gegen eine „Infizierung" der Jugend mit „kommunistischen Ideen", sie ist für eine Aufgabe der „Sozialmanie" der Regierung Karamanlis (auch das noch wird Karamanlis vorgeworfen!), und sie ist für eine Zerschlagung der Streiks. Diese Gruppe identifiziert sich mit dem ultrakonservativen Verteidigungsminister Averoff und Innenminister Balkos[22]). Angesichts einer starken Zuspitzung der Auseinandersetzungen zwischen der Regierung Karamanlis einerseits und

---

20) Zu all diesen Fragen vgl.: St. Alexandropoulos, Die Auswirkung des Stamokap auf die Struktur der politischen Kräfte und auf den Charakter der Parteien. In: „Komep", 1978; sowie: D. Androulakis, Die Parteien und die Klassenstrategien, a.a.O.
21) „Anti" v. 28. 1. 1978, S. 5.
22) Ebd., S. 4.

der linken parlamentarischen Opposition (hauptsächlich KPG und PASOK) und den streikenden, protestierenden und demonstrierenden Massen andererseits setzte die Regierung im Schnellverfahren ein neues Gesetz „Zur Bekämpfung des Terrorismus" durch. Das Volk hat schon die passende Bezeichnung dafür geprägt: „Terrorgesetz"[23]). Das Gesetz wurde dem bundesrepublikanischen Muster nachempfunden – es ist allerdings drakonischer: es sieht die Todesstrafe beim tödlichen Ausgang einer Terroraktion und lebenslänglich für andere Terrorakte wie Flugzeugentführung, Bombenanschläge etc. vor; schon eine Zweiergruppe kann als Terrorbande eingestuft werden. In Kombination mit dem „Idionymon"-Gesetz und dem Gesetz 330/1976 („Gewerkschaftsgesetz") bekommt der Tatbestand der Terrorhandlung ungeahnte Auslegungsmöglichkeiten. Somit schließt sich ein Kreis von Gesetzen, welche die demokratischen Institutionen in Griechenland so ausgehöhlt haben, daß man mit Recht bemerkte: Mit solchen Gesetzen wird keine Diktatur mehr nötig sein!

Indessen traten in jüngster Zeit folgende neue wichtige innen- und außenpolitische Entwicklungen ein: Zum einen führte Ministerpräsident Karamanlis eine Regierungsumbildung durch (die erste seit 1974 während der Legislaturperiode); und zweitens wurde die von Präsident Carter angestrebte Aufhebung des Waffenembargos gegen die Türkei von der zuständigen US-Senatskommission für außenpolitische Angelegenheiten verworfen. Was die Regierungsumbildung betrifft, so passierte genau das, was politische Beobachter schon seit Wochen kommen sahen: nämlich die Einbeziehung von bekannten Politikern des in Zersetzung befindlichen Zentrums (EDIK) in die Regierung. Angesichts der Erstarkung der linken Opposition und der extremen Rechten sowie der Desintegrationstendenzen im Lager der „Neuen Demokratie", nicht zuletzt aber auch, um eine Konsolidierung der geschrumpften EDIK zu erschweren bzw. zu verhindern, fand es Karamanlis opportun, seine Regierung gegenüber dem Zentrum zu öffnen. Zu diesem Zwecke bootete er solche renommierten Politiker wie den Außenminister Papaligouras aus. Es ist dies das zweitemal in der neueren Geschichte Griechenlands, daß Zentrumspolitiker in die Karamanlis-Partei übergelaufen sind. Der Zentrumsabgeordnete Mitsotakis, welcher nun von Karamanlis mit dem Ministerium für Wirtschaftskoordination betraut wurde, gehört zu jenen Zentrumspolitikern, die schon einmal im Jahre 1965 – im Verlaufe der verfassungswidrig erzwungenen Amtsenthebung des Ministerpräsidenten Papandreou durch König Konstantin – abtrünnig wurden. Politische Beobachter interpretieren diesen Schachzug Karamanlis' als den Versuch, eine Verhärtung der Sparpolitik im Sinne der Wünsche der Industrie durchzusetzen und durch weitere Erleichterungen ausländische Investoren anzulocken. Langfristig scheint Karamanlis es darauf angelegt zu haben, durch eine weitgehende Absorbierung des Zentrums eine mögliche Regierungsbildung (nach den nächsten Wahlen) durch eine Koalition der PASOK (womöglich einschließlich der KPG) mit der EDIK zu vereiteln.

Was die lange Verzögerung der Aufhebung des Waffenembargos betrifft, so kann dies nur als ein provisorischer Erfolg der „griechischen Lobby" in den

23) „Anti" v. 22. 4. 1978.

USA gewertet werden. Angesichts der Wichtigkeit der Türkei für die USA und die NATO nämlich sowie der Entschlossenheit der türkischen Regierung, hart zu bleiben und die NATO-Basen in der Türkei außer Betrieb bleiben zu lassen – ja sogar aus dem NATO-Bündnis auszutreten – war es nur eine Frage der Zeit sein, bis es Präsident Carter gelang, sich durchzusetzen und die Waffenlieferungen an die Türkei wieder aufzunehmen. Die Bundesrepublik schritt mit Waffenlieferungen zugunsten der Türkei schon selbständig ein. Bemerkenswert ist dieTatsache, daß während der Kongreßberatungen zur Frage des Waffenembargos der frühere König Griechenlands (kraft Referendums 1974 mit 70% der Stimmen des griechischen Volkes für abgesetzt erklärt) zugegen war. Dieses merkwürdige Ereignis wird als Versuch einer Aufwertung des Ex-Königs betrachtet, um seine künftige Wiederkehr einzuleiten. Daß dies durch die extreme Rechte Griechenlands propagiert wird, ist eine Selbstverständlichkeit; daß aber die Amerikaner nun auch darauf einzugehen scheinen, sollte aufmerksam machen.

In Anbetracht also der erstarkten Position der Linken in Griechenland, der Spaltung des rechten Lagers bei den Wahlen und der Desintegrationsprozesse innerhalb der „Neuen Demokratie" und der EDIK, sowie der unmittelbar anstehenden dringenden politischen Fragen gerät die parteipolitische Szene Griechenlands zunehmend in Bewegung. Kaum mehr als ein halbes Jahr nach den Wahlen wird daher schon von der Möglichkeit bzw. Notwendigkeit neuer Wahlen – vor Ablauf der Legislaturperiode – gesprochen.

Hitler und das Kapital (II)*)

1925 – 1928

Von Kurt Gossweiler

Bereits am 27. April 1927 hielt Hitler seine vierte Rede vor geladenen „Wirtschaftsführern" (diesmal bereits im Städtischen Saalbau von Essen) und zwar zum Thema „Führer und Masse". Es waren nun schon Zweihundert, die der Einladung Folge leisteten – ein Zeichen dafür, wie stark das Interesse der Ruhrgewaltigen an der Nazipartei zu diesem Zeitpunkt angewachsen war[84]).

*) Vgl. Heft 7/1978, S. 842ff.
84) Tyrell, S. 107; Böhnke, S. 113.

Dieser Veranstaltung folgte wenige Wochen später, am 4. Juli 1927, die erste persönliche Unterredung Hitlers mit keinem geringeren als dem Patriarchen der Ruhrmagnaten, mit Emil Kirdorf, im Hause des Münchener Verlegers Hugo Bruckmann. Wie es dazu kam, schilderte Kirdorf später, 1935, so[85]): „Ich konnte (nachdem er Hitler in einer Versammlung in Essen hatte reden hören – d. Verf.) Hitler nicht mehr vergessen und fühlte mich innerlich verbunden. So betrachtete ich es als eine Schicksalsfügung, daß ich im Jahre 1927 einen Brief von der mir bis dahin unbekannten Frau Hugo Bruckmann(s) erhielt. Sie teilte mir mit, sie sei eine begeisterte Anhängerin Adolf Hitlers und suche einen Weg, um den Führer der nationalsozialistischen Bewegung mit Männern der Wirtschaft in Verbindung zu bringen und seinen Ideen Eingang zu verschaffen. Sie hätte sich zuerst an den Prinzen Karl von Loewenstein in Berlin gewandt und der hätte ihr geschrieben, der einzige Mann, der Adolf Hitler in der Industrie von Nutzen sein könne, sei Emil Kirdorf. Frau Bruckmann kam dann nach Gastein, wo ich damals mit meiner Frau weilte, und es wurde vereinbart, daß wir über München zurückfahren und dort eine Unterredung mit Adolf Hitler haben sollten."[86])

Um den Vorgang ins richtige Licht zu setzen, muß gesagt werden, daß – was Turner wohlweislich verschweigt[87]) – Karl von Loewenstein, der Geschäftsführer des Berliner Nationalklubs war, des gleichen Klubs, der Hitler schon im Jahre 1922 zu einem Vortrag nach Berlin eingeladen hatte, und in dessen Vorstand der Alldeutsche Paul Bang, in dessen Beirat Alfred Hugenberg, Emil Kirdorf, Albert Vögler und viele andere extrem republikfeindliche Industrielle, Junker und Politiker saßen[88]); daß ferner ein zweiter Loewenstein, nämlich Hans von Loewenstein, als Geschäftsführer des Bergbaulichen Vereins seit 1906 ein enger Vertrauter Kirdorfs war[89]).

Kirdorf fuhr in seiner Schilderung der Begegnung fort: „Die Unterredung dauerte 4 1/2 Stunden. Adolf Hitler hat mir damals sein Programm, das mir in großen Zügen durch sein Buch ‚Mein Kampf' schon bekannt war, im einzelnen entwickelt. Als er geendet hatte, konnte ich mich . . . nur völlig einverstanden erklären mit allem, was er gesagt hatte . . . Wir kamen überein, daß der Führer die Gedanken, die er mir vorgetragen hatte, in einer kleinen Schrift zusammenfassen solle. Ich versprach ihm, diese Schrift in meinem Namen zu verbreiten. Es wurde weiter vereinbart, daß Adolf Hitler ins (Ruhr)Gebiet kommen solle, daß ich dort leitende Persönlichkeiten der Industrie einladen würde, damit er ihnen seine Gedanken auch mündlich vortragen könne. Auch diese Zusammenkunft fand statt und es nahm eine Reihe von Herren daran teil."

---

85) RWZ v. 28. 7. 1935.
86) Nach anderen Berichten waren Reismann-Grone und dessen Schwiegersohn Otto Dietrich die Vermittler der Begegnung zwischen Kirdorf und Hitler (s. Hallgarten, S. 97).
87) Turner, S. 67.
88) Handbuch der bürgerlichen Parteien II, S. 341 f.
89) Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft. Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, Bd. 2, Berlin 1931, S. 1147. Hans Louis Ferdinant von Loewenstein zu Loewenstein, wie sein voller Name lautete, wurde auch Mitglied der 1931 gegründeten Gesellschaft zum Studium des Faschismus; (S. ebd.).

Wenn schon der erste Vortrag Hitlers vor Industriellen ein hochbedeutsames Ereignis für die Zukunft der NSDAP war, so erst recht diese persönliche Begegnung zwischen Hitler und Kirdorf und der kurz danach – am 1. August 1927[90]) – erfolgte Eintritt Kirdorfs in die NSDAP, den Kirdorf keineswegs geheim hielt, sondern durch eine außerordentlich aktive Werbetätigkeit für die Nazipartei seinen Standesgenossen bekannt machte. Wie lächerlich nehmen sich demgegenüber die verkrampften Seiltänzereien Turners bei seinem Versuch aus, den angeblichen „Legenden" über die Unterstützung der Monopolisten für den Aufstieg der NSDAP den Garaus zu machen, wenn er z. B. über Kirdorf schreibt: „Am Schluß unserer Analyse (!) ergibt sich, daß Kirdorfs Bedeutung für den Aufstieg Hitlers nicht primär (!) auf seiner besonderen Rolle als Industrieller beruhte. Im großen und ganzen war die Tatsache wichtiger, daß er einer jener prominenten und mit einem Nimbus versehenen Persönlichkeiten war, die dazu beitrugen, den künftigen Diktator während seines Aufstieges zur Macht in den Augen von Millionen Deutscher gesellschaftsfähig zu machen."[91]) Welch eine gewissenlose Rabulistik! Um die *Millionäre* aus dem Blickfeld verschwinden zu lassen, die Hitlers Aufstieg erst ermöglichten, werden die „Millionen Deutscher" in den Vordergrund gerückt, die sich zu dieser Zeit und sogar noch bei den Wahlen von 1928 weder von Kirdorf noch von sonst irgendeiner „prominenten" Persönlichkeit für die Nazis erwärmen ließen!

Auch die Versuche, Kirdorfs Vorgehen als das eines Einzelgängers hinzustellen, halten keiner Konfrontation mit den Tatsachen stand, weil die Annäherung Kirdorfs an die NSDAP lediglich das besonders offenkundige Symptom für einen gesellschaftlichen Vorgang ist, nämlich für die 1927/28 begonnenen Bemühungen der am meisten reaktionären Elemente des Monopolkapitals, ihre Kräfte zum Angriff auf die Weimarer Republik neu zu formieren. Es genügt, sich noch einmal die Vorgeschichte und die Folgen jenes Treffens Kirdorf-Hitler vor Augen zu halten, um dies zu erkennen: Nachdem Hitler bereits dreimal vor Ruhrindustriellen erfolgreich aufgetreten war, ging von Kreisen des Münchener Besitzbürgertums, die schon lange auf die Nazibewegung gesetzt hatten, die Initiative dazu aus, die Beziehungen der NSDAP zur Ruhrindustrie fest und dauerhaft zu gestalten. Sie wandten sich an die zentrale gesellschaftliche Schaltstelle der ganz rechts orientierten Monopolisten und Junker, an den Berliner Nationalklub. Dessen Geschäftsführer lachte die „Provinzler" ob dieses Ansinnens nicht etwa aus, sondern war so sehr mit ihrem Vorhaben einverstanden, daß er durch den Hinweis auf Emil Kirdorf den Mann benannte, der nicht etwa nur für sich persönlich als Förderer der NSDAP in Frage kam, sondern der jener Mann war, der wie kein anderer „Hitler in der Industrie von Nutzen sein" konnte. Was Hitler Kirdorf zu sagen hatte, war wiederum nicht nur derart, daß Kirdorf persönlich davon angetan war, nein: es entsprach so sehr den Auffassungen auch seiner industriellen Freunde, daß Kirdorf sicher war, diese Hitler'schen Ausführungen würden auch bei

90) Turner, S. 68.
91) Ebd., S. 86.

diesen auf Zustimmung stoßen, weshalb er selbst die Drucklegung und Verteilung der Hitlerrede übernahm. Diese Umstände machen es unumgänglich, die Hauptgedanken auch dieser Hitler'schen Auslassungen kurz zu skizzieren.

Hitler stellte sich mit seinen Ausführungen insofern auf seinen Zuhörer Kirdorf auch persönlich ein, als er sich nicht nur, wie bereits in den früher erwähnten Reden, gegen die „Optimisten" wandte, die von einer Gesundung der Wirtschaft sprachen, sondern auch gegen die „Schwarzseher" und „hoffnungslosen Pessimisten". Zu letzteren gehörte nämlich spätestens seit 1918 auch Kirdorf selbst. Als Bewunderer Bismarcks hatte er Wilhelm II. dessen Entlassung nie verziehen, und, wie die meisten Alldeutschen, die Politik des Kaisers mit wachsendem Argwohn und Mißbehagen verfolgt. Der Zusammenbruch des Kaiserreichs bedeutete auch einen zeitweiligen persönlichen Zusammenbruch für den damals 71jährigen Kirdorf. Die ständigen Aufforderungen von Heinrich Claß zur weiteren Mitarbeit in der Führung des Alldeutschen Verbandes beantwortete Kirdorf am 23. Juli 1919 mit einem Absagebrief voll tiefer Hoffnungslosigkeit, die, wie er selbst schrieb, durch eine soeben durchgemachte Darmoperation bestärkt wurde. „Ich weiß nicht", schrieb Kirdorf an Claß, „ob ich dazu, daß Sie weiter kämpfen wollen und werden, Ihnen meine Bewunderung oder mein Bedauern aussprechen soll; denn nach meiner festen Überzeugung gehen Sie noch den schwersten Enttäuschungen entgegen, die ich überwunden habe; dafür liegt mein Leben schon jetzt hoffnungslos vor mir, hoffentlich nicht zu lange mehr." Der Ursprung dieser Hoffnungslosigkeit, nämlich das Fiasko des deutschen Imperialismus und das befürchtete Ende auch seines eigenen industriellen Imperiums, sowie die Revolutionsfurcht, die Furcht vor den deutschen Arbeitern, wird deutlich in Kirdorfs Klage darüber, daß die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, „diese meine Gesellschaft vielleicht noch in diesem Jahr vor dem Bankrott steht, wenn es nicht gelingt, die unter feindlicher Herrschaft stehenden Werke zum Besten unserer Aktionäre angemessen zu verwerten". Und wenn es uns gelingt, – fuhr Kirdorf fort –, „unsere industriellen Werke jetzt vor dem Zusammenbruch zu bewahren, werden sie dann den Besitzern nicht doch fortgenommen? Ich befürchte schon im Winter die volle Anarchie, den endgültigen Zusammenbruch; denn die furchtbare Kohlennot wird das Volk zum Verhungern und Verfrieren bringen; dann wird sich die deutsche Bestie, Volk genannt, in ihrer ganzen Verkommenheit zeigen."[92])

Der zeitweilige Verlust der Hoffnung auf einen Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus „zu alter Größe" hatte bei Kirdorf so etwas wie eine weltanschauliche Grundlage, nämlich die Ansicht, die er mit Ludendorff teilte, schuld am Niedergang und Zusammenbruch des deutschen Imperialismus sei „das bei uns herrschende Undeutschtum"[93]); dieses „Undeutschtum" sah er nicht nur in den Juden, sondern auch im katholischen Zentrum verkörpert,

92) ZStA Potsdam, ADV, Nr. 211/1, Bl. 61f.
93) Ebd.

darüber hinaus aber im Christentum überhaupt[94]). Er gehörte zu denen, die für sich privat den „völkischen" Gedanken bis zur extremsten Konsequenz der Rückkehr zum germanischen Götterglauben trieben, weshalb ihn auch Hallgarten als den „bärtigen alten Teutonen" und „Wotan der deutschen Schwerindustrie" charakterisierte[95]).

Kirdorfs Pessimismus war weithin, somit auch Hitler, bekannt; deshalb mobilisierte dieser seine ganze Beredsamkeit für den Nachweis, daß zu hoffnungslosem Pessimismus kein Grund bestünde. Die „Beweisführung" war denkbar krud, um nicht zu sagen blödsinnig, aber mit umso größerem Pathos, kernigem Appell an das Preußentum und schmetternder Siegesgewißheit vorgetragen. Nur, wenn dem deutschen Volk der rassische Wert fehlen würde, bestünde berechtigter Grund zum Verzweifeln. Aber dieser Wert sei, obzwar bedroht, noch nicht geschwunden. Nur die Erziehung und die Leitung des Volkes müsse von Grund auf geändert werden, „um ihm wieder zu seinem Werte zu verhelfen, auch als Staat."[96]) Höchste Pflicht sei es heute, „vor den Erscheinungen des Verfalls nicht zu kapitulieren, sondern sich ihnen heroisch entgegenzusetzen, nicht zu verzagen, sondern mit zusammengebissenen Zähnen den Nacken steif zu machen, um zu bekunden, jenen höchsten Glauben, der in der lebendigen Überzeugung ruht, daß alles, was auf dieser Welt durch Menschen geschaffen wurde, durch Menschen gestürzt zu werden vermag und daß es kein Werk des Teufels gibt, das nicht ein heiliger Wille bricht. Das aber ist mein Glaube."[97])

Die Tatsache, daß Kirdorf Hitlers Ausführungen drucken und verbreiten ließ, spricht dafür, daß Hitler es besser als Heinrich Claß verstand, in dem alten Kirdorf wenigstens zeitweilig die Hoffnung auf eine Überwindung der Republik und auf Vernichtung der Arbeiterbewegung wiederzubeleben. Und weitere acht Jahre später, 1935, schrieb der dann 88jährige im Rückblick: „Es hat Zeiten gegeben, da man den Glauben an die innere Einigung des Vaterlandes fast verlieren konnte, da man die Hoffnung beinahe aufgegeben hatte, daß der blinde Hödur der Uneinigkeit und des Parteigeistes in Deutschland überwunden würde. . . . Dieser eine Mann (Hitler) hat es erreicht . . . Heute bin ich Optimist."[98]) Er war wieder Optimist, denn die „innere Einigung" war – mit Konzentrationslagern und SS-Terror – wiederhergestellt worden, und die Rüstung lief verheißungsvoll an.

Im übrigen enthielt die Broschüre all jene Stereotypen, die wir als Hitler'sche Leitmotive bereits kennenlernten: die These von den „zwei sich todfeindlich gegenüberstehende(n) Lager(n)", die Versicherung, der Nationalsozialismus werde den Marxismus ausrotten, die Verkündung des „Raumgewinns" für die

94) Bezeichnenderweise hatte Kirdorf nur einen Einwand gegen Hitlers Ausführungen: Hitler hatte mit keinem Wort die Katholische Kirche und das Zentrum erwähnt, weshalb er Hitler „darauf aufmerksam (machte), daß nach meiner Überzeugung die Gefahr, die vom Zentrum drohe, mindestens so groß sei, wie die des Marxismus." RWZ v. 28. 7. 1935.
95) Hallgarten, S. 97.
96) Adolf Hitler, Der Weg zum Wiederaufstieg, München 1927, in: Turner, Faschismus und Kapitalismus, a.a.O., S. 41–59, Zitat S. 54.
97) Ebd., S. 54f.
98) RWZ v. 28. 7. 1935.

wachsende Volkszahl als Ziel der Politik, die Verachtung der Massen und die Erklärung der Demokratie zur Herrschaft der Schwäche und Dummheit, die Kriegserklärung an die Weimarer Republik (die NSDAP ist „kein Wehrverband zum Schutz des heutigen Staates, sondern eine Kampforganisation zur Überwindung desselben"[99]); die Versicherung, der Nationalsozialismus werde die bestehende Wirtschaft beschützen („Die Bewegung empfindet eine unabhängige nationale Wirtschaft als eine Notwendigkeit, . . . Der starke nationalistische Staat allein kann einer solchen Wirtschaft Schutz und die Freiheit des Bestehens und der Entwicklung geben"[100]); das Versprechen der „restlosen Eingliederung des sogenannten vierten Standes in die Volksgemeinschaft"[101]); eine Definition des nationalen „Sozialismus", die deutlich machte, daß die Unternehmer von den Nazis keinerlei wirklichen Sozialismus zu befürchten hatten („Die nationalsozialistische Bewegung . . . formuliert aus den beiden bisher mißverständlich aufgefaßten und daher trennenden Begriffen „Nationalismus" und „Sozialismus" einen neuen verbundenen, indem sie feststellt, daß höchster Sozialismus gleich ist mit höchster Volks- und Vaterlandsliebe und mithin beides die verantwortliche Erfüllung ein und derselben völkischen Pflicht darstellt"[102])); das Versprechen der Vorbereitung eines neuen Krieges („Die nationalsozialistische Bewegung . . . erwartet nicht, daß die Schicksalsfrage der deutschen Nation auf dem Wege der Majoritätsbestimmungen gelöst werden könnten . . . Die Organisation der Wehrkraft eines Volkes . . . steht immer in innerer Beziehung zu einer Lehre des Wertes der Persönlichkeit, des Kampfes und der Vaterlandsliebe."[103])).

Dies alles also war es, wovon Kirdorf überzeugt war, daß es die volle Zustimmung seiner industriellen Freunde finden werde. Nachdem die Broschüre gedruckt vorlag, lud er eine Anzahl von Industriellen zu sich auf den Streithof ein, damit sie dort Gelegenheit hätten, Hitler auch persönlich zu hören. Dieser Hitlervortrag im kleineren Kreise von 14 „Wirtschaftsführern" des Ruhrreviers fand am 26. Oktober 1927 statt und gestaltete sich zu einem vollen Erfolg für Hitler[104]). Kurz danach, am 5. Dezember 1927, sprach Hitler erneut vor geladenem Publikum, diesmal jedoch im bisher größten Rahmen. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung berichtete darüber: „Vor zwei Jahren in einem kleinen Hinterzimmer des Vereinshauses der erste Vortrag (Hitlers) vor geladenem Publikum, man konnte höchstens 40 Personen zählen, und am gestrigen Montag wieder geladenes Publikum, aber der Kruppsaal brechend voll

99) Turner, S. 58.
100) Ebd., S. 56. Wie wenig derartige Gedanken über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft etwa das Monopol Hitlers und der Nazis waren, beweist eine Äußerung des Rivalen Hitlers aus den Herbsttagen des Jahres 1923, des Führers der „Reichsflagge", Hauptmann a. D. Adolf Heiß, am 7. Januar 1927 zur Stahlhelmparole „Hinein in den Staat": „Ich verstehe die Menschen nicht, die da sagen, Hinein in den Staat', denn dieser ‚Staat' ist kein Staat, er darf und kann nur ein Zustand sein, mit dem wir fertig werden müssen. . . . Wie oft wird heute zu den Führern der Verbände gesagt, die Wirtschaft braucht Ruhe! Auch auf die Gefahr hin, daß wir unpopulär werden, wende ich mich gegen diese Auffassung, die unter ‚Ruhe' ein Gehenlassen, ein Sichfügen, Verzichten und Schwäche versteht. Hinter einem Volke, das sich wirtschaftlich aufschwingen will, muß eine Macht stehen, ein Staat, der über seine eigenen Einkünfte verfügt, der Ehre und Achtung in der Welt genießt. Das muß also auch für die Wirtschaft das Ziel sein.", ZStA Potsdam, RKO, Nr. 214, Bl. 222.
101) Turner, S. 57.
102) Ebd.
103) Ebd., S. 59.
104) Ebd., S. 70.

von Hörern, mindestens 600 an der Zahl, herbeigeströmt aus Essen, Bochum, Gelsenkirchen, Duisburg, aus dem ganzen Industriebezirk."[105]) Der Eintritt Kirdorfs in die Nazipartei und die von ihm vorgenommene Versendung der Hitlerbroschüre hatten ganz offensichtlich eine durchschlagende Wirkung gezeitigt. Dieser stürmische Anstieg des Interesses der Ruhrmagnaten an Hitler und seiner Partei überstieg bei weitem noch das Emporschnellen der Wählerstimmen für die NSDAP in den folgenden Jahren; vor allem aber: es lag nicht weniger als drei Jahre davor!

Über den Inhalt der Rede Hitlers vor dieser Massenversammlung von Industriellen wußte die Zeitung anerkennend zu berichten, daß sich Hitler „nie von den Grundbestimmungen seines Denkens entfernt" habe. „Immer noch steht der Gedanke der Neuerringung der staatlichen Macht des deutschen Volkes auf Grund der Thesen von der Ablehnung des Internationalismus und der Rückkehr zum gesunden, heiligen nationalen Egoismus, von der Ablehnung der Massenherrschaft mit Hilfe der demokratischen Führerwahl und der Rückkehr zur wahren Führerschaft auf Grund des reinen Persönlichkeitswertes im Vordergrund seiner Betrachtungen. Aber von Jahr zu Jahr werden diese Thesen gedanklich vertieft, von Jahr zu Jahr in neuartiger Form und Begründung vorgetragen."[106])

Über die Ergebnisse der Hitlerreden vor den Ruhrindustriellen berichtete Rudolf Hess, damals Hitlers „Sekretarius", wie er selbst sich bezeichnete, aus der Sicht der Nazis in zwei Briefen an Walter Hewel, einen Teilnehmer am Hitlerputsch vom 9. November 1923 in den Reihen des Bundes Oberland. Im ersten Brief vom 30. März 1927 gab Hess folgende Schilderung[106a]): „Interessieren wird Sie vor allem, daß er (Hitler; d. Verf.) im letzten Jahr dreimal vor geladenen rheinisch-westfälischen Industriellen usw. gesprochen hat, zweimal in Essen, einmal in Königswinter. Jedesmal mit einem Erfolg, wie seinerzeit im Atlantic Hotel in Hamburg. Da er sich in seinen Reden auf ein ziemlich einheitliches Publikum einstellen konnte, vermochte er eine durchgehende Linie zu halten. Wie in Hamburg, so war auch hier die Stimmung erst ziemlich kühl, ablehnend, teils saß man mit spöttischem Lächeln dem Volkstribunen gegenüber. Ich hatte große Freude daran, beobachten zu können, wie sich die Herren allmählich umstellten, wobei man ihnen ihr innerliches Sträuben anmerkte. Zum Schluß wurde geklatscht, wie diese Herren wohl selten klatschten. Das Ergebnis war, daß bei der zweiten Essener Industriellen-Versammlung schon etwa 500 Herren der Einladung gefolgt waren. Am 27. April wird Hitler voraussichtlich ein drittes Mal in Essen vor Industriellen sprechen; es ist vorgesehen, dabei auch die Damen zu bitten, die, einmal gewonnen, oft wichtiger sind als die Männer, und die einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf ihre Männer ausüben." In einem zweiten Brief an Hewel vom 8. Dezember 1928 erzählte Hess rückblickend[107]): „Jedesmal sprach er (Hitler – d. Verf.) auch in Essen vor einem geladenen Kreis von Wirtschaftlern, Wissen-

105) Adolf Hitler und seine Bewegung, a.a.O., S. 39.
106) Ebd.
106a) ZStA Potsdam, Fall XI, Nr.280, Bl. 13ff., Dok. 3753-PS.
107) Ebd., Bl. 35ff.

schaftlern usw. in einer denen gemäßen Weise. Immer größere Säle mußten auch für diese Veranstaltungen genommen werden. Zum Schluß nahmen die Spitzen der Wirtschaft teil, z. B. Kirchdorf[108]). Stets restlose Zustimmung und ein Beifall, wie man ihn bei diesen Kreisen nicht gewohnt ist.«

Selbst wenn man berücksichtigt, daß natürlich Hitlers Vorträge die ihm lauschenden Monopolisten und Manager nicht samt und sonders zu Freunden und Förderern der Nazipartei machten, so können wir doch bereits aufgrund des Zustandekommens von fünf solcher Veranstaltungen in den Jahren 1926/27 bei einer ständig – von anfänglich 40 auf 600 – anwachsenden Teilnehmerzahl die Feststellung treffen, daß Ende des Jahres 1927, knapp zwei Jahre nach ihrer Neugründung, die NSDAP ihre wichtigsten Eroberungen nicht etwa bei den Massen, sondern in der Unternehmerschaft des Ruhrgebietes gemacht hatte. Das ist eine historische Tatsache, die durch noch so viele Weißwäscher nicht aus der Welt geschafft werden kann. Und es ist selbstverständlich, daß sich solche Eroberungen auch in finanzieller Unterstützung für die NSDAP niedergeschlagen haben, auch wenn darüber keine Quittungen erhalten blieben[109]).

All das bedeutet allerdings nicht, daß Kirdorf und die anderen Gönner der NSDAP unter den Ruhrmagnaten in dieser Partei schon die kommende führende Regierungspartei und in Hitler den kommenden Diktator sahen; die Rolle, die sie Hitler zudachten, war viel bescheidener, nämlich die des massenwirksamen Demagogen, des Trommlers. Die NSDAP konnte und sollte in der Regierung – nach ihren Vorstellungen – im Verhältnis zur konservativen Rechten nur etwa die gleiche Rolle spielen, wie die SPD im Verhältnis zum Zentrum: die Rolle des Koalitions-Juniorpartners, der die bürgerliche Herrschaft bis in die Arbeiterschaft hinein verankerte, ihr also eine möglichst breite Basis in den Massen gewährleistete, ohne die – zumindest in Deutschland – nicht einmal eine Diktatur denkbar war. Was Kirdorf anging, so dürfte er darüber hinaus in der Hinwendung zur NSDAP ein Druckmittel gesehen haben, um die DNVP von dem seiner Ansicht nach verderblichen Westarp-Kurs ab- und wieder auf den „richtigen" Kurs zu bringen, als dessen Garant ihm nach dem Tode Helferichs sein alldeutscher Freund und Mitkämpfer Alfred Hugenberg erschien. Als es – sicherlich nicht zuletzt dank kräftiger Pressionen Kirdorfs und des Ruhrkohlenbergbaus auf die DNVP-Führung[110]) im Oktober 1928 gelang, Hugenberg als Vorsitzenden an die Spitze der DNVP zu bringen, gab Kirdorf jedenfalls seine Mitgliedschaft in der NSDAP auf und trat wieder der DNVP bei. Mit diesem Schritt vollzog Kirdorf nun beileibe kei-

108) Gemeint: Kirdorf; Da der Brief nur als Abschrift vorliegt, ist nicht festzustellen, ob der Name bereits von Hess falsch geschrieben wurde (was unwahrscheinlich ist), oder erst bei der Abschrift verstümmelt wurde.
109) Vgl. Böhnke, S. 225, passim; Turner geht sogar so weit, die Aussage August Heinrichbauers (der es als aktiver Funktionär des Ruhrbergbaus nun wirklich besser wissen muß als Turner), Kirdorf habe Hitler bei ihrem ersten Treffen 100 000 Mark gestiftet, in Zweifel zu ziehen (Turner, S. 82). Dieser und anderer apologetische Übereifer Turners wurde bereits festgenagelt von Dirk Stegmann in seiner Arbeit über das Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus; S. 413.
110) Von Fritz Thyssen ist jedenfalls bekannt geworden, daß er im Herbst 1927 seine Zahlungen an die Parteiführung der DNVP einstellte. (Dirk Stegmann, Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929–1934. Thesen und Materialien zur Restituierung des Primats der Großindustrie zwischen Weltwirtschaftskrise und beginnender Rüstungskonjunktur, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marx'schen Theorie 6, Frankfurt/M. 1976, S. 28.)

nen Bruch mit der NSDAP; er ließ über seinen neuen Parteiwechsel überhaupt nichts verlauten, sondern beließ die Öffentlichkeit noch lange in dem Glauben, daß er noch „Pg." sei. So konnte z. B. der „Völkische Beobachter" am 27. August 1929 einen Dankesbrief Kirdorfs an Hitler für die Einladung zum Parteitag abdrucken, der eine öffentliche Werbung für die NSDAP darstellte: „Wem vergönnt war", hieß es dort, „an dieser Tagung teilzunehmen . . ., wird, mag er auch einzelnen Punkten Ihres Parteiprogramms zweifelnd oder entschieden ablehnend gegenüberstehen, doch die Bedeutung Ihrer Bewegung für die Gesundung unseres deutschen Vaterlandes anerkennen und ihr Erfolg wünschen."[111]) Kirdorf schloß den Brief „Mit treudeutschem Gruß von meiner Frau und mir, in Freundschaft Ihr Kirdorf". Obwohl das Zentralorgan der KPD „Die Rote Fahne" am 28. August 1929 Auszüge aus diesem Briefe unter der Überschrift „Kirdorf, der Kapitalist und Hitler. Ein unzertrennliches Freundschaftsbündnis" brachte[112]), hielt Kirdorf es nicht für nötig, der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß er bereits seit einem Jahr nicht mehr Mitglied der NSDAP war. Erst als auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes zu den Reichstagswahlen von 1930 in der kommunistischen Presse erneut Meldungen über die Unterstützung der NSDAP durch Kirdorf und die Gelsenkirchener Bergwerks-AG erschienen, sah er sich endlich veranlaßt, in Hugenbergs Berliner Lokal-Anzeiger eine Erklärung zu veröffentlichen des Inhalts, daß er 1927 sich öffentlich zur NSDAP bekannt habe, „zu einer Zeit, in der die Deutschnationale Volkspartei unter der damaligen Führung in meinen Augen vollständig versagte", daß er aber nun „treu zur Deutschnationalen Volkspartei (stehe), solange sich diese einer zielbewußten Führung wie derjenigen des Herrn Hugenberg erfreut", und daß er nur diese Partei unterstützte[113]). Der letzte Satz war nicht einmal gelogen, denn Kirdorfs Unterstützungen für die NSDAP liefen über Hugenberg[114]).

Seit Hugenberg Führer der DNVP war, arbeitete Kirdorf mit aller Energie auf ein festes Bündnis von Deutschnationalen und Nazipartei, von Hugenberg und Hitler hin, selbstverständlich bei führender Rolle Hugenbergs und der DNVP. Wann immer es in den folgenden Jahren so schien, als sei ein solches Bündnis zustandegekommen, wich Kirdorfs pessimistische Zukunftsschau und machte einem hoffnungsvollen Optimismus Platz. Nachdem die Nazipartei im August 1932 jedoch ihre Tolerierung der Papen-Regierung aufgab und diese statt dessen zu bekämpfen begann, verfiel Kirdorf erneut in tiefsten Pes-

111) Stegmann, Zum Verhältnis, a.a.O., S. 414.
112) „Die Rote Fahne" v. 28. 8. 1929.
113) „Berliner Lokal Anzeiger" v. 23. 8. 1930. Die Erklärung Kirdorfs begann mit den Worten: „Eine sehr weit links stehende Wochenschrift verbreitet unwahre und törichte Ausführungen über meine, meines Schwiegersohnes, des Fregattenkapitäns a. D. Krüger, und die des Herrn Generaldirektors Dr. Huber politische Einstellung und Betätigung und zieht in diese Ausführungen ohne jede Grundlage auch die Gelsenkirchener Bergwerks-Akt. Ges. hinein."
114) Fritz Thyssen, I paid Hitler, London 1941, S. 134: „Während der letzten Jahre vor der Machtergreifung der Nazis begannen die großindustriellen Verbände (corporations) mit ihren Unterstützungen. Aber sie gaben sie nicht direkt an Hitler; sie gaben sie Dr. Alfred Hugenberg, der etwa ein Fünftel der gespendeten Beträge der NSDAP zur Verfügung stellte." (Aus d. Engl. übers. v. Verf.) Turner erklärt die Behauptung, daß die Gelder der Industrie an die Nazis über Hugenberg gingen, zu einer „Legende", die von Konrad Heiden in Umlauf gesetzt worden sei. (Turner, S. 14). In dem Bemühen, diese „Legende" zu widerlegen, verheddert er sich aber in Widersprüchen. (Vgl. S. 107 und S. 14.)

simismus, von dem dann auch seine Neujahrsbetrachtung an der Jahreswende 1932/33 durchtränkt war[115]).

Aber nicht nur der Ruhrbergbau, auch die Eisen- und Stahlindustrie des Reviers knüpfte 1926 schon Fäden zur NSDAP, wie aus dem Tagebuch von Joseph Goebbels hervorgeht[116]). Goebbels war damals Geschäftsführer des NSDAP-Gaues Rheinland-Nord, an der Seite des Gauleiters Karl Kaufmann. In seinem Tagebuch finden sich etliche Eintragungen, aus denen hervorgeht, daß er öfter mit einem Direktor Arnold zusammentraf, der die NSDAP finanziell unterstützte. So heißt es unter dem Datum des 13. Januar 1926: „Korrekturen des ABC[117]). Zweite Auflage erscheint, 11–20 000. Ein großes Objekt. Morgen fahre ich nach Hattingen um Geld. Direktor Arnold muß vorschießen für den Druck."[118]) Am 21. März 1926: „Morgen sollen wir Geld bekommen. Von Arnold 1500 Mk. Ich muß deshalb nach Hattingen."[119]) Am 27. März: „Nachmittags wieder in Hattingen . . . A. gab 800 Märker."[120]) Wie Heiber vermutet, handelt es sich bei dem von Goebbels genannten Direktor Arnold um den in Hattingen wohnenden Direktor des Deutschen Instituts für technische Arbeitsschulung (Dinta), Dr. Ing. Robert Karl Arnhold[121]). Über diesen Mann und sein Institut lesen wir bei Richard Lewinsohn: „Eines hat auch die Propagandakunst Hugenbergs nicht vermocht: es ist ihr nicht gelungen, die Arbeitermassen nach rechts, auf die Seite der Unternehmerparteien hinüberzuziehen. Um dieses Manko auszugleichen, hat die Schwerindustrie noch eine zweite Propagandaorganisation aufgezogen und finanziert, die sich direkt an den Arbeiter wendet, ihn geistig einfangen und nach den Wünschen des Arbeitgebers bilden und umbilden soll. Diese Organisation führt den geheimnisvollen Namen Dinta. Als einer ihrer Urheber gilt Oswald Spengler . . . Ihr tatkräftigster Förderer in der Industrie ist der Generaldirektor Vögler von den Vereinigten Stahlwerken; der eigentliche Organisator ist ein früherer Offizier, der Oberingenieur C. R. Arnhold von der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft."[122]) Bei einer solchen Zielstellung der Dinta war es nahezu unausbleiblich, daß sich ihr Leiter für eine Partei interessierte und ihre Bemühungen unterstützte, die sich gleichermaßen die Aufgabe stellte, die Arbeitermassen „nach rechts" hinüberzuziehen und sie „nach den Wünschen der Arbeitgeber" zu bilden und umzubilden[123]). Der sozialdemokratische „Vorwärts" charakterisierte das Dinta und seinen Leiter mit den Worten, das Institut sei eine „in höchstem Maße sozialreaktionäre ‚Forschungsstätte', die sich die deutschen Großunternehmer viel Geld kosten lassen; seine Hauptaufgabe ist, auf die Zerschlagung des Gewerkschaftsgeistes und Errichtung einer ständisch scharf gestuften Fabrikbelegschaft hinzuarbeiten". Der Kopf der Dinta sei Geheimrat Arnhold, von dem folgender Ausspruch zitiert wird:

115) Turner, S. 75ff.
116) Helmut Heiber (Hrsg.), Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26, Stuttgart, 2. Aufl., 1961.
117) Gemeint ist eine von Goebbels verfaßte Nazipropagandaschrift.
118) Heiber, S. 53.
119) Ebd., S. 66.
120) Ebd., S. 67.
121) Ebd., S. 22, Fn. 3.
122) Richard Lewinsohn (Morus), Das Geld in der Politik, Berlin 1930, S. 197.
123) Ebd.

„Letzten Endes soll die Erziehung der Belegschaft in unserer Industrie Ersatz für das alte Heer sein. Der Arbeiter muß begreifen lernen, daß im Produktionsprozeß mehr gedient als verdient werden muß."[124]) Nach solch erfreulich klaren Aussagen sollte ein Zweifel über die Inspiratoren des späteren faschistischen Arbeitsordnungsgesetzes von 1934 ausgeschlossen sein.

Ein weiterer Industrieller, den Goebbels als Freund und Förderer der NSDAP im Ruhrgebiet nannte, war Fritz v. Bruck. Von Bruck war ein einflußreicher Deutschnationaler und einer der leitenden Männer im Hoesch-Konzern[125]). Über ihn schrieb Goebbels am 3. Februar 1926 in sein Tagebuch: „Montagnachmittag mit Herrn von Bruck zusammen, einem führenden Industriellen des Rheingebietes. Endlich ein Wirtschaftsführer. Er hielt uns ein politisch-wirtschaftliches Kolleg von fabelhaftem Ausmaß. Mit dem Mann kann man zusammenarbeiten."[126]) v. Bruck hatte ein Darlehn von 4000 Mark zur Gründung des Kampfverlages beigesteuert[127]). Ob das „Darlehn" jemals zurückgezahlt wurde, ist unbekannt; jedoch wurden Subventionen an die Parteien durch die Unternehmer häufig als Darlehn getarnt.

Ein weiterer von Goebbels erwähnter Naziunternehmer war Paul Hoffmann, Inhaber einer Gummi- und Asbestwarenfabrik in Essen[128]). Der Fundus an Aufmerksamkeit und Wohlwollen, den Hitler und die NSDAP unter den Ruhrmagnaten erwarben, war zwar für die weitere Entwicklung der NSDAP am wichtigsten; aber auch zu anderen Unternehmerkreisen besaß diese „Arbeiterpartei" segensreiche Verbindungen. Der Kreis der frühen Förderer der NSDAP aus dem kleinen und mittleren Unternehmertum erfuhr besonders ab 1926/27 eine ständige Erweiterung durch neu Hinzukommende, von denen einige später in wichtige Funktionen aufrückten. Ihre Zahl ist mit Sicherheit viel größer, als in der Öffentlichkeit bekannt wurde, da viele es in jenen Jahren noch vorzogen, die Partei nur insgeheim zu unterstützen, ohne ihr beizutreten. Für solche Sympathisanten wurde sogar eine eigene Organisation geschaffen, die im Ruhrgebiet als „Deutscher Freiheitsbund" firmierte, und der nach polizeilichen Feststellungen vorwiegend Gewerbetreibende und Fabrikanten angehörten[129]).

Im Jahre 1927 trat Albert Pietzsch der NSDAP bei, die er schon seit 1923 unterstützte[130]). Er gehörte zum Bekanntenkreis von Rudolf Hess, dem „Stellvertreter des Führers", der ihn im Herbst 1933 zu seinem Wirtschaftsberater machte. Mit Pietzsch stieß ein Unternehmer aus dem Elektro-Chemie-Flügel des deutschen Monopolkapitals zur NSDAP, zu dem zwar auch schon seit 1922 Beziehungen bestanden, z. B. über den Siemensdirektor Burhenne[131]), die jedoch nicht so auffällig und vor allem nicht so bekannt waren, wie diejenigen zur

---

124) „Vorwärts" v. 1. 8. 1932 (Abendausgabe).
125) Heiber, S. 57, Fn. 3. Nach Heiber war er erst nach 1933 bei Hoesch zu ermitteln.
126) Ebd., S. 57.
127) Ebd., S. 133, 136.
128) Ebd., S. 65, 67, 96.
129) Böhnke, S. 147.
130) Das deutsche Führerlexikon 1934/1935, Berlin 1934, S. 355; zu den Angaben über Pietzsch s. VB v. 29. 6. 1934.
131) Georg Franz-Willing, Die Hitlerbewegung, Hamburg/Berlin 1962, S. 185.

Schwerindustrie. Pietzsch, von Beruf Ingenieur, war Leiter der Elektrochemischen Werke München A.G. Er gehörte zu denen, die nach 1933 aufgrund ihrer „Alten Kämpfer"-Eigenschaft eine steile Karriere machten.

Allerdings legten die meisten Monopolisten und Junker, die Verbindungen zur NSDAP unterhielten und ihr Unterstützung zuteil werden ließen, vor 1933 im Unterschied zu Kirdorff, Thyssen und Schacht gewöhnlich großen Wert darauf, daß diese Beziehungen im Dunkel blieben. Es ließe sich eine lange Namensliste von Großindustriellen, Bankiers und Junkern aufstellen, die bis 1933 als Gegner der Nazis galten oder von denen wenigstens nicht bekannt war, daß auch sie die Nazis unterstützten, bis nach 1945 durch die Nürnberger Prozesse oder noch spätere Aktenfunde die Wahrheit ans Licht kam; das betrifft fast alle Mitglieder des „Keppler-Kreises" und ebenso fast alle Unterzeichner der berüchtigten Eingabe an Hindenburg vom November 1932; das betrifft ferner Industrielle wie Paul Silverberg und Otto Wolff, die in der bürgerlichen Literatur noch heute als Gegner Hitlers apostrophiert werden.

Eine solche Geheimhaltung war schon allein deshalb notwendig, um den Charakter der Nazipartei als Partei des Monopolkapitals nicht gar zu offenkundig werden zu lassen. Geheimhaltung war aber auch geboten, um Scherereien mit den anderen, ebenfalls unterstützten Parteien zu vermeiden, vor allem aber, um im Dschungelkampf der Monopolgruppen untereinander dem Rivalen nicht die eigene Position zu verraten.

Allerdings wird man Namen von direkten Vertretern des mächtigsten deutschen Monopolunternehmens, der IG-Farbenindustrie, unter den Mitgliedern des Kepplerkreises und der Hindenburgeingabe vergeblich suchen. Es fragt sich, ob das wirklich darauf zurückzuführen ist, daß der Chemietrust, wie Richard Sasuly meinte, „sich nicht beeilte, die Nazis zu unterstützen"[132]) – Sasuly datiert diese Unterstützung erst ab 1931 –, oder ob nicht vielleicht die IG-Farben es noch besser als andere verstanden, ihre Beziehungen zur NSDAP zu tarnen.

Eine genauere Untersuchung zeigt, daß das letztere zutrifft. Eine Tarnung ihrer Beziehungen zur NSDAP war für den IG-Farbenkonzern mehr noch als für alle anderen Monopolunternehmen geboten, da es ihm besser als allen anderen gelungen war, auf die Regierungen und den Staatsapparat der Weimarer Republik maßgeblichen Einfluß zu gewinnen[133]); er mußte folglich darauf bedacht sein, das „Image" der Loyalität gegenüber der Weimarer Republik und ihrer Verfassung zu wahren. Das gelang ihm denn auch vor allem durch sein Hausblatt, die „Frankfurter Zeitung" (FZ)[134]), die nicht zu Unrecht den Ruf der gediegensten bürgerlichen deutschen Tageszeitung genoß und bis über den 30. Januar 1933 hinaus eine liberale, den Nazis kritisch gegenüber-

132) Richard Sasuly, IG Farben, Berlin 1952, S. 87.
133) Helmut Wickel, IG-Deutschland. Ein Staat im Staate, Berlin 1932.
134) Die IG-Farben übernahmen durch den BASF-Direktor Hermann Hummel, Mitglied des IG-Aufsichtsrates, Leiter der unter der Kontrolle der IG stehenden „Deutsche Provinz-Verlag G.m.b.H." und maßgeblich beteiligt an der Frankfurter Societas-Druckerei G.m.b.H., die renommierte, 1856 gegründete „Frankfurter Zeitung"; (zu Hummel s. Lewinsohn, S. 85, 200f.).

stehende politische Linie verfolgte. Dies war zugleich auch die Haltung, die den Außenwirtschaftsbeziehungen der IG am förderlichsten war.

Die FZ-Linie war jedoch keineswegs die einzige Linie der IG-Farben. Entsprechend dem Grundsatz ihres damals exponiertesten Mannes, des Aufsichtsratsvorsitzenden Carl Duisberg – seit 1925 zugleich auch Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie –, in allen Parteien vertreten zu sein, um überall politischen Einfluß und Druck ausüben zu können[135]), verstanden sie, mit vielen Stimmen zu sprechen, darunter auch mit einer konservativ-profaschistischen; als Sprachrohr dieser Stimme benutzten sie die „Europäische Revue", über die noch ausführlicher zu sprechen sein wird. (Die spätere Rolle der IG-Farben im faschistischen Deutschland erlaubt übrigens die Schlußfolgerung, daß die *echteste* Stimme der IG-Farben nicht aus der „Frankfurter Zeitung", sondern aus der „Eruopäischen Revue" sprach.)

Auf der Suche nach möglichen Verbindungen des Chemiekapitals zur NSDAP ist natürlich zuerst an Gregor Strasser zu denken. Nicht etwa deshalb, weil er seines Zeichens Apotheker war, und Apotheker nach Kurt Tucholsky „Dorfkaplane der IG-Farben" waren[136]); viel eher schon deshalb, weil er nach seiner Niederlage im Zweikampf gegen Göring und dem Ausscheiden aus der Parteiführung Direktor im Schering-Konzern wurde[137]). Vor allem aber, weil die von ihm repräsentierte politische Linie viele Berührungspunkte mit der vom Chemiekapital im allgemeinen, von IG-Farben im besonderen bevorzugten Politik besaß. Außerdem deshalb, weil auch sein Bruder Otto Strasser im Bannkreise der Chemieindustrie stand und von dorther das Startkapital für die Gründung des „Kampfverlages" erhielt, der für einige Jahre eine wichtige politische Waffe und zugleich eine gewichtige Hausmacht der Brüder Strasser in der Nazipartei darstellte.

Eine weitere Verbindung von der Nazipartei zum IG-Farbenkonzern lief über Robert Ley. Die Art und Weise, wie diese Verbindung hergestellt und getarnt wurde, darf als typisch für die besonders raffinierte Camouflagetaktik der IG-Farben gelten.

Ley, von Beruf Nahrungsmittelchemiker, war seit 1921 in einem Chemiebetrieb der späteren IG-Farben in Leverkusen tätig. 1924 schloß er sich der „Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung" in Köln an; nach Neugründung der NSDAP wurde er im Juli 1925 mit Zustimmung Hitlers zum Gauleiter von Rheinland-Süd ernannt[138]). Trotz dieser exponierten Stellung als Naziführer behielt er weiterhin seine Stellung bei den IG-Farben. Erst als Ley als Kandidat der NSDAP für die am 20. Mai 1928 in Preußen stattfindenden Landtagswahlen aufgestellt wurde, endete sein Arbeitsverhältnis. Parteiamtlich wurde die Version verbreitet, er sei am 1. Januar 1928 „wegen seiner politischen Tä-

135) Zum „System Duisberg" s. Lewinsohn, S. 82ff.; Sasuly, S. 86f.
136) Kurt Tucholsky, Gruß nach vorn. Eine Auswahl aus seinen Schriften und Gedichten, hrsg. von Erich Kästner, Berlin/Hamburg/Stuttgart/Baden-Baden, 1948, S. 78.
137) Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften für das Jahr 1933, II, Berlin, S. 1113.
138) Gerhard Schildt, Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West. Untersuchungen zur Geschichte der NSDAP 1925/26. Phil. Diss. Freiburg 1964, S. 39.

tigkeit" entlassen worden[139]). Und das war nicht einmal unrichtig. Mit der „Imagepflege" der IG-Farben war es schlecht vereinbar, einen Landtagsabgeordneten der NSDAP in einer verantwortlichen Stellung zu beschäftigen. Er wurde in der Tat entlassen; vorher aber schloß seine „Firma", also die IG-Farben, mit ihm nach dem Zeugnis eines ehemaligen Nazis[140]) einen Vertrag, demzufolge er noch drei Jahre lang ein Monatsgehalt von 850 Mark und für jedes Halbjahr noch eine zusätzliche Vergütung von 1800 bis 2000 Mark erhielt. Diese Regelung erklärt, woher die Gelder zur Herausgabe einer eigenen Gauzeitung, des „Westdeutschen Beobachters", stammten[141]).

Im Jahre 1927 stieß ein weiterer Mann aus dem Chemiebereich zur NSDAP: Wilhelm Keppler, der später weithin bekannte und berüchtigte Wirtschaftsberater Hitlers und Gründer des sogenannten „Freundeskreises". Vor dem Ersten Weltkrieg Werkmeister in einer chemischen Fabrik seiner Verwandten, wurde Wilhelm Keppler 1919 deren Leiter[142]). 1922 gründete er zusammen mit der amerikanischen Firma Eastman Kodak eine Fabrik zur Herstellung von Fotogelatine, die Chemischen Werke Odin GmbH in Eberbach am Neckar[143]). Die Eastman Kodak war an der Firma mit 50%, Keppler und seine Verwandten mit je 25% der Gesellschaftsanteile beteiligt. Durch geschäftliche Transaktionen, von denen bisher weder Einzelheiten noch ihre wirkliche Bedeutung bekannt sind, kam Keppler 1930 in nähere Beziehung zu Ley und zu dem Kölner Bankier Curt von Schröder. Die Quelle, aus der diese Vorgänge bekannt sind, ist eine parteiamtliche Beurteilung Schröders, die wahrscheinlich von Ley selbst verfaßt wurde[144]); die Angelegenheiten Kepplers spielen darin nur insofern eine Rolle, als Ley an ihrem Beispiel die Verdienste Schröders um den Pg. Keppler und damit um die Nazipartei ins gebührende Licht rückt. Nach diesem Dokument soll Keppler wegen seiner nationalsozialistischen Einstellung Schwierigkeiten in seinen beiden chemischen Betrieben bekommen und deshalb versucht haben, sie selbst zu erwerben. Dabei wurde er offenbar von Ley beraten, der ihn wegen der Finanzierung der geplanten Transaktion mit Schröder in Verbindung brachte. Es gelang Keppler trotzdem nicht, sein Ziel zu erreichen; dafür dürfte der Widerstand des Hauptanteilseigners der Kodakgesellschaft ausschlaggebend gewesen sein[145]). Worum es dabei in Wahrheit ging, darüber lassen sich nur Vermutungen anstellen. Am

139) Führerlexikon, S. 278.
140) Es handelt sich um den ehemaligen Reichsredner der NSDAP Klute, der zur Nazi-Opposition abgeschwenkt war und in seinem Blatt eine Charakteristik Leys gab, die vom Sozialdemokratischen Pressedienst v. 23. 12. 1932 auszugsweise veröffentlicht wurde.
141) Siehe dazu auch Walter Ulbricht. Der faschistische deutsche Imperialismus (1933–1945), Berlin 1952, S. 25; (dort wird – allerdings ohne Beleg – angeführt, daß Ley von den IG-Farben 10 000 Mark für die Gründung des „Westdeutschen Beobachters" erhalten habe.)
142) ZSt.A. Potsdam, Fall XI, Bd. 615, Bl. 15 ff.; s. a. Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967, S. 28 f.
143) Nach Czichon ist dies die einzige Fabrik für Fotogelatine in Deutschland gewesen; wenn auch diese Behauptung mit Vorsicht aufzunehmen ist, so dürfte daran doch soviel richtig sein, daß die Odin-Werke für die Rollfilmindustrie als Zulieferer von großer Bedeutung waren. Daraus erklären sich auch die Kämpfe um den Besitz dieses Betriebes.
144) Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, 2., verb. u. erw. Aufl., Stuttgart und Düsseldorf, 1957, S. 689 f.
145) Czichon (S. 28) behauptet hingegen unter Berufung auf Bracher, der beabsichtigte Kauf sei daran gescheitert, daß es Keppler nicht gelungen sei, den Anteil seiner Verwandten aufzukaufen. Bei Bracher findet sich indessen für eine solche Auslegung kein Anhaltspunkt.

wahrscheinlichsten ist es, daß einer der Konkurrenten von Kodak die wegen ihres Schlüsselproduktes wichtigen Chemischen Werke Odin mit Hilfe Kepplers dem Einflußbereich der Kodak-Gesellschaft entziehen und sich selbst angliedern wollte; dafür kam sowohl die Schering-Kahlbaum AG, die sich die Voigtländer-AG angegliedert hatte, in Frage, als auch der IG-Farbenkonzern, zu dessen Gründern die Agfa gehörte. Das Aktivwerden des Kölner Bankhauses Stein durch seinen Teilhaber Kurt von Schröder spricht dafür, daß hinter Kepplers Bemühungen nicht Schering-Kahlbaum, sondern die IG-Farben standen; denn Kurt von Schröder war der Schwiegersohn Richard von Schnitzlers, und dieser wiederum war Aufsichtsratsmitglied bei IG-Farben und Teilhaber des Bankhauses Stein[146]). Durch die Ehe mit Edith von Schnitzler hatte Schröder in das Bankhaus Stein eingeheiratet und war somit sowohl personell als auch geschäftlich eng mit den IG-Interessen verbunden. Es spricht also sehr viel dafür, daß Keppler bei diesem Aufkaufversuch als Mittelsmann für eine Ausdehnung des IG-Einflußbereiches tätig wurde.

Wie immer auch die Dinge gelegen haben mögen, fest steht, daß zu Kepplers engstem Umgang ein NSDAP-Gauleiter gehörte, der Angestellter der IG-Farben war, und ein gleich zweifach mit den IG-Farben verheirateter Bankier. Wie der parteiamtlichen Beurteilung Schröders zu entnehmen und wie im übrigen inzwischen auch längst aktenkundig geworden ist, blieben zwischen dem kleinen Unternehmer Keppler und dem Bankier mit dem mächtigen Rückhalt weiterhin enge Beziehungen bestehen, Beziehungen, die natürlich nicht auf Gleichheit und Gleichberechtigung beruhen konnten.

Die Parteibeurteilung Schröders enthält ferner den wichtigen Hinweis, daß Ley und Keppler, als sie mit Schröder in nähere Berührung kamen, „durch dessen aktive nationalsozialistische Gesinnung" überrascht worden seien[147]). Nach Schröders eigenem Eingeständnis liegt der Anfang der Bekanntschaft mit Keppler schon in den Jahren 1928 oder 1929[148]). Wir haben in Schröder also einen frühen Sympathisanten der NSDAP aus den Kreisen des Bankkapitals und der IG-Farben vor uns. Offensichtlich ergab es sich im Gefolge der Verhandlungen um die Odin-Werke, daß Keppler für Schröder der wichtigste Verbindungsmann zur NSDAP wurde; dank dessen bald danach erfolgtem Aufstieg zum Wirtschaftsberater Hitlers verfügten die IG-Farben via Schröder-Keppler über eine direkte Verbindung zu und Einflußmöglichkeiten auf Hitler, die umso wirksamer waren, als sie durch eine zweite Verbindung, die über Hitlers Stellvertreter Hess lief, noch verstärkt wurden.

Der Ausgangspunkt dieser zweiten Verbindung war Heinrich Gattineau. Er trat 1928 bei den Bayer-Werken in Leverkusen in den Dienst der IG-Farben und stieg dort rasch in eine leitende Stellung auf. Duisberg machte den wendigen jungen Mann nach kurzer Zeit zum Leiter seines Sekretariats, später vertraute er ihm die Zentralabteilung für Wirtschaftsfragen der Bayerwerke

146) Kurt Gossweiler, Großbanken, Industriemonopole, Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914–1932, Berlin 1971, S. 339.
147) Bracher, S. 689 f.
148) Ebd., S. 689, Fn. 12.

an[149]). Im Jahre 1931 holte ihn der mehr im Hintergrund bleibende, aber umso mächtigere Vorstandsvorsitzende der IG-Farben, Carl Bosch, in die Pressestelle des Konzerns in Berlin.Gattineau wurde in dieser Funktion verantwortlich für die „Außenpolitik" der IG-Farben, für die Pflege ihrer Verbindungen zu den Parteien und Verbänden. Bosch bewies mit dieser Wahl, daß er sehr klare Vorstellungen darüber hatte, nach welcher Richtung die Beziehungen der IG-Farben vor allem auszubauen waren; denn Gattineau verfügte über persönliche Bekanntschaft und Beziehungen zu einigen Naziführern. Nach dem Ersten Weltkriege hatte er dem „Bund Oberland" angehört, einem der Vorläufer der faschistischen SA, der am Hitlerputsch teilnahm. Aus dieser Zeit war er persönlich bekannt mit Ernst Röhm und dem General v. Epp. Studiert hatte er in München u. a. bei Professor Haushofer, dem „väterlichen Freund" von Rudolf Hess; auch mit diesem war Gattineau persönlich bekannt. Er war also wie geschaffen dafür, auf unauffällige, diskrete Weise Kontakte zwischen dem Farbenkonzern und der Nazipartei herzustellen.

Einen weiteren Stützpunkt in der Nazipartei besaßen die IG-Farben in dem Chemie-Ingenieur Werner Daitz aus Lübeck, einem Mann, der sich schon vor dem Ersten Weltkriege nicht nur als Leiter verschiedener Betriebe, im Kriege zusätzlich als Erfinder von Ersatzstoffen, z. B. eines Ersatzstoffes für Kautschuk, versuchte[150]), sondern seit 1909 auch „philosophische und politische Veröffentlichungen über die kommende Weltanschauungswende"[151]) verfaßte, womit er später seinen Anspruch begründete, zu den geistigen Wegbereitern des Nationalsozialismus zu gehören. Dieser Anspruch wurde von den IG-Farben nach 1933 kräftig unterstützt, indem sie seine Schriften neu auflegen und verbreiten ließen[152]). In einer dieser Schriften aus dem Jahre 1916 wurden Ideen entwickelt, die große Ähnlichkeit mit den etwa gleichzeitig verkündeten Ideen von Walter Rathenau hatten. So hieß es da etwa: „Ein neuer Typ von Staatssozialismus erscheint auf der Bildfläche, völlig verschieden von allem, was jeder einzelne von uns sich je erträumt oder ausgedacht hat. Auf wirtschaftlichem Gebiet werden weder Privatinitiative noch Privatkapitalismus gelähmt werden, aber der Staatssozialismus wird sie insofern seinen Interessen gemäß organisieren, als das Kapital in der Volkswirtschaft konzentriert und nach außen hin einheitlich gelenkt wird . . . Diese Wandlung des Kapitalismus . . . wird in einen nationalen Sozialismus umschlagen . . ."[153]) Nach Gründung der IG-Farben AG wurde Daitz Betriebsleiter in der IG. Lange vor 1933 trat er der NSDAP bei; 1931 wurde er Mitglied der Reichsleitung der NSDAP in Alfred Rosenbergs Außenpolitischem Amt (APA) der NSDAP.

---

149) Nürnberger Nachfolgeprozesse, Fall 6 (IG-Farbenindustrie AG), Anklagedokumentenbuch XI, Dok. NI 9757 (Affidavit Heinrich Gattineaus v. 12. 6. 1947).
150) Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft, Bd. I, Berlin 1931, S. 293. Daitz stellt sich dort vor als Inhaber der Fa. Daitz und Co., Lübeck, einer Firma, die Dachgesellschaft mit maßgeblichen Beteiligungen bekannter Unternehmen der Eisen-, Maschinen- und Bauindustrie sowie Verwalterin einer größeren Zahl wichtiger Patente und Lizenzen, die chemische und pharmazeutische Großindustrie, die Erdölindustrie und das Bauwesen betreffend, sei. Nach der gleichen Quelle war er Aufsichtsratsmitglied zweier Lübecker Maschinenfabriken sowie Verwaltungsratsmitglied des Übersee-Klubs in Hamburg und der Deutschen Kolonial-Liga in München.
151) Führerlexikon I, S. 89.
152) Sasuly, S. 74.
153) Ebd.

Natürlich schufen sich die IG-Farben mit Ley, Keppler, Daitz und sicher auch noch anderen nicht deshalb Stützpunkte in der NSDAP, weil sie in ihr etwa schon eine Partei sahen, der man dereinst die Macht übertragen würde. Aber die Herren im Reich der Chemie, gewohnt, mit allen Elementen zu experimentieren und sie auf ihre Brauchbarkeit zu testen, gewitzt auch durch die Erfahrung, daß selbst die gleichgültigsten und scheinbar nutzlosesten Stoffe unter bestimmten Bedingungen und in Reaktion mit anderen plötzlich unerwartete und überraschende Qualitäten zutage treten lassen, hatten es sich auch in der Politik zum Prinzip gemacht, neben den bekannten und erprobten Elementen – den großen, im Reichstag und in den Regierungen vertretenen Parteien – auch die kaum bekannten und unerprobten Elemente nicht zu übersehen und auf ihre Brauchbarkeit hin zu prüfen, noch dazu, wenn es sich um eine Partei handelte, deren politische Maximen mit Duisbergs Überzeugung weitgehend übereinstimmten, daß nämlich Deutschland einen starken Mann brauchte, der ohne Rücksicht auf Massenstimmung zu handeln verstehen und alle Deutschen endlich unter einen Hut bringen würde. Überdies erforderte das rege Interesse, das von wirtschaftspolitischen Gegenspielern der IG, dem Ruhrbergbau, der NSDAP entgegengebracht wurde, von ihr entsprechende Gegenzüge.

Dieses Vorgehen der IG-Farben hatte es immerhin zuwege gebracht, daß ihr Einfluß auf die Nazipartei schon um 1927/28 kaum hinter dem der Schwerindustrie zurückstand und ihre Verbindungen zu dieser Partei eher noch vielfältiger waren, allerdings viel unauffälliger, weil gewissermaßen „konspirativ".

Zur Faschismusdiskussion

J. Berlin/D. Joachim/B. Keller/V. Ullrich
Was verschweigt Fest?
Analysen und Dokumente zum Hitler-Film. Mit zahlreichen Grafiken und Bildern namhafter antifaschistischer Künstler
Kleine Bibliothek Bd. 120
208 Seiten, DM 9,80

R. Kühnl (Hrsg.)
Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten
2., überarbeitete und erweiterte Auflage, 3., unveränderte Auflage in Vorbereitung
Kleine Bibliothek Bd. 62
538 Seiten, DM 9,80

R. Kühnl/G. Hardach (Hrsg.)
Die Zerstörung der Weimarer Republik
Kleine Bibliothek Bd. 88
292 Seiten, DM 12,80

Medienkritik

ANSICHTEN ZUR GEWALT (MIMIS KRIMI, 1. TEIL)

Die neuerdings sogar im Fernsehen geführte Diskussion über *Gewalt* im Fernsehen bezieht sich vor allem auf die Krimi-Serien, die im Programm der ARD und des ZDF ihre festen Sendetermine haben. Ein Beschluß der Intendanten der ARD, in Zukunft weniger US-Serien einzukaufen, hat ihnen einen Aufmacher in der „Bild-Zeitung" eingebracht: Neben den in rote (*Tatort*-Zielscheiben-)Ringe einmontierten Photos von US-Serienstars wie z. B. Telly Savallas *(Kojak)* steht jeweils ein kategorisches, in großen Lettern gedrucktes „Weg!". Im knappen Text erfährt der erschreckte Zuschauer, die „spannenden" amerikanischen Serien würden „gekillt" und durch „brave deutsche" ersetzt („Bild" v. 7. Juli 1978).

Nun könnte man angesichts der Angebote in den beiden Programmen schon von einer *Überfremdung* des Krimiangebots durch die US-Serien sprechen. Von 18 im Juli gesendeten Serienkrimis waren nur sechs deutsche, davon drei in Wiederholung. Fünf amerikanische Serien sind alle 14 Tage, zwei alle vier Wochen regelmäßig im Programm. Trotz ihrer Verschiedenheit erscheinen sie zusammengenommen wie ein einheitliches Genre. Sie verarbeiten alle in gleicher Häufigkeit traditionsreiche Kino-Elemente wie Verfolgungsjagden (das Auto ist meistgezeigter Gegenstand) und Schießereien (die manchmal auch ohne dramaturgischen Grund provoziert werden). Unterschiede ergeben sich aus einer relativ großen Varietät in der Zeichnung der Detektive und des Polizeiapparats. Auffällig ist der hohe Anteil an Hauptfiguren, die nicht der Polizei angehören *(Rockford, Die Straßen von San Francisco)* oder mit ihr in scharfe Konflikte geraten und am Ende recht behalten (dies ist sogar der feststehende Plot von *Ein Sheriff in New York)* – auffällig aber auch der Versuch, psychologische und soziale Beziehungen im Polizeiapparat – wenn auch mit äußerst klischeehaften Mitteln – zum Markenzeichen der Serie zu stilisieren *(Kojak).*

Brutalität und Gewalt, die inkriminierten Hauptelemente, erscheinen in solcher Konstellation nicht mehr als eindeutig fixierbare Anteile der bösen Verbrecher einerseits und der guten Polizei andererseits. Der in Erregung wütend um sich schießende Polizist ist ebenso geläufig wie der die Gewalt bewußt in Kauf nehmende oder gar provozierende Kommissar im Alleingang. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, in Form *überhandnehmender* Kriminalität, sind nicht mehr nur Legitimation der Polizeigewalt, sondern diese selbst wird zum Bestandteil eines allgemeinen Klimas der Gewalt, ist kaum noch regulativ wirkendes Element des brutal geführten Lebenskampfes. Deutlich ist dabei die Tendenz zur individuellen, durch den Erfolg erst hinterher gerechtfertigten gewaltsamen Vorgehensweise des Einzelgängers à la *Ein Mann sieht rot.* Natürlich siegt am Ende, mit seiner Hilfe, „die Gerechtigkeit" wie „Bild", zugleich verschleiernd und zu Recht abstrakt, formuliert.

In einer Fernseh-Diskussion (am 16. Juli von der ARD gesendet) äußerte sich der Programmchef des Südwestfunk-Fernsehens, den die ARD in ihre Kommission zur Untersuchung der Gewalt im Fernsehen entsandt hat, über die Gründe für seine Vorbehalte gegenüber den US-Krimis: „Unser Programm hat zu wenig Muster an positiven Verhaltensweisen, sagt zu wenig ‚ja' zu Staat und Gesellschaft." Offenbar stört ihn, daß die *Gerechtigkeit* nicht eindeutig genug vom Staat ausgeht, ja, daß manchmal „Gegengewalt für legitim" erklärt werde.

Nicht also die Gewöhnung an brutale Umgangsformen, nicht der oberflächliche Nervenkitzel mit der Gewalt, ohne Ursachen auch nur anzudeuten, und auch nicht die Propagierung von Tendenzen des individuellen Amoklaufs im Namen der Gerechtigkeit – alles Gründe, die gegen solche Serien sprechen – sondern das einzig interessante Element, *ihr wenn auch beschränkter Realismus,* wird hier zum Ablehnungsgrund.

Günter Giesenfeld

Die Entwicklung des Steuersystems

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Im Mittelpunkt der offiziellen wirtschaftspolitischen Diskussion steht gegenwärtig das Thema „Steuern". In den letzten Wochen gibt es kaum eine Institution des wirtschaftlichen und politischen Lebens, die nicht irgendwelche mehr oder weniger durchdachte Änderungsvorschläge und „Modelle" veröffentlicht hat. Oft sind diese „Denkmodelle" so unausgegoren, daß die Autoren an eine Realisierung wahrscheinlich selbst nicht denken. Sie halten aber das Gespräch ingang und geben den Urhebern die Gelegenheit, sich als Interessenvertreter der „Steuerzahler" zu präsentieren.

Die Steuerdiskussion hat unter anderem den Effekt, daß die Untätigkeit und Konzeptionslosigkeit von Regierung und Opposition, von „Sachverständigen" und Unternehmern auf dem Gebiet der Beschäftigungspolitik der öffentlichen Aufmerksamkeit entzogen wird. Sie lenkt von der Tatsache ab, daß man sich dort mit der Existenz von Massenarbeitslosigkeit abgefunden und angefreundet hat.

Darüber hinaus eignet sich das Thema „Steuern" für sozialdemagogische Manöver wie kaum ein anderes wirtschaftliches Thema. Denn Steuerzahler ist jedermann – und jedermann zahlt ungern. Eine Partei, die für Steuersenkungen plädiert, kann sich erst einmal des Beifalls aus allen Bevölkerungsklassen sicher sein. Steuern scheinen eine allgemein drückende Last zu sein – daher sind viele Steuerzahler geneigt, Steuersenkungen schlechtin, auch wenn sie ihnen gar nicht zugute kommen, für gut zu halten. Die Tatsache, daß die Struktur des Steuersystems darüber entscheidet, welche Klasse oder Gruppe der Bevölkerung in welchem Ausmaß zur Finanzierung der Staatsausgaben beizutragen hat, gerät so sehr leicht aus dem Blickfeld.

Dabei genügt ein Blick auf die Entwicklung des Steuersystems in der Bundesrepublik, um die Bedeutung von Steuern für die Einkommensverteilung sichtbar zu machen.

Steueraufkommen der Bundesrepublik

	1960		*1970*		*1977*	
	In Mrd. DM	*In %[1])*	*In Mrd. DM*	*In %[1])*	*In Mrd. DM*	*In %[1])*
Gesamtaufkommen	*68,4*	*100*	*154,1*	*100*	*299,6*	*100*
Direkte Steuern	*38,9*	*56,8*	*88,3*	*57,3*	*193,5*	*64,6*
Darunter:						
Lohnsteuer	*8,1*	*11,8*	*35,1*	*22,8*	*90,8*	*30,3*
Indirekte Steuern	*29,5*	*43,2*	*65,8*	*42,7*	*106,1*	*53,4*
Darunter:						
Umsatzsteuer	*16,1*	*23,5*	*38,2*	*24,8*	*62,6*	*20,9*

1) Anteile in %.
Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd.; „Süddeutsche Zeitung" v. 24./25. 6. 1978.

Die besonders unsozial wirkenden indirekten Steuern, die am Verbrauch ansetzen, sind anteilig zurückgegangen, die direkten Steuern, die am Einkommen oder am Gewinn ansetzen, haben ihren Anteil vergrößert. Das ist aber kein Zeichen für eine etwa sozialer gewordene Struktur des Steuersystems. Denn bei den direkten Steuern ist vor allem der Anteil der Lohnsteuer gewachsen, während der Beitrag der übrigen direkten Steuern, die aus den hohen Einkommen und Gewinnen gezahlt werden, zurückgegangen ist. Die Lohnsteuer ist zur wichtigsten Finanzierungsquelle der öffentlichen Haushalte geworden.

Das wird noch deutlicher, wenn die Entwicklung der „Steuerlastquote" betrachtet wird: sie gibt an, wie hoch der Anteil der jeweiligen Steuer bzw. des gesamten Steueraufkommens am Bruttosozialprodukt ist. Vor allem die Unternehmer benutzen diese Ziffer für ihre Agitation gegen den angeblich zu hohen Staatsanteil.

Volkswirtschaftliche Steuerlastquote[1])

	1960	*1970*	*1977*
Lohnsteuer	*2,67*	*5,16*	*7,59*
Veranlagte Einkommenssteuer	*2,96*	*2,35*	*2,88*
Körperschaftssteuer	*2,15*	*1,89*	*1,36*
Gewerbesteuer	*2,84*	*1,58*	*1,81*
Umsatzsteuer	*5,33*	*5,61*	*5,14*
Vermögenssteuer	*0,36*	*0,43*	*0,39*
Steueraufkommen ohne Lohnsteuer	*19,99*	*17,54*	*17,04*
Steueraufkommen insgesamt	*22,66*	*22,70*	*24,63*

1) Anteil der jeweiligen Steuer am Bruttosozialprodukt in %.
Quelle: „Ifo-Schnelldienst", 25/1977, S. 4.

Der Anstieg der Steuerlastquote ist also allein auf die Lohnsteuer zurückzuführen, während die Anteile der Körperschaftssteuer und der Gewerbesteuer, die die Unternehmergewinne belasten, deutlich zurückgegangen sind. Selbst der Anteil der veranlagten Einkommenssteuer auf hohe Einkommen ist leicht zurückgegangen, obwohl in den letzten Jahren immer mehr Arbeiter und Angestellte in den Veranlagungsbereich hereingerutscht sind. Die Maßnahmen von 1977/78 haben den Belastungsanstieg bei der Lohnsteuer, wie die „Reform" von 1975, verzögert, ändern aber nichts an der langfristigen Entwicklung. Schon 1979 wird die Lohnsteuerbelastung wieder zunehmen und – falls das System nicht geändert wird – 1982 rund 37% des gesamten Steueraufkommens ausmachen. Dagegen wurden die Gewerbe-, die Vermögens- und die Körperschaftssteuer dauerhaft gesenkt. Der Anteil der indirekten Steuern am Gesamtaufkommen wird infolge der Erhöhung der Mehrwertsteuer und anderer Verbrauchsteuern 1978 erstmals wieder ansteigen.

Die Belastung der Löhne und Gehälter durch die Lohnsteuer hat inzwischen ein Ausmaß erreicht, das in der Öffentlichkeit für kaum noch tragbar gehalten wird.

Durchschnittliche Lohnsteuerbelastung[1])

1950	*1961*	*1970*	*1977*
4,3	*7,0*	*11,2*	*16,3*

1) Anteil der Lohnsteuern an der Bruttolohn- und Gehaltssumme in %.
Quelle: „Ifo-Schnelldienst", 4/1978, S. 9 und 12.

Trotz der Entlastungen 1977/78 wird der Belastungsgrad bis 1982 auf 19% ansteigen.

Das System der Einkommenbesteuerung in der Bundesrepublik, zu dem die Lohnsteuer gehört, kennt vier Zonen: niedrige Einkommen bis etwa 3300 DM im Jahr bleiben steuerfrei (Grundfreibetrag), Einkommen bis 16 000 DM jährlich werden gleichbleibend (proportional) mit 22% im Jahr besteuert, Einkommen über 16 000 DM bis etwa 130 000 DM werden progressiv besteuert, d. h. der Steuersatz steigt mit dem Einkommen. Einkommen über 130 000 DM, also die eigentlichen Spitzeneinkommen, werden wieder gleichbleibend mit dem Spitzensteuersatz von 56% belastet.

Der eigentliche Sinn einer progressiven Besteuerung ist, daß die nierigen und mittleren Einkommen nur proportional belastet werden, während die hohen Einkommen progressiv ansteigend herangezogen werden sollen. Dieser Sinn hat sich in der Bundesrepublik ins Gegenteil verkehrt. Inzwischen unterliegt etwa die Hälfte der Arbeiter und Angestellten der progressiven Besteuerung, während die Spitzeneinkommen schon jenseits der Progressionszone sind, also nur noch proportional belastet werden.

In einem solchen System tritt die Funktion der Steuer im Kapitalismus offen zutage: es findet eine laufende Umverteilung zuungunsten der Lohnabhängigen statt, sie werden in wachsendem Ausmaß zur Finanzierung des Staatshaushalts herangezogen. Nun ist bekannt – auch die „Sachverständigen" weisen in ihrem jüngsten „Sondergutachten" darauf hin – daß der „Steuerwiderstand" um so größer ist, je offener die Steuerlast spürbar ist. Und die Lohnsteuer ist sehr deutlich sichtbar: jeder Betroffene kann sie monatlich auf seinem Lohnstreifen ablesen.

Allerdings sind die Möglichkeiten des „Steuerwiderstands" bei Arbeitern und Angestellten sehr begrenzt. Die traditionelle „Steuerwiderstandsform" der Selbständigen und Unternehmer, die Steuerhinterziehung, ist für die Lohnabhängigen nur in geringem Umfang nutzbar. Neben politischem Druck sind die jährlichen Lohnrunden ihr wichtigster Hebel. Bei den Lohnforderungen wird die Steuer schon einkalkuliert, Orientierungspunkt wird der Nettolohn.

Die Unternehmer geraten damit aber in eine Situation, in der sie entweder ganz harte Arbeitskämpfe riskieren oder aber bei ihren Abschlüssen auch die wachsende Lohnsteuerbelastung zumindest teilweise berücksichtigen müssen. Daher verwundert es nicht, wenn inzwischen auch Unternehmerstimmen die wachsende Lohnsteuerbelastung beklagen. Es ist auch kein Zufall, daß gerade die konservativen, unternehmerfreundlichen Kräfte „Steuermodelle" vorlegen, in denen die Progression für kleine und mittlere Einkommen ausgeschlossen oder gesenkt werden soll. In den Tarifabschlüssen des ersten Halbjahres von 1978 wurde die Wirkung von Steuerentlastungsmaßnahmen, wie sie sich die Unternehmer vorstellen, vorgeführt. Mit Lohnerhöhungen von durchschnittlich 5% lagen die Abschlüsse um 1,4% unter denen des Vorjahres. Das macht etwa 8,4 Mrd. DM aus, während die Entlastungsmaßnahmen bei der Lohnsteuer – die Mehrbelastung durch die Mehrwertsteuererhöhung nicht gerechnet – etwa 10 Mrd. DM bringen sollen. Profitiert haben also letzten Endes die Unternehmer.

Die politischen Interessenvertretungen der Besitzenden rechnen sich bei der Steuerdiskussion einen doppelten Vorteil aus: die „Lohnkosten" der Unternehmen können leichter gesenkt werden, gleichzeitig können sie sich in der Öffentlichkeit als Interessenvertreter der Arbeiter und Angestellten aufspielen.

Außerdem sehen die Steuerpläne natürlich nicht nur Entlastungen vor. Die Tendenz geht dahin – und sie wurde durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer 1978 von der Bundesregierung selbst eingeleitet –, das Gewicht wieder mehr auf die indirekten Steuern zu verlagern. Indirekte Steuern sind nicht unmittelbar sichtbar, erregen daher auch nicht soviel Aufmerksamkeit, der „Steuerwiderstand" ist geringer. Hinzu kommt speziell für die Bundesrepublik, daß die Inflationsrate zur Zeit relativ niedrig ist. Die Aufwertung der DM hat die Importe stark verbilligt, d. h. die Inflation konnte „exportiert" werden. Eine Erhöhung von Verbrauchssteuern, die sich auf die Preise auswirkt, kann in dieser Situation relativ unauffällig durchgeführt werden.

Verbrauchssteuern sind – wie schon angedeutet – besonders unsoziale Steuern. Sie belasten in der Regel die niedrigen Einkommen relativ stärker als die hohen, sie wirken regressiv. Die Konstruktion der Mehrwertsteuer in der BRD wirkt dem etwas entgegen, weil Nahrungsmittel, die im Budget der unteren Einkommensschichten einen besonders hohen Posten ausmachen, nur mit 6%

belastet sind (gegenüber dem Normalsatz von 12%). Trotzdem ist die Wirkung bei den hohen Einkommen noch regressiv.

Durchschnittsbelastung durch indirekte Steuern nach Einkommen[1])

Monatliches Nettoeinkommen in DM	*Belastung in %*
Unter 1000	*13,2*
1000 bis 2000	*13,4*
2000 bis 3000	*13,6*
3000 bis 4000	*13,7*
4000 bis 5000	*13,5*
Über 5000	*13,2*

1) Nettoeinkommen der privaten Haushalte, 1974.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 44/1977, S. 377.

Leider bricht die Statistik bei den eigentlich hohen Einkommen ab. Es ist aber wahrscheinlich, daß die regressive Wirkung bei den wirklichen Spitzeneinkommen noch größer ist.

Eine „Reform" des Steuersystems in Richtung auf mehr indirekte Steuern, wie es die diskutierten „Modelle" vorsehen, liefe letzten Endes auf eine Entlastung der hohen Einkommen hinaus. Sie wäre deshalb besonders unsozial, weil durch Verbrauchssteuern gerade die Schichten verstärkt belastet werden, die von der Einkommenssteuer bis jetzt befreit sind: die Arbeitslosen, die Rentner und Sozialhilfeempfänger, die kinderreichen Familien, die untersten Einkommensgruppen der Arbeiter und Angestellten. Es ist übrigens bezeichnend, daß der Vorschlag des CDU-Finanzministers Gaddum ausgerechnet aus dem Bundesland Rheinland-Pfalz kommt, in dem die CDU sich mit der „Neuen Sozialen Frage" einen Namen als Schutzherr der Armen zu machen sucht. Gaddums Steuervorschlag aber sieht mit der Erhöhung der indirekten Steuern zusätzliche Belastungen gerade für diese Gruppen der Bevölkerung vor.

Der diskutierte Umbau des Steuersystems würde seinen unsozialen Charakter noch verstärken; die Umverteilungswirkung soll aber besser getarnt werden. Gleichzeitig hoffen die Unternehmer, im Windschatten der berechtigten Empörung über die steigende Lohnsteuerlast den Abbau von Gewinnsteuern vorantreiben zu können. So notwendig eine gründliche Reform der Besteuerung auch ist: man sollte sich durch etwaige Verbesserungen bei der Lohnsteuer nicht den Blick dafür trüben lassen, was mit den übrigen Steuern geschieht. Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Brief von NATO-Generalsekretär Luns vom 15. Februar 1978 über die Auflistung von N-Bombenkritikern

(Wortlaut)

Die belgische Zeitschrift „De Nieuwe" veröffentlichte am 28. Juli 1978 das Faksimile eines Briefes, in dem NATO-Generalsekretär Luns den NATO-Botschafter der USA, Bennett, über die

Aufstellung einer „schwarzen Liste" mit der „Hilfe meiner Freunde vom belgischen Verteidigungsministerium" informiert. „Aufgelistet" werden dennach „Journalisten, die eine negative Haltung zur Neutronenbombe und zu gewissen Aspekten der Politik der Allianz und Ihres Landes (der USA also; d. Red.) zeigen". Angesichts der in den letzten Wochen bekanntgewordenen Neigung von Bundesbehörden, „schwarze Listen" aller Art anzulegen, ist dringend zu fragen, ob Luns oder Bennett auch im Bonner Verteidigungsministerium Listen-„Freunde" gefunden haben.

Nachstehend dokumentieren wir das Faksimile aus „De Nieuwe". D. Red.

ORGANISATION DU TRAITÉ DE L'ATLANTIQUE NORD
NORTH ATLANTIC TREATY ORGANIZATION

LE SECRÉTAIRE GÉNÉRAL
SECRETARY GENERAL

BRUSSELS, 15 February 1978

Dear Mr. Bennett,

I regret that owing to my official duties it will be hardly possible for us to see each other as we had agreed upon earlier. Today, as you know, I am saying my farewells to my countryman Ambassador Hartogh and on Friday, the same to Georg Leber in Bonn. Therefore, I am sending you this short note.

Going back to our previous talks I am willing to tell you that with the help of my friends from the Belgian Defence Ministry the listing of the journalists showing negative attitude to the neutron bomb and to certain aspects of the policy of the Alliance and of your country as well is under way. To avoid any complications, we agreed upon having all this carefully done. There are also some details to be reconsidered since, I am afraid, one of our Belgian friends is, I would say, overzealous in doing his job.

My friends promised to influence the local Foreign Ministry to take appropriate measures concerning the N-bomb too. In this respect it is worth-while considering what sort of material are we to offer to the loyal journalists and to those from the special category to interpret the Alliance's policy in our mutual interest.

To my opinion such a course of things will give better results than the ones we were hoping to get earlier.

Looking forward to seeing you,

(Dr. J.M.A.H. Luns)

Rücktrittserklärung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger vom 7. August 1978*)

(Wortlaut)

Nach sorgfältiger, reiflicher Überlegung habe ich mich entschlossen, mein Amt als Ministerpräsident von Baden-Württemberg zurückzugeben.

Dies ist die Folge einer Rufmordkampagne, die in dieser Form bisher in der Bundesrepublik Deutschland nicht vorhanden war. Es ist mir schweres Unrecht angetan worden. Dies wird sich erweisen, soweit es nicht bereits offenbar geworden ist.

Ich will denen nicht widersprechen, die mir taktische Fehler bei der Zurückweisung der ehrverletztenden Angriffe Hochhuths und seiner Sympathisanten vorhalten. Es mag sein, daß es schon ein Fehler war, die gegen mich erhobenen Vorwürfe gerichtlich klären zu lassen. Als ich die dafür erforderlichen Schritte tat, ging ich noch davon aus, daß in unserem Staat auch ein in leitendem politischen Amt Stehender einen Anspruch auf die in Artikel eins des Grundgesetzes jedem verbürgte Menschenwürde hat.

Wenn das kein leeres Wort sein soll, gehört dazu ein wirksamer Ehrenschutz. Ich stehe ohne Einschränkung zu der von mit beschworenen Verfassung und damit selbstverständlich auch zu der öffentlichen Meinungsfreiheit. Ich bin aber nicht bereit, schwerste Ehrverletzungen im Namen der Meinungsfreiheit hinzunehmen. Ein freiheitlicher Rechtsstaat, in dem die persönliche Ehre mit Füßen getreten werden kann, ruiniert sich selbst.

Eine besondere Rolle hat die Kritik gespielt, ich hätte mich an bestimmte Vorfälle am Ende des Naziregimes besser erinnern müssen. Oder ich hätte bei meinen Erklärungen einen Vorbehalt machen können oder sollen. Das Letztere erkenne ich in vollem Umfange an. Was die Frage der Erinnerung an Einzelheiten meines Dienstes von 1943 bis 1945 angeht, so bekenne ich freimütig, eben auch nur ein dem Irrtum unterworfener Mensch zu sein.

Ich erinnere an die Feststellung eines hohen Richters, der dargelegt hat, daß gerade die Endphase des Krieges mit ihrer Turbulenz Erinnerungseinbußen auch dort bewirkt hat, wo es nichts zu verbergen gab. Aber ich halte es nach wie vor für ungerecht, daß man aus der Situation und Stimmungslage von heute heraus das damalige Tun beurteilt. Und ich stelle die Frage: Wo bleibt in der rigoros-moralischen Polemik von heute auch nur die bescheidenste Würdigung der Zeugen von damals, die für mich eintreten.

Auf einem anderen von den Gegnern sorgfältig überschlagenen Blatt steht die angemessene Würdigung der Situation von damals, der äußeren Zwangslage und der inneren Verworrenheit und Schuldverstrickung. Ihr konnte ich mich nicht entziehen, ich leugne das auch heute nicht. Wo aber der Versuch gemacht wird, die Last der Vergangenheit durch Angriffe auf einzelne abzutragen, kann eine heilende Kraft nicht entstehen.

Ich lebe in einer Stadt, in der im Herbst 1945 angesehene Männer eine Erklärung abgaben, die als das Stuttgarter Schuldbekenntnis bekannt und umstritten wurde. Es ist nicht meine Sache, über diese Erklärung zu urteilen. Vielem aber von dem, was gesagt wurde, habe ich zugestimmt.

Was aber verpflichtet mich, derart Persönliches an die große Glocke zu hängen. Ich habe das nicht getan, ich zog eine andere Konsequenz. Ich habe versucht, in all den Jahren meinen Beitrag zu leisten zu einem neuen, anderen und besseren Staat der Deutschen. Die Aufgabe ist auch hier in unserem Land nicht vollendet.

Meine Partei hat es sich, wie die lange und intensive Diskussion um meine Tätigkeit als Marinerichter zeigt, nicht leicht gemacht. Ich möchte ihr an dieser Stelle nachhaltig für die gezeigte Soli-

*) Vgl. hierzu auch den anschließend dokumentierten Text eines Rundfunkbeitrags im Westdeutschen Rundfunk v. 8.8. 1978 sowie den Kommentar von Karl D. Bredthauer zum Fall Filbinger auf S. 904ff. dieses Heftes. D. Red.

darität und Fairness danken. Ich habe zwei Jahrzehnte hindurch zunächst als Staatsrat und Minister, danach zwölf Jahre lang als Ministerpräsident diesem unserem Land Baden-Württemberg gedient, so wie es mir mein Amtseid gebot. In all dieser Zeit habe ich mich mit meiner ganzen Kraft darum bemüht, den Nutzen der Bevölkerung zu mehren und Schaden von ihr zu wenden. Die Verpflichtung aus meinem Amtseid habe ich ernst genommen. Und ich möchte in dieser Stunde sagen, ich habe mein Amt gerne ausgeübt, ich habe mich ihm mit Freude und Hingabe gewidmet.

Ich danke allen, die mich auf diesem Weg begleitet haben. Ich danke den Bürgern dieses Landes, die mir ein so großes Maß an Vertrauen geschenkt haben. Ich wünsche diesem Land und seiner fleißigen und redlichen Bevölkerung Glück und Gottes Segen. Ich werde auch in Zukunft nicht aufhören, für dieses unser Land Baden-Württemberg zu arbeiten so gut ich kann. Ich werde weiterhin ohne jeden Abstrich für die politischen Ziele kämpfen, denen ich mich verpflichtet fühle.

„Kritisches Tagebuch" (WDR) vom 8. August 1978 zu Filbingers Rücktrittserklärung

(Wortlaut)

Nach sorgfältiger, reiflicher Überlegung habe ich mich entschlossen, der fleißigen und redlichen Bevölkerung Baden-Württembergs, deren Nutzen ich 12 Jahre lang nach Kräften gemehrt habe, zu meiner Rücktrittserklärung noch einen Kommentar zu geben. „Nach sorgfältiger, reiflicher Überlegung also habe ich mich entschlossen" – zu Deutsch: die Partei hat mich abgeschossen, obwohl sie mich, wie ihre begleitenden Erklärungen bezeugen, nach wie vor für eine moralische und politische Kapazität hält. Dies – daß die Partei mich abgeschossen hat – ist, Zitat, „die Folge einer Rufmord-Kampagne, die *in dieser Form* bisher in der Bundesrepublik Deutschland nicht vorhanden war" – bitte beachten Sie, liebe redliche und fleißige Bevölkerung, daß ich *„in dieser Form"* sage, denn die Rufmord-Kampagnen, an denen ich bisher entweder selber teilgenommen habe oder die ich mit meinem Wohlwollen begleitet habe oder gegen die ich zumindest nicht öffentlich aufgetreten bin – das waren ja solche, die sich zum Beispiel gegen Leute richteten, die nicht, wie ich, in Verstrickung jemanden mit umbringen mußten, sondern die sich dem verstrickten Zugriff von mir und meinesgleichen entzogen haben, ich denke da an Herbert Frahm, den ein mir bis heute engstens verbundener bayrischer Freund schon vor Jahren als pflichtvergessenen Emigranten identifizieren durfte, oder ich denke an die seinerzeit ebenfalls vor mir und meinesgleichen davongelaufenen Denker der sogenannten Frankfurter Schule, denen ich unlängst nachweisen konnte, daß sie dem Terrorismus vorgelaufen sind – ein Vorläufertum, das ihnen möglicherweise schon rein lebenstechnisch erspart geblieben wäre, wenn sie vor mir und meinen Kollegen Verstrickten *nicht* weggelaufen wären . . .

Eine Abschweifung, aber nach derselben sind Sie, liebe redliche Bevölkerung, besser darauf vorbereitet, daß in dieser meiner Rücktrittserklärung das Wort *Unrecht* gleich im dritten Satz auftaucht, natürlich ein solches bezeichnend, das *mir* zugefügt wurde – Zitat: „es ist mir schweres Unrecht angetan worden" – hinter dem, wie sich von selber versteht, alle Phantome noch verschwundener sind.

Indem ich mit beziehungsreicher Betonung von Hochhuths *„Sympathisanten"* rede, deute ich, und da vertraue ich auf Ihre Fähigkeit zur freien Assoziation, noch einmal an, daß ich Rufmordkampagnen nicht in dieser, sondern eben in anderer Form schätze.

Ich komme dann – bei einem Richter liegt das nahe – sogleich auf die Menschenwürde zu sprechen, und zwar, wie anders, auf *meine*. Die ganze politische Praxis in dem von mir regierten Land ist schon immer von *meinem* Begriff der Menschenwürde durchdrungen gewesen – ob Sie sich nun, liebe redliche und fleißige Bevölkerung, den menschenwürdigen Weg anschauen, welchen

in den mir besonders verbundenen Landkreisen die Frauen gehen müssen, um zu einer legalen Schwangerschaftsunterbrechung zu kommen, oder ob Sie die Konsequenz betrachten, mit der ich mich gewehrt habe gegen das Überhandnehmen politischer Flüchtlinge aus Chile, die sich den *dort* in ihre Pflicht verstrickten Exekutoren entziehen wollten – immer habe ich meine Würde und meinen Begriff von ihr bruchlos weitergetragen. So ist es natürlich, daß mir, wo es um Urteile und Todesurteile geht, an denen ich beteiligt gewesen sein *soll*, statt derselben gleich *meine* verletzte Menschenwürde und *meine* verletzte Ehre einfallen – und zwar so, daß ich selber mit der Verletzung meiner Würde und meiner Ehre nicht das geringste zu schaffen habe – Satz 7 der Erklärung und folgende.

Die Sätze 12 bis 15 der Erklärung – hier kommen die von mir Abgeurteilten erst- und einmalig vor, wenn auch nur als „bestimmte Vorfälle" und als „Einzelheiten" – die Sätze 12 bis 15 also sind dramaturgisch gedacht als Tränen- und Mitleidspause – nicht für Walter Gröber, versteht sich, sondern für mich, der zum erstenmal nach 12 Jahren bekennen darf, dazu sogar „freimütig", Zitat „eben auch nur ein dem Irrtum unterworfener Mensch zu sein" – aber selbstverständlich – keine Mißverständnisse, liebe Bevölkerung – selbstverständlich nur, was mein Erinnerungsvermögen, nicht, was mein Handeln anlangt – da hab ich ja schon vor Wochen ausgeführt, daß, was damals Recht war, heute nicht Unrecht sein kann – weshalb eben in dieser Erklärung nur *das* Unrecht vorkommen kann, das *mir* angetan wurde.

Ich halte es nämlich, Zitat, „nach wie vor für ungerecht, daß man aus der Situation und *Stimmungslage von heute* heraus das damalige Tun beurteilt." Mit dem Wort Stimmungslage charakterisiere ich – für den, der Ohren hat –, charakterisiere ich die heutzutage offiziell in Kraft stehende Be- und Verurteilung des NS-Staats als eine zeitweilige, jederzeit reversible, nicht besonders objektive, nicht bindende „Stimmung" – heute so und morgen hoffentlich wieder so, nicht, wie das bei Stimmungslabilen bekanntlich ja geht.

Freilich muß ich auch hier präzisieren: Mein Wunsch, daß die damalige Stimmungslage das Urteilskriterium sein möge, meint natürlich nicht die damalige Stimmungslage der Deserteure oder die damalige Stimmungslage derer, die als „Schädlinge am Volksganzen" auf dem Weg ins Gefängnis oder ins KZ waren, während ich über „Schädlinge am Volksganzen" juristisch gutachtete und im SA-Studentensturm Widerstand leistete – sondern was ich mir als Kriterium wünsche, ist meine eigene damalige Stimmungslage und die meiner Auftraggeber.

Was die tausend Jahre Geschichte betrifft, so wollen meine Wörter noch einmal klarmachen, daß es sich um eine Naturkatastrophe gehandelt hat: „äußere Zwangslage" – „innere Verworrenheit" – „Schuldverstrickung". Nicht jemand, *es* hat angeklagt, *es* hat beurteilt, *es* hat Begründungen geschrieben, *es* hat umgebracht.

„Wo aber der Versuch gemacht wird, die Last der Vergangenheit durch Angriffe auf einzelne abzutragen, kann eine heilende Kraft nicht entstehen." Schon unsere *damalige* Stimmungslage hat die Aufdeckung des Verdrängten für nicht heilend, sondern für kriminell gehalten – auch die Sympathisanten der Aufdeckung des Verdrängten haben sich ja damals unserer verstrickten und verworrenen Stimmungslage ins Ausland entziehen wollen und *manchmal* können.

Indem ich meiner Partei für die Solidarität danke und indem ich ihr als Vorsitzender verbunden bleibe und indem sie mich als solchen behalten will und indem sie mit mir, nach dem sie mich abgeschossen hat, gegen die Kampagne kämpft – indem wir so eine einzig „heilende Kraft" bilden, bringen wir gemeinsam zum Ausdruck, daß diese Partei es nicht *verdient* hätte, wenn ich mich nun von ihr lossagte. Denn ich repräsentiere ihre geistige Haltung: marine-politisch hält sie mich nach wie vor, wie aus allen Erklärungen ja hervorgeht, für eine moralische Kapazität.

Abgeschossen hat sie mich für die Wähler, die auf die in Belgrad verabredeten Kampagne des Weltkommunismus heranzufallen drohten. Solidarisiert hat sie sich mit mir für die Wähler, die, im Verfolg der bekannten Menschenwürde, sowohl Rommel als auch Peymann gewünscht hätten, daß sie am Gebiß der Gudrun Enßlin erstickt wären. Wir sind jetzt *noch mehr* Volkspartei.

Ich danke allen, die die politische Moral und die Reflexionsfähigkeit, wie sie nicht zuletzt noch einmal in dieser Rücktrittserklärung zum Ausdruck kommen, 12 Jahre lang für die geeignete Voraussetzung gehalten haben und noch halten, in der Bundesrepublik ein hohes Staatsamt zu bekleiden.

Claudia Wolff

ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS

AS 25/26
Burkhard Tuschling: Habermas
Die „offene" und die „abstrakte" Gesellschaft

Das Buch enthält u. a.:

- Einzelanalysen der wichtigsten Habermasschen Schriften
- einen Vergleich des Habermasschen und des Popperschen Modells einer „offenen" Gesellschaft
- Interpretationen der Rechts- und Staatsphilosophie von Hobbes, Locke, Rousseau, Kant und Hegel, aufbauend auf einem neuen Ansatz zu einer materialistischen Theorie des Staats und des Rechts, in Auseinandersetzung u. a. mit der Interpretation Macphersons
- eine Einschätzung von Habermas' „Kritischer Theorie" vor dem Hintergrund dieser ideologischen Tradition

Zum Schluß wird versucht, die „Kritische Theorie" von Habermas aus der politischen, ökonomischen und ideologischen Konstellation der Epoche nach 1945 verständlich zu machen.

Das Buch wendet sich vor allem an Philosophen, Soziologen, Politikwissenschaftler, Juristen; es ist auch als Einführungstext gedacht. (Doppelband).

AS 32
Gesellschaftsformationen in der Geschichte

Erstmalig wird von Gesellschafts- und Geschichtswissenschaftlern der BRD versucht, einen Überblick über den Diskussionsstand zum Problem der Gesellschaftsformationen in der Geschichte zu gewinnen und diese Kategorie in der forschenden Erörterung einzelner Gesellschaftsformationen zu erproben. Trotz unterschiedlicher Positionen im einzelnen, von denen aus auch die marxistische Theorie kritischer Reflexion unterzogen wird, erhärtet sich doch insgesamt die Aussage des historischen Materialismus, daß ohne die Aufarbeitung der Geschichte aus der Folge ihrer ökonomischen Strukturen heraus gesellschaftliches Sein und Bewußtsein nicht hinreichend erforscht werden können.
Die Beiträge behandeln die Periodisierungsfrage (L. Krader), archaische Gesellschaften (H. D. Seibel), die Antike (M. Schmidt), den Feudalismus (L. Kuchenbuch, B. Michael und H. H. Nolte) den Kapitalismus (K. H. Tjaden), die DDR-Diskussion (K. Naumann), Probleme des Kommunismus, der Plan-Kategorie und des Geschichtsbewußtseins (P. Brockmeier/B. Heidtmann/F. Tomberg).

Einzelpreis: 15,50 DM, im Abo 13,– DM
Schüler und Studenten 12,– DM, im Abo 10,– DM
(AS 25/26: jeweils doppelter Preis.)

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65

Offener Brief der VVN – Bund der Antifaschisten an den Bundeskanzler zum Majdanek-Prozeß vom 15. Juli 1978

(Wortlaut)

Das Präsidium der VVN – Bund der Antifaschisten hat in einem Offenen Brief an Bundeskanzler Helmut Schmidt Kritik am Verlauf des Düsseldorfer Majdanek-Prozesses geübt und den Bundeskanzler aufgefordert, für eine kompromißlose Verfolgung und gerechte Bestrafung der Verantwortlichen und der Henkersknechte einzutreten. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Wie Ihnen bekannt ist, haben der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing und einige andere Kollegen eine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, wie sie den Majdanek-Prozeß beurteilt. In einem Interview mit dem Deutschlandfunk hat er u. a. gesagt: „Es darf nicht weiter geschwiegen werden – auch von Politikern nicht – zu diesen Prozessen, vor allem nicht zum Majdanek-Prozeß."

Ungestraft hätten sich Politiker zu anderen Prozessen vielfältig geäußert. Und wenn es z. B. in den Terroristenprozessen ähnliche Skandale gegeben hätte wie im Majdanek-Prozeß, „hätten wir ein ganzes Bündel von Gesetzesvorlagen – auch zur Veränderung der Strafprozeßordnung – auf dem Tisch des Bundestages liegen . . ."

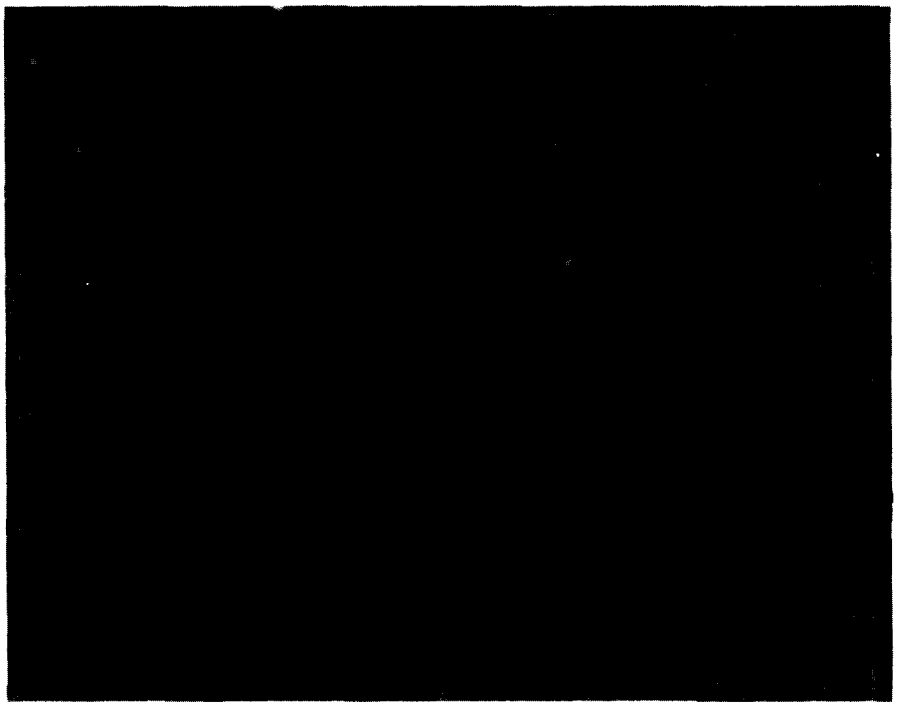
Auch der NRW-Landtagsabgeordnete Hans Jürgen Büssow macht sich offensichtlich Sorgen über diesen Prozeß, der seit mehr als $2^1/_2$ Jahren geführt wird und möglicherweise noch weitere zwei Jahre dauern soll. Seine Anfrage bezog sich vor allem auf den kaltschnäuzigen Zynismus von Angeklagten und Advokaten und auf neonazistische Begleiterscheinungen. Was allerdings die NRW-Landesregierung durch ihren Justizminister, Frau Inge Donnepp, erklären ließ, ist mehr als beschämend. In diesem Verfahren habe es „keine antisemitischen und neonazistischen Propagandaauftritte gegeben".

Herr Bundeskanzler, seit Monaten wird das Majdanek-Verfahren in der in- und ausländischen Presse als „Gespensterprozeß", als der „zwielichtigste und skandalträchtigste Prozeß bundesdeutscher Rechtsgeschichte", als „Prozeß in der Krise" und dergleichen mehr charakterisiert. Wir fragen Sie: zu Unrecht?

Hier einige wenige Fakten. Schon vor Monaten wurde durch den Vorsitzenden des sogenannten Kampfbundes Deutscher Soldaten, Erwin Schönborn – ehemaliger Arbeitsdienstführer –, eine rechtsextreme „Aktionsgemeinschaft zur Beendigung der NS-Prozesse und Freilassung aller Verurteilten" gegründet. Im und vor dem Gerichtssaal wurden von neonazistischen Propagandisten Pamphlete verteilt wie „Anne Franks Tagebuch – eine Fälschung"; die rechtsgewirkte Zeitschrift „Unabhängige Nachrichten", worin die Massenmorde, die sogenannte Endlösung als von „Juden erfundene Lügen" bezeichnet werden; die Schrift „der Auschwitz-Betrug" u. a.

Die Hersteller und Verbreiter dieses antisemitischen Unflats, Udo Walendy und Wolf Dieter Rothe, waren oft im Gerichtssaal anwesend und unterhielten Kontakte mit den Angeklagten. Dieter Rothe hat an den Leiter der Zentralstelle für Verfolgung von NS-Verbrechen einen Drohbrief geschrieben, in dem es u. a. heißt: „Der Schatten Ihrer heutigen Tätigkeit wird sich wie ein Fluch auf Ihr Leben legen."

Oder z. B. Verteidiger wie der Rechtsanwalt Ludwig Bock, der inzwischen entpflichtet worden ist und gegen den ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der versuchten Verleitung zur Falschaussage eingeleitet wurde. Bock hat in einem Rundfunk-Interview mit der BBC „die Errichtung von Menschenvernichtungsfabriken zum speziellen Zweck ‚Antideutscher Greuelpropaganda' zum Teil erst nach dem Krieg nicht ausgeschlossen". Wenn in KZ-Lagern, so Bock, überhaupt Menschen ums Leben gekommen seien, dann durch Mithäftlinge, Seuchen und Flugzeugbombardements. Das Gericht möge prüfen, ob es sich bei den in einem ZDF-Film gezeigten „lebenden Skeletten" um Menschen gehandelt habe, die möglicherweise „aufgrund einer Krankheit abgemagert" waren. Dieses ist ein weiteres Beispiel unwürdiger und beschämender Äußerungen des



Mit „horizont" bietet sich Ihnen eine interessante Informationsquelle zu Fragen der Außenpolitik der DDR und zum aktuellen Weltgeschehen.

„horizont" bringt jede Woche auf 32 Seiten Exklusivberichte hervorragender Autoren aus aller Welt, Interviews, Porträts und Memoiren international bekannter Persönlichkeiten, Analysen der internationalen Politik und der Weltwirtschaft, Interessantes aus allen Kontinenten.

☐ Ich möchte „horizont" zum Jahresabonnement von DM 52,20 zzgl. Portogebühren von DM 10,60 beziehen.

☐ Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplars.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Senden Sie den Kupon als Bestellung an Brücken-Verlag, 4000 Düsseldorf, Ackerstr. 3 oder Ihre nächste collectiv-Buchhandlung

Direktversand ab Berliner Verlag, daher immer aktuell!
Berliner Verlag, DDR
1056 Berlin, Karl-Liebknecht-Str. 29

Sozialistische Wochenzeitung der DDR

für internationale Politik und Wirtschaft

Rechtsanwaltes Bock, der jetzt, allerdings aus anderen Gründen, aus dem Verfahren ausgeschieden ist.

Aber der Altnazi Hans Mundorf ist noch weiter Verteidiger. Er war es, der im Zusammenhang mit Zeugenaussagen, die von Menschenverbrennungen durch Geruchswahrnehmung berichtet hatten, ein Gutachten forderte, wie eigentlich verbranntes Menschen- von Tierfleisch zu unterscheiden sei. Mundorf leugnet schlichtweg den Beschluß der berüchtigten Wannsee-Konferenz über die „Endlösung", das heißt Vernichtung der Juden.

Und der Dritte im Bunde ist der Rechtsanwalt Hermann Stolting II, der als ehemaliger NS-Staatsanwalt am Sondergericht in Bromberg polnische Arbeiter zum Tode, zu langjährigen Zuchthausstrafen, zu Zwangslager und Deportation wegen Bagatelldelikten verurteilt hat. Ist ein solcher Mann in einem solchen Prozeß nicht eine Herausforderung der demokratischen Öffentlichkeit?

Herr Bundeskanzler, sollen wir Ihnen von der systematischen Verschleppungstaktik, von den zahlreichen unsinnigsten Befangenheitsanträgen, von der kränkenden Behandlung der ausländischen Zeugen, von der beschämenden Atmosphäre im Gerichtssaal, die in keiner Weise der Substanz des Prozesses gerecht wird, berichten?

Herr Bundeskanzler, wir stimmen dem Bundestagsabgeordneten Thüsing zu: „Es darf nicht weiter geschwiegen werden!" Es ist an Ihnen, Herr Bundeskanzler, ein offenes Wort in aller Öffentlichkeit zu sprechen. Im Majdanek-Prozeß wird die ganze abgründige Welt der faschistischen Unmenschlichkeit offenbar, die gegen Menschen vieler Nationen praktiziert worden ist. Im Gedenken an die Hunderttausende und Millionen Opfer und ihre Angehörigen darf es nicht zugelassen werden, daß die furchtbaren Verbrechen der Hakenkreuzbarbarei geleugnet, bagatellisiert und umgemünzt werden, ohne daß ein entscheidendes Wort dazu aus berufenem Munde gesprochen wird.

Herr Bundeskanzler, haben Sie den Mut, unserer Bevölkerung und der Weltöffentlichkeit ein ungeschminktes Bild von der Grausamkeit und Unmenschlichkeit in den Vernichtungslagern des Naziregimes, also auch in Majdanek, zu geben. Treten Sie für eine kompromißlose Verfolgung und eine gerechte Bestrafung der Verantwortlichen und der Henkersknechte ein.

Mit vorzüglicher Hochachtung:
Präsidium der VVN – Bund der Antifaschisten

Aufruf zu einem Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit Bundesrepublik Deutschland – Südafrika in Bonn am 11./12. November 1978

(Wortlaut)

Das Apartheid-Regime in Südafrika ist gesetzgewordenes Verbrechen. Die schwarze Mehrheit der Bevölkerung wird täglich entwürdigt, ausgebeutet, unterdrückt, ihrer Menschenrechte beraubt.

Die Diskriminierten leben überwiegend in verheerenden gesundheitlichen und sozialen Verhältnissen. Ihr Einkommen liegt unterhalb des offiziellen Existenzminimums. Es ist trotz des besonderen Reichtums Südafrikas niedriger als in neun anderen schwarzafrikanischen Staaten. Die Weißen dagegen haben sich einen Lebensstandard angeeignet, der einer der höchsten der Welt ist.

Das Apartheid-Regime dient zur Aufrechterhaltung der Ausbeutungsverhältnisse in Südafrika. Auch westeuropäische und nordamerikanische Konzerne nutzen diese rassistische Gesellschaftsordnung zur Erzielung riesiger Gewinne. Allein die bundesdeutschen Unternehmen haben sich mit 10–12 Mrd. DM in Südafrika engagiert.

Doch das Ende der Apartheid ist absehbar. Der jahrzehntelange Widerstand gegen die Unterdrückung hat seit den Aufständen von Soweto einen neuen Höhepunkt erreicht. Zudem gibt der Sieg über Kolonialismus und Rassismus in den Nachbarstaaten den südafrikanischen Befreiungsbewegungen neue Möglichkeiten für den Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit. Die Brutalität und Unnachgiebigkeit des Vorster-Regimes haben dazu geführt, daß dieser Kampf offensichtlich nicht mehr ohne Waffen geführt werden kann. Algerien, Vietnam, Guinea-Bissau, Moçambique und Angola haben bewiesen, daß sich der Freiheitswille eines Volkes auch von militärisch weit überlegenen Mächten nicht unterdrücken läßt.

Mehr und mehr Regierungen erkennen die Gefahr, die das rassistische Regime für den Frieden in der Welt bedeutet. Sie unterstützen daher den Kampf der unterdrückten Südafrikaner für ihre Rechte. Die Vereinten Nationen faßten eine Vielzahl von Resolutionen gegen das System der Apartheid. Der Weltsicherheitsrat verhängte im November 1977 erstmals in seiner Geschichte gegen einen Mitgliedsstaat ein bindendes Embargo gegen die Lieferung von Waffen und Rüstungsütern.

Die USA, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die Bundesrepublik haben jedoch durchgesetzt, daß die Waffenproduktion nach den bisher vergebenen Lizenzen fortgeführt und die atomare Aufrüstung durch die Hilfe nichtstaatlicher Institutionen weiterbetrieben werden können. Auch die sonstige wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit Südafrika wurde nicht unterbunden. Außerdem ist damit zu rechnen, daß sich nicht alle Mitgliedsstaaten an die Embargobeschlüsse halten werden.

Das Verhalten der Bundesregierung bei diesen Entscheidungen zeigt erneut die Doppelzüngigkeit ihrer Südafrika-Politik: in Worten verurteilt sie zwar das unmenschliche Apartheid-System, gleichzeitig aber stärkt sie es durch wirtschaftliche, technologische und militärische Zusammenarbeit. Sie verhilft dem Regime sogar zur Atombombe!

In einer Dokumentation der südafrikanischen Befreiungsbewegung „African National Congress" vom September 1975 wurde nachgewiesen, daß Südafrika eine Urananreicherungsanlage nach einem Verfahren baut, das von der staatlich kontrollierten Firma STEAG in Essen entwickelt und heimlich an das rassistische Regime weitergegeben wurde. Lieferungen von wichtigen Teilen für diese Anlage erfolgten u. a. durch die Firmen MAN, Siemens und Linde. Auch amerikanische, französische und Schweizer Firmen sind beteiligt. Die Lieferungen wurden von den jeweiligen Regierungen genehmigt und zum größten Teil mit staatlichen Kreditgarantien abgesichert.

Der Bau einer Urananreicherungsanlage ist für Südafrika der entscheidende Schritt auf dem Weg zur Atombombe. Diese Bombe zu erhalten, ist das Ziel des südafrikanischen Regimes, wie aus Äußerungen seiner Politiker und der Nichtunterzeichnung des Atomwaffen-Sperrvertrags hervorgeht. Die atomare Bewaffnung wird Südafrika in die Lage versetzen, die Befreiungsbewegungen und die Nachbarstaaten zu bedrohen; bei der Skrupellosigkeit der in Südafrika Herrschenden muß mit dem Einsatz der Atomwaffen gerechnet werden.

Um eine solche Katastrophe zu vermeiden, fordern wir von der Bundesregierung, die für das deutsch-südafrikanische Atomgeschäft die Verantwortung trägt:

– den unverzüglichen Stopp aller Lieferungen für die südafrikanische Urananreicherungsanlage;

– die Beendigung jeglicher nukleartechnologischer Zusammenarbeit mit dem rassistischen Minderheitsregime und die Kündigung des deutsch-südafrikanischen Kulturabkommens, das Grundlage für die wissenschaftliche Kooperation ist;

– die strikte Einhaltung des vom Weltsicherheitsrat verhängten Waffenembargos sowie die Beendigung jeglicher sonstiger Form der militärischen Zusammenarbeit;

– die Unterbindung jeglicher wirtschaftlicher Beziehungen;

– die Anerkennung und Unterstützung der Befreiungsbewegungen, die von den Vereinten Nationen und der Organisation für Afrikanische Einheit anerkannt werden, ANC und PAC.

Alle Personen und Organisationen, die diese Forderungen unterstützen, sind aufgerufen, sich am internationalen Kongreß gegen das Atomgeschäft mit Südafrika zu beteiligen.

Reinhard Brückner, ehemaliger Direktor der Christlichen Akademie, Johannesburg – Ingeborg Drewitz, stellvertretende Vorsitzende des Verbandes der Schriftsteller in der IG Druck und Papier – Helmut Gollwitzer, Professor in Berlin, Mitglied des Ehrenkuratoriums der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) – Dieter Hooge, Bildungsreferent beim DGB-Bildungswerk Hessen – Walter Kreck, Professor in Bonn – Benjamin Locher, Kirchenrat – Eckhard Minthe, Pfarrer – Martin Niemöller, Ehrenpräsident der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) – Erika Runge, Schriftstellerin, Mitglied des Ehrenkuratoriums der AAB – Eckart Spoo, Vorsitzender der Deutschen Journalistenunion (dju) in der IG Druck und Papier – Dorothee Steffensky-Sölle, Theologin.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Dr. Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,80 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,30), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,30. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 50,–; öS 360,–; hfl 55,–; bfrs 792,–; FF 114,–; £ 12,60; Lit 21 000,–; dkr 140,–; nkr 125,–; skr 115,–; Yen 6000; $ 24,50. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Zentralsatz Dieter Noe, Köln. Druck: Plambeck & Co., Neuß. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. ISSN 0006 – 4416

Autoren dieses Heftes

Gunnar MATTHIESSEN, geb. 1939 in Köln, Mitglied des Büros des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit. *** *Horst J. ANDEL*, geb. 1933, langjähriger Nahost-Korrespondent u. a. der Berner Tageszeitung „Der Bund", auch Mitarbeiter der Zürcher „Weltwoche"; Buchveröffentlichungen: Nahost-Report (München 1976); Kommen morgen die Araber? (Zürich 1976); Die Araber – Europas Nachbarn (Frankfurt 1978). *** *Gisela ELSNER*, geb. 1937 in Nürnberg, Schriftstellerin, lebt in München; Veröffentlichungen: mehrere Romane und Erzählbände, zuletzt: Der Punktsieg, Roman, Reinbek 1977. *** *Jo RODEJOHANN*, geb. 1947 in Lippstadt/Westf., Dipl.-Politologe, wissenschaftlicher Angestellter in Berlin (West). *** *Dr. Richard ALBRECHT*, geb. 1945, Diplom-Soziologe, Angestellter in Köln; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Rainer RILLING*, geb. 1945 in Stetten/Württ., Dozent für Soziologie in Marburg; Buchveröffentlichungen u. a.: Theorie und Soziologie der Wissenschaft. Zur Entwicklung in BRD und DDR, Frankfurt/M. 1975. *** *Antonios CHRYSSOS*, geb. 1941 in Athen, Studium der Wirtschaftswissenschaft in Köln, Promotion, Lehrbeauftragter an der Hochschule für Technik in Bremen. *** *Dr. Kurt GOSSWEILER*, geb. 1917 in Stuttgart, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Der Verlag bittet Abonnenten, die ihre Abonnementsgebühren noch nicht beglichen haben, den ausstehenden Betrag zu überweisen. Dies gilt nicht für Abonnenten, die dem Verlag einen Einziehungsauftrag gegeben haben. Vielen Dank.

Einer Teilauflage dieses Heftes liegt ein Prospekt des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) bei.

G 1800 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (8/78)

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

DIEDENHOFEN
ADOLF 0587
14278

NEUHAUSWEG 22

4170 GELDERN 1

Prei

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	77,–	86,–	104,–	121,–	129,–	180,–	224,–	266,–
8 Seiten	128,–	146,–	171,–	194,–	215,–	300,–	365,–	428,–
12 Seiten	194,–	214,–	248,–	280,–	318,–	402,–	473,–	550,–
16 Seiten	260,–	280,–	328,–	365,–	411,–	502,–	596,–	692,–
20 Seiten	325,–	356,–	402,–	450,–	480,–	614,–	725,–	866,–
24 Seiten	365,–	408,–	464,–	516,–	558,–	716,–	849,–	1070,–
28 Seiten	420,–	464,–	524,–	592,–	642,–	776,–	964,–	1192,–
32 Seiten	472,–	515,–	579,–	644,–	695,–	838,–	1080,–	1332,–
36 Seiten	501,–	552,–	612,–	666,–	708,–	945,–	1192,–	1425,–
40 Seiten	524,–	572,–	636,–	700,–	745,–	999,–	1270,–	1468,–

Autoren dieses Heftes

Gunnar MATTHIESSEN, geb. 1939 in Köln, Mitglied des Büros des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit. *** *Horst J. ANDEL*, geb. 1933, langjähriger Nahost-Korrespondent u. a. der Berner Tageszeitung „Der Bund", auch Mitarbeiter der Zürcher „Weltwoche"; Buchveröffentlichungen: Nahost-Report (München 1976); Kommen morgen die Araber? (Zürich 1976); Die Araber – Europas Nachbarn (Frankfurt 1978). *** *Gisela ELSNER*, geb. 1937 in Nürnberg, Schriftstellerin, lebt in München; Veröffentlichungen: mehrere Romane und Erzählbände, zuletzt: Der Punktsieg, Roman, Reinbek 1977. *** *Jo RODEJOHANN*, geb. 1947 in Lippstadt/Westf., Dipl.-Politologe, wissenschaftlicher Angestellter in Berlin (West). *** *Dr. Richard ALBRECHT*, geb. 1945, Diplom-Soziologe, Angestellter in Köln; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Dr. Rainer RILLING*, geb. 1945 in Stetten/Württ., Dozent für Soziologie in Marburg; Buchveröffentlichungen u. a.: Theorie und Soziologie der Wissenschaft. Zur Entwicklung in BRD und DDR, Frankfurt/M. 1975. *** *Antonios CHRYSSOS*, geb. 1941 in Athen, Studium der Wirtschaftswissenschaft in Köln, Promotion, Lehrbeauftragter an der Hochschule für Technik in Bremen. *** *Dr. Kurt GOSSWEILER*, geb. 1917 in Stuttgart, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Der Verlag bittet Abonnenten, die ihre Abonnementsgebühren noch nicht beglichen haben, den ausstehenden Betrag zu überweisen. Dies gilt nicht für Abonnenten, die dem Verlag einen Einziehungsauftrag gegeben haben. Vielen Dank.

Einer Teilauflage dieses Heftes liegt ein Prospekt des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) bei.